

Landesbank Berlin Holding
GESCHÄFTSBERICHT 2012



Konzernkennzahlen – Auf einen Blick

GuV-Rechnung		1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.
		2012	2011	2010	2009	2008
Zinsüberschuss	Mio. €	845	951	725	862	1.247
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	Mio. €	99	83	105	185	63
Provisionsüberschuss	Mio. €	270	269	274	262	302
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	Mio. €	-3	-2	7	-15	-18
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	Mio. €	221	-16	349	478	-344
Ergebnis aus Finanzanlagen	Mio. €	-49	-163	-22	-107	-308
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	Mio. €	-25	-24	8	-14	-18
Sonstiges betriebliches Ergebnis	Mio. €	4	121	84	33	151
Verwaltungsaufwendungen	Mio. €	997	982	1.003	985	940
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung und Bankenabgabe	Mio. €	167	71	317	329	9
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	Mio. €	-29	0	0	0	0
Aufwand Bankenabgabe	Mio. €	21	30	0	0	0
Operatives Ergebnis nach Restrukturierung und Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern	Mio. €	117	41	317	329	9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	Mio. €	18	120	52	64	-35
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	Mio. €	99	-79	265	265	44
Bilanz		31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Bilanzsumme	Mio. €	118.298	131.175	131.477	143.835	145.388
Eigenkapital inklusive Bilanzgewinn / -verlust	Mio. €	2.683	2.318	2.722	2.712	1.962
Stille Einlagen (nom.)	Mio. €	700	700	700	700	700
Eigenmittelanforderungen gemäß SolvV	Mio. €	2.291	2.716	2.547	2.891	3.292
Kennzahlen		1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.
		2012	2011	2010	2009	2008
Cost-Income-Ratio	%	78,9	86,4	70,4	65,4	94,0
Eigenkapitalrentabilität vor Steuern ¹⁾	%	4,7	1,5	11,8	14,0	0,4
		31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Gesamtkennziffer nach KWG ²⁾	%	15,46	14,36	16,89	16,82	16,41
Kernkapitalquote nach KWG ²⁾	%	13,20	12,50	15,24	14,45	13,74
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)		31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
	Anzahl	5.802	5.931	5.985	6.009	5.999

¹⁾ durchschnittliches IFRS-Eigenkapital

²⁾ RVG-Gruppe; nach Feststellung der Jahresabschlüsse

Inhalt

Die Landesbank Berlin Holding AG	2	Jahresabschluss des Konzerns	95
Brief des Aufsichtsratsvorsitzenden	2	Gesamtergebnisrechnung des Konzerns	96
Brief des Vorstandsvorsitzenden	4	Bilanz des Konzerns	98
Organe der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG	6	Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns	100
Unsere Geschäftsfelder	8	Kapitalflussrechnung des Konzerns	102
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	17	Notes	104
Gesellschaftliches Engagement des Konzerns	18	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	182
Ratingübersicht	20	Der Konzern im Quartalsvergleich	183
Konzernlagebericht	21	Versicherung der gesetzlichen Vertreter	185
Der Konzern im Überblick	22	Weitere Informationen	186
Allgemeiner Verlauf im Überblick	26	Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG	187
Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2012	29	Organe der Landesbank Berlin Holding AG	190
Ereignisse nach dem 31. Dezember 2012	43	Wichtige Adressen	192
Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG	43	Abkürzungsverzeichnis	194
Risikobericht	44		
Chancen- und Prognosebericht/Ausblick	87		

Brief des Aufsichtsratsvorsitzenden

Sehr geehrte Damen und Herren,

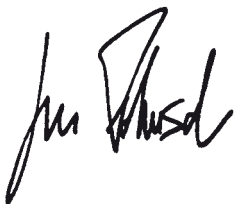
die Landesbank Berlin hat im Geschäftsjahr 2012 in einem anhaltend schwierigen Marktumfeld und trotz Belastungen aus strategisch notwendigen Umbaumaßnahmen ein gutes Ergebnis erwirtschaftet. Erfreuliche Erfolge in den Kundengeschäften stärkten die Position der LBB als Marktführerin in der Region Berlin-Brandenburg. Die Ertragslage gestattet sowohl die Zahlung einer angemessenen Dividende als auch die weitere Stärkung der Kapitalrücklagen. Insgesamt hat unsere Bank im vergangenen Jahr große Fortschritte erreicht, um sich für Herausforderungen der Zukunft zu rüsten: Dafür dankt der Aufsichtsrat dem Vorstand, den Führungskräften sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im gesamten Konzern herzlich.

Von besonderer Bedeutung war die Freisetzung von aufsichtsrechtlich relevantem Eigenkapital durch den konsequenten Abbau von Risikoaktiva, um künftigen regulatorischen Anforderungen an die Eigenkapitalunterlegung von Bankgeschäften zu entsprechen. Der Aufsichtsrat würdigt, dass das für 2012 gesteckte Ziel einer Eigenkapitalfreisetzung von 500 Mio. € dabei noch übertroffen wurde. Zu den im Berichtsjahr umgesetzten wichtigen Strukturmaßnahmen gehörte außerdem die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der Landesbank Berlin Holding AG auf die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe als Hauptaktionär gegen Zahlung einer angemessenen Barabfindung. Seitdem befinden sich die Aktien der Landesbank Berlin Holding AG vollständig im Besitz der Sparkassen-Finanzgruppe, was die Einstellung der Börsennotierung unserer Aktie zur Folge hatte.

Diese gesellschaftsrechtliche Veränderung war auch die Voraussetzung, um jetzt eine weitere große Strukturreform in Angriff zu nehmen. Die Sparkassen als Eigentümer von LBB und DekaBank haben sich zum Ziel gesetzt, die Stärken beider Häuser für die Sparkassenorganisation noch besser nutzbar zu machen, und deshalb im Dezember 2012 wichtige strategische Weichenstellungen getroffen. So soll die DekaBank die Aufgaben eines zentralen Wertpapierdienstleisters der Sparkassen-Finanzgruppe übernehmen, die LBB eine klare Ausrichtung als Sparkasse der Bundeshauptstadt bekommen.

Die LBB hat an den Eigentümer-Empfehlungen intensiv mitgearbeitet und zu dem zukunftsgerichteten Ergebnis beigetragen. Die Umsetzung bedarf zwar noch entsprechender Beschlüsse der zuständigen Gremien, gleichwohl begrüßt der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG den in diesem Zusammenhang geplanten Umbau der Landesbank Berlin zur Berliner Sparkasse mit dem klaren Anspruch, die Marktführerschaft in ihrer Kernregion zu stärken und auszubauen. Die damit verbundenen komplexen strukturellen und gesellschaftsrechtlichen Veränderungen werden das Geschäftsjahr 2013 zwangsläufig stark beeinflussen und für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Kraftakt darstellen. Der Aufsichtsrat ist sich jedoch sicher, dass unsere Bank auch diesen Umbruch erfolgreich meistern wird – im Wissen um die damit verbundenen Chancen und Perspektiven.

Mit freundlichen Grüßen
Der Aufsichtsrat

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Georg Fahrenschon', written in a cursive style.

Georg Fahrenschon
Vorsitzender

Brief des Vorstandsvorsitzenden

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landesbank Berlin hat im Geschäftsjahr 2012 ihre Ertragslage deutlich verbessert – in einem unverändert anspruchsvollen Umfeld an den Kapital- und Finanzmärkten und trotz erheblicher Sonderbelastungen. Das Konzernergebnis vor Steuern stieg von 41 Mio. € im Vorjahr auf 117 Mio. €. Vor Sonderbelastungen und der sogenannten Bankenabgabe betrug der Vorsteuergewinn sogar 167 Mio. €. Dies ist eindeutig ein gutes Ergebnis, das die innere Stärke unserer Bank erneut unter Beweis stellt.

Grundlage dieser erfreulichen Entwicklung waren – neben positiven Effekten aus Markterholungen – anhaltende Erfolge im Kundengeschäft: Unsere Position als klare Nummer eins in Berlin im Privatkundensektor mit rund 1,2 Mio. Girokonten haben wir vergangenes Jahr ausgebaut und sind bei der Neustrukturierung der Vertriebswege für Privatkunden ein weiteres großes Stück vorangekommen: Wir können immer zielgenauer auf individuelle Kundenbedürfnisse eingehen und unsere Beratungsqualität kontinuierlich erhöhen. Die Zahl der Gewerbe- und Firmenkunden hat unsere Bank im Jahr 2012 trotz des verhaltenen gesamtwirtschaftlichen Umfelds auf mehr als 70.000 erhöht. Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung hat seine Position unter den führenden inländischen Wettbewerbern weiter behauptet und die Erträge gesteigert. Auch für das Kapitalmarktgeschäft, das seine Rolle als Dienstleister der Sparkassen stärken konnte, verlief das Geschäftsjahr positiv. Nicht zuletzt gewinnt unser Verbundgeschäft immer mehr an Dynamik: So ist die 2011 gegründete S-Kreditpartner GmbH, die den Sparkassen eine leistungsfähige Abwicklungsplattform für Auto- und Konsumentenkredite bietet, auf eine erfreuliche Resonanz gestoßen. Auch die S-Servicepartner GmbH, vormals BankenService, konnte ihre Zusammenarbeit mit den Sparkassen ausbauen.

Das vergangene Geschäftsjahr war zudem von zahlreichen Maßnahmen geprägt, mit denen wir Risiken verringert, Strukturen vereinfacht und den LBB-Konzern auf der Eigenkapitalseite auf die immer strengeren regulatorischen Anforderungen vorbereitet haben. Dabei haben wir das ambitionierte Ziel, 2012 durch einen möglichst ertragschonenden Abbau von Risikoaktiva 500 Mio. € Eigenkapital freizusetzen, sogar übertroffen. Auch die Halbierung unserer Engagements in den krisenbetroffenen Staaten der Eurozone, was die komplette Veräußerung des Restbestands an griechischen Staatsanleihen einschloss, führte zur erheblichen Verbesserung des Risikoprofils im Konzern. Die LBB hat 2012 ihre Hausaufgaben gemacht, um sich aus eigener Kraft auf die neuen Realitäten in der Finanzwirtschaft einzustellen.

Dieser Umbau bei laufendem Betrieb erforderte den vollen Einsatz aller Beschäftigten, die wieder einmal bewiesen haben, dass sie Veränderungen aktiv annehmen und meistern. Der Vorstand dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im gesamten Konzern für ihre hervorragende Arbeit im abgelaufenen Jahr.

Tatkraft, Mut und Engagement sind gefordert, um die nächste Herausforderung in Angriff zu nehmen: den Umbau der Landesbank Berlin zur Berliner Sparkasse. Noch in diesem Jahr wollen wir die Berlin Hyp verselbstständigen und als zentralen Immobilienfinanzierer der S-Finanzgruppe positionieren. Unser kundenbezogenes Kapitalmarktgeschäft einschließlich der Fondsgesellschaft LBB-INVEST soll ein bedeutender Teil der Wertpapierhaus-Strategie der Frankfurter DekaBank werden. Unsere Sparkasse, die seit jeher den Kern der LBB ausmacht und unser Selbstverständnis prägt, soll sich künftig als Sparkasse in der Hauptstadt voll und ganz auf das Kerngeschäft der Privatkunden- und Firmenkundenbetreuung, auf die regionale gewerbliche Immobilienfinanzierung und auf die Rolle als wichtiger Verbundpartner der Sparkassen konzentrieren.

Wir sind sicher, dass die gefundenen Konzepte jedem unserer vier strategischen Geschäftsfelder langfristig die besten Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Natürlich ist der gestartete Umbau der Bank ein Kraftakt, der unseren ganzen Einsatz fordern wird: 2013 wird aus diesem Grund ein Jahr des Übergangs, aber auch ein Jahr des Aufbruchs sein. Die Berliner Sparkasse hat den klaren Anspruch, als fokussierte Sparkasse in der Hauptstadt die vielen Marktpotenziale in ihrer Heimatregion noch konsequenter als bisher zu nutzen und ihre Stellung als Marktführer auszubauen.

Das ist eine gute Perspektive – für unsere Sparkasse, ihre Kunden und Mitarbeiter, aber auch für Berlin. Denn die deutsche Hauptstadt braucht für ihre weitere Entwicklung als eine der attraktivsten internationalen Metropolen eine starke Sparkasse, die sich der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet fühlt. Wir sind sicher: Diesem Anspruch kommen wir seit 1818 nach. Und wir sind sicher: künftig noch besser.

Mit freundlichen Grüßen
Der Vorstand



Dr. Johannes Evers
Vorsitzender

Organe der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG

Vorstand

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender
Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Compliance
Finanzen
Personal
Revision
Unternehmensentwicklung und Recht

Jan Bettink

Landesbank Berlin AG
Immobilienfinanzierung

Serge Demolière

Landesbank Berlin AG
Kapitalmarktgeschäft

Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG
Einkaufsmanagement
Firmenkunden
Infrastruktur
Organisationssteuerung

Martin K. Müller

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Kredit
Risikobetreuung
Risiko und Controlling
S-Servicepartner GmbH

Patrick Tessmann

Landesbank Berlin AG
Private Kunden

Aufsichtsrat

Georg Fahrenschon

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Vorsitzender
Präsident des Deutschen Sparkassen-
und Giroverbands

Bärbel Wulff*

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
stellv. Vorsitzende
Vorsitzende des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG

Heiko Barten*

Landesbank Berlin AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG
Senior-Referent im Bereich Organisations-
steuerung der Landesbank Berlin AG

Hans Jörg Duppré

Landesbank Berlin Holding AG
Präsident des Deutschen Landkreistags

Michael Dutschke*

Landesbank Berlin Holding AG
stellv. Vorsitzender des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG
Senior-Referent im Bereich Organisations-
steuerung der Landesbank Berlin AG

Christina Förster*

Landesbank Berlin Holding AG
Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Dr. Rolf Gerlach

Landesbank Berlin Holding AG
Präsident des Sparkassenverbands
Westfalen-Lippe

Gerhard Grandke

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Geschäftsführender Präsident des Sparkassen-
und Giroverbands Hessen-Thüringen

Artur Grzesiek

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

Sascha Händler*

Landesbank Berlin Holding AG
Spezialist/Teamkoordinator Internationales
Geschäft der Landesbank Berlin AG

Gerhard Henschel*

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Sabine Hentschel-Vélez Garzón*

Landesbank Berlin AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG
Referentin Business Management
der Landesbank Berlin AG

Gerald Herrmann*

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/
Bundesbank ver.di Bundesverwaltung Berlin

Claus Friedrich Holtmann

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Geschäftsführender Präsident des
Ostdeutschen Sparkassenverbands

Michael Jänichen*

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Bereichsleiter Firmenkunden der
Landesbank Berlin AG

Daniel Kasteel*

Landesbank Berlin Holding AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG
Projektmitarbeiter im Bereich Organisations-
steuerung der Landesbank Berlin AG

Thomas Mang

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Präsident des Sparkassenverbands
Niedersachsen

Frank Meysel*

Landesbank Berlin Holding AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG
Mitarbeiter im Bereich Compliance
der Landesbank Berlin AG

Peter Mohr*

Landesbank Berlin AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Helmut Schleweis

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Vorstandsvorsitzender der
Sparkasse Heidelberg

Peter Schneider

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Präsident des Sparkassenverbands
Baden-Württemberg

Dr. Harald Vogelsang

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding
und der Hamburger Sparkasse AG

Frank Wolf*

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Unsere Geschäftsfelder

Private Kunden

- Führende Marktstellung der Berliner Sparkasse ausgebaut
- Neuausrichtung der Vertriebswege vorangetrieben
- Auf dem Weg zur Qualitätsführerschaft
- Ausweitung der Kooperationen der S-Kreditpartner GmbH mit Sparkassen
- Spitzenposition im bundesweiten Kreditkartengeschäft ausgebaut

Weiterhin starke Marktstellung

Die weiterhin volatilen Wertpapiermärkte, das niedrige Zinsniveau und die anhaltende öffentliche Debatte über die gesellschaftliche Verantwortung der Banken beeinflussen die finanziellen Entscheidungen auch der Privatkunden in Berlin. In diesem Umfeld wird die Berliner Sparkasse – basierend auf traditionellen Werten wie Nähe, Qualität und Fairness – von den Kunden als ein besonders vertrauenswürdiger Partner wahrgenommen. Die starke Stellung in Berlin wird ergänzt durch überregionale Aktivitäten im Kreditkartengeschäft zusammen mit Co-Branding-Partnern, im Direktbankgeschäft durch die netbank AG und in der Konsumentenfinanzierung durch die S-Kreditpartner GmbH, einem gemeinsamen Tochterunternehmen der LBB und der Deutsche Leasing AG.

Auch im Jahr 2012 setzte sich das Wachstum bei der Anzahl der Privatgirokonten fort. Die Zahl der Konten bei der Berliner Sparkasse wuchs um netto 24.000. Damit behauptete die Bank souverän ihre Stellung als regionaler Marktführer. Insgesamt betreut das Geschäftsfeld 1,2 Mio. Privatgirokonten.

Kundenorientierter Umbau der Vertriebsstrukturen vorangetrieben

Bei der 2010 begonnenen Neustrukturierung der gesamten Vertriebswege (Projekt: „Wege zum Kunden“) haben wir im Geschäftsfeld Private Kunden auch im Jahr 2012 große Fortschritte gemacht. Die Berliner Sparkasse steht ihren Privatkunden über

verschiedene maßgeschneiderte Vertriebswege zur Verfügung. Der stationäre Vertrieb bietet seine Leistungen in den PrivatkundenCentern für das Tagesgeschäft an. FinanzCenter sind für beratungsintensive Geschäfte zuständig. Und in VermögensanlageCentern erfolgt die ganzheitliche Betreuung vermögenger Privatkunden. Immobilienwünsche werden in den ImmobilienCentern realisiert. Darüber hinaus betreut die Berliner Sparkasse hochvermögende Kunden durch den Bereich Private Banking. Ergänzend dazu agieren der Vertriebsbereich Direkt sowie die Mobile Beratung seit 2011 erfolgreich am Markt.

Das flächendeckende Vertriebsnetz der Berliner Sparkasse umfasst 69 FinanzCenter mit abgeschlossenem PrivatkundenCenter, 61 alleinstehende PrivatkundenCenter, 23 VermögensanlageCenter, 3 ImmobilienCenter und einen Private Banking-Standort. Wir haben uns in der Beratung und im Service die Qualitätsführerschaft im Wettbewerb zum Ziel gesetzt. Die Ergebnisse aktueller externer Tests bestätigen, dass wir dabei auf einem guten Weg sind: Bereits im dritten Jahr in Folge gewann die Berliner Sparkasse den CityContest der Finanzzeitschrift „Focus Money“ und wurde „Beste Bank in Berlin“. Das Deutsche Institut für Service-Qualität (DISQ) zeichnete die Berliner Sparkasse 2012 gemeinsam mit zwei weiteren Banken mit dem Deutschen Servicepreis in der Kategorie „Beste Bankberatung vor Ort“ aus. Zudem belegte die Berliner Sparkasse im aktuellen Test von neun regionalen Filialbanken durch das DISQ und den Nachrichtensender n-tv in der Beratung zur Altersvorsorge den ersten Platz und war Testsieger der DISQ-Studie „Online-Banking bei Filialbanken“.

Weiterentwicklung von Kundenberatung und Vertrieb

Ziel des optimierten Vertriebskonzepts ist es, jeden Kunden entsprechend seinen Bedürfnissen und präferierten Kontaktwegen bestmöglich zu beraten und zu betreuen. Besonderes Augenmerk richten wir dabei auf die Steigerung des Geschäfts in der Konsumentenfinanzierung und im Anlagegeschäft. Zu diesem Zweck wurden im vergangenen Jahr die Investment- und Kundenberatungsprozesse gezielt weiterentwickelt. Die Einführung erfolgte zum Jahresbeginn 2013. Damit werden wir die Beratungskompetenz im Wertpapiergeschäft und deren Wahrnehmung durch die Kunden steigern und das Geschäftsvolumen ausweiten.

Ebenfalls zum Jahresanfang 2013 hat die Berliner Sparkasse das neue Customer-Relationship-Management-System eingeführt. Damit schneiden wir die Ansprache und Betreuung unserer Kunden noch genauer auf ihre Bedürfnisse und Wünsche zu.

Ergebnis durch Sondereffekte belastet

Das operative Ergebnis im Geschäftsfeld Private Kunden lag 2012 deutlich unter dem Vorjahreswert. Dies ist unter anderem auf Sondereffekte im Zusammenhang mit Änderungen der internen Zinsverrechnungsmethodik sowie mit einer erhöhten Risikoversorge zurückzuführen.

Der Zinsüberschuss blieb aufgrund des niedrigen Zinsniveaus unter dem Vorjahreswert, die Einlagenbestände konnten jedoch leicht ausgebaut werden.

Der Provisionsüberschuss lag auf dem Vorjahresniveau. Der Rückgang bei den Wertpapierprovisionen konnte durch höhere Provisionserträge im Kredit- und im Kartengeschäft kompensiert werden.

Das Neugeschäft bei Hypothekenkrediten wird seit Mitte 2012 über die Vermittlerplattform FINMAS abgewickelt; die Berliner Sparkasse nutzt damit die Chancen aus der Zusammenarbeit mit anderen Sparkassen. Das kontrahierte Neugeschäft 2012 lag auch aufgrund des Abbaus von Risikoaktiva unter dem Vorjahresniveau.

S-Kreditpartner GmbH weitet Kooperationen mit Sparkassen aus

Im überregionalen Auto- und Konsumentenkreditgeschäft ist die S-Kreditpartner GmbH als Verbundpartner der Sparkassen tätig. Zum Jahresende 2012 verzeichnete die S-Kreditpartner GmbH bereits 265 Partnersparkassen; davon nutzten 98 das volle Leistungsangebot. Strategisches Ziel ist mittel- bis langfristig die klare Steigerung des Marktanteils der Sparkassen in diesem wichtigen Kreditzweig.

Größter Kreditkartnemittent

Der LBB-Konzern ist mit 2,6 Mio. ausgegebenen Karten weiterhin größter Emittent von kostenpflichtigen Kreditkarten in Deutschland. Wachstumsmotor im überregionalen Kreditkartengeschäft, das allein 2,3 Mio. der emittierten Kreditkarten ausmacht, sind dabei große Co-Brandings mit renommierten Partnerunternehmen wie zum Beispiel ADAC, Amazon und Air Berlin.

Firmenkunden

- Einer der führenden Partner für die Berliner Wirtschaft
- Kundenloyalität und Zufriedenheit ausgebaut
- Sicherung der Zukunftsfähigkeit im Fokus
- Verlässlicher Partner für den Mittelstand

Starke Marktposition im Firmenkundengeschäft

Als eines der führenden Kreditinstitute im Firmenkundengeschäft konnte die LBB 2012 ihre starke Marktposition in Berlin behaupten. Mit einem verlässlichen Geschäftsmodell, einem kundengerechten Leistungsangebot und einer starken regionalen Verankerung zählen wir zu den ersten Adressen für Gewerbekunden und für mittelständische Unternehmen. In einem unverändert anspruchsvollen Marktumfeld in Berlin zeichnet sich unsere Bank durch fundierte Marktkenntnisse, eine ausgeprägte Betreuungskompetenz, einen hohen Qualitätsanspruch sowie durch langjährige Kundenbeziehungen aus. Die Kenntnis der Kundenbedürfnisse und die kontinuierliche Analyse der Umfeldfaktoren und Entwicklungstrends tragen zum Erfolg des Firmenkundengeschäfts bei. Bis zum Jahresende 2012 stieg die Kundenzahl auf rund 70.000. Damit ist rund jedes dritte Unternehmen der Region Kunde der LBB.

Regionaler Marktführer im Gründungsgeschäft

Im Geschäft mit Unternehmensgründungen in der Region ist die Berliner Sparkasse weiterhin Marktführer. Mit unserem Gründungs-Know-how leisten wir einen wichtigen Beitrag, um kreatives Potenzial in der Stadt zu fördern und Berlins Rolle als Gründungshauptstadt zu stärken. Mit kompetenter Beratung,

kritischer Prüfung der Business-Pläne und maßgeschneiderten Finanzierungslösungen bringen wir Neugründungen und Nachfolgeregelungen in allen Branchen erfolgreich auf den Weg. Die Zahl der Finanzierungen in diesem Bereich lag 2012 auf konstant hohem Niveau. Der Leiter des Kompetenz-Centers Gründungen und Unternehmensnachfolge ist im Berichtsjahr für sein anerkanntes Know-how als „TOP-Experte Deutscher Gründerpreis“ ausgezeichnet worden. Die Berliner Sparkasse hat 2012 erneut den Innovationspreis Berlin-Brandenburg, die regionale Gründerinitiative Business-Plan-Wettbewerb sowie die Gründermesse deGUT begleitet.

Web-Nutzung für unternehmerisches Potenzial

Web-basierte Präsentationen und die gezielte Nutzung innovativer Kommunikationskanäle werden zunehmend zum Schlüssel für eine erfolgreiche unternehmerische Zukunft. Seit 2010 moderiert die Berliner Sparkasse auf dem Business-Netzwerk XING den GründerClub Berlin. Dieses Austauschforum hat sich als Community für Existenzgründer sowie angehende Unternehmer erfolgreich etabliert. Mehr als 500 Mitglieder nutzen inzwischen das Portal, um Geschäftskontakte zu knüpfen und themenbezogene Kenntnisse zu vertiefen.

Die Berliner Sparkasse beteiligt sich an der 2012 vereinbarten, exklusiven Kooperation des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) mit Google zur Mittelstandsinitiative „Online Motor Deutschland“. Firmenkunden wird dabei als besonderer Service zur Potenzialerhöhung und Geschäftsausweitung Unterstützung bei der werblichen Gestaltung ihres Internet-Auftritts angeboten. Die Unternehmen erhalten Anregungen zur gezielten Verbesserung ihrer Web-Präsenz und zum Online-Marketing. Ferner bietet die Berliner Sparkasse auch mit einer Internet-Darstellung des Businessportals „B2B Berlin Brandenburg“ Unternehmen eine innovative Plattform für E-Commerce-Lösungen.

Hohe Loyalität und Zufriedenheit der Firmenkunden

Im Jahr 2012 haben wir rund 3.100 Firmenkunden zu ihrer Loyalität und Zufriedenheit befragt. Sie haben das erreichte hohe Niveau erneut bestätigt. Die Unternehmen honorieren die Kompetenz und das Agieren der LBB als Qualitätsanbieter für die regionale Wirtschaft. Sie messen dabei dem aktiven Kundendialog eine hohe Bedeutung bei. Zugleich nutzen wir Befragungen dazu, um Verbesserungswünsche der Kunden aufzunehmen. Dies betrifft zum Beispiel konkrete Gesprächsinhalte oder bevorzugte Kommunikationswege. Wir nutzen die Marktforschungsaktivitäten aktiv auch dazu, um Impulse der Kunden zur Gestaltung und Ausweitung der Geschäftsbeziehungen zu erhalten.

Customer-Relationship-Management-System auf neuer IT-Plattform

Das Firmenkundengeschäft zeigt den Erfolg einer bedarfsorientierten Kundenbetreuung auf Basis einer konsequenten Qualitätsstrategie, gestützt auf eine moderne IT-Plattform. Mit der Migration des bisherigen, geschäftsfeldspezifischen Customer-Relationship-Management-Systems der LBB auf die

IT-Plattform der Sparkassen-Finanzgruppe stehen zur Unterstützung einer effizienten, individuellen Kundenbetreuung alle benötigten Funktionalitäten zur Verfügung. Die im Sparkassensektor bewährte IT-Infrastruktur findet in einer Vielzahl von Instituten Anwendung und wird laufend weiterentwickelt.

LBB-Mittelstandsumfrage 2012: Robuste Verfassung des Berliner Mittelstands

Im Jahr 2012 hat die LBB in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zum achten Mal die Mittelstandsumfrage unter Beteiligung von über 1.500 Unternehmen durchgeführt. Die Studie unterstreicht das LBB-Engagement für die Belange der regionalen Wirtschaft sowie die Markt- und Kundennähe. Im Fokus der Umfrage stehen die Geschäftsentwicklung sowie das Finanzierungs- und Investitionsverhalten. Angesichts der gedämpften Konjunkturprognosen zeigt das Studienergebnis eine überwiegend leicht sinkende Investitionsneigung. Auch der Fachkräftemangel bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung der Unternehmen. Insgesamt wird dem Berliner Mittelstand jedoch eine robuste Verfassung mit positiven Wirtschaftsaussichten bescheinigt.

Kredit- und Einlagengeschäft

Die LBB bekennt sich zu ihrer Verantwortung für den Wirtschaftsstandort Berlin und leistet als Partner des Mittelstands einen wichtigen Beitrag zur Kreditversorgung der Unternehmen. Dieses Engagement wurde 2012 unterstützt durch Kampagnen zum Aktivgeschäft in allen Kundensegmenten. Öffentliche Förderprogramme, zum Beispiel der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), der Investitionsbank Berlin oder der BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg, sind fester Bestandteil unseres Kreditgeschäfts. Dabei halten wir an unserer bewährten Risikostrategie fest. Insgesamt lagen das Kreditneugeschäft sowie der Kreditbestand im Firmenkundengeschäft zum Jahresende 2012 unter dem Vorjahresniveau.

Ursache hierfür war der Beitrag des Geschäftsfelds Firmenkunden zum Abbau von Risikoaktiva im gesamten LBB-Konzern aufgrund der erhöhten Anforderungen an die Eigenkapitalunterlegung. Das regionale Kreditbestands- und Neugeschäft wurde trotz dieser strategisch notwendigen Anpassungen nicht reduziert. Die Einlagen der Firmenkunden bei der LBB sind im Berichtsjahr gestiegen.

Das Geschäftsfeld Firmenkunden erwirtschaftete 2012 erneut einen stabilen Beitrag zum Konzernergebnis. Die marktbedingt niedrigen Zins- und Provisionsüberschüsse, erhöhte Risikokosten sowie Änderungen der internen Verrechnungsmethodik führten insgesamt zu einem Rückgang des Segmentergebnisses im Vergleich mit dem Vorjahreswert.

Regionale Wachstumspotenziale

Als Wirtschaftsstandort profitiert Berlin von der herausragenden Forschungs- und Wissenschaftslandschaft der Hauptstadt in der Vernetzung mit Zukunfts- und Traditionsbranchen. Wir wollen die Wachstumschancen und Zukunftspotenziale, die sich im Regionalmarkt durch diese Voraussetzungen bieten, für den weiteren Ausbau unseres Firmenkundengeschäfts nutzen. Berlin hat beispielsweise als Gesundheitsstadt, als Standort der Energie- und Umwelttechnik sowie der Elektroindustrie nachhaltiges Zukunftspotenzial. Darauf stellt sich die LBB ein und baut ihre Branchenkompetenz weiter aus. Vor diesem Hintergrund haben wir ein intensives Networking mit Kunden und für Kunden aufgebaut, zum Beispiel durch ein breites Spektrum an Veranstaltungen zu unternehmensrelevanten Themen, die über reine Bankdienstleistungen weit hinausgehen.

Unser Anspruch: Beste Bank für Firmenkunden in Berlin

Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Firmenkundengeschäfts sehen wir als strategische Herausforderung für unsere Kunden und für die Bank. Es ist unser Anspruch, die beste Bank für Firmenkunden in Berlin zu sein. Mit unserer Wachstumsstrategie verfolgen wir das Ziel, die starke Marktposition der LBB in der Region – trotz schwieriger Umfeldbedingungen und wachsender regulatorischer Anforderungen – weiter auszubauen und die Ertragsbasis nachhaltig zu stärken. Wir wollen mit einem klaren Leistungsversprechen und hohen Qualitätsmaßstäben die Kundenbeziehungen zum gegenseitigen Vorteil weiter ausbauen. Das schließt auch andere Sparkassen ein, denen wir als Verbundpartner ausgewählte Dienstleistungen anbieten. Auch mit konzeptionellen Lösungsansätzen bleibt die LBB ein wichtiger Kooperationspartner im Sparkassenverbund.

Immobilienfinanzierung

- Neugeschäft und Bestandswachstum im Zeichen der Strukturveränderungen im Konzern
- Hohe Qualität im Neugeschäft
- Ausweitung der Produktpalette
- Neue Rolle als selbstständige Immobilienbank der Sparkassen

Gewerbliche Immobilienfinanzierung

Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung wird das gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft der LBB und der Berlin Hyp in enger organisatorischer Verbindung betrieben. Die Geschäftstätigkeit der Berlin Hyp wird in diesem Geschäftsfeld vollständig abgebildet. Die Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung konzentrieren sich auf Finanzierungen auf objektgedeckter Basis.

Die Hauptkundengruppen im Finanzierungsgeschäft sind unverändert Investoren, Wohnungsbaugesellschaften, Kapitalanlagegesellschaften und Immobilienfonds sowie ausgewählte Developer und Bauträger. Den Kunden steht die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen zur Verfügung, wobei flexible und individuelle Problemlösungen mit kurzen Entscheidungswegen besondere Stärken des Geschäftsfelds sind.

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung konnte 2012 seine Position unter den führenden inländischen Immobilienfinanzierern weiter behaupten.

Verschärfte Eigenkapitalanforderungen beeinträchtigen Neugeschäft und Bestandswachstum

Das Geschäftsfeld hat 2012 seine bereits hohen Risiko- und Renditeanforderungen noch einmal erhöht. Dies erfolgte im Rahmen des konzernweiten Abbaus von Risikoaktiva zur Vorbereitung auf die zukünftigen verschärften Eigenkapitalanforderungen. In der Folge ging das Neugeschäftsvolumen im Berichtsjahr zurück. Von dem nochmals gestiegenen

Transaktionsvolumen auf dem deutschen Immobilienmarkt konnte das Geschäftsfeld somit nicht profitieren. Das Kontrahierungsvolumen reduzierte sich auf 3,5 Mrd. € gegenüber dem Vorjahreswert von 5,4 Mrd. €. Im Neugeschäft dominierten bei den Kundengruppen weiterhin die Investoren mit einem Anteil von 58 % (Vorjahr: 62 %). Regionaler Schwerpunkt waren mit 55 % (Vorjahr: 42 %) unverändert die Metropolregionen der alten Bundesländer. Bei den Objektarten stieg der Anteil der gewerblich genutzten Immobilien auf 60 % (Vorjahr: 57 %), während bei den Wohnimmobilien nach dem außerordentlich hohen Anteil im Vorjahr (43 %) ein leichter Rückgang auf 40 % zu verzeichnen war.

Auslandsgeschäft mit Augenmaß

Mit Augenmaß und unter Berücksichtigung der nationalen und regionalen Gegebenheiten betreiben wir das Auslandsgeschäft. Im Neugeschäft ging der Anteil der Auslandsfinanzierungen (Objekte im Ausland) deutlich auf 16 % (Vorjahr: 24 %) zurück. Grund ist insbesondere der weitere Nachfragerückgang der Kapitalanlagegesellschaften und die Aufgabe des Geschäfts in Großbritannien. Der Anteil der Auslandsfinanzierungen am gesamten Immobilienfinanzierungsbestand erhöhte sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr aufgrund vertraglicher Verpflichtungen der Vorjahre auf 19 % (Vorjahr: 18 %). Ohne Berücksichtigung der Kapitalanlagegesellschaften lag er bei 14 % (Vorjahr: 13 %).

Weiterhin sehr konservative Risikopolitik

Der Konzern hielt unverändert an seinem Grundsatz fest, nur Geschäfte einzugehen, die den – im laufenden Jahr teilweise noch verschärften – strengen internen Risiko- und Rentabilitätskriterien entsprechen. Dem entsprechend lag 2012 im Neugeschäft die Quote der sehr guten und guten Risikoklassen bei nahezu 100 %. Erfreulich waren wiederum hohe Auflösungen bei der Risikoversorge und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, so dass die Nettoneubildung mit 26 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (51 Mio. €) nochmals reduziert werden konnte.

Gezielte Bestandssteuerung

Um den Kreditbestand zu steuern und Risikokonzentrationen zu vermeiden, werden für das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung Zielportfolios für die jeweiligen Kategorien in den Segmenten Beleihungsgebiete, Kundengruppen, Objektnutzungsarten sowie Risikoklassen festgelegt. Diese Ziele werden für jeweils einen Zeitraum von drei Jahren festgelegt und jährlich fortgeschrieben.

Anstehende Prolongationen haben wir analog zur Vorgehensweise im Neugeschäft zur Verbesserung der Portfolioqualität mit entsprechender Reduzierung der Eigenkapitalbelastung genutzt. Der Erfolg dieser Maßnahmen führte zu einem Verzicht auf zunächst geplante synthetische Ausplatzierungen.

Das verringerte Neugeschäft, die gezielten Aussteuerungen von Finanzierungen sowie die planmäßige Reduzierung der Abbauportfolios bewirkten eine Bestandsreduzierung per 31. Dezember 2012 um rund 2 %.

Weiterentwicklung der Strategie

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung setzt unverändert auf einen leistungsfähigen und kunden-nahen Vertrieb. Unsere Geschäftspolitik bleibt auf langfristige Partnerschaft im Sinne einer traditionellen Hausbankverbindung mit individuellen Cross-Selling-Angeboten ausgelegt, von der Kunden und Bank gleichermaßen profitieren. Wir planen, unseren Immobilienkunden weitere Verbesserungen und Erweiterungen unserer Produktpalette rund um die Immobilie, insbesondere im Zahlungsverkehr, anzubieten. Daneben werden wir unsere Ausrichtung als Verbundpartner und Kompetenzcenter der Sparkassen weiter verstärken und entwickeln hierzu spezifische Produkte, die den Anlagebedürfnissen der Sparkassen gerecht werden. Entsprechende Projekte werden teilweise bereits umgesetzt.

Im Dezember 2012 wurden von den Vertretern der Eigentümer Grundzüge für eine Neuausrichtung des Konzerns beraten und eine entsprechende Empfehlung verabschiedet. Danach soll sich die Berlin Hyp künftig als eigenständige Immobilienfinanzierungsbank der deutschen Sparkassen positionieren. In ihr soll auch das überregionale gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft des LBB-Konzerns konzentriert werden. Das entsprechende Finanzierungsgeschäft der Region Berlin und Umland fällt danach in der Regel in die Zuständigkeit der Berliner Sparkasse. Die Aktivitäten zur genauen Prüfung und Vorbereitung der Umsetzung der Zielstruktur wurden umgehend aufgenommen, wobei es unser erklärtes Ziel ist, die gewohnte Qualität und Schnelligkeit des Kundengeschäfts auch in der Transformationsphase nicht zu beeinträchtigen. Die empfohlene Neuausrichtung des Geschäftsfelds Immobilienfinanzierung bietet die große Chance, sich einem noch größeren Kundenkreis und den deutschen Sparkassen als kompetenter und zuverlässiger Partner in der gewerblichen Immobilienfinanzierung zu präsentieren.

Kapitalmarktgeschäft

- Konsequenter Fokus auf das Kundengeschäft wird nochmals intensiviert
- Trotz anhaltender europäischer Finanzkrise konnten die Ertragsziele für 2012 erreicht werden
- Weiterhin erfolgreiches Zertifikate-Geschäft
- Rolle als Dienstleister der Sparkassen gestärkt

Aktivitäten des Geschäftsfelds

Das Kapitalmarktgeschäft (KMG) umfasst die Bereiche Client Business (Distribution und Produktion), Treasury und Trading sowie Internationales Geschäft. Zum Geschäftsfeld KMG gehören darüber hinaus die Kapitalanlagegesellschaft LBB-INVEST sowie operative Einheiten der LBB an den Auslandsstandorten London und Luxemburg.

Der Bereich Client Business Production entwickelt Investmentkonzepte in verschiedenen Assetklassen, die vom Bereich Client Business Distribution an diverse Zielgruppen vom Privatanleger bis zum institutionellen Kunden vertrieben werden. Die Angebotspalette der LBB-INVEST umfasst sowohl Publikumsfonds als auch Spezial-Sondervermögen.

Treasury und Trading steuert die Liquidität des Konzerns und sichert dessen langfristige Refinanzierung. Zusätzlich ist Treasury und Trading verantwortlich für das Management der kurz- und langfristigen Investmentstrategien. Handelsstrategien ohne Kundenbezug wurden strategiekonform im Verlauf des Jahres 2012 eingestellt.

Das Internationale Geschäft betreibt in enger Kooperation mit dem Firmenkundengeschäft Exportfinanzierungen, Handelsfinanzierungen und kommerzielles Auslandsgeschäft sowie das bilaterale und syndizierte Kreditgeschäft mit Banken, Unternehmen und Staaten in der Zielregion.

Die laufende strategische Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts hat höhere Erträge aus dem kundenbezogenen Geschäft sowie eine verringerte Ergebnisvolatilität in den nicht-kundenbezogenen Geschäften bei voller Risikotransparenz zum Ziel. Die Fokussierung auf das Kundengeschäft und die Kundenbedürfnisse erfordert die Neuausrichtung und Ausweitung der Vertriebsaktivitäten sowie eine veränderte Vertriebsphilosophie. Mit diesen strukturellen Veränderungen leistet das Geschäftsfeld einen signifikanten Beitrag zur Neuausrichtung des LBB-Konzerns insgesamt. Zentrale Elemente des Umbaus der Kapitalmarktaktivitäten sind die Schließung von Auslandsstandorten und die vollständige Einstellung von Handelsgeschäften mit Aktien und Aktienderivaten ohne Kundenbezug. Die Bank wird als Partner und Dienstleister mittelständische Institutionelle bedienen und insbesondere die Sparkassen bei der Weiterentwicklung ihres Geschäfts unterstützen. Dabei werden Veränderungen im Wettbewerbsumfeld genutzt.

Positives Geschäftsjahr trotz diverser Belastungen

Kurz- bis mittelfristig dürfte sich die nervöse und hochvolatile Phase an den internationalen Kapitalmärkten fortsetzen. Diese Marktentwicklungen werden das Ergebnis des Geschäftsfelds weiterhin stark beeinflussen. Das Geschäftsjahr 2012 verlief trotz signifikanter Belastungen aus den vorgesehenen Schließungen der ausländischen Standorte für alle Ertragsfelder des Kapitalmarktgeschäfts positiv.

Durch die konsequente Umsetzung einer Reihe von Korrekturmaßnahmen konnten die Jahresziele erreicht werden. Den erhöhten Anforderungen an die Kernkapitalquote wurde mit einem Abbau von Risikoaktiva begegnet.

Kundengeschäft im Mittelpunkt

Das Kapitalmarktgeschäft wird künftig auf jene Kunden und Produkte fokussiert, bei denen ein Wettbewerbsvorteil der LBB und volle Risikotransparenz bestehen. Dazu werden alle Prozesse und Produkte konsequent vom Kunden her durchdacht und gegebenenfalls neu strukturiert. Im Jahr 2012 haben wir deshalb die Modernisierung der Handelsinfrastruktur und die Neuausrichtung des Produktmanagements initiiert. Mit dieser Wachstumsstrategie wollen wir die durch den Konsolidierungsprozess in der Branche entstandenen Marktlücken konsequent nutzen und dadurch die Ertragsstruktur verbessern.

Zertifikatevolumen nimmt weiter zu

Das ausstehende Zertifikatevolumen konnte 2012 im Vergleich zum Vorjahresniveau leicht gesteigert werden. Damit stärkte die LBB ihre Marktposition. Wie in den Vorjahren wurde die LBB auch 2012 als Zertifikate-Anbieter getestet und konnte sich erfolgreich behaupten. Sie erreichte beim Servicetest des Beratungsunternehmens Steria Mummert Consulting die Note „sehr gut“ und kam im Gesamtranking der Emittenten auf den vierten Platz. Damit gehört die LBB zu den qualitativ besten Emittenten in Deutschland. Das Fondsvolumen der LBB-INVEST blieb trotz des schwierigen Marktumfelds auf dem Vorjahresniveau.

Das Kreditvolumen im internationalen Geschäft wurde im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 33 % erhöht. Die Steigerung haben wir vollständig im ECA-gedeckten Geschäft erreicht, das durch staatliche Exportkreditversicherer wie zum Beispiel Euler Hermes gesichert wird.

Angebot für Sparkassen wird weiter ausgebaut

Die deutschlandweite Betreuung für Sparkassen im Depot-A-Geschäft wurde im Berichtsjahr nochmals ausgeweitet. Im Zertifikate-Geschäft begleiten wir den gesamten Vertriebsprozess der Sparkassen analog zu den Prozessen in der Berliner Sparkasse (Depot-B-Geschäft). Dies beinhaltet Maßnahmen zur Marketingunterstützung bis hin zu Beraterschulungen vor Ort. Damit positioniert sich unser Geschäftsfeld als starker Partner der Sparkassen.

Landesbank Berlin und DekaBank

Ende 2012 haben die Vertreter der Eigentümer von LBB und DekaBank eine Empfehlung zur Änderung der bisherigen Geschäftsausrichtung gegeben, um dem sich schnell und stark verändernden Umfeld für die Finanzwirtschaft optimal begegnen zu können. Doppelfunktionen in den Geschäftsaktivitäten beider Häuser sollen abgebaut und die Stärken beider Institute besser genutzt werden. Daraus folgend hat die LBB den kundenorientierten Teil des Kapitalmarktgeschäfts zusammen mit der LBB-INVEST auf die DekaBank zu übertragen. Mit der Umsetzung der Empfehlung bietet sich die Chance, unseren Kunden zukünftig eine verbreiterte und aufeinander abgestimmte Angebotspalette an Kapitalmarkt- und Fondsprodukten aus einer Hand anbieten zu können.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die „neuen Realitäten“ in der gesamten Finanzdienstleistungsbranche und die 2012 begonnenen Strukturveränderungen im LBB-Konzern stellen hohe Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Bank. Der Erfolg der LBB basiert auf ihrem Engagement gegenüber den Kunden und der Qualität ihrer Produkte und Services. Zur weiteren Verbesserung der Unternehmenskultur wurde das Projekt „Lust auf Veränderung“ fortgesetzt. In zahlreichen Veranstaltungen und sogenannten „Marktplätzen“ konnten Beschäftigte Ideen und Vorschläge entwickeln und vortragen.

Die LBB investiert weiterhin in die systematische Entwicklung und Qualifizierung der Beschäftigten ebenso wie in Maßnahmen zum Erhalt ihrer Gesundheit. Als einer der größten Ausbildungsbetriebe in Berlin bieten wir Schulabgängern neben der Bankausbildung auch die Möglichkeit eines Bachelor-Studiums der Fachrichtungen Bank und Informationstechnologie. Für Hochschulabsolventen haben wir zielgerichtete Trainee-Programme entwickelt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Führungskräfte nutzen die attraktiven Inhouse-Möglichkeiten zur Weiterentwicklung ihrer persönlichen, fachlichen und vertrieblichen Kompetenzen. Neben anspruchsvollen Qualifizierungsprogrammen werden bedarfsorientiert vielfältige Einzelmaßnahmen wie Schulungen und Trainings besucht. Darüber hinaus besteht das Angebot, an externen Seminaren und Tagungen teilzunehmen sowie Erfahrungen auszutauschen.

Im Privatkundengeschäft haben wir in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Bankwirtschaft, das der Hochschule für Wirtschaft und Recht angegliedert ist, im Jahr 2012 ein Qualifizierungsprogramm zur Professionalisierung unserer Kundenberaterinnen und Kundenberater entwickelt und pilotiert. Ziel ist, dass sich in den kommenden drei Jahren alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Anlageberatung zum zertifizierten Vermögensberater qualifizieren.

Die Themen Chancengleichheit, Vielfalt und Frauenförderung stehen weiterhin im Fokus der Bank. Allein im Berichtsjahr wurden zwei Mentoringprogramme für Frauen erfolgreich beendet. Ziel der Programme ist es, Mitarbeiterinnen mit entsprechendem Potenzial im Unternehmen sichtbar zu machen sowie den hierarchie- und generationsübergreifenden Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zu fördern. Außerdem finden Workshops zur Sensibilisierung und Professionalisierung der Führungskräfte rund um das Thema „Umgang mit Vielfalt“ statt.

Im Jahr 2012 wurde erneut das sogenannte Führungsfeedback durchgeführt. In dieser Befragung können Beschäftigte der Bank die Führungskräfte und die Zusammenarbeit in den Teams beurteilen mit dem Ziel, sowohl die Führungsqualität als auch die Ergebnisse des Teams weiter zu verbessern. Auch das Stimmungsbarometer zur Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit haben wir erneut durchgeführt.

Das Gesundheitsmanagement in der Landesbank Berlin wird kontinuierlich ausgebaut. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Möglichkeit, eine externe Beratung zu beruflichen, familiären, gesundheitlichen oder anderen persönlichen Fragen sowie einen Familienservice, der unter anderem Kinderbetreuungangebote vermittelt, in Anspruch zu nehmen.

Ein weiterer Baustein des betrieblichen Gesundheitsmanagements ist die Mitarbeiterbefragung „Arbeit und Gesundheit“. Aus den Ergebnissen wurden im Jahr 2012 vielfältige Maßnahmen zur Optimierung von Arbeitsplätzen und Arbeitssituationen unter gesundheitlichen Aspekten umgesetzt. So hat die Mehrzahl der Führungskräfte des Hauses an einem Training zum Thema „Gesund führen“ teilgenommen. Mit dieser und anderen Maßnahmen unterstützen und begleiten wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Herausforderungen und Veränderungen, denen sich unser Unternehmen stellen muss. Für ihr großes Engagement in diesem anhaltend schwierigen Umfeld dankt der Vorstand allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich.

Gesellschaftliches Engagement des Konzerns

Die LBB unterstützt Projekte in den Bereichen Bildung und Erziehung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur und nimmt damit ihre gesellschaftliche Verantwortung wahr. Die Förderung gilt außerdem sozialen und karitativen Einrichtungen und Initiativen.

Unsere Stiftungen

In der „Stiftung Berliner Sparkasse – von Bürgerinnen und Bürgern für Berlin“ hat die Berliner Sparkasse ihr gesellschaftliches und soziales Engagement neu verankert. Die Stiftung unterstützt Menschen und Einrichtungen, die sich in besonderer Weise für das Zusammenleben in der Stadt Berlin einsetzen. Die Bildung und Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen zu fördern, ist uns dabei ein besonderes Anliegen. So arbeiten wir mit dem Verein „Straßenkinder e.V.“, der sich für Kinder einsetzt, die ohne soziale Bindungen aufwachsen, und unterstützen die Komische Oper Berlin bei der Inszenierung der deutsch-türkischen Kinderoper „Ali Baba und die 40 Räuber“. Die Stiftung Berliner Sparkasse steht ausdrücklich auch Zustiftungen Dritter offen. Damit greift sie den Wunsch vieler Kunden auf, die keine Erben haben und ihr Vermögen für das Gemeinwohl einsetzen möchten.

Um ihr Engagement in den Bereichen Bildung und Erziehung, Kultur sowie Wissenschaft und Forschung zusammenzubringen, hat die LBB die gemeinnützige Stiftung Brandenburger Tor ins Leben gerufen. Zentrum der Aktivitäten ist das Max Liebermann Haus am Pariser Platz. Konferenzen, Ausstellungen, Workshops, Schulprojekte sowie die „Torgespräche“ bilden Diskussionsplattformen für Themen aus Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft. Seit nunmehr 15 Jahren ist die Stiftung Ort des Dialogs und Begegnungsstätte für Künstler, Wissenschaftler und alle interessierten Bürgerinnen und Bürger. Ein kultureller Höhepunkt des Jahres 2012 war die viel besuchte Lesung des Erfolgsautors Edmund de Waal.

Die Berliner Sparkassenstiftung Medizin wurde 1989 von der Berliner Sparkasse gegründet. Sie fördert die medizinische Forschung und stärkt so die Stellung Berlins als Wissenschafts- und Forschungsstandort. Mit Spenden und den Erträgen des Stiftungsvermögens und mit der Unterstützung durch die ehrenamtlichen Gremien konnten unter anderem Projekte aus den Bereichen der Unfallchirurgie und der Krebsforschung vorangebracht werden.

Kulturelles Engagement

Seit dem Jahr 2011 besteht die Zusammenarbeit der Sparkassen-Finanzgruppe mit den Staatlichen Museen zu Berlin. Ziel ist es, die Museen mit ihren Sammlungen und Forschungseinrichtungen einer noch breiteren Bevölkerungsschicht näherzubringen. Mit der zunächst auf drei Jahre angelegten Kooperation wurde die Sparkassen-Finanzgruppe, vertreten durch den Deutschen Sparkassen- und Giroverband, die Berliner Sparkasse und die DekaBank, zum Hauptförderer der Staatlichen Museen zu Berlin. Im Mittelpunkt stehen die Jugendbildung, die Außerdarstellung der Museen und die Förderung von herausragenden Ausstellungen. So wurde im Neuen Museum auf der Museumsinsel mit Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe die große Jubiläumsausstellung „Im Licht von Amarna. 100 Jahre Fund der Nofretete“ realisiert.

Ausschüttung aus PS-Lotteriemitteln

„PS-Sparen und Gewinnen“ ist eine besondere Sparform der Sparkassen, bei der das Sparen mit der Teilnahme an einer Lotterie verbunden ist. Vom Lospreis in Höhe von fünf Euro werden vier Euro als Sparbetrag angelegt. Mit dem verbleibenden Euro nimmt der Sparer an der monatlichen Auslosung von Gewinnen teil und unterstützt gleichzeitig gemeinnützige Einrichtungen und Projekte in Berlin. Im Jahr 2012 kam durch Kunden der Berliner Sparkasse mit dem PS-Sparen ein Zweckertrag von 1,7 Mio. €

zusammen, der an rund 230 soziale Projekte in Berlin ausgeschüttet werden konnte. Unterstützt wurden zum Beispiel ein Medienkompetenzzentrum für Jugendliche, eine Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder und ein Verein zur Integration behinderter Kinder.

Partner der Schulen

Ein weiteres wichtiges Förderthema ist die Bildungsinitiative CidS! (Computer in die Schulen). Gesellschafter der CidS! GmbH sind die Industrie- und Handelskammer zu Berlin und die LBB. Wesentliche Ziele von CidS! sind die Einwerbung von Sachspenden und die Förderung der Internetnutzung durch die Berliner Schulen und Jugendeinrichtungen. Hierzu unterhält CidS! das Berliner Schulnetz CidSNet.

CidSNet stellt interessierten Schulen eine kostenfreie Internetpräsenz mit vielen Erweiterungen und E-Mail-Adressen für alle Lehrkräfte und Schüler sowie technische Unterstützung zur Verfügung. Ein aktuelles Projekt ist die Ausrüstung einer Berliner Sport-Oberschule mit iPads für den Einsatz im Unterricht.

Partner der Wirtschaft

Als Partner der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin unterstützt die LBB seit 2008 den Bachelor-Studiengang „Unternehmensgründung und Unternehmensnachfolge“. Gegenstand der Kooperation sind gemeinsame Veranstaltungen für nachfolgesuchende Unternehmen sowie Existenzgründer, wie beispielsweise die Konferenzreihe „Campus Wannsee“ zum Themenkomplex Familienunternehmen. In Gastvorträgen vermitteln Dozenten der LBB und Existenzgründer den inzwischen rund 170 Studierenden praktisches Wissen. Die Bank kann zudem als Mitglied im Studiengangsrat Impulse zur Weiterentwicklung des Studiengangs geben.

Die LBB engagierte sich als Premium-Partner beim etablierten Innovationspreis Berlin-Brandenburg. Eine unabhängige Jury zeichnete 2012 drei innovative Entwicklungen im Bereich des Datenmanagements, der Filmproduktion und der Optimierung eines Forschungs-Roboters aus. Der Preis trägt dazu bei, innovative Unternehmen zu wirtschaftlichem Erfolg zu führen und den Technologiestandort Berlin-Brandenburg weiter zu stärken. Die Förderung, Präsentation und Würdigung zukunfts- und marktfähiger Entwicklungen von Start-ups, etablierten Unternehmen oder vernetzten Forschungseinrichtungen ist das Ziel des Innovationspreises für die Hauptstadtregion.

Ebenfalls als Premium-Partner engagiert sich die Berliner Sparkasse traditionell beim jährlichen Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg. Zusätzlich zur Teilnahme am Wettbewerb können Unternehmensgründerinnen und -gründer Seminare besuchen, sich von Experten trainieren lassen oder Netzwerke mit anderen Gründern, möglichen Partnern, Investoren und Kunden aufbauen. Der Businessplan-Wettbewerb unterstützt mit zahlreichen Institutionen, Verbänden und Unternehmen Gründer bei der Planung ihres Unternehmens und der Entwicklung ihres Geschäftskonzepts.

Ratingübersicht

	Moody's		Fitch		dbrs
Ungarantierte Verbindlichkeiten					
Langfrist-Rating	A1		A+		A (hoch)
Kurzfrist-Rating	P-1		F1+		R-1 (mittel)
Ausblick	stabil		stabil		stabil
Individualratings					
Bank-Finanzkraft rating	D+		-		-
Viability Rating	-		bbb-		-
Intrinsisches Rating	-		-		BBB (hoch)
Garantierte Verbindlichkeiten					
Langfrist-Rating	Aa1		AAA		-
Kurzfrist-Rating	P-1		F1+		-
Ausblick	negativ		stabil		-
Pfandbriefe					
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa		AAA		-
Hypothekendarlehen	Aaa		-		-

Die garantierten Verbindlichkeiten unterliegen noch der Gewährträgerhaftung.

Konzernlagebericht

Der Konzern im Überblick	22	Risikobericht	44
Organisatorische und rechtliche Struktur	22	Rahmenbedingungen	44
Vorstand und Ressortverteilung	25	Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling	45
Allgemeiner Verlauf im Überblick	26	Verantwortlichkeiten und Organisationsstrukturen im Risikomanagementprozess	45
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	26	Kapitalmanagement	46
Geschäftstätigkeit des Konzerns	27	Entwicklungen im Aufsichtsrecht	47
Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2012	29	Gesamtrisikosteuerung	50
Ertragslage	29	Adressenausfallrisiken	55
Vermögenslage	39	Auslandsvolumen	65
Finanzlage	42	Liquiditätsrisiken	69
Auswirkungen der Konsolidierung	42	Marktpreisrisiken	73
Ereignisse nach dem 31. Dezember 2012	43	Verbriefungstransaktionen	79
Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG	43	Immobilienrisiken	80
		Operationelle Risiken	80
		Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem	85
		Sonstige Risiken	86
		Chancen- und Prognosebericht / Ausblick	87
		Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage	87
		Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder	90
		Mittelfristplanung	94
		Zusammenfassung / Gesamtaussage	94

Der Konzern im Überblick

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Struktur des Konzerns Landesbank Berlin Holding (Konzern) stellte sich zum 31. Dezember 2012 wie folgt dar:



- Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin mit Sitz in Berlin. Sie ist eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) und zu 100 % an der Landesbank Berlin AG (LBB) und der Kapitalanlagegesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) beteiligt. Hauptaktionärin der Holding ist die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) mit einer Anteilsquote von 89,37 %. Sie ist Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft), die 10,63 % der Anteile hält. In ihrer Funktion als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft übernimmt die

Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG) die Geschäftsführung sowohl für die S-Erwerbsgesellschaft als auch für die S-Beteiligungsgesellschaft. Der auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Landesbank Berlin Holding AG am 25. April 2012 gefasste Beschluss zur Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf den Hauptaktionär, die S-Erwerbsgesellschaft, wurde am 1. August 2012 in das Handelsregister eingetragen. Damit ist der Beschluss rechtswirksam und die Aktien der Minderheitsaktionäre sind auf den Hauptaktionär übergegangen. Die Sparkassen-Finanzgruppe wurde damit Alleineigentümer der Holding. Die Börsennotierung der Aktien der Holding wurde mit Ablauf des 2. August 2012 eingestellt.

- Die LBB ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG. Die LBB ist Trägerin der Berliner Sparkasse (§ 3 Abs. 2 des Berliner Sparkassengesetzes) und unterhält derzeit noch Niederlassungen in London und Luxemburg, die im Zuge der noch stärkeren Konzentration auf das kundenbezogene Geschäft in den Jahren 2013 beziehungsweise 2014 geschlossen werden sollen. Die Berliner Sparkasse ist eine öffentlich-rechtliche Sparkasse in der Rechtsform einer teilrechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts (§ 3 Abs. 1 Berliner Sparkassengesetz) und wird als Zweigniederlassung der LBB geführt.
- Die LBB hält wichtige strategische Beteiligungen des Konzerns wie die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG (Berlin Hyp), die S-Servicepartner GmbH (vormals BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin) und die S-Kreditpartner GmbH (SKP). Die LBB hat mit der Berlin Hyp einen Beherrschungsvertrag im Sinne von § 291 Abs. 1 Satz 1 AktG abgeschlossen, der mit der Eintragung in das Handelsregister der Berlin Hyp am 12. September 2012 wirksam wurde. Darüber hinaus wurde zwischen der LBB und der S-Servicepartner GmbH ein Gewinnabführungsvertrag geschlossen; die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 3. Dezember 2012.
- Die LBB soll sich als Berliner Sparkasse auf das Kerngeschäft der Privat- und Firmenkundenbetreuung sowie auf die lokale gewerbliche Immobilienfinanzierung in der Region Berlin-Brandenburg konzentrieren. Zudem soll sie als wichtiger Verbundpartner ihr Know-how weiterhin den Sparkassen zur Verfügung stellen und ihre Leistungen bei Bedarf ausbauen. Zur Berliner Sparkasse sollen unter anderem die Tochterunternehmen S-Kreditpartner GmbH und S-Servicepartner GmbH, die netbank AG sowie der DirektBankService gehören.
- Die Berlin Hyp, in der das überregionale gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft des LBB-Konzerns konzentriert wird, soll sich als eigenständige Immobilienfinanzierungsbank der Sparkassen positionieren.
- Das kundenbezogene Kapitalmarktgeschäft soll zusammen mit der LBB-INVEST ein bedeutender Teil der Wertpapierhaus-Strategie der DekaBank werden.

Im Verlauf des Jahres 2013 sollen in den Gremien der Eigentümer, der LBB und der DekaBank die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden. Bis zur Umsetzung der hieraus gegebenenfalls resultierenden Planungen bleibt der Konzern in seiner bisherigen Struktur bestehen.

Im Zuge der Neuordnung der Geschäftsaktivitäten haben die Sparkassen als Eigentümer von LBB und DekaBank unter Einbindung beider Häuser eine Empfehlung für die künftige Ausrichtung erarbeitet. Danach sollen inhaltliche Überschneidungen von LBB und DekaBank abgebaut und die Stärken beider Häuser noch besser für die Sparkassen und deren Kunden nutzbar gemacht werden. Die Empfehlung beinhaltet folgendes Zielbild:

Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt deshalb über keine Mitarbeiter. Ihr Hauptzweck ist das Halten der Beteiligung an der LBB. Die hierfür notwendigen Tätigkeiten und die Unterstützung der Organe der Holding werden im Wege der Geschäftsbesorgung von der LBB erbracht.

Landesbank Berlin			
Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft
Refinanzierung und Zinsmanagement			
Corporate Center / Marktfolge			

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder, das Segment Refinanzierung und Zinsmanagement, die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge gegliedert. Die strategischen Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Immobilienfinanzierungs- und dem Kapitalmarktgeschäft. Im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung der Refinanzierung und des Bankbuchs abgebildet. Die Corporate Center umfassen unter anderem die Bereiche Infrastruktur, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung und Recht, Revision und Finanzen. Die Marktfolge beinhaltet die Backoffice-Dienstleistungen der S-Servicepartner GmbH und der Kreditbereiche der LBB. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert.

Die Mitarbeiterkapazität im Konsolidierungskreis des Konzerns lag mit 5.802 am 31. Dezember 2012 unter dem Vorjahreswert. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten betrug 61,5 % der Gesamtbelegschaft. Die Fluktuationsquote war mit insgesamt 4,7 % beziehungsweise um Altersaustritte bereinigt mit 1,7 % unverändert gering.

Die LBB ist einer der größten Ausbildungsbetriebe in Berlin mit vielfältigen Möglichkeiten für Schulabgänger und Hochschulabsolventen. Maßnahmen zur Mitarbeiterqualifizierung wie die Programme zur Entwicklung von Führungskräften und das Fachkräfteprogramm für Spezialisten haben wir 2012 fortgeführt. Zwei Mentoringprogramme für Frauen wurden im Berichtsjahr erfolgreich beendet. Ziel dieser Qualifizierungsmaßnahmen ist es, Mitarbeiterinnen mit entsprechendem Potenzial im Unternehmen sichtbar zu machen sowie den hierarchie- und generationsübergreifenden Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zu fördern.

Mit dem Ziel, die Führungsqualität und die Zusammenarbeit in den Teams zu verbessern, wurden 2012 erneut ein sogenanntes Führungsfeedback sowie ein Stimmungsbarometer zur Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit durchgeführt. Das Gesundheitsmanagement in der LBB bauen wir kontinuierlich aus. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Möglichkeit, eine externe Beratung zu beruflichen, familiären, gesundheitlichen oder anderen persönlichen Fragen sowie einen Familienservice in Anspruch zu nehmen.

Vorstand und Ressortverteilung

Dem Vorstand der Holding gehörten zum 31. Dezember 2012 der Vorsitzende Dr. Johannes Evers und Martin K. Müller an. Sie waren zugleich Vorstandsvorsitzender (Dr. Evers) beziehungsweise Vorstandsmitglied der LBB. Weitere Vorstandsmitglieder der LBB waren Jan Bettink, Serge Demolière, Hans Jürgen Kulartz und Patrick Tessmann.

Alle operativen Aufgaben der Holding werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags zwischen der Holding und der LBB von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder waren zum 31. Dezember 2012 wie folgt geregelt:

Dr. Johannes Evers (Vorsitzender)

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Compliance
Finanzen
Personal
Revision
Unternehmensentwicklung
und Recht

Jan Bettink

Landesbank Berlin AG
Immobilienfinanzierung

Serge Demolière

Landesbank Berlin AG
Kapitalmarktgeschäft

Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG
Einkaufsmanagement
Firmenkunden
Infrastruktur
Organisationssteuerung

Martin K. Müller

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Kredit
Risikobetreuung
Risiko und Controlling
S-Servicepartner GmbH

Patrick Tessmann

Landesbank Berlin AG
Private Kunden

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung war im gesamten Euro-Raum durch eine leichte Rezession gekennzeichnet. Spekulationen um die künftige Ausgestaltung des Währungsgebiets beziehungsweise um mögliche Zerwürfnisse haben den Wirtschaftsgang zusehends beeinträchtigt. Zudem spitzte sich die Situation in größeren Staaten wie Italien und Spanien besonders zu. Weltwirtschaftlich verlief das Jahr enttäuschend. Sowohl die größeren Schwellenländer als auch die US-Wirtschaft registrierten ein vergleichsweise verhaltenes Wachstum.

Trotz dieses widrigen Umfelds erwies sich der Wirtschaftsverlauf in Deutschland bis in das zweite Halbjahr 2012 hinein als robust. Zwar verlangsamte sich das Wachstum zum Jahresende hin stetig. Dennoch stieg das Bruttoinlandsprodukt nach Angaben des Statistischen Bundesamts im Gesamtjahr 2012 um 0,7 %. Maßgeblicher Treiber blieb der Außenbeitrag. Der Export profitierte im Jahresverlauf nicht zuletzt vom niedrigen Außenwert der Gemeinschaftswährung. Gleichwohl wurden die Krisenfolgen zum Jahresende deutlich sichtbar. Zugleich ließen die Arbeitsmarkt- und Einzelhandelsdaten nicht erkennen, dass solche Einschnitte durch eine Belebung der Binnennachfrage ausgeglichen werden. Somit dürfte sich zum Jahresschluss ein Rückgang der Wirtschaftsleistung eingestellt haben.

Grundsätzlich ist unsere Schwerpunktregion Berlin-Brandenburg weniger exportorientiert und entwickelte sich im aktuellen Umfeld deshalb vergleichsweise stabil. Im ersten Halbjahr 2012 nahm das Bruttoinlandsprodukt um 1,8 % zu und wuchs damit schneller als im Bundesdurchschnitt. Schwächere Auftragseingänge deuteten zwar auf Brems Spuren

im Zusammenhang mit den Verwerfungen in Europa hin. Dennoch fand die Bauwirtschaft bei niedrigen Zinsen auf Expansionskurs zurück. Auch der Tourismus setzte weiterhin positive Akzente und vermeldete zweistellige Zuwächse bei den Besucherzahlen.

Nachdem die großvolumigen Langfristoperationen der Europäischen Zentralbank (EZB) am Kapitalmarkt nur kurzzeitig beruhigen konnten und die europäische Finanzpolitik im ersten Halbjahr Vertrauen stiftende Impulse vermissen ließ, sah sich die EZB im Sommer schließlich veranlasst, ihre Bereitschaft zu Anleihekäufen zu erklären. Auch ohne tatsächlichen Vollzug sorgte dies für eine Rückbildung der Risikoaufschläge. Bundesanleihen wiesen aber weiterhin außerordentlich niedrige Renditen auf, weil der stabilisierende Einfluss möglicher EZB-Eingriffe auch als Vorsorge gegen deutsche Haftungsrisiken im Zuge der Euro-Rettungsmaßnahmen verstanden wird. Wie nachhaltig diese Bewegungen waren, lässt sich noch nicht beurteilen. Vereinbarungen darüber, wie im Falle einer Zuspitzung insbesondere für Spanien der Kapitalmarkt Zugang zu erträglichen Konditionen erhalten werden könnte, standen jedenfalls zum Jahresende noch aus.

In diesem Marktumfeld hielt die Spaltung der europäischen Finanzinstitute an. Während schwächere Marktteilnehmer vorrangig auf die Liquiditätszuteilungen des Eurosystems angewiesen blieben, beließen stärkere Finanzinstitute flüssige Mittel von erheblichem Umfang ohne jede Verzinsung im Eurosystem. Die geforderte Stärkung der Eigenkapitalausstattung wurde über den Abbau risikogewichteter Aktiva angegangen. Darüber hinaus

wurden auch kapitalzuführende Maßnahmen ergriffen, die im Falle Spaniens auch unter Einbeziehung der europäischen Stützungsmechanismen erfolgten. Zudem begannen Arbeiten zur Schaffung einer europäischen Bankenunion, die maßgeblich auf einer Verlagerung bankaufsichtlicher Kompetenzen auf die europäische Ebene fußen soll.

Geschäftstätigkeit des Konzerns

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage ist der Konzern Landesbank Berlin Holding weiter darauf ausgerichtet, im Kundengeschäft zu wachsen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Darüber hinaus nimmt er immer stärker die Rolle als Dienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Aufgrund der anstehenden veränderten qualitativen und quantitativen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III/CRD IV, die im Sinne eines faktischen Vorziehens des Umsetzungstermins bereits ab dem 1. Januar 2013 gelten sollten, hat der Konzern alle Geschäftsaktivitäten auf ihre Wirtschaftlichkeit, den Eigenkapitalbedarf und die strategische Wichtigkeit überprüft und bewertet. Das Eigenkapital soll bis 31. Dezember 2014 um rund 750 Mio. € entlastet werden, davon wurden rund 500 Mio. € bereits 2012 realisiert (siehe Risikobericht). Über diese Entlastung will der Konzern bereits ab dem Jahr 2013 dauerhaft eine harte Kernkapitalquote von mehr als 9 % erreichen. Zur Schließung der Eigenkapitalücke haben wir Risikopositionen im Nicht-Kundengeschäft schneller als ursprünglich geplant reduziert oder beendet. Zu den geplanten Maßnahmen gehört auch die Schließung der beiden Standorte in London

(bis September 2013) und Luxemburg (im Wesentlichen bis Mitte 2014). Insgesamt wird sich die LBB in Zukunft strategisch noch konsequenter als Kundenbank ausrichten. Zudem wurde ein Abbau der Komplexität im Kapitalmarktgeschäft angegangen, der sowohl im Zusammenhang mit der Verkürzung der Bilanzsumme durch den Abbau von Risikoaktiva als auch grundsätzlich in Bezug auf Strukturen, Prozesse und Produkte erforderlich ist.

Erläuterungen zur Steuerung des Konzerns sind unter „Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2012“ und „Geschäftliche Ausrichtung“ im Chancen- und Prognosebericht dargestellt.

Das Bankgeschäft des Konzerns wird in den folgenden strategischen Geschäftsfeldern sowie im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement, unterstützt durch die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge, betrieben.

Das Geschäftsfeld **Private Kunden** betreibt das Universalbankgeschäft mit Privatpersonen. Im regionalen Geschäft der Berliner Sparkasse werden rund zwei Millionen Privatkunden betreut. Das überregionale Kreditkartengeschäft wird überwiegend mit sogenannten Co-Branding-Partnern (zum Beispiel ADAC, Amazon, Air Berlin) betrieben und umfasst rund 2,3 Millionen ausgegebene Kreditkarten. Die netbank stellt für die LBB ein Investment in den Direktbank-Kanal dar. Im überregionalen Auto- und Konsumentenkreditgeschäft ist die S-Kreditpartner GmbH, ein gemeinsam mit der Deutsche Leasing AG gegründetes Unternehmen, als Verbundpartner der deutschen Sparkassen tätig.

Das Geschäftsfeld **Firmenkunden** betreut mit einem umfassenden Produkt- und Leistungsangebot rund 70.000 kleine und mittelständische Unternehmen. Ein strategisches Ziel ist die Sicherung der starken Marktposition in Berlin in einem intensiven Wettbewerbsumfeld. Auf Basis eines verlässlichen Geschäftsmodells ist ein hoher Qualitätsanspruch zur weiteren Vertiefung der Kundenbeziehungen sowie bei der Neukundengewinnung ein entscheidendes Erfolgsmerkmal. Während Berlin-Brandenburg der Kernmarkt für das Firmenkundengeschäft ist, ist die Bank mit strukturierten Angeboten, zum Beispiel durch das Arrangieren von Schuldscheindarlehen, auch überregional erfolgreich tätig.

In der gewerblichen **Immobilienfinanzierung** sind die LBB und die Berlin Hyp gemeinsam tätig. Alle Mitarbeiter des Immobilienfinanzierungsgeschäfts arbeiten institutsübergreifend nach einheitlichen Regelungen und Prozessen. Das Geschäftsmodell verbindet die Vorteile einer Pfandbriefbank mit denen einer Universalbank. Das Geschäftsfeld betreut rund 2.200 Kunden (Risikoverbünde) mit rund 7.900 Immobilien (ohne Einzelobjekte aus Portfoliofinanzierungen) im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Schwerpunktmäßig werden die Geschäfte mit gewerblichen Investoren, Wohnungsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften, Immobilienfonds und ausgewählten Developern betrieben. Die Kundenbetreuung erfolgt neben dem Sitz der Banken in Berlin durch vier inländische Geschäftsstellen in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main und München sowie durch drei Repräsentanzen im Ausland (Niederlande, Polen und Frankreich). Die Kreditbearbeitung findet zentral in Berlin statt.

Das **Kapitalmarktgeschäft (KMG)** umfasst die Bereiche Client Business (Distribution und Produktion), Treasury und Trading sowie Internationales Geschäft. Zum Geschäftsfeld KMG gehören darüber hinaus die Kapitalanlagegesellschaft LBB-INVEST sowie operative Einheiten der LBB an den Auslandsstandorten London und Luxemburg. Das KMG richtet seinen Fokus auf das kundenbezogene Geschäft und folgt mit dieser Aufstellung der Strategie der Bank, diversifizierte Einkommensströme aus einer breiten Palette von Aktivitäten zu erschließen. Mit der geplanten Schließung der Auslandsstandorte sowie der Einstellung der Handelsgeschäfte mit Aktien und Aktienderivaten ohne Kundenbezug leistet das Geschäftsfeld einen signifikanten Beitrag zum bereits eingeleiteten Umbau in eine Kundenbank. Zielkundengruppe sind neben mittelständischen institutionellen Kunden vor allem die Sparkassen, beispielsweise im Bereich der Depot-B-Produkte. Das Management von kurz- und langfristigen Anlage- und Handelsgeschäften ergänzt das Kundengeschäft.

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2012

Der positive Verlauf des Geschäftsjahres 2012 war durch die weiterhin gute Entwicklung unseres Kundengeschäfts und durch positive Bewertungseffekte aus Markterholungen geprägt. Das Vorsteuerergebnis des Konzerns zum 31. Dezember 2012 war maßgeblich durch den planmäßigen Abbau von Risikoaktiva sowie zur Freisetzung von aufsichtsrechtlichem Eigenkapital beeinflusst. Auch wurden nicht mehr strategiekonforme Bestände reduziert. In diesem Zusammenhang fielen auch Restrukturierungsaufwendungen, überwiegend für die beschlossenen Schließungen der Standorte London und Luxemburg, an.

Diese Entwicklungen zeigten sich insbesondere in den Veränderungen der Erfolgsposten „Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Finanzinstrumente“ (+237 Mio. €), „Ergebnis aus Finanzanlagen“ (+114 Mio. €), „Zinsüberschuss nach Risikovorsorge“ (-122 Mio. €) sowie „Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen“ (-29 Mio. €). Die Verwaltungsaufwendungen stiegen moderat um 15 Mio. €. Das sonstige betriebliche Ergebnis, das im Vorjahr durch positive Sondereffekte stark geprägt war, sank im Berichtsjahr um 117 Mio. €.

Die Ergebnisentwicklung in den Geschäftsfeldern stellte sich insgesamt differenziert dar. Das Ergebnis im Kapitalmarktgeschäft lag über unseren Erwartungen. Die Ergebnisentwicklungen im Firmenkundengeschäft und im Kerngeschäft Immobilienfinanzierung verliefen, trotz der Maßnahmen zum Abbau risikogewichteter Aktiva, ebenfalls besser als erwartet. Das Ergebnis des Geschäftsfelds Private Kunden war insbesondere durch eine Umstellung der internen Zinsverrechnungsmethodik sowie eine erhöhte Risikovorsorge im Mengenkreditgeschäft belastet und lag somit unter den Erwartungen. Im Ergebnis des Segments Refinanzierung und Zinsmanagement wirkten sich Effekte aus der Einengung der eigenen Credit Spreads der LBB aus; das Ergebnis lag per 31. Dezember 2012 unter unseren Erwartungen.

Mit dem Ziel der Stärkung des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals haben die Konzernunternehmen, die zum aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis gehören, per 31. August 2012 einen Zwischenabschluss erstellt. Insgesamt wurde ein Ergebnisbeitrag in Höhe von 120 Mio. € entsprechend bei dem aufsichtsrechtlichen Kernkapital anrechenbar.

Ertragslage

Der Konzern erzielte im Jahr 2012 ein **Ergebnis vor Steuern** in Höhe von 117 Mio. €. Es lag damit deutlich um 76 Mio. € über dem Vorjahresergebnis von 41 Mio. €. Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 237 Mio. €; dazu trugen unter anderem die aus Markterholungen resultierenden Bewertungseffekte bei. Das Ergebnis aus Finanzanlagen verbesserte sich um 114 Mio. € gegenüber dem Vorjahr, in dem vor allem Bewertungsaufwendungen für unsere Engagements in den von der Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Ländern der Euro-Zone, insbesondere Griechenland, anfielen.

Rückläufig entwickelte sich dagegen der Zinsüberschuss nach Risikovorsorge in Höhe von 746 Mio. € (Vorjahr: 868 Mio. €). Die Veränderung resultierte unter anderem aus der vollen Bedienung der stillen Einlage und der etwas höheren Risikovorsorge. Zudem gingen Zinseffekte in das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten ein. Darüber hinaus ergaben sich rückläufige Entwicklungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis, das 2012 vor allem durch Entkonsolidierungsaufwendungen im Zusammenhang mit dem Abbau nicht mehr strategiekonformer Bestände geprägt war. Im Berichtszeitraum 2012 waren im Vergleich zum Vorjahr erstmals Restrukturierungsaufwendungen (29 Mio. €) auszuweisen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	845	951	-106	-11
Zinserträge	3.766	4.286	-520	-12
Zinsaufwendungen	2.921	3.335	-414	-12
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	99	83	16	19
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	746	868	-122	-14
Provisionsüberschuss	270	269	1	0
Provisionserträge	434	432	2	0
Provisionsaufwendungen	164	163	1	1
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-3	-2	-1	-50
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	221	-16	237	> 100
Ergebnis aus Finanzanlagen	-49	-163	114	70
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	-25	-24	-1	-4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	4	121	-117	-97
Verwaltungsaufwendungen	997	982	15	2
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung und Bankenabgabe	167	71	96	> 100
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	-29	0	-29	x
Aufwand Bankenabgabe	21	30	-9	-30
Operatives Ergebnis nach Restrukturierung und Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern	117	41	76	> 100
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	18	120	-102	-85
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	99	-79	178	> 100
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	0	4	-4	-100
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	99	-83	182	> 100

Im Folgenden werden die einzelnen Ergebniskomponenten des Konzerns dargestellt:

Der **Zinsüberschuss** lag mit 845 Mio. € um 11 % unter dem Vorjahreswert von 951 Mio. €. Im Berichtsjahr wurden die Zinsen für die stille Einlage vollständig mit 51 Mio. € erbracht (Vorjahr: 9 Mio. €).

Die Struktur der Zinsaufwendungen und -erträge war maßgeblich durch die flache Zinskurve und den Abbau von Risikoaktiva, insbesondere bei den Finanzanlagen, beeinflusst. Positiv wirkten teilweise höhere Margen im Aktivgeschäft und die kurzfristige Ausweitung der Geldhandelsaktivitäten. Weiterhin erfolgte bei Fälligkeiten höher verzinsten Passiva ein Ersatz auf niedrigerem Niveau. Darüber hinaus gingen Zinseffekte in das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten ein.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Zinserträge			
Zinserträge aus Termin- und Sichteinlagen	160	235	-32
Zinserträge aus sonstigen Darlehen	634	675	-6
Zinserträge aus Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	545	583	-7
Zinserträge aus Kommunalkrediten	240	296	-19
Zinserträge aus Finanzanlagen	578	835	-31
Zinserträge aus Hedge Accounting	1.500	1.543	-3
Sonstige Zinserträge	109	119	-8
Summe Zinserträge	3.766	4.286	-12
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Termin- und Sichteinlagen	239	523	-54
Zinsaufwendungen für Spareinlagen	65	68	-4
Zinsaufwendungen für begebene Wertpapiere	288	318	-9
Zinsaufwendungen für verbrieftete Verbindlichkeiten	628	716	-12
Zinsaufwendungen für Nachrangkapital	72	31	>100
Zinsaufwendungen für Hedge Accounting	1.497	1.530	-2
Sonstige Zinsaufwendungen	132	149	-11
Summe Zinsaufwendungen	2.921	3.335	-12
Zinsüberschuss	845	951	-11

Die Darstellung des Zinsüberschusses wurde einschließlich der entsprechenden Vorjahreszahlen angepasst, um ein detaillierteres Bild über die Ertragslage des Konzerns zu vermitteln.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** wies insgesamt einen **Nettoaufwand von 99 Mio. €** aus. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entsprach dies einer Erhöhung um 16 Mio. €. Insgesamt standen

Neubildungen in Höhe von 229 Mio. € (Vorjahr: 246 Mio. €) Auflösungen in Höhe von 130 Mio. € (Vorjahr: 163 Mio. €) gegenüber.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	130	163	-20
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	229	246	-7
Gesamt	99	83	19

in Mio. €	1.1.–31.12. 2012	1.1.–31.12. 2011	Veränderung in %
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	57	61	-7
Zahlungsverkehr / Kontoführung	93	94	-1
Kreditgeschäft	34	37	-8
Kartengeschäft	71	65	9
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	3	4	-25
Sonstiger Provisionsüberschuss	12	8	50
Provisionsüberschuss	270	269	0

Der **Provisionsüberschuss** erreichte mit 270 Mio. € das Vorjahresniveau. Den Zuwächsen im Kartengeschäft und im sonstigen Provisionsüberschuss standen rückläufige Erträge insbesondere aus dem Wertpapier- und Emissionsgeschäft sowie dem Kreditgeschäft gegenüber.

Das **Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen** belief sich auf -3 Mio. € (Vorjahr: -2 Mio. €) bei einem im Rahmen von effektiven Hedgebeziehungen abgesicherten Gesamtvolumen von insgesamt 31,1 Mrd. €.

Das **Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten** in Höhe von 221 Mio. € lag um 237 Mio. € deutlich über dem Vorjahreswert (-16 Mio. €). Dabei wirkten sich vor allem die Verbesserung der Erfolge aus Wertpapieren und Derivaten sowie die gegenüber dem Vorjahr deutlichen Einengungen von Credit Spreads aus. Den positiven Bewertungseffekten aufgrund der Einengung fremder Credit Spreads standen gegenläufige Bewertungseffekte aus der Einengung eigener Credit Spreads gegenüber. Während sich das Ergebnis der Finanzinstrumente – klassifiziert als Held for Trading – um 269 Mio. € auf 360 Mio. € verbesserte, blieb das Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) mit -139 Mio. € deutlich unter dem Vorjahreswert (-107 Mio. €). Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten korrespondiert mit gegenläufigen Effekten im Zinsüberschuss.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** wies zum 31. Dezember 2012 insgesamt einen Verlust von 49 Mio. € aus, verbesserte sich aber deutlich gegenüber dem Vorjahreswert (-163 Mio. €). Auf das in diesem Posten enthaltene Veräußerungsergebnis von -69 Mio. € wirkten vor allem die Abgänge von Anleihen des Staates Griechenland sowie von weiteren Bonds der Peripheriestaaten ergebnisbelastend. Demgegenüber verbesserte sich das Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen um 252 Mio. € auf +20 Mio. €. Das Bewertungsergebnis war im Berichtszeitraum durch die Auflösung von Vorsorge im Zusammenhang mit unseren Griechenlandengagements geprägt. Im Vorjahreszeitraum waren im Wesentlichen negative Bewertungseffekte für unsere Engagements in den von der Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Ländern der Euro-Zone, insbesondere Griechenland, auszuweisen.

Das **Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen** betrug -25 Mio. € (Vorjahr: -24 Mio. €) und betrifft mit -27 Mio. € insbesondere Anpassungen des Beteiligungsansatzes für die LBS Nord. Dem standen positive Effekte im erfolgsneutralen Ergebnis – insbesondere aufgrund der erhöhten Neubewertungsrücklage aus der LBS Nord – in einer Größenordnung von 10 Mio. € gegenüber.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** wies einen Gewinn von 4 Mio. € aus (Vorjahr: 121 Mio. €). Das Ergebnis im Berichtsjahr war insbesondere durch Aufwendungen aus der Entkonsolidierung von Trusts und damit von Positionen unseres Tender-Option-Bond-Programms sowie aus dem Rückkauf von eigenen Emissionen geprägt. Der Vorjahreswert enthielt vor allem Erträge aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen sowie Effekte aus der erstmalig einbezogenen S-Kreditpartner GmbH.

Die **Verwaltungsaufwendungen** betragen 997 Mio. € (Vorjahr: 982 Mio. €). Sie beinhalten die Personalaufwendungen, die Abschreibungen sowie die anderen Verwaltungsaufwendungen.

Der Personalaufwand lag mit 538 Mio. € um 4 % über dem Niveau des Vorjahres (516 Mio. €). Die anderen Verwaltungsaufwendungen konnten um 5 Mio. € auf 396 Mio. € reduziert werden. Insgesamt blieben die Verwaltungsaufwendungen unter den geplanten Budgets.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %	
Personalaufwendungen	538	516	4	
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	63	65	–3	
Andere Verwaltungsaufwendungen	396	401	–1	
Gesamt	997	982	2	

Es wurden Rückstellungen vor allem für die beabsichtigte Schließung der Standorte London und Luxemburg in Höhe von 29 Mio. € gebildet, die im **Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen** (Vorjahr: 0 Mio. €) ausgewiesen wurden.

Der Posten **Aufwand Bankenabgabe** in Höhe von 21 Mio. € beinhaltet die Erfassung des Jahresbeitrags zum Restrukturierungsfonds der beitragspflichtigen

Unternehmen des Konzerns, für die Landesbank Berlin AG sowohl den Mindestbeitrag als auch einen Nacherhebungsbeitrag.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** enthalten neben den tatsächlichen Steuern in Höhe von 15 Mio. € auch Aufwendungen aus latenten Steuern von 3 Mio. €. Die Höhe der latenten Steuern des Vorjahres resultierte aus der Auflösung von aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in Mio. €		in %
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern ¹⁾	99	–79	178	> 100	
Erfolgsneutrales Ergebnis ¹⁾	264	–181	445	> 100	
Gesamtergebnis der Periode	363	–260	623	> 100	

¹⁾ einschließlich „Anteile im Fremdbesitz“, siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

Das **erfolgsneutrale Ergebnis** erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (-181 Mio. €) erheblich um 445 Mio. €. Die Verbesserung des Ergebnisses des laufenden Jahres ist insbesondere auf die Bewertung der AfS-Finanzinstrumente zurückzuführen. Demgegenüber wurde das erfolgsneutrale Ergebnis durch das Bewertungsergebnis aus Pensionsrückstellungen vor allem infolge der deutlichen Senkung des Diskontierungszinssatzes von 5,0 % auf 3,9 % (Vorjahr: Senkung von 5,4 % auf 5,0 %) belastet. Im Vorjahreszeitraum war das erfolgsneutrale Ergebnis insbesondere durch Belastungen aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten geprägt.

Das Ergebnis vor Steuern im **vierten Quartal des Geschäftsjahres 2012** betrug 2 Mio. € (Vorjahresquartal: 69 Mio. €). Grundsätzlich war das vierte Quartal 2012 durch Bewertungsmaßnahmen im Rahmen des Abbaus von Risikoaktiva sowie der Bildung von Risikovorsorge geprägt. Trotz des Abbaus von Risikoaktiva beziehungsweise der nicht mehr strategiekonformen Bestände verbesserte sich das Ergebnis aus Finanzanlagen im Vergleich zum Vorjahresquartal um 36 Mio. € auf -17 Mio. €. Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten konnte im Vergleich zum vierten Quartal des Vorjahres um 18 Mio. € auf 65 Mio. € gesteigert werden. Weiterhin ergaben sich positive Effekte im Provisionsüberschuss und im Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen. Rückläufig entwickelte sich hingegen der Zinsüberschuss (-107 Mio. €), unter anderem aufgrund der flachen Zinskurve und der im Vorjahresquartal niedrigeren Zinsbelastung aus der Bedienung der stillen Einlage. Zudem korrespondiert der Zinsüberschuss mit gegenläufigen Effekten im Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten. Das sonstige betriebliche Ergebnis entwickelte sich ebenfalls rückläufig; das Vorjahresquartal war durch Sondereffekte begünstigt. Der Verwaltungsaufwand konnte nahezu auf dem Niveau des Vorjahresquartals gehalten werden.

Segmentergebnisse

Im Segment **Private Kunden** wurde im Jahr 2012 mit 51 Mio. € ein Ergebnis vor Steuern erreicht, das um 84 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres lag. Diese Veränderung ist im Wesentlichen auf eine Umstellung der internen Zinsverrechnungsmethodik (-55 Mio. € in 2012) sowie eine erhöhte Risikovorsorge im Mengenkreditgeschäft (+ 40 Mio. €) zurückzuführen.

Der Zinsüberschuss betrug 361 Mio. € und lag damit um 57 Mio. € unter Vorjahr. Diese Abweichung resultierte aus einer im zweiten Halbjahr 2011 erfolgten Umstellung der internen Verrechnungsmethodik im Einlagenbereich. Darüber hinaus wird seit dem 1. Juni 2011 das Allzweckkreditgeschäft über die S-Kreditpartner GmbH abgewickelt und ist nicht mehr im Zinsüberschuss enthalten. Der Zinsüberschuss im Aktivbereich lag dennoch mit 155 Mio. € fast auf Vorjahresniveau.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich von 32 Mio. € auf 72 Mio. €, im Wesentlichen bedingt durch eine Bewertungsanpassung im Rahmen der regelmäßigen Überprüfung der Inkassobeibringungsquoten im Mengenkreditgeschäft und einen einmaligen Sondereffekt im dritten Quartal aus der Anhebung der Abschirmquoten bei den (Dritt-)Kreditkarten.

Der Provisionsüberschuss lag mit 190 Mio. € auf Vorjahresniveau. Der Provisionsüberschuss im Kartengeschäft lag um 4 Mio. €, der Provisionsüberschuss aus dem Kreditgeschäft um 6 Mio. € über dem Vorjahreswert. Beim Provisionsüberschuss aus dem Wertpapiergeschäft wurde der Vorjahreswert nicht erreicht (-9 Mio. €). Der Provisionsüberschuss im Zahlungsverkehr lag leicht unter dem Vorjahreswert (-2 Mio. €). Bei der Vermittlung von privaten Baufinanzierungen ist die Zusammenarbeit mit der FINMAS (Finanzmarktplatz für Sparkassen) gut angelaufen. Im überregionalen Kreditkartengeschäft (Co-Branding) stieg die Zahl der Kreditkartenkonten weiter und lag zum 31. Dezember 2012 um 14 % über dem Wert per 31. Dezember 2011.

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen in Höhe von –1 Mio. € (Vorjahr: –7 Mio. €) war geprägt durch ein verbessertes Ergebnis der einbezogenen S-Kreditpartner GmbH.

Das sonstige betriebliche Ergebnis lag 9 Mio. € unter dem Vorjahreswert, der maßgeblich durch einen Effekt aus der erstmalig einbezogenen S-Kreditpartner GmbH geprägt war.

Die Verwaltungsaufwendungen blieben mit 428 Mio. € um 21 Mio. € unter dem Vorjahreswert. In diesem Wert enthalten sind Abschreibungen in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €).

Das Stichtagsvolumen der Einlagen im Segment Private Kunden lag per 31. Dezember 2012 um 505 Mio. € über dem Vorjahreswert. Ebenso konnte das Stichtagsvolumen der Bestände Kontokorrent/Giro gegenüber dem Vorjahr um 89 Mio. € gesteigert werden.

Der Zuwachs der Privatgirokonten setzte sich mit 24.000 Privatgirokonten netto auch 2012 fort.

Das Segment **Firmenkunden** erzielte im Jahr 2012 ein Ergebnis vor Steuern von 66 Mio. € (Vorjahreswert: 84 Mio. €).

Der Zinsüberschuss in Höhe von 124 Mio. € lag unter dem Vorjahreswert (130 Mio. €). Ursächlich waren geringere Margen im Passivgeschäft und Umstellungen in der internen Verrechnungsmethodik.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft blieb mit 7 Mio. € auf niedrigem Niveau, auch wenn der sehr niedrige Wert des Vorjahres (3 Mio. €) überschritten wurde.

Der Provisionsüberschuss erreichte mit 37 Mio. € nicht das Vorjahresergebnis (43 Mio. €), das hohe Verrechnungen aus dem Internationalen Geschäft des Geschäftsfelds KMG enthalten hatte. Darüber hinaus gab es methodische Änderungen bei der Abbildung von Kreditprovisionen aus Girokonten, die wegen ihres zinsähnlichen Charakters ab 2012 im Zinsüberschuss dargestellt wurden. Die Verwaltungsaufwendungen blieben mit 88 Mio. € auf Vorjahresniveau (88 Mio. €).

Das Kreditneugeschäft lag mit einem Volumen von gut 1,0 Mrd. € etwa 14 % unter dem Vorjahresniveau. Der Bestand an zinstragenden Forderungen an Kunden war am Jahresende 2012 gegenüber dem Vorjahreszeitraum ebenfalls leicht rückläufig und erreichte 4,4 Mrd. € (Vorjahr: 4,5 Mrd. €). Der Beitrag des Segments Firmenkunden zum Abbau von Risikoaktiva machte eine Reduzierung des Aktivvolumens erforderlich. Das regionale Kreditgeschäft wurde dabei nicht reduziert und unterlag auch keinen Einschränkungen im Neugeschäft.

Die Kundeneinlagen im Segment Firmenkunden bewegten sich weiterhin auf hohem Niveau und lagen per Stichtag 31. Dezember 2012 mit 5,6 Mrd. € sogar deutlich über dem Vorjahresbestand (4,8 Mrd. €).

Die Zahl der Kunden im Segment Firmenkunden entwickelte sich 2012 überaus positiv mit einem Nettowachstum von gut 2.600 Kunden. Per 31. Dezember 2012 betreute die Landesbank Berlin rund 70.500 Gewerbe- und Firmenkunden (31. Dezember 2011: rund 67.900 Kunden).

Das Segment **Immobilienfinanzierung** erzielte im Jahr 2012 ein Ergebnis vor Steuern unter Berücksichtigung von Restrukturierungsaufwendungen und Bankenabgabe in Höhe von 193 Mio. € (Vorjahr: 175 Mio. €).

Getragen wurde diese Steigerung durch die sehr guten Entwicklungen des Zinsüberschusses – trotz der Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Abbau von Risikoaktiva – und der Risikovorsorge. Während der Zinsüberschuss mit 379 Mio. € um 11 % über dem Vorjahresniveau (341 Mio. €) lag, reduzierte sich abermals die Nettoneubildung der Risikovorsorge auf nunmehr 26 Mio. € (Vorjahr: 51 Mio. €).

Der Provisionsüberschuss lag infolge des verringerten Neugeschäfts mit 19 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (33 Mio. €). Das Geschäftsfeld erzielte ein Kontrahierungsvolumen in Höhe von 5,3 Mrd. €, darin enthalten sind Prolongationen in Höhe von 1,8 Mrd. €. Im rückläufigen Neugeschäftsvolumen (Vorjahr: 5,4 Mrd. €) spiegeln sich die von der Bank ergriffenen Maßnahmen zur Erreichung der verschärften Eigenkapitalanforderungen wider, die zu erhöhten Qualitäts- und Renditeanforderungen im Kreditgeschäft führten. Die in diesem Zusammenhang erzielten höheren Margen konnten den Provisionsrückgang teilweise kompensieren.

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich überwiegend durch Kosten für IT-Projekte auf 126 Mio. € (Vorjahr: 115 Mio. €). Im Verwaltungsaufwand sind Abschreibungen in Höhe von 6 Mio. € enthalten (Vorjahr: 5 Mio. €). Nach Umsetzung der Maßnahmen insbesondere zur Verbesserung des Zahlungsverkehrsangebots sollen zusätzliche Erträge generiert werden, die die Projektkosten zeitnah kompensieren.

Die Bankenabgabe hat sich auf 8 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €) reduziert. Der Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen betrug –9 Mio. € (Vorjahr: 0 €).

Das Segment **Kapitalmarktgeschäft** erzielte im Jahr 2012 ein auf 217 Mio. € verbessertes Ergebnis vor Steuern unter Berücksichtigung von Restrukturierungsaufwendungen und Bankenabgabe (Vorjahr: –169 Mio. €). In diesem Ergebnis ist eine Belastung von 13 Mio. € durch die Bankenabgabe enthalten (Vorjahr: 14 Mio. €).

Über das gesamte Jahr 2012 entspannte sich die Lage an den Finanzmärkten, abgesehen von den Peripheriestaaten. Dies führte zu nennenswerten Kursgewinnen bei Wertpapierbeständen durch sinkende Risikoaufschläge bei Staats- und Unternehmensanleihen.

Der Zinsüberschuss lag infolge der Verflachung der Zinskurve und des Abbaus von Bondpositionen mit 296 Mio. € um 74 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres (370 Mio. €).

Nettoaufösungen bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft führten im Berichtszeitraum zu einem Ertrag von 5 Mio. €. Im Vorjahreszeitraum wurde das Ergebnis durch Nettoaufösungen in Höhe von 2 Mio. € entlastet.

Im Wesentlichen getrieben durch geringere Verrechnungen an das Geschäftsfeld Firmenkunden und Reduzierung von Provisionsaufwendungen im Wertpapiergeschäft lag der Provisionsüberschuss mit 26 Mio. € um 13 Mio. € über dem angepassten Vorjahreswert (13 Mio. €).

Aus den Bewertungen von Grundgeschäften und ihrer Absicherungen ergab sich bis zum Jahresende 2012 ein rückläufiges Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen von –14 Mio. € (Vorjahr: –2 Mio. €).

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten verbesserte sich im Vergleich zum angepassten Vorjahreswert um 355 Mio. € auf 165 Mio. €. Diese Entwicklung wurde im Wesentlichen durch die Einengung fremder Credit Spreads verursacht.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen lag mit –30 Mio. € um 159 Mio. € über dem Wert des Vergleichszeitraums. Das Vorjahresergebnis von –189 Mio. € war maßgeblich von Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen geprägt. Im ersten Quartal 2012 wurden diese Papiere nahezu vollständig veräußert.

Im Jahr 2012 beeinflusste im Wesentlichen der Abgang eines Großteils der Trusts unseres Tender-Option-Bond-Programms das sonstige betriebliche Ergebnis, das mit –38 Mio. € ausgewiesen wurde (Vorjahr: –1 Mio. €).

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 161 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert (157 Mio. €). Im Verwaltungsaufwand sind Abschreibungen in Höhe von 5 Mio. € enthalten (Vorjahr: 6 Mio. €).

Im Geschäftsfeld wurden Rückstellungen für die beabsichtigte Schließung der Standorte London und Luxemburg in Höhe von 20 Mio. € gebildet, die im Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen (Vorjahr: 0 Mio. €) ausgewiesen wurden.

Die Erträge aus dem Kundengeschäft lagen auf dem Niveau des sehr guten Vergleichszeitraums. Im Gesamtjahr 2012 betrug der Zertifikateabsatz 1,3 Mrd. €. Das Zertifikatevolumen per 31. Dezember 2012 stieg im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 0,2 Mrd. € auf 4,0 Mrd. €. Die Assets under Management der LBB-INVEST erreichten zum Jahresende trotz der Kundenzurückhaltung bei Publikumsfonds mit 10,4 Mrd. € das Volumen des Vorjahres.

Das operative Ergebnis nach Bankenabgabe des Segments **Refinanzierung und Zinsmanagement** betrug im Berichtszeitraum –166 Mio. € (Vorjahr: –39 Mio. €).

In Refinanzierung und Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs über verschiedene Portfolien abgebildet. Die Basis dafür bilden sowohl das zinstragende Kundengeschäft der Bank als auch die zur Liquiditätsversorgung begebenen Passiva. Um diesem Sachverhalt angemessen Rechnung zu tragen, wurde mit der Berichterstattung zum 31. März 2012 eine Anpassung der Segmentbezeichnung in Refinanzierung und Zinsmanagement vorgenommen.

Die Ergebnisentwicklung war maßgeblich durch die Einengung der eigenen Credit Spreads der LBB beeinflusst. An den Anleihemärkten führte die Schuldenkrise zu einer Neubewertung von Emittentenrisiken. In diesem Rahmen engten sich die eigenen Credit Spreads der Bank ein. Da für die bilanzielle Abbildung von Teilen der eigenen Passiva der Bank unter IFRS die Fair Value-Option zur Anwendung kommt, führte dies im abgelaufenen Jahr zu einer negativen Ergebniswirkung in Höhe von –118 Mio. €.

Darüber hinaus konnte die Glättstellung des aus dem Kundengeschäft der Bank entstehenden Zinsänderungsrisikos nicht vollständig ergebnisneutral erfolgen. Insbesondere die für die Modellierung der zinsvariablen Einlagen verwendeten Geldmarktzinsen lösten bei Absicherung mit Zinsderivaten beziehungsweise bei der Verrechnung mit Tagesgeldzinsen Ergebniseffekte aus, die sich im Jahr 2012 auf –26 Mio. € beliefen.

Das Ergebnis vor Steuern unter Berücksichtigung von Restrukturierungsaufwendungen und Bankenabgabe im Segment **Sonstiges** betrug im Berichtszeitraum –242 Mio. € (31. Dezember 2011: –138 Mio. €).

Das Vorjahresergebnis war im Zinsüberschuss begünstigt durch die um 42 Mio. € niedrigere Bedienung der stillen Einlage. Durch die Auflösung diverser Rückstellungen beziehungsweise niedrigere Neubildung von Rückstellungen war das Geschäftsjahr 2011 zusätzlich entlastet (insgesamt rund 50 Mio. €). Zudem wurde im Vorjahr ein Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von 13 Mio. € ausgewiesen.

Im Segment Sonstiges werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen zusammengefasst. Die Leistungsbeziehungen der Marktfolgebereiche sowie der Zentralstäbe werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Im operativen

Ergebnis des Segments verbleiben nach der Leistungsverrechnung im Wesentlichen die Overheadfunktionen, die betriebswirtschaftlich nicht anderen Segmenten zugeordnet werden können. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie die Barreserve, das Anlagevermögen und Steuerpositionen. Im Verwaltungsaufwand waren Abschreibungen in Höhe von 39 Mio. € (Vorjahr: 38 Mio. €) enthalten.

Im Segment Konsolidierung werden insbesondere die Leistungsbeziehungen ausgewiesen, die zwischen den einzelnen Konzernsegmenten stattgefunden haben.

Die dargestellte Entwicklung des Geschäftsverlaufs im Geschäftsjahr 2012 hat sich entsprechend auf die Steuerungskennzahlen der Segmente des Konzerns wie folgt ausgewirkt:

SEGMENTE

	Operatives Ergebnis nach Restrukturierung und Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern		Eigenkapitalrentabilität ¹⁾		Cost-Income-Ratio ²⁾	
	2012 in Mio. €	2011 in Mio. €	2012 in %	2011 in %	2012 in %	2011 in %
Private Kunden ⁴⁾	51	135	12,2	40,2	77,7	72,9
Firmenkunden	66	84	34,7	38,7	54,7	50,3
Immobilienfinanzierung	193	175	29,4	22,3	34,8	32,9
Kapitalmarktgeschäft	217	-169	21,2	neg.	39,7	> 100
Refinanzierung und Zinsmanagement	-166	-39	neg.	neg.	neg.	neg.
Sonstiges ³⁾⁴⁾	-242	-138				
Konsolidierung ³⁾	-2	-7				
Konzern	117	41	4,7	1,5	78,9	86,4

¹⁾ Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „operativem Ergebnis nach Restrukturierung und Bankenabgabe/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“.

²⁾ Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und der Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

³⁾ keine Steuerung über Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio

⁴⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Nähere Erläuterungen zu der geschäftlichen Entwicklung der Segmente sind in Note 6 des Konzernabschlusses dargestellt.

Vermögenslage

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2011 verringerte sich die **Bilanzsumme** des Konzerns um 12,9 Mrd. € auf 118,3 Mrd. € (31. Dezember 2011: 131,2 Mrd. €).

Die **Forderungen an Kreditinstitute** lagen mit 14,8 Mrd. € um 1,9 Mrd. € deutlich unter dem Vorjahresniveau. Die Reduzierung erfolgte insbesondere aufgrund des Abbaus von Geldmarktaktivitäten bei Termin- und Sichteinlagen.

Die **Forderungen an Kunden** wurden gegenüber dem Vorjahresstichtag um 3,1 Mrd. € beziehungsweise 6 % reduziert und beliefen sich per 31. Dezember 2012 auf 44,7 Mrd. €. Der Rückgang war überwiegend auf den Abbau von Kommunalkrediten zurückzuführen.

Der Bestand an **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 108 Mio. € auf –880 Mio. €.

Die **positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten** lagen mit 2,0 Mrd. € um 0,3 Mrd. € über dem Vorjahreswert (1,7 Mrd. €).

Die Marktwerte der **erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerte** reduzierten sich im Vergleich zum 31. Dezember 2011 leicht um 0,2 Mrd. € auf 18,1 Mrd. €. Dabei wurde der Bestandsabbau weitestgehend durch zinsinduzierte Bewertungseffekte kompensiert.

Die **Finanzanlagen** wurden, insbesondere aufgrund von Fälligkeiten und Veräußerungen im Rahmen des Abbaus von Risikoaktiva und nicht mehr strategiekonformer Bestände, gegenüber dem Vorjahr um 19 % auf 33,0 Mrd. € (Vorjahr: 40,9 Mrd. €) reduziert.

AKTIVA

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in Mio. €	in %
Barreserve	794	983	–189	–19
Forderungen an Kreditinstitute	14.812	16.720	–1.908	–11
Forderungen an Kunden	44.717	47.810	–3.093	–6
Risikovorsorge	–880	–988	108	11
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.960	1.658	302	18
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	18.056	18.237	–181	–1
Finanzanlagen	32.959	40.924	–7.965	–19
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	271	247	24	10
Immaterielle Vermögenswerte	677	685	–8	–1
Sachanlagen	517	528	–11	–2
Investment Properties	43	48	–5	–10
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	27	35	–8	–23
Latente Ertragsteueransprüche	600	668	–68	–10
Sonstige Aktiva	3.745	3.620	125	3
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	0	0	0	0
Gesamt	118.298	131.175	–12.877	–10

Die nach der **Equity-Methode** bewerteten Anteile beliefen sich auf 271 Mio. € (Vorjahr: 247 Mio. €). Veränderungen ergaben sich insbesondere durch die Kapitalerhöhung bei der S-Kreditpartner GmbH.

Die **immateriellen Vermögenswerte** lagen mit 677 Mio. € leicht unter dem Niveau des Vorjahres (685 Mio. €). Sie beinhalteten Geschäfts- und Firmenwerte in Höhe von 591 Mio. € (31. Dezember 2011: 591 Mio. €).

Die **Sachanlagen** reduzierten sich leicht um 2 % von 528 Mio. € auf 517 Mio. €.

Investment Properties (fremdgenutzte Immobilien) wurden mit 43 Mio. € und damit 5 Mio. € geringer ausgewiesen als zum Vorjahresstichtag (48 Mio. €). Ausschlaggebend waren vor allem die im Berichtsjahr erfolgte Umwidmung einer Immobilie als Sachanlage gemäß IAS 16 sowie die Veräußerung einer Immobilie.

Die **tatsächlichen Ertragsteueransprüche** lagen mit insgesamt 27 Mio. € um 8 Mio. € unter dem Vorjahreswert (35 Mio. €).

Die **latenten Ertragsteueransprüche** reduzierten sich um 68 Mio. € auf 600 Mio. €.

Die **Sonstigen Aktiva** in Höhe von 3,7 Mrd. € bewegten sich leicht über dem Vorjahreswert (3,6 Mrd. €).

Der Rückgang der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** gegenüber dem Vorjahr (32,6 Mrd. €) betrug 10,4 Mrd. € oder 32 % und war hauptsächlich auf verringerte Geldmarktgeschäfte zurückzuführen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** blieben im Vergleich zum 31. Dezember 2011 nahezu unverändert bei 37,2 Mrd. €.

PASSIVA

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22.235	32.586	-10.351	-32
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	37.183	37.227	-44	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	19.611	22.806	-3.195	-14
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2.903	2.624	279	11
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	28.187	27.995	192	1
Rückstellungen	1.510	1.235	275	22
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	118	122	-4	-3
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	23	10	13	>100
Sonstige Passiva	1.938	1.964	-26	-1
Nachrangkapital	1.907	2.288	-381	-17
davon: Stille Einlagen	700	700	0	0
Eigenkapital	2.683	2.318	365	16
Gesamt	118.298	131.175	-12.877	-10

Das Volumen der **verbrieften Verbindlichkeiten** reduzierte sich vor allem aufgrund von Fälligkeiten und des Abbaus von Verbindlichkeiten aus öffentlichen Pfandbriefen der Berlin Hyp gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Mrd. € auf 19,6 Mrd. €.

Die **negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten** erhöhten sich im Stichtagsvergleich um 0,3 Mrd. € auf 2,9 Mrd. €.

Das Volumen der **erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Verpflichtungen** erhöhte sich leicht um 0,2 Mrd. € auf 28,2 Mrd. € (Vorjahr: 28,0 Mrd. €). Dabei wurde der Bestandsabbau durch zinsinduzierte Bewertungseffekte überkompensiert.

Die **Rückstellungen** lagen mit 1.510 Mio. € deutlich über dem Niveau des Vorjahres (1.235 Mio. €). Die Rückstellungen für Pensionen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr (988 Mio. €) um 230 Mio. € auf 1.218 Mio. €. Die sonstigen Rückstellungen stiegen um 45 Mio. € auf 292 Mio. € (Vorjahr: 247 Mio. €).

Bei der Bewertung der **Pensionsverpflichtungen** wurden die Anpassung des Rechnungszinses auf 3,9 % (31. Dezember 2011: 5,0 %), des Gehaltstrends (2,5 % bis 3,5 %, 31. Dezember 2011: 2,5 % bis 3,5 %), des Rententrends (1,0 % bis 2,5 %, 31. Dezember 2011: 1,0 % bis 2,1 %) sowie die Fluktuationsrate berücksichtigt. Diese Veränderungen verringerten das Eigenkapital – vor latenten Steuern – um 203 Mio. €.

Die **Ertragsteuerverpflichtungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 9 Mio. € auf 141 Mio. €. Sie setzten sich aus den tatsächlichen Verpflichtungen (118 Mio. €) und den latenten Verpflichtungen (23 Mio. €) zusammen.

Der Posten **Sonstige Passiva** blieb nahezu unverändert bei 1,9 Mrd. € und beinhaltete insbesondere Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten (1,5 Mrd. €).

Der Posten **Nachrangkapital** lag mit 1,9 Mrd. €, insbesondere aufgrund von Fälligkeiten, unter dem Niveau des Vorjahres (2,3 Mrd. €) und beinhaltete nachrangige Verbindlichkeiten (1,2 Mrd. €) und die stille Einlage (0,7 Mrd. €).

Das **Konzerneigenkapital** belief sich zum 31. Dezember 2012 auf 2.683 Mio. €. Das entsprach im Vergleich zum 31. Dezember 2011 einer Steigerung um 365 Mio. € (siehe auch Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns). Diese Entwicklung basiert vor allem auf dem kumulierten Konzernergebnis in Höhe 99 Mio. € und dem erfolgsneutralen Ergebnis von 264 Mio. €. Die Veränderungen im erfolgsneutralen Ergebnis – vor latenten Steuern – entstanden im Wesentlichen aus den Bewertungen von AfS-Finanzinstrumenten (544 Mio. €) sowie den Pensionsverpflichtungen (–203 Mio. €).

Die per 31. Dezember 2012 auf Ebene der RVG-Gruppe ermittelte **Gesamtkennziffer** für das haftende Eigenkapital betrug 15,46 %; die **Kernkapitalquote** lag bei 13,20 %. Die per 31. Dezember 2011 nach Feststellung der Jahresabschlüsse der LBB und der Holding gemeldete Gesamtkennziffer der RVG-Gruppe betrug 14,36 %; die Kernkapitalquote hatte bei 12,50 % gelegen. Für die LBBH-Gruppe erhöhte sich die Gesamtkennziffer per 31. Dezember 2012 auf 14,67 % (31. Dezember 2011: 12,40 %), die Kernkapitalquote erhöhte sich auf 12,17 % (31. Dezember 2011: 9,81 %).

Der Bestand zum 31. Dezember 2012 an außerbilanziellen Finanzierungsinstrumenten nach Risikovorsorge reduzierte sich aufgrund eines deutlichen Rückgangs der unwiderruflichen Kreditzusagen auf 2,8 Mrd. € (31. Dezember 2011: 4,9 Mrd. €). Die außerbilanziellen Finanzierungsinstrumente beinhalten überwiegend Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Finanzlage

Die für Banken relevante Liquiditätssteuerung beruht auf den aus dem KWG abgeleiteten Grundsätzen. Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Mit dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen zu gewährleisten, wurden die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern jederzeit eingehalten. Darüber hinaus wird ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling vorgenommen, das sich auf das Beschaffungs- und das Fristenrisiko bezieht. Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Auslastung der Limite war im Jahresverlauf 2012 sowohl für das Beschaffungs- als auch das Fristenrisiko unbedenklich. Eine detaillierte Darstellung der Steuerung und des Controllings der Liquiditätsrisiken erfolgt im Risikobericht. Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellung zur Kapitalflussrechnung.

Die Refinanzierung des Konzerns erfolgte schwerpunktmäßig über Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten, hauptsächlich im deutschen Raum. Die Auswirkungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise führten auch im Jahr 2012 mit wechselnder Intensität zu erheblichen Unsicherheiten über die Zahlungsfähigkeit einzelner Staaten des europäischen Währungsraums. Nach den Interventionen der EZB und dem Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts über die Rechtmäßigkeit des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM entspannte sich die Refinanzierungssituation über alle Kapitalmarktsegmente. Davon profitierten Banken im gesamten Euro-Raum. In diesem fragilen und weiterhin angespannten Umfeld stellte sich die Liquiditäts- und Refinanzierungssituation des Konzerns geordnet dar. So konnte das Geschäftsvolumen unter Vorhaltung ausreichender Reserven vollständig in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten refinanziert werden.

Die LBB setzte auch im Jahr 2012 ihre bereits 2009 begonnene Strategie fort und führte die notwendigen Refinanzierungen überwiegend mit Hilfe von klassischen Kundenprodukten und Privatplatzierungen durch. Eine ähnliche Strategie wurde auch im Pfandbriefbereich verfolgt. Während lediglich ein Jumbo-Hypothekenspfandbrief durch die Berlin Hyp begeben wurde, erfolgten die restlichen Refinanzierungen ebenfalls mit Hilfe von Privatplatzierungen.

Liquiditätsbedingte Einschränkungen im Kerngeschäft mit unseren Kunden sind aus heutiger Sicht nicht absehbar. Der Konzern wird in seinem traditionellen Geschäft allen Kunden uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Die Refinanzierungssituation erlaubt – trotz schwieriger Marktverhältnisse – eine weiterhin kontinuierliche Ausweitung der Geschäfte.

Auswirkungen der Konsolidierung

Die Posten der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie das Konzern-Bilanzvolumen werden maßgeblich durch die LBB und die Berlin Hyp bestimmt. Bezogen auf den Summenabschluss entfielen 91,7 % der Bilanzsumme auf diese Gesellschaften (Vorjahr: 91,0 %).

Ereignisse nach dem 31. Dezember 2012

Herr Martin K. Müller, Vorstandsmitglied der Holding und der LBB, wird – vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrats der LBB – die LBB mit Ablauf des 31. März 2013 verlassen und ab 1. April 2013 Vorstandsmitglied der DekaBank.

Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2012 abgegeben. Die Schlussklärung dieses Berichts lautet:

„Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG erklärt hiermit, dass die Landesbank Berlin Holding AG bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Maßnahmen wurden weder getroffen noch unterlassen.“

Risikobericht

Rahmenbedingungen

Der Risikobericht des Konzerns enthält sowohl die nach den Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) als auch die nach IAS/IFRS erforderlichen Angaben. Der Konzern macht somit Gebrauch von der Regelung IFRS 7.B6, die die Bündelung der geforderten Angaben zur Art und zum Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, auch in einem Bericht über die Risiken erlaubt. Ein Verweis ist in der Note 59 (Risikomanagement) enthalten. Ebenso sind die Angaben zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystem gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB enthalten.

Die Landesbank Berlin Holding nimmt als Konzernobergesellschaft die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Zentrale Aufgabe ist das Halten der 100-prozentigen Beteiligungen an der LBB und der LBB-INVEST.

Aus der Tatsache, dass die LBB aufsichtsrechtlich das übergeordnete Unternehmen der Finanzholding-Gruppe ist und alle Banken des Konzerns unter ihrem Dach vereint sind, resultiert die weitgehende Übereinstimmung der Risiken des Konzerns Landesbank Berlin und des Konzerns Landesbank Berlin Holding.

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des konzernübergreifenden Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und den Konzern jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach den internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben.

Aktuelle Entwicklungen

Seit Juli 2012 muss eine Gruppe auf europäischer Ebene systemrelevanter Banken eine zusätzliche Kernkapitalquote gemäß EBA-Definition von mindestens 9 % erfüllen. Zu dieser Gruppe europäischer Banken zählt auch die RVG-Gruppe, zu der die LBB gehört. Diese Kapitalquote haben sowohl die RVG-Gruppe als auch die LBB erreicht. Um auch unter den künftig härteren Anforderungen nach Basel III/CRD IV angemessene Kernkapitalquoten zu erreichen, wurden im Jahresverlauf 2012 in merklichem Umfang risikogewichtete Aktiva abgebaut. Dieser Abbau erfolgte unter ertragsschonenden Aspekten und ohne signifikante Schwächung des künftigen Kundengeschäfts, hatte allerdings eine deutliche Zurückhaltung im Neugeschäft der gewerblichen Immobilienfinanzierung zur Folge. In diesem Kontext wurden auch die internationalen Aktivitäten deutlich reduziert und die Schließung der Standorte in London und Luxemburg beschlossen. Diese Schließung der Auslandsstandorte befindet sich im Plan und wird voraussichtlich 2013 für London und 2014 für Luxemburg abgeschlossen sein. Die gemeinsamen Überlegungen mit den Haltern, die stille Einlage in nach Basel III/CRD IV anerkanntes Kernkapital umzuwandeln, wurden im Jahr 2012 fortgeführt und sollen 2013 voraussichtlich abgeschlossen werden.

Im Jahresverlauf 2012 wurde seitens der S-Erwerbsgesellschaft für den Streukapitalbesitz an der Holding ein Squeeze-out-Verfahren durchgeführt. Durch eine begleitende Kapitalerhöhung bei der S-Erwerbsgesellschaft hatte das Squeeze-out-Verfahren nur eine geringe Auswirkung auf das Eigenkapital der RVG-Gruppe.

Im Berichtsjahr wurde im Rahmen eines Projekts die Umsetzung der Anforderungen aus Basel III/CRD IV fortgeführt. Wesentliche Inhalte des Projekts waren:

- Berechnung und Analyse der im Basel III-Monitoring geforderten Kennziffern,
- Umsetzung der Anforderungen aus COREP für das Solvenz- und Großkreditregime,
- Umsetzung der Anforderungen aus Basel III/CRD IV auf Basis der Entwurfsfassungen der regulatorischen Vorgaben,
- Fortführung der begleitenden Aktivitäten wie Analyse des regulatorischen Konsultationsprozesses, Optimierung Risikogewichtete Aktiva (RWA) sowie
- Vorbereitung der Einführung der neuen Meldewesensoftware ABACUS/DaVinci für die LBB und auf Konzernebene.

Darüber hinaus wurde in diesem Rahmen ein Projekt zur Umsetzung der Anforderungen der European Banking Authority (EBA) zum Finanzmeldewesen (FINREP) gestartet.

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Die Gesamtbankstrategie der Holding und der LBB stellt die strategischen Rahmenbedingungen dar. In diesen ist dargestellt, dass das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen einer Risikostrategie elementarer Bestandteil des Bankgeschäfts ist. Konzerneinheitliche risikopolitische Grundsätze stellen sicher, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert werden können. Alle Unternehmen und organisatorischen Einheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methodik messbar sind. Durch die konkrete Limitierung der dem Konzern zur Verfügung stehenden Risikoressourcen Kapital und Liquiditätsreserve werden die Risikotragfähigkeit und die Liquidität sichergestellt. Die Risikostrategie detailliert diese Vorgaben ausführlich als Dokument

und liegt in der Verantwortung des Bereichs Risiko und Controlling. Im Rahmen dieser Strategie erfolgt insbesondere die Festlegung nicht strategiekonformer, das heißt grundsätzlich zu vermeidender Risiken. Die Einhaltung der Risikostrategie wird laufend überwacht.

Das Risikohandbuch, das den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern als auch für seine Einzelinstitute gilt, stellt detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar. Hier sind auch für jede Risikoart die existierenden Limitsystematiken und Eskalationsprozesse dargestellt.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Die Identifikation, Messung, Beurteilung, Steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung und Kontrolle der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der Risikostrategie und dem Risikohandbuch.

Verantwortlichkeiten und Organisationsstrukturen im Risikomanagementprozess

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept inklusive der Verteilung des Risikokapitals und der Limite, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Er wird monatlich über den Top Management Report, in dem über die Finanz- und Risikolage des Konzerns berichtet wird, durch den Bereich Risiko und Controlling informiert. Eine Reihe weiterer Reports wird im Risikomanagementprozess erstellt und dem Vorstand vorgelegt.

Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das gesamte Risiko- und Kapitalprofil unterrichtet. Der aus den Mitgliedern des Aufsichtsrats gebildete Kreditausschuss berät mit dem Vorstand die Grundsätze der Geschäftspolitik im Kreditgeschäft des Konzerns unter dem Gesichtspunkt der Bonitätsrisiken und des Risikomanagements, insbesondere der Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und der operationellen Risiken.

Die interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Konzern. Dies beinhaltet für alle Risikoarten eine regelmäßige Prüfung und Bewertung der Risikomanagementprozesse. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Im Konzern erfolgen die Steuerung und die Kommunikation der Risikolage über die nachfolgend genannten Gremien im Risikomanagementprozess:

- Der Dispositionsausschuss steuert die strategischen Marktrisikopositionen des Bankbuchs.
- Das Kapitalmanagement-Komitee ist zuständig für die Koordination von Kapitalmaßnahmen zur Umsetzung gesetzlicher und bilanzieller Anforderungen an das Kapitalmanagement. Im Jahr 2012 wurde diese Funktion über das RWA-Projekt wahrgenommen.
- Im Kreditrisiko-Komitee erfolgt die Diskussion und Votierung konzeptioneller Themen im Kredit- und Kreditrisikocontrolling-Umfeld.
- Das Allgemeine-Produkt-Komitee jeweils für Handels- beziehungsweise Nichthandelsprodukte koordiniert den Genehmigungsprozess bei der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Märkten, Produktvarianten, Währungen und EDV-Systemen.
- Das OpRisk-Komitee ist zuständig für die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystems für operationelle Risiken.

Der Bereich Risiko und Controlling ist die unabhängige konzernweite Risikoüberwachungseinheit bezogen auf alle Risikoarten. Der Bereich hat die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Identifikation, Messung, Aggregation und Limitierung von Risiken sowie die Verantwortung für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems. Zusammen mit den Risikocontrolling-Einheiten der Töchter sowie der Niederlassungen in London und Luxemburg übernimmt Risiko und Controlling das operative Risikocontrolling.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist den im Konzern definierten Verantwortungsträgern zugeordnet. So erfolgt beispielsweise die Gesamtbankrisikosteuerung durch den Gesamtvorstand, die Marktpreisrisikosteuerung der Handelseinheiten im Kapitalmarktgeschäft oder die Risikosteuerung für das Bankbuch im Dispositionsausschuss. Die Risikosteuerung im Kreditbereich wird beispielsweise für Einzelkreditnehmer durch die jeweiligen Entscheidungsträger gemäß der Kompetenzordnung wahrgenommen, für die Liquiditätsrisiken ist der Bereich Treasury und Trading zuständig.

Kapitalmanagement

Die Kapitalstrategie hat das Ziel, mittel- und langfristig eine angemessene regulatorische und ökonomische Kapitalausstattung zu sichern. Hierzu werden Veränderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds und Anforderungen der Ratingagenturen analysiert und gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen im jährlichen Planungsprozess berücksichtigt beziehungsweise umgesetzt. Zielgrößen sind im Wesentlichen eine Kernkapitalquote von mindestens 9 % und eine Gesamtkennziffer von mindestens 10 % sowie ein Mindestrating im Single-A-Bereich.

Im Rahmen der Umsetzung der neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen Basel III/CRD IV wird die nationale Aufsicht voraussichtlich im Jahr 2013 neue aufsichtsrechtliche Anforderungen festlegen. Der Konzern wird diese Entwicklung zeitnah überwachen und eventuell notwendige Maßnahmen zur Einhaltung der neuen Eigenmittelanforderungen umsetzen. Wir gehen davon aus, dass uns die bisherigen Maßnahmen insbesondere zum RWA-Abbau in die Lage versetzen, diese regulatorischen Vorgaben einzuhalten.

Die Kapitalsteuerung erfolgt konzernweit über das Kapitalmanagement-Komitee, im Jahr 2012 über das RWA-Projekt.

Entwicklungen im Aufsichtsrecht

Um die künftige Eigenkapitalanforderung auf Gruppenebene zu erfüllen und die hierfür erforderlichen Maßnahmen bestimmen zu können, wurden in den vergangenen Monaten die Geschäftsaktivitäten mit Blick auf Wirtschaftlichkeit, Eigenkapitalbedarf und strategische Wichtigkeit sehr genau analysiert und bewertet.

Das strengere aufsichtsrechtliche Umfeld wird die Bank weiterhin beeinflussen. Die Auswirkungen können – auch im Lichte der noch nicht endgültig festgelegten regulatorischen Anforderungen – derzeit noch nicht mit hinreichender Genauigkeit prognostiziert werden. Die politische und wirtschaftliche Diskussion hierzu wird weiterhin eng verfolgt, zudem finden entsprechende Proberechnungen statt. Um die neuen Anforderungen erfüllen zu können, wurden alle sich aus den aufsichtsrechtlichen Änderungen ergebenden Aktivitäten in einem Projekt gebündelt. Für die Kapitalplanung und -ausstattung der RVG-Gruppe ist insbesondere die Behandlung der aufsichtlichen aktivischen Unterschiedsbeträge von Bedeutung. Diese werden zukünftig nicht mehr bei der Bestimmung des harten Kernkapitals berücksichtigt.

Im Mai wurde seitens des Baseler Komitees zusätzlich zu den sogenannten Basel-III-Regelungen der Prozess für eine grundlegende Überarbeitung der Handelsbuchregularien angestoßen. Die hier geplanten Änderungen befinden sich jedoch noch in einer sehr frühen Konsultationsphase. Die Auswirkungen sind stark von der finalen Ausgestaltung abhängig und daher derzeit noch nicht absehbar. Auf Ebene der RVG-Gruppe haben die Gesellschafter Aktivitäten angestoßen, um die aufsichtsrechtliche Anerkennung des Kommanditkapitals unter Basel-III-Regeln sicherzustellen.

Durch einen signifikanten Abbau von risikogewichteten Aktiva, ganz überwiegend im Nicht-Kundengeschäft, konnten im Jahr 2012 mehr als 500 Mio. € Eigenkapital freigesetzt werden. Die Bank hatte ein Konzept zum Abbau von Risikoaktiva und zur Reduzierung der Komplexität erstellt und arbeitete konsequent an dessen Umsetzung. Dazu wurde auf Ebene der Geschäftsfelder ein Katalog von Maßnahmen erarbeitet, die erforderlich waren, um diese Ziele zu erreichen. Weitere Abbauziele für die Jahre 2013 und 2014 wurden in die Mittelfristplanung bis 2017 integriert. Damit verbunden ist ein Rückbau von Komplexität. Insbesondere unter diesem Gesichtspunkt ist die beschlossene Schließung der Auslandsstandorte in London und Luxemburg einzuordnen. Generell hat sich die LBB in der Lage gezeigt, aus eigener Kraft auch künftige aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung zu erfüllen, ohne dass dabei nennenswerte Auswirkungen auf das Kundengeschäft entstanden sind. Ein Teil des durch aktiven Abbau freigesetzten Kapitals wurde für zusätzliches Neugeschäft mit unseren strategischen Zielkunden genutzt.

Aspekte der Steuerung der Eigenkapitalbelastung umfassen eine Definition von Zielgrößen für das gebundene Kernkapital pro Geschäftsfeld. Der erhöhten Eigenkapitalbelastung begegnet die Bank durch eine Berücksichtigung in der Preisgestaltung im Neugeschäft.

Aufsichtsrechtliche Eigenmittelbestandteile des Konzerns

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel werden auf Basis der HGB-Rechnungslegung der Unternehmen des aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreises bestimmt und unterscheiden sich dementsprechend vom bilanziellen Eigenkapital.

Im sonstigen Kapital wird die stille Einlage über 700 Mio. €, die in der LBB besteht und im Rahmen des Erwerbs der LBBH-Aktien von der S-Erwerbsgesellschaft übernommen wurde, ausgewiesen. Mit Einführung von Basel III entfallen hybride Instrumente, zu denen auch die stille Einlage zählt, als

harte Kernkapitalbestandteile. Die Regelungen gestatten während einer Übergangsfrist von neun Jahren für bestimmte hybride Instrumente eine Anrechnung als zusätzliches Kernkapital, so dass die stille Einlage bis zum 31. Dezember 2021 rätierlich aus der Anrechnung als Kernkapital abgeschmolzen wird. Möglichkeiten zur Härtung der stillen Einlage im Sinne der Basel III/CRD IV-Regelungen sind auch in der LBB Gegenstand von strategischen Diskussionen. Hintergrund ist die Einstufung der LBB als systemrelevantes Kreditinstitut durch die European Banking Authority (EBA) und die damit verbundenen zusätzlichen regulatorischen Anforderungen an das Kapital.

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
Eigenmittelstruktur der LBBH		
Eingezahltes Kapital	2.654	2.618
Sonstige anrechenbare Rücklagen	-338	-454
Sonstiges Kapital	700	700
Aktivischer Unterscheidungsbetrag gemäß § 10a (6) KWG	675	762
Immaterielle Vermögensgegenstände	-73	-79
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken § 340g HGB	47	6
Sonstige Abzugsposten nach § 10 (2a) KWG	-180	-223
Kernkapital für Solvenzzwecke	3.485	3.330
Ergänzungskapital für Solvenzzwecke (§ 10 (2b) KWG) und Drittrangmittel (§ 10 (2c) KWG)	715	881
nachrichtlich:		
Kapitalabzugspositionen insgesamt (nach § 10 (6) und (6a) KWG)	-359	-445
davon Abzugsbeträge nach § 10 (6a) 1 und 2 KWG	-110	-291
Modifiziertes verfügbares Eigenkapital und anrechenbare Drittrangmittel	4.200	4.211

Die nach IAS/IFRS bilanzierten Eigenkapitalbestandteile können der Note 17 (Eigenkapital) entnommen werden.

Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)

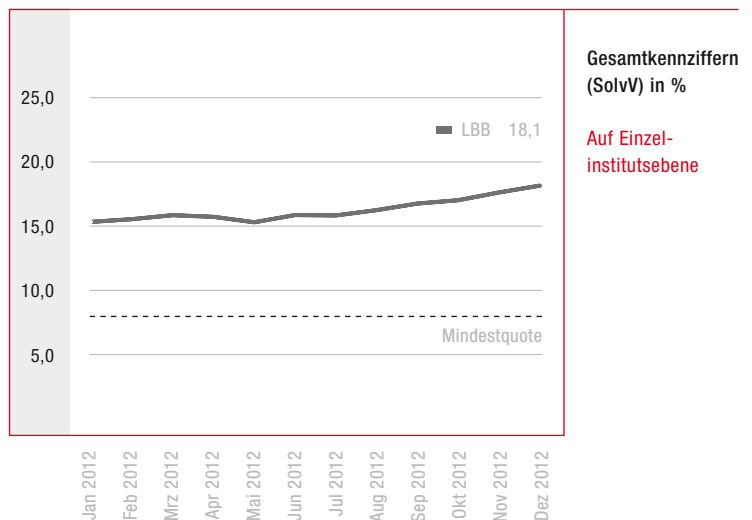
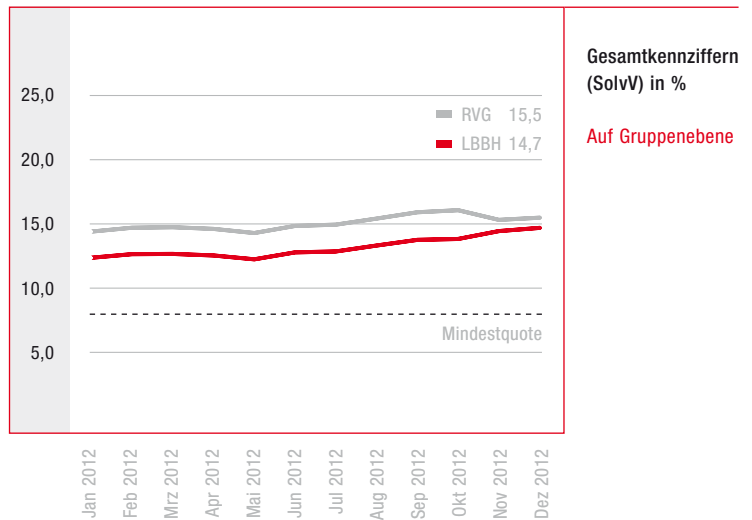
Die LBBH-Gruppe gehört aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen nachfolgend die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene der Gruppen LBBH und RVG sowie des Einzelinstituts LBB aus.

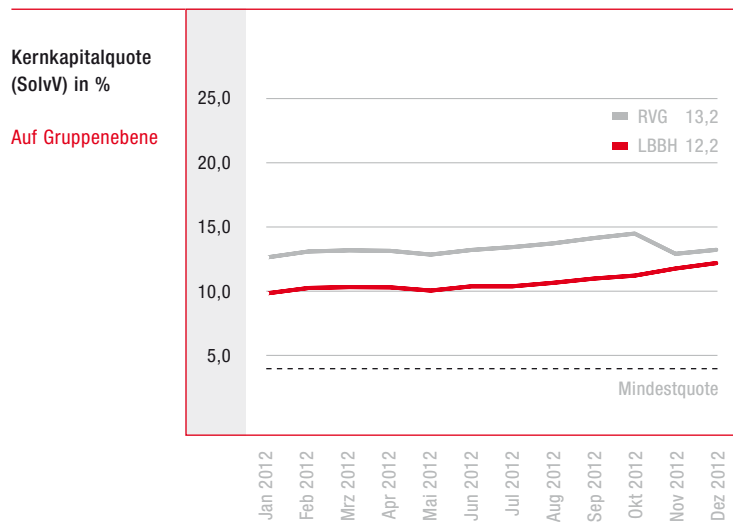
Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote gemäß rechtlicher Vorgabe beziehen sich auf die jeweiligen Stichtagswerte. Per 31. Dezember 2012 werden für die LBB und LBBH-Gruppe die Werte nach Feststellung des Jahresabschlusses dargestellt. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBBH-Gruppe (LBB) betragen nach Feststellung 4.200 Mio. € (4.211 Mio. €) per 31. Dezember 2012.

Der zum Zwischenabschluss per 31. August 2012 ermittelte Gewinn wird seit der Meldung November 2012 zur Stärkung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel herangezogen und bis zum endgültigen Beschluss der Gewinnverwendung im Kernkapital erfasst. Der Teil des Gewinns, der an die Eigentümer abgeführt werden soll, blieb dabei unberücksichtigt. Zusammen mit der Reduzierung der Risikoaktiva im Jahr 2012 führte dies zu einem Anstieg der Quoten für die LBBH-Gruppe.

Für die Quoten der RVG-Gruppe war im November 2012 aufgrund der Abschreibung auf den Buchwert der Beteiligung an der LBBH ein gegenläufiger Trend zu verzeichnen.

Seit den Dezember-Meldungen ist wieder eine parallele Entwicklung der Quoten in der RVG- und der LBBH-Gruppe zu beobachten.

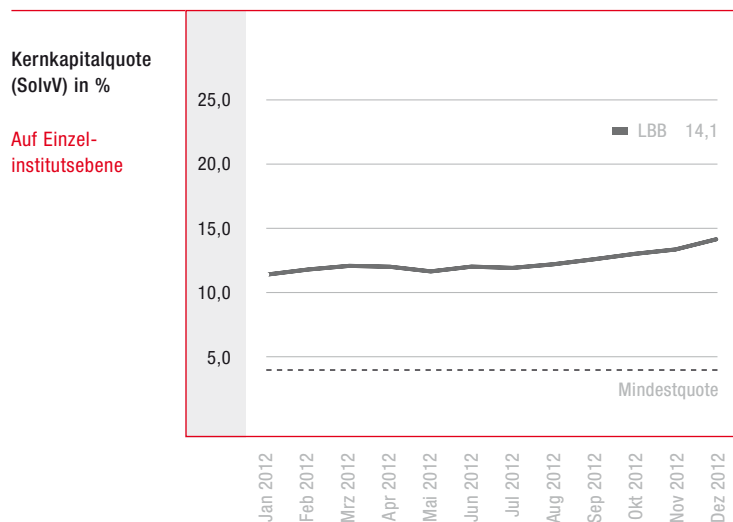




Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Die auf europäischer Ebene für systemrelevante Banken vorgegebene Kernkapitalquote von 9 % gemäß der strengeren EBA-Definition wird per 31. Dezember 2012 ebenfalls knapp erfüllt.

Zum 31. Dezember 2012 betrug die Kernkapitalquote der RVG-Gruppe 13,2 %, nach 12,5 % Ende des Vorjahres.

Parallel zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen entsprechend der Solvabilitätsverordnung (SolvV) wurde der Grundsatz I berechnet, um den von der Aufsicht vorgegebenen Floor zu erfüllen.



Die Eigenmittelunterlegung nach Grundsatz I wird hierbei multipliziert mit dem aktuellen Floor von 80 % unter Einbeziehung des Wertberichtigungsvergleichs sowie des Expected Loss für Beteiligungen und wird mit den Eigenmittelanforderungen gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) der Bank verglichen. Sofern die Eigenmittelanforderungen gemäß SolvV niedriger ausfallen, sind für die Höhe des Floors Eigenmittel vorzuhalten. Im Berichtsjahr wurde diese Anforderung stets eingehalten.

Gesamtrisikosteuerung

Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgt das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen sowie Risiko und Controlling. Inhalt ist neben der Finanzsicht das Risikoreporting gemäß MaRisk. Auf Basis des Top Management

Reports und des Aufsichtsratsreports, in denen alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, wird in den Sitzungen des Vorstands beziehungsweise des Aufsichtsrats die aktuelle Gesamtrisikolage erörtert und geprüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Eine Prüfung der Risiken, die die Ertragslage oder die Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können (Risikoinventur), erfolgt in der LBB laufend durch unterschiedliche konzernübergreifende Aktivitäten wie dem strategischen Dialog und der Mittelfristplanung sowie der regelmäßigen Überprüfung des internen Konsolidierungskreises. Darüber hinaus findet im Rahmen des regelmäßigen Reportings eine systematische Analyse und Identifizierung von Risiken statt. Im Rahmen des Limitprozesses oder der Abstimmungen mit den Geschäftsfeldern beispielsweise zur Risikostrategie, zur Planung oder zu neuen Aktivitäten wird diskutiert, ob neue Risiken entstehen können.

Als wesentliche Risiken im Sinne der MaRisk definiert der Konzern die Risiken, deren Auswirkungen schwerwiegend genug sind, um den Fortbestand des Konzerns als Ganzes zu gefährden. Hierzu zählen:

- Adressenausfallrisiken (inklusive Länderrisiken),
- Anteilseignerrisiken,
- Liquiditätsrisiken,
- Marktpreisrisiken (Zinsänderungsrisiken inklusive Cashflow und Fair Value, Credit-Spread-, Aktienkurs- und Währungsrisiken),
- Immobilienrisiken und
- Operationelle Risiken.

Das Anteilseignerrisiko wird ab 2013 aufgrund seiner nur noch geringen Bedeutung für den Konzern in das Adressenausfallrisiko überführt und nicht mehr als separate Risikoart im Sinne der MaRisk geführt.

Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit werden die Risikoarten in monetäre und nicht monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt.

Das Liquiditätsrisiko (Beschaffungs- und Fristenrisiko) wird den nicht monetären Risikoarten zugeordnet, da es sich um ein „Zeitpunktproblem“ und kein Vermögensverlustrisiko handelt. Es kann nicht durch die Unterlegung mit Risikokapital abgewendet werden. Das Preisrisiko im Liquiditätsrisiko wird in der Risikotragfähigkeit bei den Restrisiken ausgewiesen.

Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller, noch nicht berücksichtigter Vermögenswertverluste, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen.

Die Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept. Das Konzept des Internen Konsolidierungskreises (IKK) als Teil des Stufenkonzepts stellt sicher, dass für alle wesentlichen Risiken ein Prozess definiert ist, der die MaRisk-Anforderungen zum Risikomanagement auf Gruppenebene erfüllt. Für Gesellschaften innerhalb des IKK wird nach dem Transparenzprinzip eine risikoartenbezogene Einzelbetrachtung der Risiken vorgenommen. Alle anderen Gesellschaften außerhalb des IKK, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden als Anteilseignerrisiken dargestellt. Das Stufenkonzept wird regelmäßig überprüft. Dadurch wird sichergestellt, dass wirtschaftlich wesentliche Risiken in die Risikosteuerung einbezogen werden.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen durch Risikokapital abdeckbaren Risiken (monetäre Risiken), das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zugrunde liegenden Annahmen werden ebenso wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtbankrisiko gegenübergestellt wird. Abgerundet wird die Bewertung der Gesamtrisikolage durch die Berücksichtigung der Ergebnisse verschiedener Stresstests, die sowohl die Risiken als auch die Kapitalseite mit einbeziehen.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus, zum Beispiel 80 % oder 99,95 %, berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt.

Gemäß § 27 Pfandbriefgesetz muss jede Pfandbriefbank über ein für das Pfandbriefgeschäft geeignetes Risikomanagementsystem verfügen. Grundsätzlich ist das Risikomanagement der Deckungsstöcke in das Gesamtbank-Risikomanagementsystem des Konzerns

für Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie für operationelle und sonstige Risiken eingebunden. Darüber hinaus bestehen Limite, welche der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben dienen. Die Einhaltung dieser Limite für das Risikomanagement der Deckungsstöcke wird täglich überwacht und monatlich im Rahmen des Top Management Reports dem Vorstand dargestellt. Der Vorstand der Berlin Hyp wird quartalsweise im Rahmen eines gesonderten Berichts über die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen sowie der internen Limite informiert.

Gesamtbild der Risikolage und interne Kapitaladäquanz

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des konzernübergreifenden Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und den Konzern jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach den internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben. Das Gesamtrisiko betrug per Jahresende 1.243 Mio. € bei einer Risikodeckungsmasse in Höhe von 3.482 Mio. €. Die bilanzielle Risikovorsorge für den IFRS-Konzern betrug 880 Mio. €.

Die Entwicklung der Risiken und der Risikodeckungsmasse wird im Rahmen der Mittelfristplanung und darüber hinaus in den weiteren Prozessen wie zum Beispiel bei der Planung von Kapitalmaßnahmen berücksichtigt. Die Planung erfolgt unter Berücksichtigung der absehbaren Risiko- und Kapitaleffekte sowohl auf Ebene der strategischen Geschäftsfelder als auch auf Konzernebene mit dem Ziel, die Risikotragfähigkeit (RTF) im Planungszeitraum sicherzustellen.

Die nachfolgenden quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes, das heißt, die Risikolage des Konzerns wird auf Basis der Daten dargestellt, nach denen die interne Risikosteuerung und Berichterstattung an den Vorstand und die Gremien erfolgten. Die interne Risikosituation weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Wesentliche Ursachen für die Unterschiede zwischen interner Steuerung und externer Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen und der Definition des Kreditvolumens als „Exposure“ (Inanspruchnahme beziehungsweise Marktwerte plus offene externe Zusagen).

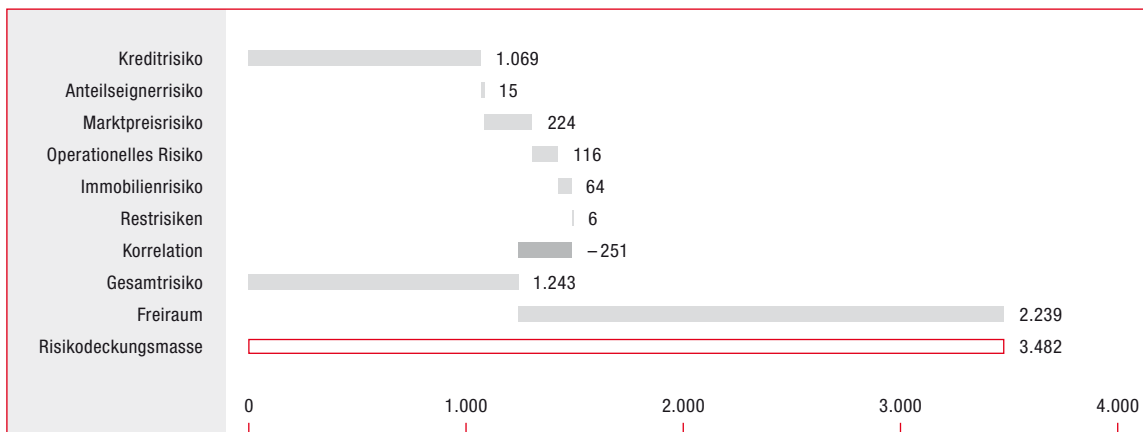
Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert. Im Januar 2012 wurde die Methode zur Ermittlung der Risikodeckungsmasse dahingehend weiterentwickelt, dass die Anforderungen zum ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse in Form von Prudential Filters berücksichtigt werden.

Im Wesentlichen durch Abzugsposten für latente Steuern und den Goodwill reduzierte sich die Risikodeckungsmasse von 3.989 Mio. € per 31. Dezember 2011 auf 3.482 Mio. € per 31. Dezember 2012. Bei gesunkenem Gesamtrisiko nahm auch der Freiraum ab. Die Reduktion des Freiraums wurde bei der Überprüfung und Festsetzung der Limite berücksichtigt. Im Zuge der Überprüfung wurde auch die verwendete Korrelationsmatrix zur Bestimmung des Gesamtrisiko adjustiert.

Die Risikotragfähigkeit war sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch in Stresssituationen und bei der theoretischen Vollausslastung des Gesamtlimits im gesamten Berichtszeitraum gegeben.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2012 im Konzern wie folgt dar:



Inanspruchnahmen nach Risikoarten für den Konzern zum 31. Dezember 2012 in Mio. €

Das Restrisiko ist bis zum 31. Dezember 2012 erheblich gesunken. Ursächlich dafür war eine Änderung beim Preisrisiko. Bisher wurde ein pauschaler Betrag für das Preisrisiko (Teil des Liquiditätsrisikos) im Restrisiko berücksichtigt. Im Rahmen einer Methodenänderung wurde die Ermittlung des Preisrisikos verbessert. Der Betrag wird nun unter Berücksichtigung von angepassten Refinanzierungskonditionen errechnet. Die Methodenänderung wurde im Januar 2012 vom Vorstand beschlossen. Im Restrisiko befinden sich nunmehr nur noch kleine Risikopositionen aus Gesellschaften, die nicht über die standardisierten Schnittstellen in die Risikowerte nach Risikoart eingepflegt werden.

Im Dezember 2012 wurden wesentliche Anpassungen am Risikotragfähigkeitskonzept beschlossen, die sich auf die Höhe sowohl des Gesamtrisikos als auch der Risikodeckungsmasse auswirkten. Die Anpassungen gelten ab 1. Januar 2013. Sie betreffen den Vollabzug des Goodwills (im Wesentlichen der Firmenwert der LBB) sowie die Berücksichtigung von stillen

Lasten beziehungsweise Reserven. Das Anteilseignerrisiko wird nicht mehr als wesentliche Risikoart klassifiziert und geht im Adressenausfallrisiko auf. Ab diesem Zeitpunkt gelten auf Konzernebene auch die neuen Limite. Das Gesamtrisikolimit reduziert sich ebenfalls ab dem 1. Januar 2013 auf 2.134 Mio. € (vorher 2.531 Mio. €). Hierbei wurde die strategische Neuausrichtung auf das Kundengeschäft über erhöhte Kreditrisikolimiten und reduzierte Marktrisikolimiten berücksichtigt.

Die Stresstests des Konzerns werden auf Basis von fünf Szenarien nach einheitlichem Verfahren durchgeführt. Dabei werden die Auswirkungen auf die wesentlichen Ertrags- und Risikokennzahlen und damit auf das bilanzielle, das ökonomische und das regulatorische Kapital und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten ermittelt. Die regulatorische und ökonomische Risikotragfähigkeit waren dabei im Jahr 2012 jederzeit gegeben. Die Stresstestergebnisse zum Jahresende auf Basis der Zahlen per November 2012 stellten sich wie folgt dar:

November 2012	Freiraum RTF in Mio. €	Kernkapitalquote SolvV %-Punkte	Gesamtkennziffer SolvV %-Punkte
Normal	2.227	11,8	14,4
Veränderungen Stresstest Stressszenario Rezession	-1.250	-2,0	-3,2

RTF: Risikotragfähigkeit, SolvV: Solvabilitätsverordnung

Im dargestellten Szenario „Rezession“ treten die größten Auswirkungen auf. Die Parametrisierung dieses Szenarios bildet eine schwere wirtschaftliche Krise ab. Die Effekte lassen sich im Wesentlichen aus den Veränderungen im Kreditrisiko erklären.

Die ermittelte theoretische Erhöhung der Kreditrisikovorsorge und des Kreditrisikos bewirkt die Veränderung des Freiraums der Risikotragfähigkeit in Höhe von circa -718 Mio. € der hier ausgewiesenen -1.250 Mio. €. Der Anteil des Kreditrisikos zur ausgewiesenen Verringerung der Gesamtkennziffer um 3,2 %-Punkte beträgt 2,3 %-Punkte.

Darüber hinaus ist ein Prozess zur Identifikation, Steuerung und zum Reporting von Risikokonzentrationen etabliert.

Im Rahmen der Weiterentwicklung wurden Wertberichtigungen auf Nonperforming Loans beim Kreditrisiko in die Stresstests auf Gesamtbankebene integriert.

Eine weitere Form von Gesamtbank-Stresstests sind sogenannte „inverse Stresstests“. Bei diesen ist zu untersuchen, welche Ereignisse die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells gefährden können. Hierzu zählen ein aufgebrauchter RTF-Freiraum, eine Kernkapitalquote von 4,5 % oder eine Gesamtkennziffer von 8 %.

Einerseits untersucht die Bank, wie sich die Effekte der bestehenden Gesamtbank-Stresstests verändern müssten. Die Berechnung für 2012 hat ergeben, dass sich die Effekte im Szenario Rezession etwa verdoppeln (circa Faktor 1,9) müssten, damit der Freiraum der Risikotragfähigkeit vollständig aufgebraucht wäre. Für die Unterschreitung der Kernkapitalquote müssten sich die Effekte um den Faktor von circa 3,9 verstärken.

Andererseits wird untersucht, welche Stressereignisse in einzelnen Risikoarten die definierten Ergebnisse erreichen.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Weiterhin ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich

aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredits ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche und zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäfts bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass bei der Abwicklung eines Handelsgeschäfts trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

Ziel eines jeden Geschäfts ist es, einen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg und damit zu einer kontinuierlichen Wertsteigerung des Konzerns zu leisten. Geschäfte sind nur innerhalb bestehender Limite für die mit dem Engagement verbundenen Adressenausfallrisiken zulässig. Für die Einräumung von Handelslimiten gelten zum Teil besondere Prozesse, so zum Beispiel für Broker/Dealer und für Emittentenrisiken aus Aktien und Aktien-Derivaten im Handelsbuch. Risikokonzentrationen hinsichtlich Einzeladressen („Klumpen“), Regionen und Branchen sind nach Möglichkeit gering zu halten.

Kreditportfolio nach Buchwerten

Das Kreditportfolio betrug auf Basis von Buchwerten zum 31. Dezember 2012 rund 114 Mrd. €, unter Berücksichtigung der außerbilanziellen Verbindlichkeiten 125,2 Mrd. €. Der Anteil der weder überfälligen noch wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte beträgt 112,3 Mrd. €.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Vermögenswerte, unterschieden nach Zeitwert und fortgeführten Anschaffungskosten. Vermögenswerte der IFRS-Haltekategorien Fair Value-Option, Held for Trading und Available for Sale werden zum Zeitwert ausgewiesen.

Finanzinstrumente und Kredite, die den IFRS-Haltekategorien Loans and Receivables und Held to Maturity zugeordnet werden, sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

in Mio. €	Zum Zeitwert bilanziert	davon weder überfällig noch wertgemindert	Fortgeführte Anschaffungs- kosten	davon weder überfällig noch wertgemindert	Gesamt
Buchforderungen	436	436	61.308	59.105	61.744
Banken	45	45	16.776	16.696	16.821
Corporates	0	0	30.014	28.319	30.014
Privatkunden	0	0	6.307	5.879	6.307
Staaten	391	391	8.211	8.211	8.602
Wertpapiere	24.404	24.403	13.423	13.423	37.827
Banken	15.168	15.167	12.068	12.068	27.236
Corporates	833	833	225	225	1.058
Staaten	8.403	8.403	1.130	1.130	9.533
Derivate¹⁾	14.915	14.896	0	0	14.915
Banken	13.957	13.957	0	0	13.957
Corporates	777	758	0	0	777
Privatkunden	1	1	0	0	1
Staaten	180	180	0	0	180
Summe	39.755	39.735	74.731	72.529	114.486

¹⁾ positive Marktwerte

In den bilanziellen Aktiva sind auch Bilanzpositionen ohne Adressenausfallrisiko – zum Beispiel immaterielle Vermögensgegenstände oder Sachanlagen – enthalten. Die Positionen der S-Kreditpartner GmbH, die bei der internen Risikoüberwachung berücksichtigt werden, sind aufgrund ihrer at equity Berücksichtigung im Konzern nicht im IFRS-Konsolidierungskreis enthalten und müssen somit abgezogen werden. Daneben gibt es aufgrund der Orientierung am Risikogehalt der Positionen bei einigen Produkten quantitative Unterschiede zwischen der bilanziellen Sicht auf das Forderungsvolumen und dem CCE.

Unter Berücksichtigung der nachfolgend beschriebenen methodischen Unterschiede ist eine Überleitung der bilanziellen Aktiva auf das CCE möglich:

- Für Handelsgeschäfte inklusive Geschäften in Wertpapieren und Derivaten wird auf Basis von Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditnehmer Risiken das CCE berechnet. Zusätzlich werden bei den Kontrahentenrisiken Aufschläge (produkt-spezifische Add-Ons) für das Potential Future Exposure berücksichtigt, wenn keine Collateral-Vereinbarung (Besicherungsvereinbarung) vorhanden ist.
- Eine Risikominderung entsteht durch Netting-Vereinbarungen sowie die Aufrechnung von Long- und Short-Positionen bei Emittentenrisiken oder durch Kompensationsvereinbarungen.

- Bei OTC-Derivaten, Wertpapierleihen und Repogeschäften können zur Absicherung der Kontrahentenrisiken zusätzlich zu den bereits abgeschlossenen Netting-Verträgen ebenfalls individuelle Collateral-Vereinbarungen geschlossen werden. Es handelt sich dabei um einen Anhang zum Rahmenvertrag. Sobald eine Collateral-Vereinbarung existiert, erfolgt produktspezifisch keine Ermittlung von Add-Ons.

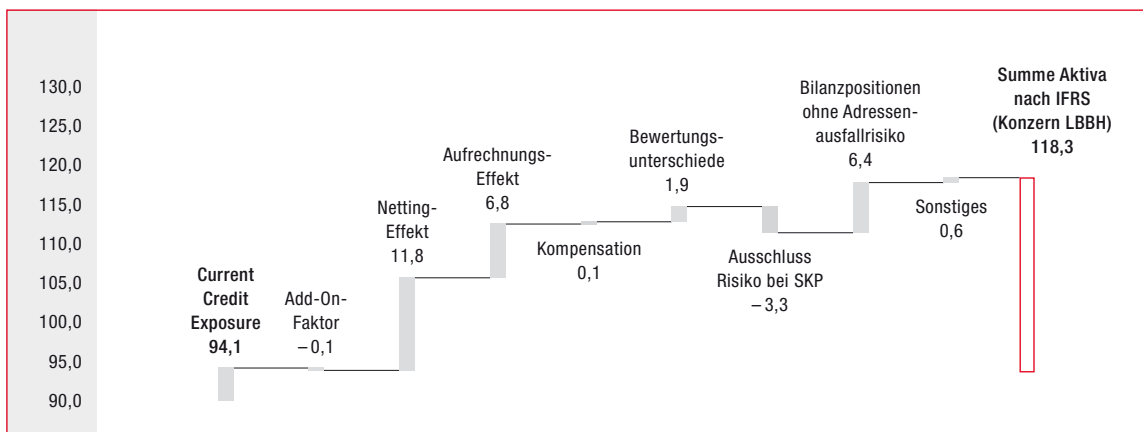
In der unten stehenden Grafik werden die wesentlichen Unterschiedseffekte zu den bilanziellen Aktiva dargestellt.

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken im Konzern basiert auf einer risikoadäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ (CCE) quantifiziert. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung basiert im Wesentlichen auf dieser Größe.

Im Folgenden werden entsprechend IFRS 7.34(a) die intern genutzten Darstellungen auf Basis des CCE dargestellt.

Das gesamte CCE des Konzerns betrug zum 31. Dezember 2012 rund 94 Mrd. €. Dabei entfielen etwa 40 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft (inklusive Geschäften, die durch die Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft abgesichert sind), die auf Grundlage von Restbuchwerten quantifiziert werden.

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der Finanzinstrumente und sind in Höhe von rund 54 Mrd. € im CCE enthalten. In Abhängigkeit von der Aggregationsstufe können sich Netting- beziehungsweise Aufrechnungseffekte in unterschiedlicher Höhe auswirken. Daraus resultieren die unterschiedlichen Gesamtsalden in den nachfolgenden Tabellen zum CCE. So summieren sich die Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken zum Beispiel aufgegliedert nach Geschäftsfeldern auf 54.636 Mio. €, die Summe aufgegliedert nach Branchen beträgt jedoch 53.903 Mio. €.



Überleitung:
Current Credit Exposure zu bilanziellen Aktiva in Mrd. €

Neben dem CCE wird im Folgenden auch das Credit Exposure betrachtet. Dieses beinhaltet zusätzlich nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite. Bei diesen Limiten handelt es sich sowohl um wider-rufliche als auch unwiderrufliche Zusagen. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäfts-leitung wurde zum Jahresende umgestellt und legt

nun neben den Angaben zum CCE für die Darstel-lungen der Geschäftsfelder den Schwerpunkt auf das Credit Exposure.

Entsprechend der auf Seite 57 genannten Zusam-mensetzung des Credit Exposure sowie des CCE ergab sich für den Konzern zum 31. Dezember 2012 folgende Aufteilung:

ADRESSENAUSFALLRISIKEN DES KONZERNS LBBH

in Mio. €	Credit Exposure		Current Credit Exposure		Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Konzern LBBH	104.751	117.067	94.081	105.582	40.294	41.233	53.788	64.348

Die Aufteilung nach Geschäftsfeldern zeigt, dass der überwiegende Teil des CCE auf die Geschäfts-

felder Immobilienfinanzierung und Kapitalmarkt-geschäft entfiel.

CCE-DARSTELLUNG NACH GESCHÄFTSFELDERN

in Mio. €	Credit Exposure		Current Credit Exposure		Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Private Kunden	14.340	13.627	7.733	7.408	6.963	6.579	769	829
Firmenkunden	5.812	6.927	4.890	5.074	4.890	5.073	0	0
Immobilienfinanzierung	45.198	49.618	42.485	46.697	26.336	27.714	16.150	18.984
davon Hypothekendarlehen	28.820	30.267	26.213	27.528	26.213	27.528	0	0
Kapitalmarktgeschäft	33.059	37.698	32.632	37.205	2.105	1.867	30.528	35.338
Sonstige	7.190	9.857	7.189	9.857	0	0	7.189	9.857
Summe Geschäftsfelder¹⁾	105.599	117.727	94.929	106.241	40.294	41.233	54.636	65.008

¹⁾ Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Netting-Kreise begründet.

Der Konzern geht vornehmlich Kreditrisiken in der Bundesrepublik Deutschland sowie zu einem geringeren Teil auch im europäischen Ausland ein. Im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung betreut der Konzern Kunden mit Beleihungsobjekten

im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Das Kapitalmarktgeschäft führt zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken sowohl im In- als auch im Ausland.

CCE-DARSTELLUNG NACH REGIONEN

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2012 in Mio. €	2011 in Mio. €	2012 in %	2011 in %	2012 in Mio. €	2011 in Mio. €	2012 in %	2011 in %
Deutschland	33.061	34.072	82	83	29.181	34.599	54	54
Berlin	12.957	13.766	32	33	4.543	5.077	8	8
Alte Bundesländer	15.840	15.850	39	38	22.143	26.814	41	42
Neue Bundesländer	4.264	4.456	11	11	2.495	2.708	5	4
Ausland	7.231	7.148	18	17	24.722	29.505	46	46
EU	5.465	5.254	14	13	19.195	23.391	36	36
Rest Ausland	1.766	1.894	4	5	5.527	6.114	10	9
Sonstige Inländer	2	13	0	0	0	369	0	1
Summe CCE Regionen¹⁾	40.294	41.233	100	100	53.903	64.473	100	100

¹⁾ Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Netting-Kreise begründet.

Die Branchenaufteilung zeigt ein analoges Bild:
Das Portfolio der Kreditrisiken wird stark durch
Immobilienfinanzierungen und das Privat- und

Firmenkundengeschäft bestimmt. Emittenten- und
Kontrahentenrisiken werden insbesondere durch
Geschäfte mit Kreditinstituten und Gebietskörper-
schaften eingegangen.

CCE-DARSTELLUNG NACH BRANCHEN

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2012 in Mio. €	2011 in Mio. €	2012 in %	2011 in %	2012 in Mio. €	2011 in Mio. €	2012 in %	2011 in %
Immobilienfinanzierung	23.779	24.053	59	58	734	561	1	1
Kreditgewerbe	4.054	4.704	10	11	33.783	43.066	63	67
Privatpersonen	6.307	6.039	16	15	1	0	0	0
Handel & Gewerbe	1.458	1.492	3	4	352	384	1	1
Dienstleistungen	2.311	2.195	6	5	228	344	0	0
Gesundheit & Soziales	276	307	1	1	2	2	0	0
Gebietskörperschaften	206	261	1	1	18.497	19.421	35	30
Beteiligungsgesellschaften	1.391	1.806	3	4	237	396	0	1
Versicherungen	23	23	0	0	4	110	0	0
Chemische Industrie	38	37	0	0	31	102	0	0
Sonstige	451	316	1	1	34	87	0	0
Summe CCE Branchen¹⁾	40.294	41.233	100	100	53.903	64.473	100	100

¹⁾ Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Netting-Kreise begründet.

Kreditqualität

In der folgenden Tabelle wird die Kreditqualität der finanziellen Vermögenswerte, die weder überfällig

noch wertgemindert sind, anhand ihrer Risikoklasse dargestellt.

Risikoklassen in Mio. €	Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2012	2011	2012	2011
1 bis 3	23.830	22.833	51.911	61.926
4 bis 7	7.656	8.357	1.451	1.773
8 bis 12	5.076	5.439	339	484
13 bis 15	528	718	12	17
keine Risikoklasse verfügbar	420	987	2	67
CCE Konzern LBBH – weder überfällig noch wertgemindert	37.510	38.334	53.715	64.267
<i>Anteil am Gesamt-CCE Konzern LBBH</i>	<i>93,1 %</i>	<i>93,0 %</i>	<i>99,9 %</i>	<i>99,9 %</i>
Konzern LBBH	40.294	41.233	53.788	64.348

EXPOSURE IN SCHULDINSTRUMENTEN IN AUSGEWÄHLTEN STAATEN ZUM 31. DEZEMBER 2012

in Mio. €	Nominalwert	Buchwert ¹⁾	Stille Effekte ²⁾
Irland (Republik)	255	261	-42
Nichtstaatliche Kreditnehmer	255	261	-42
Staat	0	0	0
Italien	1.467	1.494	-28
Nichtstaatliche Kreditnehmer	1.157	1.168	-32
Staat	310	326	4
Portugal	164	163	-14
Nichtstaatliche Kreditnehmer	164	163	-14
Staat	0	0	0
Spanien	1.030	1.065	-50
Nichtstaatliche Kreditnehmer	648	670	-34
Staat	382	395	-16
Ungarn	183	196	-2
Nichtstaatliche Kreditnehmer	10	10	0
Staat	173	186	-2
Summe	3.100	3.179	-136
Nichtstaatliche Kreditnehmer	2.235	2.272	-123
Staat	865	907	-14

Das Exposure in Schuldinstrumenten, bezogen auf Nominal- und Buchwert, setzt sich aus direktem und indirektem Exposure in Anleihen, Schuldscheindarlehen, Asset Backed Securities und Credit Default Swaps zusammen. Ein indirektes Exposure liegt vor, sofern ein Unternehmen originär nicht in den ausgewählten Staaten ansässig ist, jedoch ein enger Zusammenhang über Konzern- beziehungsweise Garantiebeziehungen besteht.

¹⁾ Die Buchwerte berücksichtigen bereits die Anrechnung von Sicherungsgeber- beziehungsweise Sicherungsnehmerpositionen aus CDS-Geschäften.

²⁾ Die stillen Effekte beinhalten sowohl die stillen Lasten für Bestände in der Bewertungskategorie Loans and Receivables (LaR) als auch die Effekte in der Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale (AFS). Die stillen Effekte ergeben sich aus der Differenz von Markt- und Buchwerten.

Die Tabelle auf Seite 60 unten zeigt das Engagement des Konzerns in solchen Ländern, deren Staatsverschuldung aktuell im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit steht. Im Jahr 2012 baute die Bank das Engagement in diesen Staaten systematisch durch Rückzahlungen oder Verkauf ab, so dass sich der Nominalwert von 6,2 Mrd. € auf 3,1 Mrd. € verringerte.

Nachstehend ist das auf Seite 60 unten abgebildete Exposure (Nominalwerte) in ausgewählten Staaten nach IFRS-Bewertungskategorien per 31. Dezember 2012 aufgliedert:

BEWERTUNGSKATEGORIEN AUSGEWÄHLTER STAATEN

in Mio. €	31.12.2012
Held for Trading / Fair Value-Option (erfolgswirksame Bewertung)	370
Available for Sale (AfS) (erfolgsneutrale Bewertung im Eigenkapital)	837
Loans and Receivables (LaR) (fortgeführte Anschaffungskosten)	1.893
Summe	3.100

Nach den Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen im Jahr 2011 hat der Konzern im Jahr 2012 Staatsanleihen mit einem Nominalwert von 232 Mio. € verkauft und darüber hinaus auch sein Exposure mit nichtstaatlichen Risiken in diesem Land nahezu vollständig abgebaut. Die bestehende Portfoliowertberichtigung wurde aufgelöst. Für das restliche nichtstaatliche Exposure wurde eine Länderwertberichtigung in Höhe von 5 Mio. € im Bereich Finanzanlagen gebildet.

Die noch verbliebenen Staatsanleihen der anderen im Fokus der Staatsschuldenkrise stehenden Länder mit einem Buchwert von 907 Mio. € (inklusive Berücksichtigung von abgegrenzten Zinsen, Abschreibungen sowie von Sicherheitsbeziehungen) sind größtenteils den Kategorien LaR und AfS zugeordnet und werden überwiegend bis 31. Dezember 2016 fällig (67 %); die letzte Endfälligkeit ist im Juni 2018.

Das Engagement in Schuldinstrumenten spanischer Finanzinstitute beträgt 648 Mio. € (Nominalwerte). Die Nominalbeträge für Credit Default Swaps auf spanische Finanzinstitute in der Position des Sicherungsgebers beziehungsweise Sicherungsnehmers sind hierbei berücksichtigt. Aufgrund von Rückzahlungen und Verkäufen reduzierte sich der Nominalbestand im Jahr 2012 um rund 1,2 Mrd. €.

Für die Risiken in den Ländern Portugal, Italien, Spanien und Ungarn besteht aktuell eine Portfoliowertberichtigung in Höhe von 10 Mio. €.

Die im Rahmen der Wertberichtigungen notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden im Konzern verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Bei den Kreditrisiken bildeten Sach- und Personensicherheiten im Gesamtwert von circa 32 Mrd. € das wesentliche Element. Darüber hinaus wurden Kontrahentenrisiken des Handels über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting um rund 12 Mrd. € reduziert. Dieses Verfahren ermöglicht es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten bis hin zu einer Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich wurden im Handelsgeschäft weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Abschluss von Kreditderivaten und der Austausch von Sicherheiten vorgenommen. Kreditderivate wurden in Höhe von etwa 4 Mrd. € und Collaterals mit einem Volumen von rund 2 Mrd. € hereingenommen.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge. Diese ist für den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung der Sicherheiten sowie für die Verwaltung der Kreditrisikominderungstechniken zuständig. Dazu werden die Sicherheiten in einem zentralen IT-gestützten Sicherheitensystem erfasst und verwaltet.

Bei der Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen differenziert die Bank zwischen der Überwachung auf Basis von Marktschwankungen sowie der turnus- und anlassbezogenen Überprüfung.

Bei der Überwachung auf Basis von beobachteten Marktschwankungen nutzt die Bank das jährlich aktualisierte Marktschwankungskonzept von „Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK)“. Dieses wird für inländische Gewerbe- und Wohnimmobilien erstellt. Übersteigen die Marktschwankungen festgelegte Schwankungsbreiten, erfolgt eine Überprüfung der Bewertung der betroffenen Immobilienarten und Regionen. Im Jahr 2012 bestand entsprechend den Unterlagen der Bank hieraus kein Handlungsbedarf.

Der Konzern hat in seinem Regelwerk Kriterien zur turnus- und anlassbezogenen Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen definiert. Die ordnungsgemäße Durchführung wird jährlich durch den Bereich Wertermittlung der Berlin Hyp im Rahmen einer Stichprobe kontrolliert.

Kreditrisikomessverfahren

Die Bonität jedes Kreditnehmers wird unter Zuhilfenahme interner Rating- und Scoringverfahren laufend eingeschätzt. Diese Rating- und Scoringverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten ausgerichtet und führen zu einer Einstufung auf einer einheitlichen Ratingmasterskala mit den Klassen 1 bis 18, wobei innerhalb einzelner Klassen eine weitere Differenzierung erfolgt. Diese Masterskala wird in allen Geschäftsfeldern angewendet und ermöglicht den Vergleich der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg.

Der Konzern verwendet kundengruppenspezifische Rating- und Scoringverfahren auf statistischer Basis, die er in Projekten mit anderen Landesbanken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder spezialisierten Dienstleistern entwickelt hat. Die Güte der Verfahren wird regelmäßig durch das Kreditrisikocontrolling überprüft und optimiert. Das Kreditrisikocontrolling nimmt die Aufgaben der Adressrisikoüberwachungseinheit nach § 152 der SolvV wahr.

Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherungsgrad eines Engagements werden für die interne Steuerung zu einer Risikoklasse verdichtet. Für diese wird ebenfalls die Masterskala verwendet. Die Risikoklasse ist maßgebliches Kriterium der Kreditvergaberichtlinien und für die Intensität der Kreditüberwachung. Sie bestimmt die Kreditkompetenz.

Entsprechend der Risikoklasse lässt sich das Portfolio unterteilen in:

- Good Loans (Risikoklasse 1 bis 12),
- Subperforming Loans (Risikoklasse 13 bis 15),
- Nonperforming Loans (Risikoklasse 16 bis 18).

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem sogenannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis der Konfidenzniveaus von 90 % und 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Instituts- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Sie fließt in den monatlichen Top Management Report sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposures, der Ratingklasse, der Besicherung sowie von Korrelations-schätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die größten Risikokonzentrationen werden im Konzernkreditrisikoreport dargestellt. Dieser wird durch eine monatlich dem Vorstand vorgelegte detaillierte Aufgliederung der Risikokonzentrationen ergänzt.

Das Kreditportfoliomodell berücksichtigt Wertänderungen kapitalmarktnaher Finanzinstrumente (Bonds, CDS, Wandelanleihen) aufgrund von Ratingmigrationen.

Reporting

Die Adressenausfallrisiken werden monatlich im Rahmen des Top Management Reports berichtet. Ein ausführlicher Kreditrisikoreport wird quartalsweise erstellt. Um Risikokonzentrationen zeitnah erkennen zu können, wird ein monatlicher Klumpenreport generiert. Dieser Bericht wird dem Vorstand im Rahmen des Top Management Reports zur Kenntnis gegeben. Darüber hinaus wird eine Auswahl der größten Risikokonzentrationen quartalsweise im Kreditrisikoreport dargestellt.

Neben der monatlichen und quartalsweisen Berichterstattung wird der Vorstand gemäß MaRisk täglich über gegebenenfalls eingetretene Limitüberschreitungen unterrichtet.

Kreditüberwachung

Der Konzern überwacht das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh zu erkennen und aktiv zu managen. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert.

In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt der Konzern Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Überwachungslisten erstellt, die separat zu untersuchende Kreditnehmer aufführen.

Der Konzern aktualisiert und verfeinert die Qualität seiner Kreditüberwachung permanent, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse werden von der internen Revision regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

Risikobeschränkung

Adressenausfallrisiken werden sowohl auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer als auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert.

Einzelkreditnehmerlimite

Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmerebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer für die Parameter Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und einem täglichen MaRisk-Prozess unterworfen.

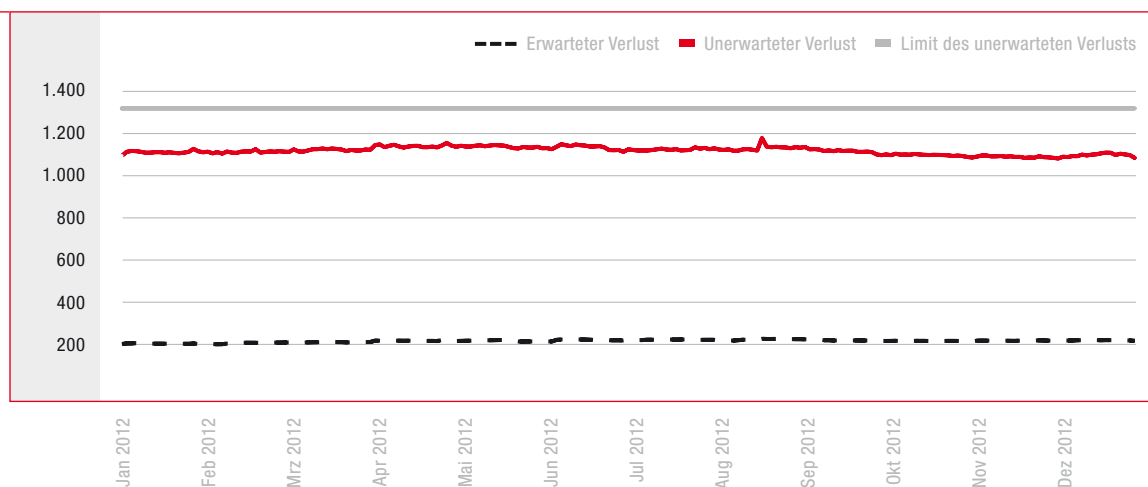
Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Höhe des Engagements und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgt dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

Portfoliosteuerung

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für den erwarteten wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolien der Geschäftsfelder wie auch der Konzernbanken und des gesamten Konzerns.

Der unerwartete Verlust zum Konfidenzniveau in Höhe von 99,9 % geht in die Risikotragfähigkeit ein. Im Folgenden sind für den Konzern der erwartete Verlust, der unerwartete Verlust (99,9 %) sowie dessen Limit im Jahresverlauf 2012 dargestellt.

Credit-Value-at-Risk-Kennzahlen Konzern in Mio. €



Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Die jeweiligen Limithöhen werden dabei vom Vorstand unter Berücksichtigung des Risikogehalts der jeweiligen Volkswirtschaft sowie der Entwicklung des individuellen Kreditportfolios beschlossen. Mit Ausnahme einiger Länder mit einem Länderrating von 1 (AAAA) existieren für alle Länder Länderlimite, die die Geschäftsausweitung begrenzen.

Das Länderrisiko wird als Summe der Länderexposure und Reservierungen (netto) ausgewiesen. Der deutliche Anstieg beim limitierten Auslandsvolumen in der Kategorie „geringes Transferrisiko“ verbunden mit dem gesunkenen unlimitierten Auslandsvolumen ist darauf zurückzuführen, dass aufgrund von neuen Ratingeinschätzungen in der Euro-Zone und der restlichen EU die geschäftlichen Aktivitäten entsprechend begrenzt werden.

Organisationen mit höchster Bonität wie zum Beispiel die Europäische Investitionsbank werden nicht limitiert, können jedoch aufgrund ihres Aktivitätsspektrums nicht direkt einer Region, zum Beispiel

Europa, zugeordnet werden. Diese sind dem in der Tabelle ausgewiesenen Exposure in Höhe von 29 Mrd. € hinzuzurechnen. Das Exposure inklusive Organisationen beträgt 30 Mrd. €.

Auslandsvolumen

in Mio. €	Exposure	
	2012	2011
Ohne Limitierung des Auslandsvolumens	6.742	21.135
Euro-Zone	4.103	12.121
Rest EU	1.248	7.135
Europa	1.391	1.416
Nordamerika	0	463
Limitiertes Auslandsvolumen mit	22.492	13.710
geringem Transferrisiko	21.856	12.796
mittlerem Transferrisiko	590	764
erhöhtem Transferrisiko oder ohne Rating	46	150
Konzern LBBH	29.234	34.845

Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumina nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für die Kreditengagements in Verantwortung des Gesamtvorstands ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

Behandlung von Problemkrediten

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden.

Das CCE und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Nonperforming Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgeschirmt.

Zum 31. Dezember 2012 hat der Konzern auf Basis technischer Weiterentwicklungen die Methode zur Ermittlung der Current Credit Exposures von Kreditnehmern, die in Verzug, aber nicht wertgemindert sind, verfeinert. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Im Folgenden ist eine Unterteilung des Portfolios der Kreditrisiken nach Good, Subperforming und Nonperforming Loans sowie nach Alter der Forderung dargestellt. Gleichzeitig wurde die Höhe der rückständigen Leistungen für diese Teilportfolien angegeben. Aufgrund der Vertragsbedingungen kann bei bestimmten Konten ein Verzug vorliegen, obwohl die Leistung nicht rückständig ist (zum Beispiel bei Girokonten). Rückständige Leistungen per Definition liegen nur bei Darlehenskonten vor.

CURRENT CREDIT EXPOSURE KREDITRISIKO

per 31.12.2012 in Mio. €	Alter				Summe	Sicherheiten ¹⁾	Wertberichtigungen ²⁾
	< 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre	> 10 Jahre			
Good Loans	5.753	17.646	6.763	7.241	37.403	30.717	141
davon Verzug, ohne Wertminderung	69	31	49	222	371		
davon Rückständige Leistungen aus Darlehen	5	1	1	55	62		
Subperforming Loans	53	421	128	136	738	319	825
davon Verzug, ohne Wertminderung	1	29	8	33	71		
davon Rückständige Leistungen aus Darlehen	0	1	3	10	14		
Nonperforming Loans	67	668	754	664	2.153	1.065	825
davon Verzug, ohne Wertminderung	9	43	52	42	146		
davon Rückständige Leistungen aus Darlehen	1	4	42	11	58		
CCE des Konzerns LBBH³⁾	5.873	18.735	7.645	8.041	40.294		
davon Verzug, ohne Wertminderung	79	103	109	297	588		
davon Rückständige Leistungen aus Darlehen	6	6	46	76	134		

¹⁾ gemäß Regelwerk anerkannte Sicherheiten

²⁾ bei Good Loans/Subperforming Loans: Portfolio- und Länderwertberichtigungen; darüber hinaus besteht im Bereich Finanzanlagen eine Länderwertberichtigung in Höhe von circa 5 Mio. €; Wertberichtigungen einschließlich der S-Kreditpartner GmbH

³⁾ Die Bilanzierung erfolgte zu fortgeführten Anschaffungskosten.

CURRENT CREDIT EXPOSURE KREDITRISIKO

Vergleichswerte des Vorjahres

per 31.12.2011 in Mio. €	Alter				Summe	Sicherheiten ¹⁾	Wertberichtigungen ²⁾
	< 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre	> 10 Jahre			
Good Loans	6.212	18.463	4.851	8.167	37.693	30.578	102
davon Verzug, ohne Wertminderung ³⁾	32	52	19	165	268		
davon Rückständige Leistungen aus Darlehen ³⁾	6	4	1	59	70		
Subperforming Loans	78	475	61	148	762	372	901
davon Verzug, ohne Wertminderung ³⁾	5	21	3	31	60		
davon Rückständige Leistungen aus Darlehen	0	3	0	15	18		
Nonperforming Loans	49	1.480	405	844	2.778	1.575	901
davon Verzug, ohne Wertminderung ³⁾	7	214	62	74	357		
davon Rückständige Leistungen aus Darlehen ³⁾	0	89	43	27	159		
CCE des Konzerns LBBH⁴⁾	6.339	20.418	5.317	9.159	41.233		
davon Verzug, ohne Wertminderung ³⁾	43	288	84	270	685		
davon Rückständige Leistungen aus Darlehen ³⁾	6	95	44	102	247		

¹⁾ gemäß Regelwerk anerkannte Sicherheiten

²⁾ bei Good Loans/Subperforming Loans: Portfolio- und Länderwertberichtigungen; bei Nonperforming Loans: Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen

³⁾ Vorjahreszahlen angepasst

⁴⁾ Die Bilanzierung erfolgte zu fortgeführten Anschaffungskosten.

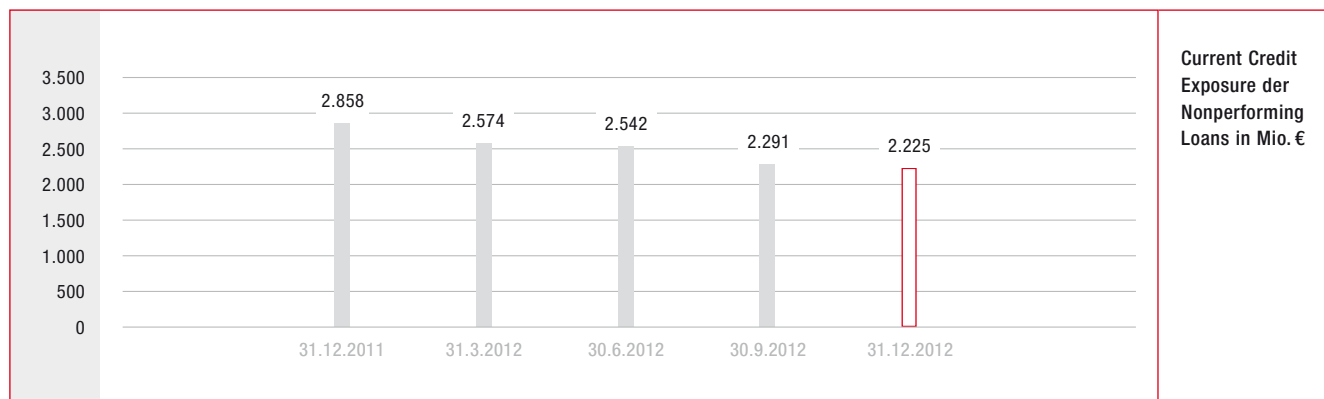
Aufgrund der weitgehend risikoarmen Struktur der Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken bestehen in diesen Bereichen so gut wie keine Sub- oder Nonperforming Loans. In der folgenden Tabelle wird das CCE nach Restlaufzeiten unterteilt.

Das CCE der Nonperforming Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, ist im Berichtsjahr kontinuierlich gesunken. Der Anteil am Gesamtexposure des Konzerns lag zum 31. Dezember 2012 bei 2,4 % (Vorjahresstichtag: 2,7 %).

CURRENT CREDIT EXPOSURE EMITTENTEN-, KONTRAHENTEN- UND KREDITNEHMERRISIKEN

in Mio. €	Restlaufzeit								Summe		in % ¹⁾	
	0 bis 3 Monate		3 Monate bis 1 Jahr		1 bis 5 Jahre		> 5 Jahre		2012	2011	2012	2011
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011				
Subperforming	0	0	0	8	5	0	7	9	12	17	0,02	0,03
Nonperforming	50	0	0	6	10	57	12	17	72	80	0,13	0,12
Summe	50	0	0	14	15	57	19	26	84	97	0,15	0,15

¹⁾ vom CCE der Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken



Bildung der Kreditrisikovorsorge

Die Kompetenz der Risikobetreuungsbereiche umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder entscheidet der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

Sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung wird monatlich an den Vorstand berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Risikoparameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Exposure at Default und Verlustquote ein.

Anteilseignerrisiken

Das Anteilseignerrisiko umfasst das Risiko von Verlusten aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital und eigenkapitalnahen Mitteln an Dritte. Das betrifft in Beteiligungen gebundenes Kapital wie auch mit den Beteiligungen verbundene weitere Verpflichtungen.

In der Risikostrategie werden die Beteiligungen berücksichtigt und Aussagen über die strategische Ausrichtung getroffen. Für das Beteiligungsportfolio ist die Fokussierung auf unternehmerisch vorteilhafte, die Wertschöpfungskette unterstützende Beteiligungen vorgesehen. Die Reduktion des Beteiligungsbestands um nicht mehr benötigte oder in Abwicklung befindliche Beteiligungen wird fortgesetzt, wobei ausgewählte strategisch fundierte Akquisitionen oder Aufstockungen nicht ausgeschlossen sind.

Insgesamt verringerte sich das Anteilseignerrisiko gegenüber dem Vorjahr um rund 3 Mio. €. Es betrug per 31. Dezember 2012 15 Mio. €. Der Risikorückgang beruht im Wesentlichen auf Buchwertabschreibungen und Kapitalrückzahlungen. Im Jahresverlauf wurde die Beteiligung der S-Servicepartner GmbH an der SDZ Westfalen-Lippe GmbH in die Messung des Anteilseignerrisikos aufgenommen.

Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Berechnungen zur Risikotragfähigkeit integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls

Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden. Ein Backtesting der Ergebnisse wird jährlich durchgeführt und bestätigt die Angemessenheit der Risikobestimmung.

Im Rahmen des gesamtbankweiten Stresstestings wurden als maßgebliche Risikofaktoren die Bonität der Beteiligungen, deren Ertragskraft und deren Unternehmenswerte identifiziert. Dabei erfolgt eine Variation der Parameter Ratingeinstufungen, Beteiligungserträge und Wertberichtigungen.

Der Vorstand der LBB wird monatlich im Rahmen des Top Management Reports über die Risikolage informiert. Dazu gehört auch die Überwachung der Risikokonzentrationen, die qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen erfolgt.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den strategischen Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden bestimmte Unternehmen, die beispielsweise zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortlich werden. Das Geschäftsfeld, dem die jeweiligen Anteile zugeordnet wurden, trägt die Verantwortung für die risiko- und ergebnisorientierte Steuerung der Beteiligungen.

Unter der Prämisse der Risikodiversifikation und des risikostrategischen Ansatzes, sich auf strategisch vorteilhafte Beteiligungen zu fokussieren, wurden folgende Teilportfolien gebildet:

- das Kerngeschäft fördernde Produktlieferanten,
- das Kerngeschäft fördernde Vertriebskanäle,
- Beteiligungen an Dienstleistern,
- Verbundbeteiligungen,
- Finanzbeteiligungen.

Daneben stehen die zur Desinvestition vorgesehenen Beteiligungen wie insbesondere nicht mehr operativ tätige Gesellschaften, Gesellschaften in stiller Liquidation sowie Restrukturierungsaktivitäten.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass der Konzern zu einem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit).

Die zentrale Liquiditätsversorgung des Konzerns zu gewährleisten, ist Aufgabe des Bereichs Treasury und Trading im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft. Ziel der Liquiditätsplanung und -steuerung ist, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern auch in Krisensituationen sicherzustellen.

Im Jahr 2012 war der Konzern für alle beobachteten Szenarien jederzeit zahlungsfähig. Die aufsichtlichen Liquiditätskennziffern gemäß § 11 KWG wurden eingehalten.

Auswirkungen der Finanzkrise

Seit Beginn der Finanzkrise im zweiten Halbjahr 2007 ist die Funktionsfähigkeit der Refinanzierungsmärkte eingeschränkt. Einer Verbesserung in den Jahren 2009 und 2010 stand eine drastische Verschlechterung im Jahr 2011 gegenüber.

Das gesamte Geschäftsjahr 2012 war mit wechselnder Intensität durch Unsicherheiten über die Zahlungsfähigkeit europäischer Staaten, insbesondere Griechenland, Spanien und Italien, geprägt. Die Europäische Zentralbank bekräftigte ihren seit Beginn der Finanzkrise stets demonstrierten Willen, die Märkte mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Insbesondere die Ankündigung von EZB-Präsident Mario Draghi Anfang Juli, alles für den Erhalt des Euro tun zu wollen, hatte

eine positive Wirkung zunächst auf die Refinanzierungskosten Spaniens und Italiens. Nachdem das Bundesverfassungsgericht im September grünes Licht für den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM gegeben hatte, setzte sich diese Entspannung über alle Kapitalmarktsegmente hinweg fort. Davon profitierten Banken im gesamten Euro-Raum, die insbesondere das vierte Quartal 2012 zu langfristigen Mittelaufnahmen nutzen konnten.

In diesem fragilen und weiterhin angespannten Umfeld ist die Refinanzierungs- und Liquiditätssituation der Landesbank Berlin geordnet. Es gelang im gesamten Jahresverlauf 2012 stets, das Geschäftsvolumen vollständig unter Vorhaltung ausreichender Reserven in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten zu refinanzieren.

Grundlagen und Liquiditätskennziffern

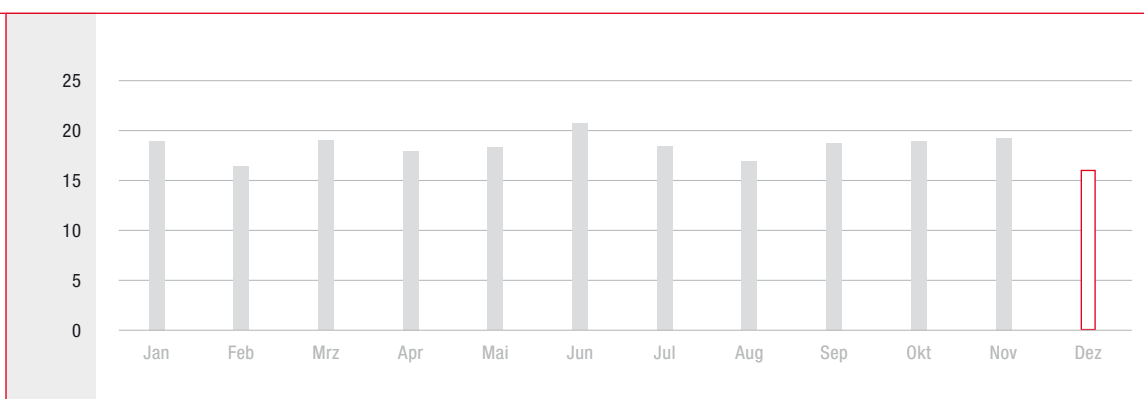
Im Konzern wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist.

Die Liquidität der Bank gilt nach der „Verordnung über die Liquidität der Institute“ (Liquiditätsverordnung) als ausreichend, wenn die in den nächsten 30 Kalendertagen zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die Zahlungsverpflichtungen mindestens abdecken. Darüber hinaus werden mit einem Horizont bis 360 Tage Beobachtungskennziffern errechnet. Maßgebliche Bestimmungsgrößen sind tatsächliche und erwartete Zahlungsströme sowie der Bestand an hochliquiden Vermögenswerten. Die Liquiditätskennziffer gibt das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den abrufbaren Zahlungsverpflichtungen innerhalb des ersten Monats an. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die Liquiditätskennziffer muss täglich erfüllt und jeweils mit Stand Monatsultimo bis zum 15. Werktag des Folgemonats an die Bundesbank gemeldet werden. Als Differenz zwischen den Zahlungsmitteln und Zahlungsverpflichtungen kann ein Zahlungsmittelüberschuss errechnet werden.

Unter Berücksichtigung der Restlaufzeiten für Vermögenswerte ergeben sich die kumulierten Zahlungsmittelüberschüsse der LBBH auf 360 Tage gemäß Liquiditätsverordnung.

Kumulierter Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage des LBBH-Konzerns in Mrd. €



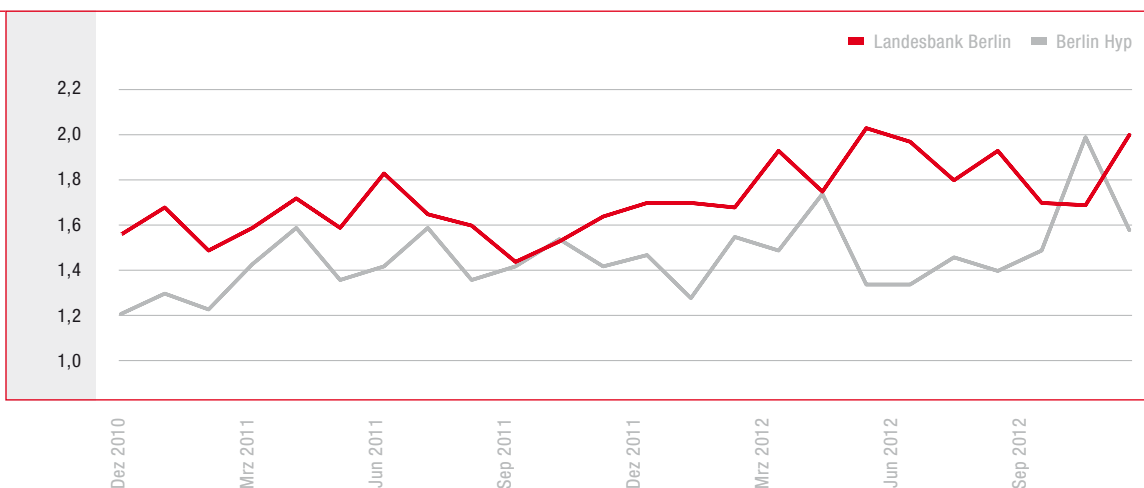
Es ist erkennbar, dass durch das Liquiditätsmanagement jederzeit ein positiver Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage sichergestellt wurde.

erfolgt prinzipiell nach der Logik der Liquiditätsverordnung, determinierte und stresstestbasierte Liquiditätsabflüsse durch liquidierbare Aktiva decken zu können.

Die interne Liquiditätsrisikomessung und -steuerung des Konzerns wird im Folgenden beschrieben und

Die folgende Grafik zeigt die monatliche Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern.

Dem Vorstand monatlich übermittelte Liquiditätskennziffern in Mio. €



Die Liquiditätskennziffern wurden jederzeit eingehalten. Zum Jahresultimo ergeben sich folgende Zahlen:

Liquiditätskennziffer	2012	2011
Landesbank Berlin	2,00	1,64
Berlin Hyp	1,58	1,42

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Für den Konzern wird zusätzlich ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisikoccontrolling vorgenommen. Dazu werden täglich Berechnungen unter Stressannahmen durchgeführt. Die Modellparameter dieser Stressszenarien basieren auf den Vorgaben der Liquiditätsverordnung und erfüllen die Anforderungen der MaRisk.

Das interne Liquiditätsrisiko wird unterteilt in das kurzfristige Beschaffungsrisiko, das mittel- und langfristige Fristenrisiko sowie das Preisrisiko. Diese interne Einteilung berücksichtigt das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko.

Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Beschaffungsrisiko, stellt das Risiko dar, kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr fristgerecht und in vollem Umfang nachkommen zu können.

Unter Fristenrisiko wird das Risiko verstanden, dass mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongiert werden können.

Das Preisrisiko ist das Risiko, dass Anschlussrefinanzierungen in der Zukunft auf Grundlage veränderter Refinanzierungsspreads getätigt werden. Im Rahmen einer im Januar 2012 vom Vorstand beschlossenen Methodenänderung wurde die Ermittlung des Preisrisikos verbessert. Der Betrag wird seitdem unter Berücksichtigung von angepassten Refinanzierungskonditionen errechnet.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Kapitalablaufbilanz bildet das komplette Laufzeitpektrum aller im Konzern gebuchten Finanzinstrumente ab. In der Kapitalablaufbilanz werden neben den vertraglich vereinbarten Zahlungsströmen folgende Annahmen berücksichtigt:

- Prolongation von Aktivfälligkeiten,
- modelliertes Abzugsverhalten von Einlagen,
- Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen,
- auf der Passivseite erschwerte Refinanzierungsbedingungen,
- die partielle Ziehung zugesagter Kreditlinien.

Konzerninterne Zahlungen werden bei der Erstellung der Kapitalablaufbilanz nicht berücksichtigt. Durch dieses Vorgehen wird die korrekte Darstellung und Liquiditätswirksamkeit jedes Zahlungsstroms sichergestellt.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling überwacht, so dass auch unter den vorgenannten restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns gewährleistet ist.

An diese kurzfristige Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Die Liquiditätsreserve setzt sich aus qualitativ hochwertigen Wertpapieren gemäß MaRisk zusammen. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Reporting der Liquiditätsrisiken

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird täglich erstellt und dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses sowie monatlich im Rahmen des Top Management Reportings zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Vorstand zweimal wöchentlich im Rahmen der gesonderten Darstellungen zur Liquiditätslage an die BaFin informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2012 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko im Jahresverlauf unbedenklich.

Steuerung der Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisikopolitik des Konzerns beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung faktischer sowie aus Stress-tests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Dabei werden das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

Risikokonzentrationen

Eine Konzentration des Liquiditätsrisikos besteht, wenn Refinanzierungsmittel zu stark auf bestimmte Bereiche (Adressen, Branchen, Währungen und Produkte) konzentriert sind. Eine zu geringe Diversifikation kann bei Ausfällen einzelner Bereiche zu Refinanzierungsschwierigkeiten und somit unmittelbar zu einem erhöhten Beschaffungsrisiko führen.

Risikokonzentrationen werden in vordefinierten Reports separat betrachtet und turnusmäßig an den Vorstand berichtet.

Adressen- und branchenspezifische Konzentrationen bestehen bei unseren Einlagen aus der Sparkassen-Finanzgruppe, die seit 2008 stetig erfreulich gewachsen sind.

Währungsspezifische Konzentrationen bestehen in der Heimatwährung Euro. Das Exposure in Fremdwährungen ist relativ zur Bilanzsumme und zum Exposure von Wettbewerbern niedrig.

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der Konzernunternehmen, bei den stark diversifizierten Retaileinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin-Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt weiter verteilt zu mehr als 80 % im deutschen Raum. Bei den verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf deutlich unter 20 % geschätzt wird.

Die LBB setzte auch im Jahr 2012 ihre bereits 2009 begonnene Strategie fort und führte die notwendigen Refinanzierungen überwiegend mit Hilfe von klassischen Kundenprodukten und Privatplatzierungen durch. Diese Strategie war auch im Pfandbriefbereich erneut erfolgreich, in dem im Konzern im Jahr 2012 nur ein Jumbo-Hypothekenspfandbrief der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank extern begeben wurde.

ANGABEN AUS DER BILANZ (PASSIVA)

in %	2012	2011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	18,8	24,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	31,4	28,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	16,6	17,4
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	23,8	21,3
Andere Passiva	9,4	8,1
Konzern LBBH	100,0	100,0

Restlaufzeitengliederung

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verpflichtungen des Konzerns per 31. Dezember 2012, gegliedert nach ihren vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten. Die Daten basieren auf der Kapitalablaufbilanz des internen Liquiditätsrisikocontrollings. Es handelt sich hierbei um eine reine Cashflow-Sicht, die sich wie im IFRS 7 vorgegeben von den Angaben in der Bilanz unterscheidet. Berücksichtigt werden hierbei zusätzlich zukünftige Zinszahlungen beziehungsweise bei derivativen Verbindlichkeiten die voraussichtlichen undiskontierten Nettozahlungsströme, wenn diese Zahlungsströme ermittelt werden können. Anderenfalls finden die beizulegenden negativen Zeitwerte Verwendung. Die Cashflows werden mit ihren jeweils frühestmöglichen Zahlungsterminen berücksichtigt.

VERBINDLICHKEITEN NACH RESTLAUFZEITEN

in Mio. €	2012	2011
Kreditinstitute		
<= 1 Monat	9.818	19.003
> 1 Monat und <= 1 Jahr	12.267	11.563
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	1.065	1.008
> 5 Jahre	956	1.060
Gesamt	24.106	32.634
Kunden		
<= 1 Monat	26.104	24.220
> 1 Monat und <= 1 Jahr	2.987	5.673
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	6.979	8.934
> 5 Jahre	8.311	9.525
Gesamt	44.381	48.352
Emittierte Wertpapiere		
<= 1 Monat	928	809
> 1 Monat und <= 1 Jahr	7.857	8.019
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	27.074	31.166
> 5 Jahre	3.989	6.147
Gesamt	39.848	46.141
Derivate Verbindlichkeiten		
<= 1 Monat	3.858	3.972
> 1 Monat und <= 1 Jahr	3.427	3.507
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	8.447	8.088
> 5 Jahre	3.578	3.631
Gesamt	19.310	19.198

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen in einem potenziellen Wertverlust, der seine Ursache in nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern hat.

Der Konzern geht Marktpreisrisiken insbesondere in Form von Credit-Spread-, Zins-, Aktien- und Währungsrisiken in den Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Im Vordergrund der Zinsänderungsrisikosteuerung im Bankbuch stehen der Ausgleich von Zinsänderungsrisiken aus Kundengeschäften und der langfristigen Refinanzierung sowie die langfristige Generierung von Fristentransformationserträgen aus der Zinsstrukturentwicklung und eine Ertragserzielung aus der Anlage des Eigenkapitals. Ergänzend werden im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement Investitionen innerhalb anderer Risikoarten im Rahmen langfristiger Strategien eingegangen.

Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierte Risikostrategie eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimiten (Value-at-Risk (VaR)-Limite; 10-tägiger Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %) transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

Die Risikosteuerung für die **Handelsaktivitäten** erfolgt durch die Frontoffice-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimiten/-auslastungen, der Stresstestergebnisse und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handels-tisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Frontoffice-Verfahren (zum Beispiel Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite).

Die Steuerung des **Bankbuchs** erfolgt durch den Dispositionsausschuss des Vorstands, der alle zwei Wochen berät und über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos entscheidet. Hierzu werden ebenfalls die genannten Verfahren zur Kontrolle der Handelsgeschäfte genutzt und ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) und Analysen hinsichtlich des laufenden

Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, herangezogen. Durch die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ertragseffekte wird die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung wird durch die Analysen des laufenden Ertrags weiter unterstützt.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das Allgemeine-Produkt-Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen-Produkt-Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Die Kontrolle der Marktpreisrisiken erfolgt unabhängig vom Handel im Bereich Risiko und Controlling.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken besteht aus einem System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Das regelmäßige Reporting der Marktpreisrisiken ist dabei elementarer Bestandteil, da hierdurch der Informationsfluss im Konzern sichergestellt wird. Gegebenenfalls notwendige Steuerungsmaßnahmen können somit den Kontrollen kurzfristig folgen.

Seit der aufsichtsrechtlichen Anerkennung der internen Verfahren (Full-Use-Modell inklusive besonderer Kurs- und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung wird die Marktrisikoposition auf Basis dieses internen Modells an die BaFin gemeldet. Im Zuge der Einsatzgenehmigung für ein neues IT-System zur Marktpreisrisikoermittlung für Aktienprodukte durch die BaFin wurde per 20. März 2012 auch der aufsichtsrechtliche Faktor für die mit Eigenmitteln zu unterlegende Marktrisikoposition in der LBB von 3,8 auf 3,4 gesenkt.

Reporting der Marktpreisrisiken

Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an alle Vorstandsmitglieder der LBB berichtet.

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche,
- täglicher Bericht gemäß MaRisk an den Vorstand,

- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- monatliche Berichterstattung an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf im Rahmen des Top Management Reports.

Marktpreisrisikolimit und -inanspruchnahmen im Konzern

In der nachfolgenden Tabelle werden die Durchschnittswerte, Minima und Maxima den Limiten gegenübergestellt. Details und das Management der Marktpreisrisiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

VALUE-AT-RISK KONZERN

in Mio. €	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	31.12.2012	31.12.2011
Kapitalmarktgeschäft	70	102	24	54	114	181	170	170
Client Business Distribution	0	0	0	0	0	0	0	0
Client Business Production	3	11	2	5	8	24	24	24
Treasury und Trading	69	91	24	42	110	173	170	170
Internationales Geschäft	0	1	0	0	1	2	5	5
Bankbuch	49	77	29	33	86	136	195	230
Bankbuch Landesbank	34	73	20	45	52	136	125	150
Sonstige Bankbücher	29	2	16	1	52	4	–	–
<i>davon Bankbuch Berlin Hyp</i>	<i>29</i>	<i>35</i>	<i>15</i>	<i>14</i>	<i>52</i>	<i>59</i>	<i>75</i>	<i>85</i>
Konzern	84	127	32	56	148	237	320	400
Aktienrisiko	4	9	2	4	7	18		
Währungsrisiko	10	13	6	7	21	21		
Zinsrisiko	35	55	16	26	64	114		
Credit-Spread-Risiko	59	86	29	39	123	175		
Konzern	84	127	32	56	148	237		

„Sonstige Bankbücher“ beinhalten seit Januar 2012 die Berlin Hyp. Alle enthaltenen Einzelportfolien sind limitiert. Gemäß der Struktur 2011 ist bei den „Sonstigen Bankbüchern“ die Berlin Hyp nicht enthalten. Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Konzernwerte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Risikokonzentration

Im täglichen MaRisk-Reporting des Konzerns werden die in der Tabelle Value-at-Risk Konzern enthaltenen Risiken dargestellt. Hinzu kommen zum Beispiel Angaben zu Unterportfolien sowie eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stress-test entgegen der jeweils aktuellen Positionierung sowie fünf Risikostress-Szenarien. Um Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden, gibt es ferner einen Pool verschiedener Stress-Szenarien, von denen jeweils die fünf größten Verlust-Szenarien berichtet werden. Darüber hinaus erfolgen Detailrisikoaussweise. Im Berichtsjahr gab es keine besonderen Konzentrationen von Marktpreisrisiken auf Einzeltitel.

Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern ebenfalls im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt und unterliegt somit der Limitierung und regelmäßigen Überwachung. Das Zinsänderungsrisiko wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Der Konzern war per Jahresende 2012 gegenüber Zinsschwankungen aktivisch aufgestellt. Das ausgewiesene Exposure im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr etwas gestiegen, vor allem aus der direkten Verwendung von Teilen des Eigenkapitals zur Refinanzierung festverzinslicher Kundenforderungen.

Die Auswirkungen einer allgemeinen Änderung der Zinsen um +100 und –100 Basispunkte (BP) werden im Rahmen der Szenario-Berechnungen ermittelt.

in Mio. €	+100 BP		–100 BP	
	2012	2011	2012	2011
Konzern	–168	–111	135	79
LBB	–102	–75	40	43
Berlin Hyp	–48	–22	82	21
Andere	–17	–13	13	15

Die Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs der LBB AG sind gemäß Vorgabe der Solvabilitätsverordnung bezüglich der Änderungen um +200 und –200 Basispunkte zu betrachten:

in Mio. €	+200 BP		–200 BP	
	2012	2011	2012	2011
LBB (Anlagebuch)	–235	–148	41	–31

Die Methodik der Szenario-Berechnung beruht für Kredite und Einlagen auf einer mathematischen Approximation auf Basis der Zinssensitivitäten und für Kapitalmarktprodukte auf einer kompletten Neubewertung des Portfolios unter Berücksichtigung optionaler Bestandteile, jeweils mit einer Begrenzung der Zinsbewegung nach unten bei null. Daraus resultiert im Wesentlichen die zu beobachtende Asymmetrie bei Zinsanstieg und Zinsverfall. Die Bank plant mit Blick auf das weiterhin bestehende Umfeld sehr niedriger Zinsen, die begonnene Modellanpassung zur Berücksichtigung von negativen Zinsen im Jahr 2013 abzuschließen.

Währungsrisiken

Der Konzern geht keine wesentlichen Positionen in Fremdwährungen ein. Das in der Übersicht Value-at-Risk Konzern aufgezeigte Währungskursrisiko in Höhe von durchschnittlich 10 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) stammt überwiegend aus barwertigen Inkongruenzen zwischen Assets und deren Refinanzierung, Restbeträgen bei Kundengeschäften, der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Das größte Fremdwährungsrisiko per Jahresende bestand in Wechselkursänderungen des britischen Pfund.

Aktien- und Fondsrisiken

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten sowie verbleibenden Handelsstrategien im „Treasury und Trading“, welche jedoch sukzessive abgebaut werden. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Das Fondsportfolio ist überwiegend im Anlagebuch verbucht. Die Fonds werden hier wie Aktien behandelt. Bei den verbleibenden Fonds des Handelsbuchs wird nach Möglichkeit eine Durchschau vorgenommen. Für eine weitere Überwachung des Risikos werden darüber hinaus spezifische Stresstests für verschiedene Fondsgattungen vorgenommen.

Credit-Spread-Risiken

Das Credit-Spread-Risiko stellt neben dem Zinsänderungsrisiko eines der bedeutendsten Risiken im Konzern dar. Die möglichen Änderungen aus unterschiedlichen Credit-Spread-Entwicklungen sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Die „Ausweitung fremder Credit Spreads“ beinhaltet eine ratingspezifische, laufzeitabhängige Ausweitung fremder Credit Spreads (+ 30 bis + 300 BP), die „Einengung eigener Credit Spreads“ eine laufzeitabhängige Einengung unbesicherter eigener Credit Spreads (–30 BP unbesichert, –100 BP Nachrang).

in Mio. €	Ausweitung fremder Credit Spreads		Einengung eigener Credit Spreads	
	2012	2011	2012	2011
Konzern	– 371	– 280	– 274	– 294
KMG	– 183	– 172	– 26	– 29
Bankbuch	– 188	– 108	– 248	– 265

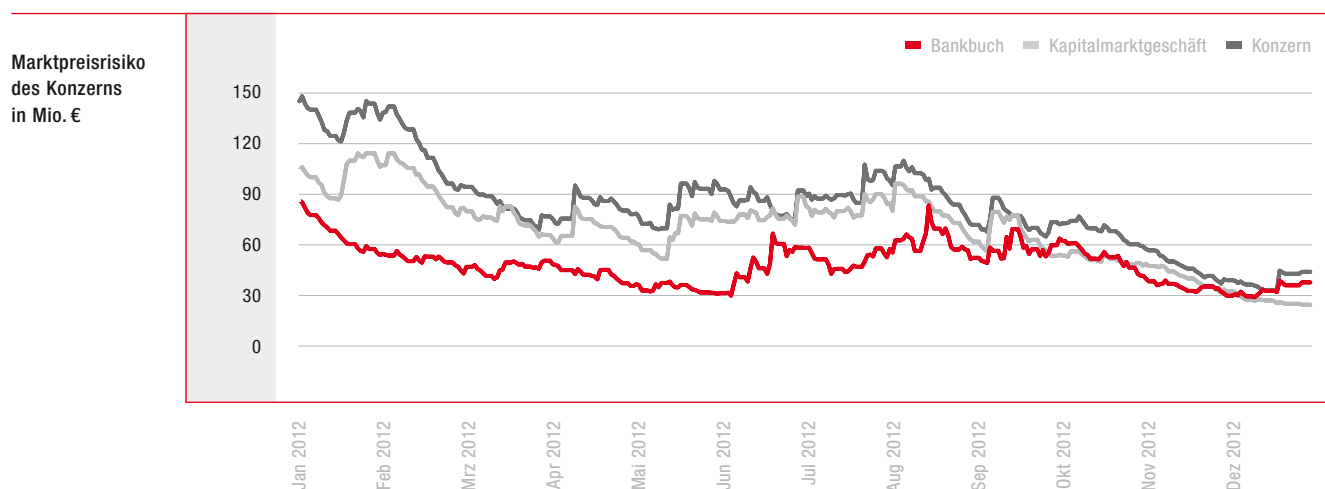
Die Änderungen in dem Szenario „Ausweitung fremder Credit Spreads“ sind nicht auf den Ausbau der Position in Fremdemissionen zurückzuführen, sondern auf eine methodische Änderung. Die Methodik wurde dahingehend angepasst, dass nunmehr auch Bestände in Staatsanleihen und Anleihen deutscher Bundesländer mit einer Credit-Spread-Sensitivität versehen werden. Bislang wurden diese Papiere – im Gegensatz zu anderen Fremdemissionen wie Banken und Corporates – nur in den Zins-Szenarien dargestellt.

Verlauf des Marktpreisrisikos des Konzerns

Das Marktpreisrisiko ist per Ende 2012 im Vergleich zum 31. Dezember 2011 um 100 Mio. € auf 48 Mio. € gesunken. Im Jahresdurchschnitt 2012 betrug es 84 Mio. €.

Im Verlauf des Jahres waren leichte Risikoanstiege aufgrund von gestiegenen Credit-Spread-Volatilitäten im Zuge der Preisverfälle insbesondere bei italienischen und spanischen Finanztiteln und europäischen Staatsanleihen zu beobachten. Über das Jahr betrachtet ist das Risiko jedoch vorrangig infolge von gesunkenen Credit-Spread-Volatilitäten insgesamt zurückgegangen.

Im Jahresverlauf 2012 ergaben sich die folgenden Auslastungen für den Konzern (Limit: 320 Mio. €), das Kapitalmarktgeschäft (Limit: 170 Mio. €) und das Bankbuch (Limit: 195 Mio. €):



Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung sämtlicher Marktrisikofaktoren einschließlich Optionsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten durch Berücksichtigung von verschiedenen Zinskurven (zum Beispiel Swapkurven, Overnight Index Swaps, Money Market) explizit gemessen.

Die Korrelationen der aktuell circa 11.000 Risikofaktoren (beispielsweise Wechselkurse, Aktienkurse, Zinskurvenpunkte, Volatilitätspunkte et cetera) werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstandsmitglieder berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (das heißt Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Die Anzahl der Backtesting-Ausreißer, also die Anzahl der Tage, an denen diese Wertänderung im Konzern die zum obigen Konfidenzniveau ermittelte Verlustschwelle unterschritt, lag zum Jahresende 2012 mit vier im grünen Bereich.

Für die Ermittlung der Kapitalunterlegung der aufsichtsrechtlichen Marktrisikoposition der LBB gemäß internem Modell wird das eigentliche Marktrisikomodel um die gesetzlich vorgeschriebenen Komponenten Krisenrisikobetrag (Stressed VaR) und zusätzliches Ausfall- und Migrationsrisiko (Incremental Risk Charge, IRC) ergänzt. Die Ermittlung des Stressed VaR basiert dabei auf der gleichen methodischen und technischen Grundlage wie die Ermittlung des VaR. Die IRC wird im für die Kreditrisikosteuerung verwendeten Kreditportfoliomodell durch geeignete Parametrisierung berechnet.

Es erfolgt eine untertägige Überwachung von Risiken, Ergebnissen und der Limiteinhaltung in den Handelsbereichen. Dies ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

Sicherungsbeziehungen

Zur bilanziellen Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge wendet der Konzern das sogenannte Hedge Accounting nach IAS 39 an. Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges werden Fair Value-Änderungen von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können, gesichert. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet. Ferner werden nach IFRS im Rahmen eines Makro Cashflow-Hedges die Schwankungen von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/Passivsteuerung mittels Zinsswaps abgesichert.

Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellungen unter Note 8.6 im Konzernabschluss.

Verbriefungstransaktionen

In Anlehnung an die Empfehlungen des Financial Stability Forums wird im Folgenden über das Engagement des Konzerns im Verbriefungsgeschäft berichtet. Der Konzern hat seit langem in ein diversifiziertes und vergleichsweise konservativ ausgerichtetes Portfolio von Verbriefungstransaktionen investiert. Aktuell besteht dieses hauptsächlich aus klassischen ABS/MBS. Das Portfolio wird zentral durch das Geschäftsfeld Treasury gesteuert und ist in die Risikoüberwachung und -steuerung des Konzerns vollständig eingebunden. Neue Engagements werden weiterhin sehr selektiv und in begrenztem Umfang in einfachen europäischen ABS-Transaktionen vorgenommen. Eine Emissionstätigkeit in diesem Marktsegment erfolgt nicht, ebenso sind keine derartigen Emissionen des Konzerns ausstehend.

VERBRIEFUNGSPORTFOLIO DES KONZERNS PER 31. DEZEMBER 2012

in Mio. €	Nominalwert	Buchwert	Buchwert nach externem Rating						
			AAA	AA	A	BBB	Non-inv. Grade	Default	Not rated
Ausgewählte strukturierte Verbriefungen	2.570	2.569	1.777	274	265	15	238	0	0
CMBS	24	24	0	0	10	0	13	0	0
RMBS	1.651	1.650	1.329	0	80	15	225	0	0
Verbriefte Auto Loans	445	445	445	0	0	0	0	0	0
Verbriefte Student Loans	401	401	3	274	126	0	0	0	0
Verbriefte Credit Loans	49	49	0	0	49	0	0	0	0
CDO	1.058	1.058	173	699	145	36	5	0	0
Synthetische CDOs	0	0	0	0	0	0	0	0	0
True-Sale-CDOs von nicht strukturierten Underlyings	1.057	1.057	173	698	145	36	5	0	0
CDO of ABS	1	1	0	1	0	0	0	0	0
Sonstige strukturierte Verbriefungen	286	225	0	5	79	0	58	0	83
Konzern LBBH	3.914	3.852	1.950	978	489	51	301	0	83

CMBS: Commercial Mortgage Backed Security; RMBS: Residential Mortgage Backed Security; CDO: Collateralized Debt Obligation; ABS: Asset Backed Security

Bei den in der Tabelle aufgeführten sonstigen strukturierten Verbriefungen handelt es sich um Verbriefungen, die keiner der darüber genannten Kategorien zuordenbar sind, sowie um nicht geratete Fonds (83 Mio. €), die Verbriefungen enthalten.

Immobilienrisiken

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr, durch Wertänderungen Verluste gegenüber dem aktuellen Marktwert zu erleiden.

Das Immobilienportfolio des Konzerns umfasst Objekte, die von der Bank selbst oder von Tochterunternehmen gehalten werden. Hinzu kommen Finance Lease-Objekte sowie Objekte in Fonds, an denen die Bank beteiligt ist. Ein großer Teil des Exposure entfällt auf selbst genutzte Verwaltungsgebäude innerhalb Berlins. Ziel ist es, den fremdgenutzten Teil des Immobilienportfolios weiter abzubauen.

Das Risiko ist im Jahresverlauf 2012 geringfügig um circa 1 Mio. € auf 64 Mio. € angestiegen.

Die Risiken werden nach dem Value-at-Risk-Verfahren gemessen. Das Exposure (aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte) der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt.

Im Rahmen des gesamtbankweiten Stresstests werden die Modellparameter Fair Value der Immobilien und die Werte für die Immobilienindizes variiert. Aufgrund der Zusammensetzung des Portfolios und der Risikostrategie sind hinsichtlich Risikokonzentrationen keine weiteren Steuerungsmaßnahmen notwendig. Die Überwachung der Risikokonzentrationen erfolgt qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen und das Reporting im Top Management Report.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis eigenständiger Limite sowohl für den Konzern als auch für die Geschäftsfelder. Deren Auslastung wird turnusmäßig überwacht. Das Reporting erfolgt vierteljährlich.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko wird gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken werden die Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften, verstanden. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

Generell wird angestrebt, die Verluste aus operationellen Risiken, die den Geschäftserfolg des Konzerns nachhaltig beeinträchtigen können, soweit möglich zu minimieren. Die auf Geschäftsfeld- und Bereichsebene dafür zu definierenden Ziele und Maßnahmen werden von den verantwortlichen dezentralen Risikomanagern bestimmt.

Organisationsstruktur

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risiko und Controlling verantwortet. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung und Pflege eines Rahmenwerks zum Management operationeller Risiken verantwortlich, das Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Steuerung/Überwachung, Analyse und Berichterstattung umfasst. Außerdem befasst

sich die Einheit mit der Überwachung und Anwendung bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen zum Thema operationelle Risiken. Änderungen des Rahmenwerks werden dem Vorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäftsbereiche sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen. Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (zum Beispiel zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risikovorstand) in Kenntnis gesetzt.

Risikosteuerung und -überwachung

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung des Konzerns einbezogen. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung des Konzerns festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominderung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle Detailreports über operationelle Risiken für die einzelnen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen (Risikomanagern) zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet, die größtenteils auch Bestandteil des Rechenmodells für operationelle Risiken sind. Wesentliche Instrumente sind:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem Bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenario-Analyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der Bank verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren) sowie
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht) und
- der Risikotransfer durch Versicherungsschutz.

Der Konzern hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung und Verwaltung und zum Reporting der vorgenannten Daten entwickelt.

Messung der operationellen Risiken

Die Berechnung des ökonomischen und regulatorischen Kapitals für operationelle Risiken erfolgt mittels eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA – Advanced Measurement Approach) gemäß § 278 SolV, der zur Jahreswende 2011/2012 genehmigt wurde. Unter Anwendung des AMA, welcher die gemäß SolV vorgegebenen Modellbestandteile berücksichtigt, wurde im Jahr 2012 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung für den Konzern in Höhe von 121 Mio. € (Vorjahr: 154 Mio. €) ermittelt.

Die Risikoberechnung nach dem AMA-Modell im Rahmen der Risikotragfähigkeit ergab per 31. Dezember 2012 für den Konzern einen Wert von 116 Mio. € (Vorjahresstichtag: 142 Mio. €). Das operationelle Risiko hat sich im Jahresverlauf 2012 aufgrund einer aktualisierten Datenhistorie und Neubewertung von speziellen Risiko-Szenarien um 26 Mio. € reduziert.

Compliance

Compliance steht allgemein für die Einhaltung gesetzlicher und regulatorischer Bestimmungen sowie Handeln im Einklang mit den ethischen Werten des Unternehmens (compliancegerechtes Verhalten).

Im Konzern umfasst die Zuständigkeit des Bereichs Compliance über die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben der Wertpapier-Compliance, des Datenschutzes und der Geldwäsche- und Betrugsprävention hinaus alle Maßnahmen zur Vermeidung von Reputationsschäden, die sich aus einem nicht compliancegerechten Handeln von Mitarbeitern oder Externen ergeben können (Corporate Compliance). Ein regelmäßig erscheinender Compliance Newsletter mit aktuellen Themen dient außerdem dazu, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Konzern noch stärker mit diesen Aufgabenstellungen vertraut zu machen.

Jährlich wird eine Gefährdungsanalyse erstellt, in der alle Bereiche und die Prozesse des Konzerns daraufhin untersucht werden, welche Präventionsmaßnahmen in Bezug auf Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstige strafbare Handlungen existieren. Dabei werden die Wirksamkeit der zentralen und dezentralen Schlüsselkontrollen (zum Beispiel Vier-Augen-Prinzip) sowie der Kontrollen zur Geldwäsche- und Betrugsprävention, zur Verhinderung von Terrorismusfinanzierung und Embargoverstößen analysiert und bewertet.

Personalrisiken

Der Konzern überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß den nachfolgend genannten vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

- **Fluktuationsrisiko:** Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.

- **Verfügbarkeitsrisiko:** Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
- **Qualifikationsrisiko:** Die Bank führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.
- **Motivationsrisiko:** Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreizen beziehungsweise Interessenkollisionen entgegengesteuert. Hierzu hat die Bank gemäß den Anforderungen der MaRisk einen Vergütungsausschuss eingerichtet, der die Konformität zu den aufsichtsrechtlichen Erfordernissen beobachtet und dem Vorstand regelmäßig berichtet.

Weiterhin wird dolosen Handlungen durch ein umfangreiches internes Kontrollsystem entgegengewirkt.

IT- und Systemrisiken

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

Derzeit werden im Konzern keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Steuerung und Weiterentwicklung von Technologien, Infrastrukturelementen und IT-Prozessen unter Abwägung der Faktoren Wirtschaftlichkeit, Dringlichkeit (gesetzliche oder technologische Notwendigkeit), Innovation und Risiken ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft sichergestellt. Die Restrukturierungs- und Qualitätsziele sowie die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoidikatoren untersucht. Dies ermöglicht es dem Konzern, operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Der Konzern hat ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche üblichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie durch die Orientierung an Best Practices werden die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt.

Dabei orientiert sich die Qualität der Informationssicherheit am Best-Practice-Standard „Sicherer IT-Betrieb“ der Finanz Informatik (FI). Hiermit ist eine Steigerung der Sicherheitsanforderungen verbunden, um nachhaltig ein höheres Sicherheitsniveau zu erreichen.

Eine kontinuierliche und unabhängige Auditierung des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) erfolgt unter anderem durch externe Auditoren, zum Beispiel durch das SIZ (Sparkassen Informatikzentrum). Ebenso wird das Qualitätsmanagement konsequent weiterentwickelt. So wurde die S-Servicepartner GmbH (vormals BankenService GmbH) als wesentliches Auslagerungsunternehmen nach DIN EN ISO 9001 im Jahr 2012 rezertifiziert.

Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2012 standen die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur:

- Erfüllung geänderter gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen (zum Beispiel Basel III/CRD IV),
- Fortsetzung der Konsolidierung und Standardisierung der IT-Infrastruktur im Sinne der IT-Strategie der LBB (Einsatz von Standardlösungen der FI),
- Optimierung der Infrastruktur sowie Modernisierung der Kernanwendung im Kapitalmarktgeschäft,
- Ausweitung des Drittkundengeschäfts der S-Servicepartner GmbH.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte regelmäßig zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

Sicherheits- und Notfallmanagement

Für Katastrophensituationen hat der Konzern einen Krisenstab gebildet, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Dazu finden regelmäßig Übungen statt.

Darüber hinaus verfügt der Konzern über eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung der kritischen und hochkritischen Geschäftsprozesse zwecks Sicherung des Bankbetriebs und Reduzierung von Verlusten im Fall einer schweren Betriebsstörung. Auch für diese Prozesse finden regelmäßige Notfallübungen statt.

Der Konzern hat zur Koordination und Überwachung der Informationssicherheit sowie zur Überwachung des Notfallmanagements einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit operationelle Risiken im Bereich Risiko und Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (zum Beispiel CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

Outsourcing

Der Konzern führt regelmäßig eine Risikoanalyse für MaRisk-relevante Auslagerungen zur Bestimmung der Wesentlichkeit durch. Die Risikoanalyse stellt Kriterien zur Ermittlung der Risikosituation beim Dienstleister sowie Risikogesichtspunkte zur Ableitung der Wesentlichkeit bereit.

Im Bereich Einkaufsmanagement wurde die Dienstleistersteuerung gebündelt. Die Einheit Dienstleistersteuerung überwacht die Durchführung der Leistungsüberwachung bei MaRisk-relevanten Auslagerungen und steht als zentrale Evidenz zum Thema Leistungsüberwachung und Dienstleistersteuerung zur Verfügung.

Die Wahrung des Datenschutzes bei der Beauftragung von externen Dienstleistern, derer sich der Konzern im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen bedient, wird durch detaillierte, verbindliche interne und vertragliche Regelungen und Prozessabläufe sichergestellt.

Die entsprechenden Auftragnehmer werden vom Konzern sorgfältig ausgewählt. Die Bank überzeugt sich regelmäßig von den beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Einhaltung von Datenschutz und Datensicherheit.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken begegnet der Konzern grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der Berlinovo GmbH (IBG), vormals firmierend unter Immobilien- und

Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 sogenannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die BaFin hat mitgeteilt, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachtet. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (Konzern) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die sich zumindest bis einschließlich des Jahres 2011 auf 15 Mio. € pro Jahr beläuft, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Das Land und der LBB-Konzern haben im Jahr 2012 versucht, sich über die Höhe der für die Zeit ab dem Kalenderjahr 2012 geschuldeten Avalprovision zu verständigen, hierzu jedoch keine Einigung erzielt. Insofern verbleibt es vorläufig weiterhin bei dem Betrag von jährlich 15 Mio. €.

Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet.

Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die LBB übernimmt neben der eigenen Rechnungslegung auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen auch Aufgaben der Rechnungslegung für die Holding, die RVG sowie für weitere Konzernunternehmen. Für die LBB und die Holding umfasst die Rechnungslegung, neben der laufenden Finanzbuchhaltung, insbesondere die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen. Für die RVG werden IFRS-Konzernabschlüsse erstellt. Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen. Die Rechnungslegungsprozesse sind standardisiert und unterliegen kontinuierlichen Kontrollen, die im Rahmen der Gesamtstrategie zur Risikobegrenzung durchgeführt werden.

Hierbei werden IDW PS 261 sowie DRS 15 beachtet. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren (Regelungen) zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und die Sicherstellung der Wirksamkeit der Kontrollen in Bezug auf die Rechnungslegung. Das rechnungslegungsbezogene interne Risikomanagementsystem (RMS) umfasst Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken, die dem Ziel der Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätze der HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüsse entgegenstehen.

Die Implementierung der Kontrollen erfolgt auf Basis der Beurteilung von Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ziel des IKS ist es, die auftretenden Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und anderen internen Richtlinien vollständig, zeitnah und richtig zu erfassen, zu verarbeiten und zu dokumentieren sowie Aktiva und Passiva im Abschluss zutreffend anzusetzen, auszuweisen und zu bewerten und somit Erfolge sachgerecht zu ermitteln. Die Kontrollen dienen auch dem Zweck, diese Abschlussinformationen möglichst zeitnah, verlässlich und vollständig bereitzustellen.

Bestandteile des rechnungslegungsbezogenen IKS sind prozessintegrierte und prozessunabhängige Maßnahmen. Die prozessintegrierten Maßnahmen umfassen organisatorische Sicherungsmaßnahmen wie Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Richtlinien und Kompetenzregelungen sowie Kontrollen durch manuelle Soll/Ist-Vergleiche und programmierte Plausibilitätsprüfungen. Die prozessunabhängigen Maßnahmen bestehen in Form von Prüfungen der internen Revision und übergeordneten Durchsichten durch das Management. Das rechnungslegungsbezogene RMS besteht im Einklang mit der Gesamtrisikostategie aus quantitativen und qualitativen Methoden zur Risikoerfassung (Schadenfalldatenbank, Self Assessment sowie Risikoindikatoren), Maßnahmen zur Risikosteuerung und Risikoüberwachung sowie der regelmäßigen Berichterstattung.

Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen und unterstand im Geschäftsjahr 2012 nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Dr. Evers.

Für die Bewertung der Finanzinstrumente greift Finanzen auf die Kursversorgung des Bereichs Risiko und Controlling zurück, der nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Müller zugeordnet ist. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt in den Bereichen Kredit und Risikobetreuung, dem Vorstandsressort von Herrn Müller, und wird für den Prozess der Abschlusserstellung übernommen.

Durch den Bereich Finanzen werden zentral einheitliche Vorgaben für die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen sowie für Steuerbilanzen gemacht. Für die Erstellung von Konzernabschlüssen erfolgt dies insbesondere durch ein Konzernhandbuch.

Die LBB hat eine Prozess- und Verfahrensdokumentation für die Erstellung von Abschlüssen, welche auch die durchzuführenden Kontrollen im Prozess umfasst. Die Geschäftsvorfälle werden mittels IT-Systemen verarbeitet und gebucht. Die Handelsbücher und sonstigen Bestandsnachweise werden in elektronischer Form geführt.

Das zentrale Finanzbuchführungssystem in der LBB ist SAP ECC, Modul FI. Die Konsolidierung im Konzern erfolgt mittels SAP SEM, Modul BCS. Das Rechnungswesen ist in der Weise eingerichtet, einem sachverständigen Dritten innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die finanzielle Lage vermitteln zu können. Sofern das Rechnungswesen für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen nicht durch die LBB erfolgt, haben diese individuelle Softwareanwendungen und eigene Prozesse und Kontrollen für ihr Rechnungswesen im Einsatz. Eine interne Revision überwacht jeweils die Einhaltung des Regelsystems.

Die Steuerung der Risiken in der Rechnungslegung ist Bestandteil der Steuerung operationeller Risiken. Das Management der operationellen Risiken wird ausführlich separat beschrieben.

Impliziter Bestandteil des Prozesses zur Rechnungslegung sind Kontrollen, die systemgestützte Abgleiche, Einzelkontrollen, Stichproben, Plausibilitätsprüfungen sowie Abgleiche zu vorhandenen Datenquellen zum Gegenstand haben. Werden bei Kontrollen Abweichungen zum Sollprozess festgestellt, erfolgt die Evaluierung und Überarbeitung der betroffenen Rechnungslegungsprozesse sowie der relevanten Kontrollen. Eine Überprüfung dieser Prozesse und die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS

erfolgen auch bei Veränderung der eingesetzten rechnungslegungsbezogenen Systeme sowie bei Veränderungen der Aufgaben in den betroffenen Bereichen.

Die interne Revision führt als unternehmensinterne und unabhängige Stelle prozessunabhängige Maßnahmen durch, um die Einhaltung der Regelungen und damit die Wirksamkeit des IKS zu überwachen. Die interne Revision berücksichtigt dies in ihrer rollierenden Jahresplanung und führt regelmäßig in den Bereichen Finanzen und Informationstechnologie Prüfungen durch. Daneben sind Kontrollen durch das Management (high-level controls) in Form eines Berichts- und Anweisungswesens installiert.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Unter strategischem Risiko versteht der Konzern das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele infolge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar und besteht aus dem Strategiedokument, den strategischen Bereichszielen und der Planung. In der jährlichen Strategieklausur werden die langfristigen Unternehmensziele und die strategischen Rahmenbedingungen vom Vorstand festgelegt.

Die Überwachung und Steuerung der strategischen Ziele der strategischen Geschäftsfelder und Bereiche erfolgen einmal jährlich anhand der definierten Zielerreichungsindikatoren und Zielwerte. Zusätzlich erfolgt eine unterjährige Überwachung ausgewählter Finanz- und Risikoziele anhand standardisierter Reports.

Chancen- und Prognosebericht / Ausblick

Erwartete Entwicklung/Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Das weltwirtschaftliche Umfeld ist weiterhin von Unsicherheiten geprägt. Europa verzeichnet eine durch Konsolidierungspakete initiierte Rezession. Sie verläuft im Unterschied zu 2008/09 jedoch glimpflich, weil die Liquiditätsbedingungen großzügig bemessen bleiben, zyklische Übertreibungen bereits in den Vorjahren korrigiert worden sind und die schwache Binnennachfrage durch Verbesserungen im Außenbeitrag entscheidend abgemildert wird. Allerdings stößt dieser Prozess an Grenzen. In Fernost sowie den USA hat er zwischenzeitlich schon zu einer Wachstumsverlangsamung beigetragen. Immerhin brach damit auch der zuvor stetige Aufwärtstrend in den Rohstoffnotierungen ab, so dass sich die Kaufkraft wieder stabilisieren und eine Zuspitzung der Gesamtlage vermieden werden kann.

Deutschland wird auch 2013 nur einen moderaten Zuwachs im Bruttoinlandsprodukt verzeichnen können. Mit vergleichsweise komfortablen Auftragspolstern, einer immer noch stabilen Beschäftigungslage, hohen Finanzreserven in der Realwirtschaft und einer nach wie vor guten preislichen Wettbewerbsfähigkeit hebt sich die Entwicklung gleichwohl positiv vom übrigen Euro-Gebiet ab.

Die Region Berlin-Brandenburg bleibt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch eine überwiegende Zahl von Unternehmen in kleineren Umsatzgrößenklassen geprägt. Bei einer insgesamt labilen Wirtschaftslage hebt sich das Geschehen aber eher positiv vom Bundesdurchschnitt ab. Im Trend ist folglich von einer fortgesetzten Aufholbewegung und einem insgesamt schwankungsärmeren Konjunkturverlauf auszugehen. Dies ist letztlich der Branchenmischung in unserer Region zuzuschreiben, die stark

auf Dienstleistungen ausgerichtet ist. Namentlich sollten der Ausbau des Tourismus und die damit verbundene Stärkung des Einzelhandels sowie die überdurchschnittliche Entwicklung bei unternehmensnahen Dienstleistungen für weitere Impulse sorgen. Darüber hinaus sollte aber auch die Baukonjunktur bei günstigen Finanzierungskonditionen und gesteigertem Interesse an Sachwerten robust bleiben.

Die Europäische Zentralbank nimmt Rücksicht auf die Verschuldungssituation an der Euro-Peripherie und behält ihren stützenden Kurs mit Blick auf die damit verbundenen Risiken für den Bankensektor bei. Trotz üppiger Liquidität bleibt das Inflationsrisiko überschaubar. In Deutschland liegt die Teuerung künftig nicht mehr unter dem Euro-Durchschnitt; große Diskrepanzen in die Gegenrichtung sind aber wenig wahrscheinlich. Konflikte um die künftige Ausgestaltung des gemeinsamen Währungsraums können keiner schnellen Lösung zugeführt werden. In zugespitzten Marktphasen reagiert die europäische Politik aber pragmatisch. Marktinterventionen und die Fortführung von international abgestimmten Auffanglösungen sollen den Zerfall des Euro-Raums verhindern. Eine nachhaltige Entschärfung der Staatsschuldenproblematik gelingt auf diese Weise bislang aber nicht. Von erhöhten Risikoauflagen für wettbewerbsschwächere Länder und robuster Nachfrage nach deutschen Anleihen ist folglich weiter auszugehen.

Das Kreditgewerbe bewegt sich in einem ausgesprochen schwierigen Umfeld. Höhere Anforderungen an das Eigenkapital werden kaum allein per Thesaurierung gedeckt werden können. Darüber hinaus sind die verschärften Anforderungen an die Liquidität zu berücksichtigen. Im Verhältnis zu den niedrigen Leitzinsen bleibt die Zinskurve flach und das Rendite-niveau in den wenigen risikoarmen Asset-Klassen unauskömmlich. Gleichzeitig trägt das labile Markt-umfeld zu anhaltend hoher Risikovorsorge der

Institute bei. Die Einengung der Risikoaufschläge zwischen Banken ist maßgeblich an das Interventionsversprechen der Europäischen Zentralbank geknüpft. Zweifel an deren Umsetzbarkeit sind aber nicht ausgeräumt, so dass eine neuerliche Ausweitung einkalkuliert werden muss.

Geschäftliche Ausrichtung

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage ist der Konzern weiter darauf ausgerichtet, in seinen strategischen Geschäftsfeldern die Position im Kundengeschäft weiter auszubauen. Hierbei gilt es, die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Andererseits erfordern die anstehenden qualitativen und quantitativen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III eine zielgerichtete Investitions- und Desinvestitionspolitik in den jeweiligen Asset-Klassen.

Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktgeschäfts sowie das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sollen die strukturell bedingt begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen. Der Konzern nimmt dabei immer stärker eine Rolle als Dienstleister in der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Nach dem Squeeze-out im August 2012 befindet sich die LBB mit ihren Tochtergesellschaften vollständig im Eigentum der deutschen Sparkassen. Zusammen mit der DekaBank gehören der Sparkassen-Finanzgruppe damit zwei Unternehmen, die bereits heute wichtige Leistungen im Verbund erbringen. Die Eigentümer von LBB und DekaBank haben unter Einbindung beider Häuser eine Empfehlung für die künftige Ausrichtung erarbeitet. Danach sollen Überschneidungen in den Geschäftsaktivitäten von LBB und

DekaBank abgebaut und die Stärken beider Häuser noch besser für die Sparkassen und deren Kunden nutzbar gemacht werden. Die Empfehlung beinhaltet folgendes Zielbild:

- Die LBB soll sich als Berliner Sparkasse auf das Kerngeschäft der Privat- und Firmenkundenbetreuung sowie auf die lokale gewerbliche Immobilienfinanzierung in der Region Berlin-Brandenburg konzentrieren. Zudem soll sie als wichtiger Verbundpartner ihr Know-how weiterhin den Sparkassen zur Verfügung stellen und ihre Leistungen bei Bedarf ausbauen. Zur Berliner Sparkasse sollen unter anderem die Tochterunternehmen S-Kreditpartner GmbH und S-Servicepartner GmbH, die netbank AG sowie der DirektBankService gehören.

Für das Geschäftsfeld Private Kunden sind keine direkten Auswirkungen zu erwarten. Das Geschäft mit Privatkunden ist Kerngeschäft der sich neu formierenden Berliner Sparkasse. Mit der strategischen Ausrichtung im Rahmen des Projekts „Wege zum Kunden“ ist das Geschäftsfeld hier zukunftsfähig aufgestellt. Wichtige Pfeiler des Zielmodells sind zudem das Kreditkartengeschäft sowie die Verbundaktivitäten der S-Kreditpartner.

Für das Geschäftsfeld Firmenkunden hängen die Auswirkungen einer neu formierten Berliner Sparkasse von der konkreten Ausgestaltung der noch zu fassenden Beschlüsse ab. Eine fundierte Aussage zu den Auswirkungen ist daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Für den regionalen Kernmarkt werden durch die Fokussierung auf das Retailgeschäft und die Marke Berliner Sparkasse positive Impulse gesetzt. Beschränkungen der Geschäftstätigkeit würden die ambitionierte Mittelfristplanung beeinträchtigen.

- Die Berlin Hyp, in der das überregionale gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft des LBB-Konzerns konzentriert wird, soll sich als eigenständige Immobilienfinanzierungsbank der Sparkassen positionieren.

Hiervon ist das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung betroffen. Das entsprechende Finanzierungsgeschäft der Region Berlin und Umland fällt in der Regel in die Zuständigkeit der Berliner Sparkasse. Die Aktivitäten zur Umsetzung der Zielstruktur wurden aufgenommen, wobei das Kundengeschäft hiervon ohne Beeinträchtigung der gewohnten Qualität und Schnelligkeit bleiben soll. Diese vorgesehene Neuausrichtung des Geschäftsfelds Immobilienfinanzierung soll die große Chance bieten, sich einem noch größeren Kundenkreis und den deutschen Sparkassen als kompetenter und zuverlässiger Partner in der gewerblichen Immobilienfinanzierung präsentieren zu können.

- Das kundenbezogene Kapitalmarktgeschäft soll zusammen mit der LBB-INVEST ein bedeutender Teil der Wertpapierhaus-Strategie der DekaBank werden.

Im Kapitalmarktgeschäft sollen dadurch Doppelfunktionen abgebaut und die Stärken beider Institute besser genutzt werden, um dem sich schnell und stark verändernden Umfeld für die Finanzwirtschaft optimal begegnen zu können.

Im Verlauf des Jahres 2013 sollen in den Gremien der Eigentümer, der LBB und der DekaBank die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden. Bis zur Umsetzung der hieraus gegebenenfalls resultierenden Maßnahmen bleibt der Konzern in seiner bisherigen Struktur bestehen.

In den nachfolgenden Erläuterungen zur Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder und zur Mittelfristplanung 2017 sind dementsprechend Veränderungen durch das künftige Modell noch nicht berücksichtigt.

Die strategischen Geschäftsfelder werden anhand folgender Erfolgskennziffern gesteuert:

- Operatives Ergebnis nach Restrukturierung und Bankenabgabe/Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität,
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität der strategischen Geschäftsfelder sowie der Segmente „Refinanzierung und Zinsmanagement“ und „Sonstiges“ ist der Quotient aus „operativem Ergebnis nach Bankenabgabe/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“ nach einem ökonomischen Verfahren. Für die Eigenkapitalrentabilität auf Konzernebene wird branchenüblich das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital zugrunde gelegt.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittel-/Liquiditätsausstattung, das HGB-Ergebnis und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder

Die konjunkturelle Entwicklung bietet dem Konzern Chancen für eine verstärkte beziehungsweise wiederbelebte Produktnachfrage der Retail- und Geschäftskunden. Die strategische Neuausrichtung im Kapitalmarktgeschäft soll die Ertragsstruktur verbessern und die Ergebnisvolatilität und Risiken verringern. Die regulatorischen Änderungen im Rahmen von Basel III, vor allem die verschärften Anforderungen an die Kapital- und Liquiditätsausstattung, werden bei der Entwicklung der Geschäftsfelder berücksichtigt.

Die Refinanzierungssituation erlaubt eine weiterhin kontinuierliche Ausweitung der Kundengeschäfte. Der Konzern wird in seinem traditionellen Geschäft seinen Kunden weiterhin zur Verfügung stehen.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Marktumfelds sowie der beschriebenen geschäftlichen Ausrichtung werden in den einzelnen strategischen Geschäftsfeldern folgende Entwicklungen erwartet.

Private Kunden

Die marktführende Position bei Privatgirokonten (Marktanteil in Berlin stabil bei rund 40 %) konnte in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut werden. Im Jahr 2012 wurden netto 24.000 Privatgirokonten dazugewonnen. Wir gehen auch für das Jahr 2013 von einer wachsenden Marktakzeptanz aus, da die Konten die hohe Servicequalität der Berliner Sparkasse mit einem fairen Preis verbinden. Die Auszeichnung mit dem Deutschen Servicepreis 2012 in der Kategorie „Beste Bankberatung vor Ort“, gemeinsam mit zwei weiteren Banken, bestätigt auch aus externer Sicht die Qualitätsführerschaft der Berliner Sparkasse. Darüber hinaus wurde die Berliner Sparkasse im vergangenen Jahr zum dritten Mal in Folge als „Beste Bank in Berlin“ im City Contest der Zeitschrift „FOCUS Money“ bewertet. Zudem erreichte

die Berliner Sparkasse in einem im September 2012 durchgeführten Test durch das Deutsche Institut für Service-Qualität (DISQ) und n-tv in der Beratung Altersvorsorge unter neun regionalen Filialbanken den ersten Platz. Die Berliner Sparkasse war zudem Testsieger der DISQ-Studie „Online-Banking Filialbanken 2012“.

Chancen ergeben sich aus der kompetenzorientierten Neuausrichtung des Vertriebs im Kernmarkt der Berliner Sparkasse und den erfolgten Investitionen in das überregionale Kreditkarten- und Direktbankgeschäft sowie das Konsumentenkreditgeschäft.

Die im Rahmen des Projekts „Wege zum Kunden“ gesteckten Ziele werden auch im Jahr 2013 stringent verfolgt mit dem Ziel, das Geschäftsvolumen auszuweiten und dadurch den Ertrag zu steigern. Während die PrivatkundenCenter eine flächendeckende Versorgung vor Ort für die Finanzgeschäfte des täglichen Bedarfs bieten, ist die kompetente Beratung zu Finanzthemen wie Altersvorsorge, Vermögensaufbau und Geldanlage in den FinanzCentern gebündelt. Zusätzlich decken die VermögensanlageCenter komplexe Beratungswünsche ab. Diese Standorte – sowie die drei ImmobilienCenter – sind in drei regional ausgerichteten Marktbereichen zusammengefasst. Ergänzt wird der stationäre Vertrieb durch das Private Banking, in dem hochvermögende Kunden professionell betreut werden. Darüber hinaus sind die Vertriebsbereiche „Direkt“ und „Mobile Beratung“ seit 2011 erfolgreich am Markt tätig. Diese richten sich insbesondere an Kunden, die den Kontakt zu ihrer Bank über Direktkanäle, wie zum Beispiel Internet oder Telefon, suchen beziehungsweise einen Besuch ihres Beraters zu Hause oder am Arbeitsplatz wünschen.

Ein weiterer wesentlicher Baustein dieser vertrieblichen Neuausrichtung ist die Weiterentwicklung des Customer-Relationship-Management-Systems, um die Ansprache unserer Kunden noch stärker auf deren Wünsche und Bedürfnisse zuzuschneiden. Die Umsetzung erfolgte zum Jahresbeginn 2013.

Des Weiteren hat die Berliner Sparkasse ihre Investment- und Kundenberatungsprozesse im qualifizierten Anlagegeschäft weiterentwickelt. Ziel ist es, die Beratungskompetenz im Wertpapiergeschäft und deren Wahrnehmung im Markt zu steigern sowie den Ausbau des Geschäfts voranzutreiben. Hier wollen wir unsere Position als beste regionale Beratungsbank (von n-tv und DISQ festgestellt) festigen. Die operative Umsetzung im Vertrieb erfolgte ebenfalls zum Jahresbeginn 2013.

Im überregionalen Kartengeschäft werden weitere Produktinnovationen (zum Beispiel kontaktloses Bezahlen mit Visa PayWave und MasterCard PayPass) zum Ausbau der Kundenbasis führen. Die Zusammenarbeit mit der netbank wird fortgeführt.

Mit der S-Kreditpartner GmbH, einer gemeinsamen Tochter mit der Deutschen Sparkassen Leasing AG & Co. KG, unterstützt die Bank aktiv die Bündelung der Kräfte zur Konsumentenfinanzierung innerhalb der Sparkassenorganisation. Ziel ist es, in der Vergangenheit verloren gegangene Marktanteile der Sparkassen im Konsumentenkreditgeschäft zurückzugewinnen und auch in diesem Geschäft eine der marktführenden Stellung der Sparkassen adäquate Position zu erreichen.

Risiken liegen in der Nichterreichung des geplanten Geschäftswachstums in einem unverändert harten Wettbewerbsumfeld, einem sich aus der historischen Niedrigzinsphase ergebenden Druck auf die Erträge sowie in möglichen gesetzlichen oder regulatorischen Eingriffen in die Produkt- und Preisgestaltung.

Das Jahresergebnis des Geschäftsfelds Private Kunden wurde durch eine Reihe von Sondereffekten deutlich belastet. Diese Sondereffekte gehen unter anderem auch auf Änderungen der internen Zinsverrechnungsmethodik sowie auf die erhöhte Risikovorsorge aufgrund der regelmäßigen Überprüfung der Inkassobeibringungsquoten zurück. Für die nächsten zwei Jahre erwarten wir eine Verbesserung des Ergebnisses insgesamt und damit einhergehend eine Stabilisierung der Eigenkapitalrentabilität.

Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden der LBB ist kompetenter Partner für Gewerbe- und Firmenkunden im Kernmarkt Berlin und Umland und gehört zu den führenden Marktteilnehmern. Kleinteilige wirtschaftliche Strukturen, ein hoher Anteil an Dienstleistungsunternehmen sowie eine geringe Industriedichte prägen diesen Regionalmarkt. Das Betreuungskonzept der Landesbank Berlin basiert auf einem breiten Spektrum an Finanzdienstleistungen, das auf die jeweiligen Bedürfnisstrukturen der Unternehmen in allen Konjunkturzyklen zugeschnitten ist.

Es ist unser zentraler Anspruch, die beste Bank für Firmenkunden in Berlin zu sein. Wir verfolgen das Ziel, die starke Marktposition in der Region weiter auszubauen und die Ertragsbasis zu stärken. Mit unserem klaren Bekenntnis zum Mittelstands- und Gewerbebankengeschäft wollen wir bestehende Kundenverbindungen vertiefen und neue Kunden hinzugewinnen. Zur Erweiterung der Ertragsbasis nehmen wir darüber hinaus verantwortungsvoll selektiv überregionale Marktchancen wahr.

Die Kunden vertrauen der Expertise und dem verlässlichen Geschäftsmodell und bestätigen dies durch kontinuierlich hohe Loyalitätsquoten. Das Vertrauen unserer Kunden eröffnet Chancen zur weiteren Stärkung und Intensivierung der Geschäftsbeziehungen sowie für die Akquisition neuer Kunden. Dabei setzen wir weiterhin auf einen hohen Qualitätsanspruch und werden uns auf Marktveränderungen zeitnah mit geeigneten Lösungen einstellen, die sich konsequent an den Kundenbedürfnissen ausrichten.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Firmenkundengeschäfts haben wir „Zukunftsprojekte“ durchgeführt. Die strategische Neuausrichtung des Vertriebs im Geschäftsfeld Firmenkunden wurde im Jahr 2012 konzipiert und wird im Jahr 2013 umgesetzt. Neben einer forcierten Neukundenakquisition ist der wesentliche Baustein der vertrieblichen Neuausrichtung die systematische Identifizierung von Potenzialen und Bedarfsanalyse in den Kundenbeziehungen durch ein neues zielgruppenadäquates Betreuungskonzept. Die bereits hohe Kundenloyalität soll weiter gestärkt werden und bildet die Basis einer höheren Potenzialausschöpfung.

Zukunftspotenziale lassen besonders die Wachstumsbranchen der Region erwarten, zu denen die Gesundheitswirtschaft sowie die Umwelt- und Energietechnik in Verbindung mit der Forschungs- und Wissenschaftsinfrastruktur zählen.

Berlin hat sich in den vergangenen Jahren zur „Gründungshauptstadt“ Deutschlands entwickelt. Als Berliner Marktführer im Gründungsgeschäft unterstützt die LBB Unternehmensgründer durch intensive Beratung und geeignete Finanzierungsmodelle. Damit leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur Neuansiedlung junger und kreativer Unternehmen und kommen dem Auftrag zur Stärkung und zum Ausbau der Regionalwirtschaft nach.

Wenngleich unverändert Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung besteht, bietet der robuste Regionalmarkt weiterhin Ertragschancen. Belastend auf die Erträge wirkt sich die historische Niedrigzinsphase aus, die wesentlich zu dem anhaltenden Druck auf die Zinsmargen beiträgt. Das Geschäftsfeld Firmenkunden erwartet in den nächsten beiden Jahren eine Eigenkapitalrentabilität unterhalb des Niveaus des Vorjahres.

Immobilienfinanzierung

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung konnte im Jahr 2012 seine Position unter den führenden inländischen Immobilienfinanzierern weiter behaupten.

Neben der unveränderten strategischen Ausrichtung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung auf bundesweite Investoren-Finanzierungen und individuelle Finanzierungsstrukturen bei risikoadäquatem Pricing wird sich das Geschäftsfeld zukünftig noch stärker als Verbundpartner und Kompetenzzentrum der Sparkassen etablieren. Finanzierungen in ausgewählten Auslandsmärkten erfolgen weiterhin zum Zweck einer ausgewogenen Portfoliodurchmischung.

Das Transaktionsvolumen auf dem inländischen Immobilienmarkt konnte gegenüber dem Vorjahr nochmals gesteigert werden. Ausschlaggebend hierfür waren insbesondere großvolumige Portfoliodeals. Ein außerordentlich starkes Schlussquartal führte auf dem Gewerbemarkt zu einer Steigerung um rund 9 %, während der Wohnungsmarkt um mehr als 80 % zulegte. Infolge der starken Nachfrage gingen die Renditen insbesondere in den Top-Metropolen nochmals zurück. Die weitere Entwicklung des deutschen Immobilienmarktes wird neben der unverändert bestehenden Staatsschulden- und Euro-Krise von der Entwicklung des Konjunkturmilieus bestimmt werden. Grundsätzlich wird für 2013 keine wesentliche Umsatzsteigerung erwartet.

In Vorbereitung auf die zukünftigen verschärften Eigenkapitalanforderungen hat die Bank im Jahr 2012 Maßnahmen zur Eigenkapitaloptimierung ergriffen. Diese führten infolge erhöhter Qualitäts- und Renditeanforderungen zu einem Rückgang des Neugeschäftsvolumens. Anstehende Prolongationen wurden ebenfalls zur Verbesserung der Portfolioqualität mit entsprechender Reduzierung der Eigenkapitalbelastung genutzt. Der Erfolg dieser Maßnahmen führte zu einem Verzicht auf zunächst geplante synthetische Ausplatzierungen. Für das Jahr 2013 strebt der Konzern trotz des unverändert starken Wettbewerbs auf dem Finanzierungsmarkt einen moderaten Anstieg des Neugeschäftsvolumens an.

Neben der verstärkten Ausrichtung als Verbundpartner und Kompetenzcenter der Sparkassen sehen wir weitere Chancen bei den Neugeschäftszielen in der Intensivierung der Gesamtgeschäftsverbindung mit unseren Immobilienkunden. Hierzu wurden und werden spezielle Produkte entwickelt, die den Anlagebedürfnissen der Sparkassen gerecht werden. Unseren Immobilienkunden werden weitere Verbesserungen und Erweiterungen unserer Produktpalette rund um die Immobilie, insbesondere im Zahlungsverkehr, angeboten. Entsprechende Projekte befinden sich in der Entwicklungs- beziehungsweise Umsetzungsphase.

Vor diesem Gesamthintergrund erwarten wir für das Jahr 2013 einen moderaten Anstieg des Kreditbestands. Wir können aber auch einen Anstieg der Risikovorsorge gegenüber der äußerst geringen Nettoneubildung im vergangenen Jahr nicht ausschließen. Die Ergebnisse werden aus diesen Gründen in den nächsten zwei Jahren in etwa auf dem Niveau des Jahres 2012 liegen. Das Geschäftsfeld strebt deshalb in den nächsten zwei Jahren ein operatives Ergebnis beziehungsweise eine Eigenkapitalrentabilität auf dem Niveau des Vorjahres an.

Kapitalmarktgeschäft

Mit der strategischen Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts wurden die Weichen auf die Steigerung der Kundenerträge und die Verringerung der Ergebnisvolatilität in den nicht kundenbezogenen Geschäften bei voller Risikotransparenz gestellt. Die Fokussierung auf das Kundengeschäft und die Kundenbedürfnisse erfordert die Neuausrichtung und Ausweitung der Vertriebsaktivitäten sowie die Etablierung einer neuen Vertriebsphilosophie. Hierzu gehört auch die vorgesehene Schließung der beiden Standorte des Konzerns in London (bis September 2013) und Luxemburg (im Wesentlichen bis Mitte 2014). Von entscheidender Bedeutung sind dabei die Investitionen in technische Plattformen, um die benötigten marktgängigen strukturierten Produkte zeitnah, wettbewerbsfähig und in den benötigten Volumina anbieten zu können. Der Ausbau der zentralen Produktmanagement-Funktion und der gesamten Handelsinfrastruktur steht deshalb im Mittelpunkt der nächsten Jahre.

Die Bank wird als Partner und Dienstleister mittelständische Institutionelle bedienen und insbesondere die Sparkassen bei der Weiterentwicklung ihres Geschäfts unterstützen sowie dabei Veränderungen im Wettbewerbsumfeld nutzen.

Risiken bei der Erreichung dieser Ziele bestehen in einer ungünstigen Veränderung der Wettbewerbssituation sowie in der Markt- und Margenentwicklung. Die internationalen Finanzmärkte dürften auch in den nächsten Jahren von hoher Unsicherheit geprägt sein und für anhaltend volatile Kursverläufe sorgen. Eine weitere Zuspitzung der Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone sowie eine Wachstumsabschwächung stellen dabei die größten Risikofaktoren dar. Es ist mit deutlich steigenden Kapitalkosten im Rahmen von Basel III, insbesondere bei Marktrisikopositionen, zu rechnen, was die Ertragssteuerung in den nächsten Jahren beeinflussen wird. Den erhöhten Anforderungen an die Kernkapitalquote wird unter anderem über einen Abbau von Risikoaktiva begegnet.

Zusammengefasst zielen die Umsetzung der neuen Strategie und die Hebung der identifizierten Potenziale auf die Erwirtschaftung stabiler Erträge sowie auf eine deutliche Verringerung der Ergebnisvolatilität des Geschäftsfelds ab. Über das Gesamtportfolio der Aktivitäten strebt das Kapitalmarktgeschäft im Vergleich zum erfreulichen Ergebnis 2012 für die kommenden zwei Jahre ein stabiles positives Ergebnis – bei einer unter dem Vorjahreswert liegenden Eigenkapitalrentabilität – an.

Mittelfristplanung

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Die anhaltende Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise sowie die anstehenden veränderten qualitativen und quantitativen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III sind in den Planungen berücksichtigt.

Basierend auf diesen Annahmen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine konzernweite Überarbeitung der bisherigen Mittelfristplanung durch die Geschäftsbereiche. Dabei wurden die Ziele hinsichtlich Kunden/Marktstellung, Neugeschäft, Erträgen und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten im Einzelnen festgelegt.

Die zuvor beschriebene Einschätzung zur weiteren Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder basiert auf einer Mittelfristplanung, die bis zum Jahr 2017 reicht. Darüber hinaus werden zur Einschätzung des Konzernergebnisses und der Eigenkapitalrentabilität die Segmente Refinanzierung und Zinsmanagement, Sonstiges und Konsolidierung berücksichtigt.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde.

Zusammenfassung/ Gesamtaussage

Der Konzern erwartet eine geordnete Liquiditätssituation und somit eine weiterhin vollständige Refinanzierung der Geschäftsvolumina in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten. Der Konzern geht davon aus, seine positive Entwicklung im kundengetragenen Geschäft fortsetzen zu können. Die Volatilität an den Kapital- und Finanzmärkten ist unverändert hoch und wird nach unserer Einschätzung auch andauern, was eine Prognose entsprechend erschwert. Darüber hinaus wirken sich die im Zuge der verschärften regulatorischen Anforderungen umzusetzenden Maßnahmen auch im kommenden Jahr für den Konzern belastend aus.

Zusätzliche Unsicherheiten ergeben sich aus den möglichen Veränderungen in unserer Unternehmensstruktur. Sofern diese Veränderungen umgesetzt werden, wird das Jahr 2013 ein Jahr des Übergangs sein, bis alle notwendigen gesellschaftsrechtlichen und strukturellen Maßnahmen umgesetzt sind. In der Folge müssten dann die Strukturen und Kapazitäten in der Berliner Sparkasse an die veränderte Ausrichtung angepasst werden. Alle Maßnahmen werden jedenfalls mit Ergebnisbelastungen verbunden sein. Der Vorstand geht daher davon aus, zumindest in 2013 aufgrund der Niedrigzinsphase und des beabsichtigten Umbaus nicht das Ergebnis vor Steuern des Geschäftsjahres 2012 zu erreichen.

Jahresabschluss des Konzerns

Gesamtergebnisrechnung des Konzerns	96
Bilanz des Konzerns	98
Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns	100
Kapitalflussrechnung des Konzerns	102
Notes	104
Allgemeine Angaben (Notes)	106
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)	117
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)	129
Angaben zur Bilanz (Notes)	137
Sonstige Erläuterungen (Notes)	164

Gesamtergebnisrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. €	Notes	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %	
Zinsüberschuss	21	845	951	-106	-11
Zinserträge		3.766	4.286	-520	-12
Zinsaufwendungen		2.921	3.335	-414	-12
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	22	99	83	16	19
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		746	868	-122	-14
Provisionsüberschuss	23	270	269	1	0
Provisionserträge		434	432	2	0
Provisionsaufwendungen		164	163	1	1
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	24	-3	-2	-1	-50
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	25	221	-16	237	> 100
Ergebnis aus Finanzanlagen	26	-49	-163	114	70
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	27	-25	-24	-1	-4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	28	4	121	-117	-97
Verwaltungsaufwendungen	29	997	982	15	2
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung und Bankenabgabe		167	71	96	> 100
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	30	-29	0	-29	x
Aufwand Bankenabgabe	31	21	30	-9	-30
Operatives Ergebnis nach Restrukturierung und Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern		117	41	76	> 100
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	32	18	120	-102	-85
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern		99	-79	178	> 100
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste		0	4	-4	-100
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens		99	-83	182	> 100

Gesamtergebnis der Periode

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %	
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern¹⁾	99	-79	178	> 100
Veränderung der				
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	544	-191	735	> 100
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	-9	-56	47	84
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	-13	-12	-1	-8
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	22	21	1	5
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)	-203	-51	-152	< -100
Rücklage aus Währungsumrechnung	3	-1	4	> 100
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	10	5	5	100
Latente Steuern auf Erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen				
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	141	-50	191	> 100
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	-4	-4	0	0
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)	-61	-15	-46	< -100
Rücklage aus Währungsumrechnung	1	0	1	x
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	0	0	0	0
Erfolgsneutrales Ergebnis¹⁾	264	-181	445	> 100
Gesamtergebnis der Periode	363	-260	623	> 100
Konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Gesamtergebnis	1	3	-2	-67
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	0	4	-4	-100
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende erfolgsneutrale Erträge / Aufwendungen	1	-1	2	> 100
Gesamtergebnis der Anteilseigner des Mutterunternehmens	362	-263	625	> 100

¹⁾ einschließlich „Anteile im Fremdbesitz“, siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

Bilanz des Konzerns

zum 31. Dezember 2012

Aktiva

in Mio. €	Notes	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
					in %
Barreserve	7, 33	794	983	-189	-19
Forderungen an Kreditinstitute davon 378 Mio. € als Sicherheit gestellt (31.12.2011: 301 Mio. €)	8, 34, 62	14.812	16.720	-1.908	-11
Forderungen an Kunden davon 5.635 Mio. € als Sicherheit gestellt (31.12.2011: 5.673 Mio. €)	8, 35, 62	44.717	47.810	-3.093	-6
Risikovorsorge	8, 36	-880	-988	108	11
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	8, 37	1.960	1.658	302	18
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte davon 2.836 Mio. € als Sicherheit gestellt (31.12.2011: 3.423 Mio. €)	8, 38, 62	18.056	18.237	-181	-1
Finanzanlagen davon 18.362 Mio. € als Sicherheit gestellt (31.12.2011: 24.207 Mio. €)	8, 39, 62	32.959	40.924	-7.965	-19
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	9, 40	271	247	24	10
Immaterielle Vermögenswerte	10, 12, 41	677	685	-8	-1
Sachanlagen	11, 12, 42	517	528	-11	-2
Investment Properties	13, 43	43	48	-5	-10
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	19, 44	27	35	-8	-23
Latente Ertragsteueransprüche	19, 44	600	668	-68	-10
Sonstige Aktiva davon 3.484 Mio. € als Sicherheit gestellt (31.12.2011: 3.482 Mio. €)	45, 62	3.745	3.620	125	3
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	14, 46	0	0	0	0
Gesamt		118.298	131.175	-12.877	-10

Passiva

in Mio. €	Notes	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
					in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8, 47	22.235	32.586	-10.351	-32
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8, 48	37.183	37.227	-44	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	8, 49	19.611	22.806	-3.195	-14
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	8, 50	2.903	2.624	279	11
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	8, 51	28.187	27.995	192	1
Rückstellungen	15, 52	1.510	1.235	275	22
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	19, 53	118	122	-4	-3
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	19, 53	23	10	13	>100
Sonstige Passiva	54	1.938	1.964	-26	-1
Nachrangkapital	16, 55	1.907	2.288	-381	-17
davon Stille Einlagen		700	700	0	0
Eigenkapital	17, 56	2.683	2.318	365	16
Gezeichnetes Kapital	17, 56	2.555	2.555	0	0
Kapitalrücklage	17, 56	77	77	0	0
Gewinnrücklagen	17, 56	-31	-1	-30	<-100
Rücklage aus Währungsumrechnung	17, 56	2	0	2	x
Neubewertungsrücklagen	17, 56	68	-324	392	>100
Anteile im Fremdbesitz	17, 56	12	11	1	9
Gesamt		118.298	131.175	-12.877	-10

Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011

in Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus Währungsumrechnung	Neubewertungsrücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanzgewinn/-verlust	Eigenkapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2010		2.555	77	258	1	-181	12	0	2.722
Ausschüttungen				-140					-140
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern							4	-83	-79
Erfolgsneutrales Ergebnis				-36	-1	-143	-1		-181
Veränderung der									
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten						-190	-1		-191
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-12			-12
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)				-51					-51
Rücklage aus Währungsumrechnung					-1				-1
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile						5			5
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen									
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten						-50			-50
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-4			-4
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)				-15					-15
Rücklage aus Währungsumrechnung									
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	5			-83			-4	83 ¹⁾	-4
Eigenkapital zum 31.12.2011	17, 56	2.555	77	-1	0	-324	11	0	2.318

¹⁾ Umgliederung in die Gewinnrücklagen

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012

in Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus Währungsumrechnung	Neubewertungsrücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanzgewinn / -verlust	Eigenkapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2011	17, 56	2.555	77	-1	0	-324	11	0	2.318
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern								99	99
Erfolgsneutrales Ergebnis				-146	2	407	1		264
Veränderung der									
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten						542	2		544
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-13			-13
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)				-203					-203
Rücklage aus Währungsumrechnung					3				3
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile				-4		14			10
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen									
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten						140	1		141
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-4			-4
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)				-61					-61
Rücklage aus Währungsumrechnung					1				1
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	5			116		-15		-99 ¹⁾	2
Eigenkapital zum 31.12.2012	17, 56	2.555	77	-31	2	68	12	0	2.683

¹⁾ Umgliederung in die Gewinnrücklagen

Kapitalflussrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012

in Mio. €	Notes	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011
Konzernjahresüberschuss		99	-79
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	22, 26, 29	159	67
Veränderungen der Rückstellungen	52	139	83
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		-32	284
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz-, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	26, 28	108	-73
Zinsüberschuss	21	-845	-951
Sonstige Anpassungen (per saldo)		-182	-206
Zwischensumme		-554	-875
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute	34	1.845	13
Forderungen an Kunden	35	2.837	-1.473
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	38	536	-1.141
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit		-434	-1.107
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit		-5.569	-8.217
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit		13.952	12.493
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47	-10.319	-268
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	48	-13	1.131
Verbriefte Verbindlichkeiten	49	-3.118	-1.850
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	51	-124	312
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit		231	507
Erhaltene Zinsen und Dividenden		4.139	4.325
Gezahlte Zinsen		-3.146	-3.315
Ertragsteuerzahlungen		-10	16
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		253	551
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	39	8	63
Sachanlagen	42	1	4
Immateriellen Vermögenswerten	41	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	39	-56	-266
Sachanlagen	42	-19	-20
Immateriellen Vermögenswerten	41	-17	-26
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises			
Einzahlungen aus der Veräußerung von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenen Zahlungsmittelbestands		0	0
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenen Zahlungsmittelbestands		0	0
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit		0	0
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-83	-245
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen		0	0
Dividendenzahlungen		0	-140
Mittelzuflüsse aus Nachrangkapital	55	12	11
Mittelabflüsse aus Nachrangkapital	55	-371	-24
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit		0	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-359	-153
Zahlungsmittelbestand zum Beginn der Vorperiode	33	983	830
Cashflow aus operativer Tätigkeit		253	551
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-83	-245
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-359	-153
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds		0	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	33	794	983

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel des Geschäftsjahres, getrennt nach den Bereichen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Der **Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit** wird ausgehend vom Jahresüberschuss nach der indirekten Methode dargestellt. Die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit umfassen im Wesentlichen die Zahlungsströme aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen, aus Finanzanlagen, die dem operativen Geschäft zugeordnet werden, sowie aus Zahlungsströmen für gezahlte und erhaltene Zinsen. Hierin enthalten sind insbesondere die Zins- und Dividendenerträge, die Zinsaufwendungen und die Ertragsteueraufwendungen.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

In der **Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit** werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern auch die Veränderungen der nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Der ausgewiesene **Zahlungsmittelbestand** umfasst die Barreserve, die sich aus dem Kassenbestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Notes – Inhalt

Allgemeine Angaben (Notes)	106
1 Grundlagen der Berichterstattung	106
2 Angewandte Bilanzierungsvorschriften und -interpretationen	106
3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	107
4 Konsolidierungsgrundsätze	108
5 Konsolidierungskreis	109
6 Segmentberichterstattung	111
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)	117
7 Barreserve	117
8 Finanzinstrumente	117
9 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	122
10 Immaterielle Vermögenswerte	122
11 Sachanlagen	122
12 Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert	123
13 Investment Properties	124
14 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	125
15 Rückstellungen	125
16 Nachrangkapital	126
17 Eigenkapital	126
18 Leasinggeschäft	127
19 Ertragsteuern	128
20 Außerbilanzielles Geschäft	128
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)	129
21 Zinsüberschuss	129
22 Risikovorsorge im Kreditgeschäft	129
23 Provisionsüberschuss	130
24 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)	130
25 Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	130
26 Ergebnis aus Finanzanlagen	131
27 Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	132
28 Sonstiges betriebliches Ergebnis	132
29 Verwaltungsaufwendungen	133
30 Saldo aus Restrukturierung	135
31 Aufwand aus Bankenabgabe	135
32 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	135

Angaben zur Bilanz (Notes)	137
33 Barreserve	137
34 Forderungen an Kreditinstitute	137
35 Forderungen an Kunden	138
36 Risikovorsorge im Kreditgeschäft	139
37 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	142
38 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	142
39 Finanzanlagen	144
40 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	145
41 Immaterielle Vermögenswerte	145
42 Sachanlagen	147
43 Investment Properties	148
44 Ertragsteueransprüche	148
45 Sonstige Aktiva	149
46 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	150
47 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	150
48 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	151
49 Verbriefte Verbindlichkeiten	152
50 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	153
51 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	154
52 Rückstellungen	155
53 Ertragsteuerverpflichtungen	162
54 Sonstige Passiva	163
55 Nachrangkapital	163
56 Eigenkapital	163
Sonstige Erläuterungen (Notes)	164
57 Treuhandgeschäfte	164
58 Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen	164
59 Risikomanagement	165
60 Angaben zu Finanzinstrumenten	165
61 Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten	171
62 Sicherheiten	172
63 Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	172
64 Anzahl Arbeitnehmer	178
65 Ereignisse nach dem 31. Dezember 2012	178
66 Anteilsbesitzliste	179

Allgemeine Angaben (Notes)

1 Grundlagen der Berichterstattung

Die Landesbank Berlin Holding AG (im Folgenden „Holding“ genannt) ist Muttergesellschaft für den Konzern Landesbank Berlin Holding, Berlin, Deutschland (im Folgenden „Konzern“ genannt). Sie hat ihren Sitz in Berlin, Deutschland, und ist dort im Handelsregister eingetragen. Die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG) mit Sitz in Neuhardenberg, Deutschland, ist die oberste Konzerngesellschaft. Sie hält per 31. Dezember 2012 unmittelbar und mittelbar 100 % der Anteile an der Landesbank Berlin Holding AG.

Der vorliegende Bericht stellt einen vollständigen Jahresfinanzbericht im Sinne des § 37v WpHG dar. Der hierin enthaltene Konzernabschluss der Holding für das Geschäftsjahr 2012 wurde in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Der Konzernlagebericht wurde nach § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit §§ 315, 340k HGB erstellt.

Darüber hinaus wurden die vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2012 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) beachtet.

Weitere Angaben zu den angewandten Bilanzierungsstandards und -interpretationen sind in nachfolgender Note enthalten.

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. €) angegeben.

Die Unterscheidung zwischen kurz- beziehungsweise langfristig richtet sich nach den Vorschriften des IAS 1.

2 Angewandte Bilanzierungsvorschriften und -interpretationen

Bei der Bilanzierung und Bewertung berücksichtigt der Konzern alle relevanten und gültigen, von der EU in europäisches Recht übernommenen und zum Abschlussstichtag verpflichtend anzuwendenden Bilanzierungsstandards und -interpretationen der International Financial Reporting Standards (IFRS). Der Konzernabschluss 2012 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept sowie den für den Konzernabschluss jeweils relevanten IFRS und deren Interpretationen. Eine freiwillige, vorzeitige Anwendung von gültigen Bilanzierungsstandards und -interpretationen findet im Konzern grundsätzlich nicht statt.

Für den Konzern sind seit dem 1. Januar 2012 erstmals die Änderungen IFRS 7 „Disclosures – Transfer of Financial Assets, Amendments to IFRS 7“ verpflichtend anzuwenden. Die Neuregelungen beziehungsweise Erweiterungen betreffen die Angabepflichten im Anhang für übertragene, aber nicht ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte und für ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte, bei denen weiterhin eine Einbeziehung beziehungsweise ein Rückgriffsrecht besteht. Die erstmalige Anwendung führt zu keinen Veränderungen von Anhangangaben gegenüber dem Vorjahr.

Die zukünftige Anwendung nachfolgender, zum Abschlussstichtag noch nicht verpflichtend anzuwendender Bilanzierungsstandards oder der Interpretation einzelner Rechnungslegungsstandards wird, soweit zum Abschlussstichtag quantitativ und qualitativ bestimmbar, keine materiellen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben; grundlegende Auswirkungen auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden sich nicht ergeben. Hierunter fallen die folgenden Standardänderungen und Anpassungen (Amendments), die vom IASB verabschiedet und bereits in europäisches Recht übernommen wurden:

- IFRS 1 „Severe Hyperinflation and Removal of Fixed Dates for First-time Adopters, Amendments to IFRS 1“,
- IFRS 7 „Disclosures – Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities, Amendments to IFRS 7“,
- IFRS 13 „Fair Value Measurement“,
- IAS 1 „Presentation of Items of Other Comprehensive Income, Amendments to IAS 1“,
- IAS 12 „Deferred Tax: Recovery of Underlying Assets, Amendments to IAS 12“,
- IAS 19 „Employee Benefits“,
- IAS 32 „Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities, Amendments to IAS 32“ und
- IFRIC 20 „IFRIC Interpretation 20: Stripping Costs in the Production Phase of a Surface Mine“.

Am 12. Mai 2011 veröffentlichte der IASB die Standards IFRS 10 „Consolidated Financial Statements“, IFRS 11 „Joint Arrangements“, IFRS 12 „Disclosures of Interests in Other Entities“, IAS 27 „Separate Financial Statements“ und IAS 28 „Investments in Associates and Joint Ventures“ mit Erstanwendungszeitpunkt 1. Januar 2013. Zusammengefasst regeln die Standards die Grundlagen des Einbezugs einzelner Gesellschaften in den Konzernabschluss neu sowie damit einhergehende Angabenverpflichtungen im Anhang. Im Rahmen der Übernahme der neuen Standards in EU-Recht wurde den EU-Anwendern ein verlängerter Übergangszeitraum eingeräumt, demnach ist eine zwingende Anwendung innerhalb der EU erst per 1. Januar 2014 vorgesehen. Der Konzern hat sich dazu entschieden, die verlängerte Übergangsfrist zu nutzen und die Erstanwendung der neuen Standards auf den 1. Januar 2014 durchzuführen. Derzeit prüft der Konzern die Auswirkungen der neuen Regelungen auf den Konsolidierungskreis beziehungsweise auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Eine abschließende Beurteilung der quantitativen und qualitativen Auswirkungen auf den Konzernabschluss kann derzeit noch nicht erfolgen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich bei den neuen Konzepten des IASB um prinzipienbasierte Ansätze handelt, die durch Anwender und Abschlussprüfer noch operationalisiert werden müssen.

Am 12. November 2009 veröffentlichte der IASB den Standard IFRS 9 „Financial Instruments“ mit überarbeiteten Regelungen zu Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten. Dieser wurde durch den IASB am 28. Oktober 2010 „Financial Instruments“ durch weitere Regelungen zur Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Verbindlichkeiten ergänzt. Die neuen Veröffentlichungen sind Teil einer insgesamt dreiteiligen Überarbeitung des IAS 39. In seiner derzeitigen Form (1. Teil) beinhaltet der IFRS 9 neue Vorschriften bezüglich der Anforderungen Classification und Measurement für Finanzinstrumente, die in den Regelungsbereich des IFRS 9 fallen. Die verbindliche Erstanwendung der Anforderungen Classification und Measurement ist für Geschäftsjahre vorgeschrieben, die am 1. Januar 2015 oder später beginnen. Nach Übernahme in europäisches Recht ist eine vorzeitige Anwendung des Standards in der EU grundsätzlich zulässig, wird jedoch vom Konzern nicht angestrebt.

Der Konzern verfolgt zeitnah und kritisch die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem neuen Standard IFRS 9 sowie den weiteren, bisher lediglich im Entwurfsstadium vorliegenden, Überarbeitungsschritten des IAS 39. Der Konzern bereitet sich auf die zukünftige Erstanwendung entsprechend vor. Da es sich hierbei um grundlegende Änderungen bezüglich der Bilanzierung von Finanzinstrumenten handelt und der vollständige Anforderungsstand zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorliegt, sind mögliche Auswirkungen der Standardänderungen auf die Bilanzierungsgrundsätze der Bank qualitativ und quantitativ noch nicht abschätzbar.

3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Grundsätze

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 der Holding steht im Einklang mit den in der EU geltenden IFRS.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sowie die wesentlichen vom Management getroffenen Ermessungsentscheidungen, die bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses angewandt wurden, sind im Folgenden dargestellt. Dabei werden hier zunächst übergreifende Aspekte erläutert; detaillierte Erläuterungen finden sich in den Notes 7 bis 20. Die beschriebenen Methoden wurden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist.

Schätzungsunsicherheiten und Annahmen

Die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Konzernabschluss ist von Ansatz- und Bewertungsmethoden sowie von Annahmen und Schätzungen abhängig, die als Grundlage für die Aufstellung des Konzernabschlusses verwendet wurden.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Für die Bewertung der zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verpflichtungen werden Börsenkurse sowie interne Bewertungsmodelle mit aktuellen Marktparametern herangezogen.

Um sich den nach der Finanzmarktkrise veränderten Rahmenbedingungen bei der Bewertung von Finanzinstrumenten anzupassen, erfolgt im Konzern künftig die Diskontierung aller Zinsderivate mittels Overnight-Index-Swapkurven unter Beibehaltung des Credit-Value-Adjustment-Abschlags und die Diskontierung von Kreditinstrumenten in Euro mit einer 3-Monats-EURIBOR-Kurve. Zum 30. Juni 2012 wurde diese neue Herangehensweise, bei der es sich um eine Schätzungsänderung im Sinne von IAS 8.32 (c) handelt, erstmals grundsätzlich im Konzern angewandt. Der Umstellungseffekt wirkte sich mit 14,1 Mio. € aus.

Für einen geringen Teil der Finanzinstrumente konnte zur Ermittlung des Fair Value weder auf notierte Marktpreise noch auf direkt oder indirekt (von Preisen abgeleitete) beobachtbare Inputparameter zurückgegriffen werden (IAS 39.AG71-73). Der Fair Value-Hierarchie des IAS 39 folgend wurde in diesen Fällen auf die Anwendung von Bewertungsmodellen zurückgegriffen (IAS 39.AG74-79). Hierbei wurden die Verlautbarungen zur Anwendung der Bewertungsmodelle des International Accounting Standards Board (IASB) vom Oktober 2008 berücksichtigt. Details hierzu, einschließlich Aussagen zu Annahmen und Schätzungen, werden in den Sonstigen Erläuterungen (Note 60) ausgeführt.

Die Bilanzierung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten ist mit Schätzungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Erwerbszeitpunkt verbunden. Dies gilt für solche Vermögenswerte, die im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden, unter anderem für den Geschäfts- oder Firmenwert. Der Wertminderungstest für den Geschäfts- oder Firmenwert, der jährlich durchzuführen ist, basiert auf der Discounted Cashflow-Methode. Dabei werden die zukünftig zu erwartenden Cashflows geschätzt.

Ferner ist die erwartete Nutzungsdauer der Vermögenswerte zu schätzen. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten und Schulden sowie der Nutzungsdauern der Vermögenswerte basiert auf Beurteilungen des Managements, die in Übereinstimmung mit den Standards auf Basis aller verfügbaren Informationen getroffen wurden.

Bei der Ermittlung von Wertberichtigungen auf im Inkasso befindliche Kreditkartenforderungen hat der Konzern eine Anpassung der verwendeten Wertberichtigungsquoten im Sinne des IAS 8.32 vorgenommen. Der Umstellungseffekt wirkte sich mit 19 Mio. € aus.

Weitere Schätzungsunsicherheiten betreffen die Risikovorsorge im Kreditgeschäft (Note 8.3), die Rückstellungen (Note 15) und die latenten Steuern (Note 19).

Währungsumrechnung

Im Konzern werden die Umrechnung von Geschäftsvorfällen in Fremdwährung als auch die Umrechnung der Abschlüsse für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausländischer Geschäftseinheiten nach IAS 21 vorgenommen. Bei der Zugangsbewertung von in Fremdwährung abgeschlossenen Geschäften erfolgt die Umrechnung in EUR mit dem am Geschäftstag gültigen Kassakurs.

Bewertungsergebnisse aus monetären Posten, die aufgrund der Umrechnung in EUR entstehen, werden zum Stichtagskurs ergebniswirksam berücksichtigt. Bei der Währungsumrechnung von monetären Posten, die als Available for Sale klassifiziert werden, werden nur die Wertänderungen, die auf den Wechselkurs zurückzuführen sind, erfolgswirksam zum Stichtagskurs erfasst. Die Wertänderungen, die auf andere Risiken zurückzuführen sind, werden grundsätzlich erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Sind nicht monetäre Posten mit dem Fair Value zu bewerten, ist der Kurs zum Zeitpunkt der Bewertung maßgeblich (Stichtagskurs). Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgswirksam erfasst. Bei als Available for Sale klassifizierten Eigenkapitalinstrumenten wird die gesamte Wertänderung, die aufgrund der Umrechnung in EUR zum Stichtagskurs entsteht, erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Im Konzern werden die Jahresabschlüsse unselbstständiger ausländischer Geschäftseinheiten gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung umgerechnet. Für diese ausländischen Geschäftseinheiten erfolgt die Fremdwährungsumrechnung in die funktionale Währung EUR nach der Zeitbezugsmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgswirksam erfasst.

Die übrigen Gesellschaften betreiben ihr Geschäft selbstständig in GBP beziehungsweise USD. Die funktionale Währung ist daher GBP beziehungsweise USD. Bei der Umrechnung sind sämtliche Vermögenswerte und Schulden zum Stichtagskurs umzurechnen. Ertrags- und Aufwandsposten sind zu den Kursen des Transaktionszeitpunkts, bei nicht zu großen Währungsschwankungen aus Vereinfachungsgründen mit Durchschnittskursen, umzurechnen. Umrechnungsgewinne und -verluste bei diesen Gesellschaften werden grundsätzlich erfolgsneutral erfasst und im Eigenkapital gesondert ausgewiesen.

Änderung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich zum Konzernabschluss 2011 grundsätzlich beibehalten.

4 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Holding wird gemäß IAS 27.24 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Der Konzernabschluss enthält grundsätzlich alle Unternehmen, die vom Konzern direkt oder indirekt beherrscht werden, sowie die nach der Equity-Methode einbezogenen Unternehmen.

16 Tochterunternehmen einschließlich SIC-12-Gesellschaften, 10 assoziierte Unternehmen und 2 Gemeinschaftsunternehmen mit untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns werden nicht einbezogen. Sie werden innerhalb der Bilanz als Finanzanlagen (Beteiligungen) ausgewiesen und nach den entsprechenden Regelungen bewertet. Für die Abgrenzung des Konsolidierungskreises werden die Wertkriterien Bilanzsumme, Eigenkapital und Jahresergebnis der Konzerngesellschaften in ihrer absoluten Höhe sowie Wertrelationen vorgenannter Kriterien zwischen Konzern und Einzelgesellschaften herangezogen. Die Prüfung der Relationen erfolgt auf Ebene Konzern-Einzelgesellschaft sowie auf Ebene aller nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften.

Unternehmen, die trotz Stimmrechtsmehrheit als nicht beherrschte Unternehmen eingestuft werden, beziehungsweise Unternehmen, die ohne Stimmrechtsmehrheit als beherrschte Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste (Note 66) kenntlich gemacht. Zudem sind SIC-12-Gesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren. Dies trifft unter anderem auf Spezialfonds und ABS-Konstruktionen zu, die im Einzelnen in Note 5 „Konsolidierungskreis“ dargestellt sind.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung werden Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden erworbener Unternehmen mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt vollständig neu bewertet. Positive Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses und dem Nettowert der Vermögenswerte und Schulden werden als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Transaktionen in Eigenkapitaltiteln beherrschter Unternehmen, die nicht einen Verlust der Beherrschung zur Folge haben, werden als Transaktion mit den Eigentümern im Eigenkapital dargestellt (Economic Entity Model). In den Folgejahren wird der Geschäfts- oder Firmenwert zu Anschaffungskosten fortgeführt und jährlich einem Impairmenttest unterzogen. Impairments werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen. Negative Unterschiedsbeträge werden nach erneuter Überprüfung der Bewertung der Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen mit Entkonsolidierungserfolgen im sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt. Die Anteile Dritter werden in der Gesamtergebnisrechnung sowie Eigenkapitalveränderungsrechnung ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Schulden sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse werden gemäß IAS 27.20 ff. beziehungsweise IAS 28.20 ff. eliminiert.

Alle vollkonsolidierten Tochterunternehmen sowie die nach der Equity-Methode bewerteten Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen haben ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2012 aufgestellt. Fonds und SIC-12-Gesellschaften, die einen abweichenden Bilanzstichtag verwenden, haben zum Stichtag 31. Dezember 2012 jeweils geprüfte Meldungen vorgelegt. Damit wurden alle wesentlichen Geschäftsvorfälle des Berichtsjahres im Konzernabschluss berücksichtigt. Auf die Einbeziehung vom Bilanzstichtag des Konzerns abweichender Abschlüsse wird in der Anteilsbesitzliste hingewiesen.

Nichtkonsolidierte Tochterunternehmen werden grundsätzlich als Available for Sale kategorisiert und gemäß IAS 39.46 mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet sowie in den Finanzanlagen ausgewiesen. Sofern kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, erfolgt die Bewertung gemäß IAS 39.46(c) zu Anschaffungskosten.

Gemeinschaftsunternehmen, bei denen eine vertragliche Vereinbarung besteht, in der zwei oder mehr Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt, werden gemäß IAS 31.38 nach der Equity-Methode bewertet und in einem gesonderten Bilanzposten ausgewiesen.

Als assoziierte Unternehmen im Sinne von IAS 28 gelten die Anteile, bei denen ein Investor maßgeblichen Einfluss ausüben kann, ohne dass Kontrolle vorliegt und das weder ein Tochterunternehmen noch ein Anteil an einem Gemeinschaftsunternehmen des Konzerns darstellt. Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20% wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20% wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Assoziierte Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bewertet. Der Anteil des Konzerns an ergebnisneutralen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Unternehmen wird unmittelbar im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen. Gewinne und Verluste der assoziierten Unternehmen werden anteilig unter dem Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen erfasst.

Die ergebniswirksame beziehungsweise ergebnisneutrale Fortschreibung des Equity-Buchwerts erfolgt grundsätzlich auf der Basis geprüfter Abschlüsse, die in Überleitungsrechnungen an die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angepasst werden.

Nicht nach der Equity-Methode bewertete Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen werden nach IAS 39 bewertet.

Anteile an Tochterunternehmen, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden nach IFRS 5 bewertet und gesondert ausgewiesen.

5 Konsolidierungskreis

Tochterunternehmen

Zum 31. Dezember 2012 sind neben der Landesbank Berlin Holding AG 49 Tochterunternehmen und SIC-12-Gesellschaften in den Konzernabschluss einbezogen worden. Die Entwicklung bei den Tochterunternehmen im Konsolidierungskreis stellt sich im Geschäftsjahr 2012 wie folgt dar:

	31.12.2011	Zugang	Abgang	31.12.2012
Tochterunternehmen	17	0	1	16
SIC-12-Gesellschaften	77	1	45	33
Spezialfonds	11	1	0	12
Dotationsbestand Publikumsfonds	2	0	2	0
weitere SIC-12-Gesellschaften	64	0	43	21
Gesamt	94	1	46	49

Seit dem 31. Dezember 2011 wurden folgende Gesellschaften neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen beziehungsweise sind ausgeschieden:

Zugänge	
LBB IPM Systematic UI, Frankfurt am Main	Umwidmung vom Dotationsbestand Publikumsfonds zu Spezialfonds

Abgänge	
RR II R-11004, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11014, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11017, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11072, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11075, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11080, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11082, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11133, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11144, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11145, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11148, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11161, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11172, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11176, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11184, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11227, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11231, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11232, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11247, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11249, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11251, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11253, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11254, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11263, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11264, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11265, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11266, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11270, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11277, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11280, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11282, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11288, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11289, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11291, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11297, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11298, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11300, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11301, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11304, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11306, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11310, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-11896, City of Wilmington / Delaware	
RR II R-817, City of Wilmington / Delaware	
LBB Interest Rate Opportunity Fund, Berlin	Verkauf der Anteile
GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin	Verschmelzung auf die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
LBB IPM Systematic UI, Frankfurt am Main	Umwidmung vom Dotationsbestand Publikumsfonds zu Spezialfonds

Assoziierte Unternehmen und Joint Ventures

Neben den Tochterunternehmen werden assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, in den Konzernabschluss einbezogen; die Entwicklung im Verlauf des Geschäftsjahres stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2011	Zugang	Abgang	31.12.2012
Joint Ventures	0	0	0	0
Assoziierte Unternehmen	3	0	0	3
Spezial- und Publikumsfonds	2	0	2	0
Gesamt	5	0	2	3

Die Entwicklung bei den assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen stellt sich seit dem 31. Dezember 2011 wie folgt dar:

Zugänge	
keine	

Abgänge	
Vermögensstruktur Konservativ / Inhaber-Anteile, Berlin	Abschmelzen der Quote an diesem Publikumsfonds auf unter 20 % und somit Bewertung als Finanzanlage (IAS 39)
Vermögensstruktur Wachstum / Inhaber-Anteile, Berlin	Abschmelzen der Quote an diesem Publikumsfonds auf unter 20 % und somit Bewertung als Finanzanlage (IAS 39)

Eine vollständige Auflistung des Anteilsbesitzes kann der Note 66 entnommen werden.

Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aus der Veränderung des Konsolidierungskreises ergaben sich durch die Auflösungen von Trusts im Rahmen des Tender-Option-Bond-Programms. Diese sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis unter den Entkonsolidierungserfolgen ausgewiesen.

Am 15. Februar 2012 wurde bei der SKP eine Kapitalerhöhung in Höhe von 78 Mio. € durch Einzahlung der Gesellschafter in die Kapitalrücklage vollzogen. Der anteilige Betrag der LBB belief sich hierbei auf 52 Mio. € und wurde in bar erbracht. Das Stammkapital der SKP sowie der Anteil der LBB am Stammkapital der SKP in Höhe von 66,67 % ändern sich hierdurch nicht.

Im Rahmen der Gründung der SKP im Geschäftsjahr 2011 wurden durch die Deutsche Leasing Finance GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe und Landesbank Berlin AG, Berlin bestimmte Vermögenswerte und Schulden in die SKP eingebracht. Für die in den übertragenen Vermögensgegenständen und Schulden enthaltenen stillen Reserven wurden im Juli 2012 zwischen der Deutschen Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v. d. Höhe und der LBB Ausgleichszahlungen in saldierter Höhe von insgesamt 23,5 Mio. € abschließend vereinbart.

Auf Basis verbesserter Erkenntnisse wurde zum Stichtag 30. Juni 2012 eine Aktualisierung der Bewertung der Ausgleichszahlungen per 1. Juni 2011 vorgenommen. Aufgrund dieser Neubewertung erfolgt eine Erhöhung des At-Equity-Buchwerts der SKP zum Stichtag um 1,9 Mio. €.

Die Landesbank Berlin AG hat mit der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp) einen Beherrschungsvertrag im Sinne von § 291 Abs. 1 Satz 1 AktG abgeschlossen, der mit der Eintragung in das Handelsregister am 12. September 2012 wirksam wurde.

6 Segmentberichterstattung

Der Konzern Landesbank Berlin Holding ist eine Finanzholding und Muttergesellschaft der Landesbank Berlin AG. Die Landesbank Berlin AG ist eine Universalbank. Seine Geschäftsaktivitäten betreibt der Konzern in den vier Kerngeschäftsegmenten Private Kunden, Firmenkunden, Immobilienfinanzierung und Kapitalmarktgeschäft. Als weitere Segmente werden Refinanzierung und Zinsmanagement, Sonstiges und Konsolidierung ausgewiesen.

Beschreibung der Segmentergebnisse

Im Segment **Private Kunden** wurde im Jahr 2012 mit 51 Mio. € ein Ergebnis vor Steuern erreicht, das um 84 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres lag. Diese Veränderung ist im Wesentlichen auf eine Umstellung der internen Zinsverrechnungsmethodik (-55 Mio. € in 2012) sowie eine erhöhte Risikoversorge im Mengenkreditgeschäft (+ 40 Mio. €) zurückzuführen.

Der Zinsüberschuss betrug 361 Mio. € und lag damit um 57 Mio. € unter Vorjahr. Diese Abweichung resultierte aus einer im zweiten Halbjahr 2011 erfolgten Umstellung der internen Verrechnungsmethodik im Einlagenbereich. Darüber hinaus wird seit dem 1. Juni 2011 das Allzweckkreditgeschäft über die S-Kreditpartner GmbH abgewickelt und ist nicht mehr im Zinsüberschuss enthalten. Der Zinsüberschuss im Aktivbereich lag dennoch mit 155 Mio. € fast auf Vorjahresniveau.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich von 32 Mio. € auf 72 Mio. €, im Wesentlichen bedingt durch eine Bewertungsanpassung im Rahmen der regelmäßigen Überprüfung der Inkassobeibringungsquoten im Mengenkreditgeschäft und einen einmaligen Sondereffekt im dritten Quartal aus der Anhebung der Abschirmquoten bei den (Dritt-)Kreditkarten.

Der Provisionsüberschuss lag mit 190 Mio. € auf Vorjahresniveau. Der Provisionsüberschuss im Kartengeschäft lag um 4 Mio. €, der Provisionsüberschuss aus dem Kreditgeschäft um 6 Mio. € über dem Vorjahreswert. Beim Provisionsüberschuss aus dem Wertpapiergeschäft wurde der Vorjahreswert nicht erreicht (-9 Mio. €). Der Provisionsüberschuss im Zahlungsverkehr lag leicht unter dem Vorjahreswert (-2 Mio. €). Bei der Vermittlung von privaten Baufinanzierungen ist die Zusammenarbeit mit der FINMAS (Finanzmarktplatz für Sparkassen) gut angelaufen. Im überregionalen Kreditkartengeschäft (Co-Branding) stieg die Zahl der Kreditkartenkonten weiter und lag zum 31. Dezember 2012 um 14 % über dem Wert per 31. Dezember 2011.

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen in Höhe von -1 Mio. € (Vorjahr: -7 Mio. €) war geprägt durch ein verbessertes Ergebnis der einbezogenen S-Kreditpartner GmbH.

Das sonstige betriebliche Ergebnis lag 9 Mio. € unter dem Vorjahreswert, der maßgeblich durch einen Effekt aus der erstmalig einbezogenen S-Kreditpartner GmbH geprägt war.

Die Verwaltungsaufwendungen blieben mit 428 Mio. € um 21 Mio. € unter dem Vorjahreswert. In diesem Wert enthalten sind Abschreibungen in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €).

Das Stichtagsvolumen der Einlagen im Segment Private Kunden lag per 31. Dezember 2012 um 505 Mio. € über dem Vorjahreswert. Ebenso konnte das Stichtagsvolumen der Bestände Kontokorrent/Giro gegenüber dem Vorjahr um 89 Mio. € gesteigert werden.

Der Zuwachs der Privatgirokonten setzte sich mit 24.000 Privatgirokonten netto auch 2012 fort.

Das Segment **Firmenkunden** erzielte im Jahr 2012 ein Ergebnis vor Steuern von 66 Mio. € (Vorjahreswert: 84 Mio. €).

Der Zinsüberschuss in Höhe von 124 Mio. € lag unter dem Vorjahreswert (130 Mio. €). Ursächlich waren geringere Margen im Passivgeschäft und Umstellungen in der internen Verrechnungsmethodik.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft blieb mit 7 Mio. € auf niedrigem Niveau, auch wenn der sehr niedrige Wert des Vorjahres (3 Mio. €) überschritten wurde.

Der Provisionsüberschuss erreichte mit 37 Mio. € nicht das Vorjahresergebnis (43 Mio. €), das hohe Verrechnungen aus dem Internationalen Geschäft des Geschäftsfelds KMG enthalten hatte. Darüber hinaus gab es methodische Änderungen bei der Abbildung von Kreditprovisionen aus Girokonten, die wegen ihres zinsähnlichen Charakters ab 2012 im Zinsüberschuss dargestellt wurden. Die Verwaltungsaufwendungen blieben mit 88 Mio. € auf Vorjahresniveau (88 Mio. €).

Das Kreditneugeschäft lag mit einem Volumen von gut 1,0 Mrd. € etwa 14 % unter dem Vorjahresniveau. Der Bestand an zinstragenden Forderungen an Kunden war am Jahresende 2012 gegenüber dem Vorjahreszeitraum ebenfalls leicht rückläufig und erreichte 4,4 Mrd. € (Vorjahr: 4,5 Mrd. €). Der Beitrag des Segments Firmenkunden zum Abbau von Risikoaktiva machte eine Reduzierung des Aktivolumens erforderlich. Das regionale Kreditgeschäft wurde dabei nicht reduziert und unterlag auch keinen Einschränkungen im Neugeschäft.

Die Kundeneinlagen im Segment Firmenkunden bewegten sich weiterhin auf hohem Niveau und lagen per Stichtag 31. Dezember 2012 mit 5,6 Mrd. € sogar deutlich über dem Vorjahresbestand (4,8 Mrd. €).

Die Zahl der Kunden im Segment Firmenkunden entwickelte sich 2012 überaus positiv mit einem Nettozuwachs von gut 2.600 Kunden. Per 31. Dezember 2012 betreute die Landesbank Berlin rund 70.500 Gewerbe- und Firmenkunden (31. Dezember 2011: rund 67.900 Kunden).

Das Segment **Immobilienfinanzierung** erzielte im Jahr 2012 ein Ergebnis vor Steuern unter Berücksichtigung von Restrukturierungsaufwendungen und Bankenabgabe in Höhe von 193 Mio. € (Vorjahr: 175 Mio. €).

Getragen wurde diese Steigerung durch die sehr guten Entwicklungen des Zinsüberschusses – trotz der Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Abbau von Risikoaktiva – und der Risikovorsorge. Während der Zinsüberschuss mit 379 Mio. € um 11 % über dem Vorjahresniveau (341 Mio. €) lag, reduzierte sich abermals die Nettoneubildung der Risikovorsorge auf nunmehr 26 Mio. € (Vorjahr: 51 Mio. €).

Der Provisionsüberschuss lag infolge des verringerten Neugeschäfts mit 19 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (33 Mio. €). Das Geschäftsfeld erzielte ein Kontrahierungsvolumen in Höhe von 5,3 Mrd. €, darin enthalten sind Prolongationen in Höhe von 1,8 Mrd. €. Im rückläufigen Neugeschäftsvolumen (Vorjahr: 5,4 Mrd. €) spiegeln sich die von der Bank ergriffenen Maßnahmen zur Erreichung der verschärften Eigenkapitalanforderungen wider, die zu erhöhten Qualitäts- und Renditeanforderungen im Kreditgeschäft führten. Die in diesem Zusammenhang erzielten höheren Margen konnten den Provisionsrückgang teilweise kompensieren.

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich überwiegend durch Kosten für IT-Projekte auf 126 Mio. € (Vorjahr: 115 Mio. €). Im Verwaltungsaufwand sind Abschreibungen in Höhe von 6 Mio. € enthalten (Vorjahr: 5 Mio. €). Nach Umsetzung der Maßnahmen insbesondere zur Verbesserung des Zahlungsverkehrsangebots sollen zusätzliche Erträge generiert werden, die die Projektkosten zeitnah kompensieren.

Die Bankenabgabe hat sich auf 8 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €) reduziert. Der Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen betrug -9 Mio. € (Vorjahr: 0 €).

Das Segment **Kapitalmarktgeschäft** erzielte im Jahr 2012 ein auf 217 Mio. € verbessertes Ergebnis vor Steuern unter Berücksichtigung von Restrukturierungsaufwendungen und Bankenabgabe (Vorjahr: -169 Mio. €). In diesem Ergebnis ist eine Belastung von 13 Mio. € durch die Bankenabgabe enthalten (Vorjahr: 14 Mio. €).

Über das gesamte Jahr 2012 entspannte sich die Lage an den Finanzmärkten, abgesehen von den Peripheriestaaten. Dies führte zu nennenswerten Kursgewinnen bei Wertpapierbeständen durch sinkende Risikoaufschläge bei Staats- und Unternehmensanleihen.

Der Zinsüberschuss lag infolge der Verflachung der Zinskurve und des Abbaus von Bondpositionen mit 296 Mio. € um 74 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres (370 Mio. €).

Nettoaufösungen bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft führten im Berichtszeitraum zu einem Ertrag von 5 Mio. €. Im Vorjahreszeitraum wurde das Ergebnis durch Nettoaufösungen in Höhe von 2 Mio. € entlastet.

Im Wesentlichen getrieben durch geringere Verrechnungen an das Geschäftsfeld Firmenkunden und Reduzierung von Provisionsaufwendungen im Wertpapiergeschäft lag der Provisionsüberschuss mit 26 Mio. € um 13 Mio. € über dem angepassten Vorjahreswert (13 Mio. €).

Aus den Bewertungen von Grundgeschäften und ihrer Absicherungen ergab sich bis zum Jahresende 2012 ein rückläufiges Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen von –14 Mio. € (Vorjahr: –2 Mio. €).

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten verbesserte sich im Vergleich zum angepassten Vorjahreswert um 355 Mio. € auf 165 Mio. €. Diese Entwicklung wurde im Wesentlichen durch die Einengung fremder Credit Spreads verursacht.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen lag mit –30 Mio. € um 159 Mio. € über dem Wert des Vergleichszeitraums. Das Vorjahresergebnis von –189 Mio. € war maßgeblich von Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen geprägt. Im ersten Quartal 2012 wurden diese Papiere nahezu vollständig veräußert.

Im Jahr 2012 beeinflusste im Wesentlichen der Abgang eines Großteils der Trusts unseres Tender-Option-Bond-Programms das sonstige betriebliche Ergebnis, das mit –38 Mio. € ausgewiesen wurde (Vorjahr: –1 Mio. €).

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 161 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert (157 Mio. €). Im Verwaltungsaufwand sind Abschreibungen in Höhe von 5 Mio. € enthalten (Vorjahr: 6 Mio. €).

Im Geschäftsfeld wurden Rückstellungen für die beabsichtigte Schließung der Standorte London und Luxemburg in Höhe von 20 Mio. € gebildet, die im Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen (Vorjahr: 0 Mio. €) ausgewiesen wurden.

Die Erträge aus dem Kundengeschäft lagen auf dem Niveau des sehr guten Vergleichszeitraums. Im Gesamtjahr 2012 betrug der Zertifikateabsatz 1,3 Mrd. €. Das Zertifikatevolumen per 31. Dezember 2012 stieg im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 0,2 Mrd. € auf 4,0 Mrd. €. Die Assets under Management der LBB-INVEST erreichten zum Jahresende trotz der Kundenzurückhaltung bei Publikumsfonds mit 10,4 Mrd. € das Volumen des Vorjahres.

Das operative Ergebnis nach Bankenabgabe des Segments **Refinanzierung und Zinsmanagement** betrug im Berichtszeitraum –166 Mio. € (Vorjahr: –39 Mio. €).

In Refinanzierung und Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs über verschiedene Portfolien abgebildet. Die Basis dafür bilden sowohl das zinstragende Kundengeschäft der Bank als auch die zur Liquiditätsversorgung begebenen Passiva. Um diesem Sachverhalt angemessene Rechnung zu tragen, wurde mit der Berichterstattung zum 31. März 2012 eine Anpassung der Segmentbezeichnung in Refinanzierung und Zinsmanagement vorgenommen.

Die Ergebnisentwicklung war maßgeblich durch die Einengung der eigenen Credit Spreads der LBB beeinflusst. An den Anleihemärkten führte die Schuldenkrise zu einer Neubewertung von Emittentenrisiken. In diesem Rahmen engten sich die eigenen Credit Spreads der Bank ein. Da für die bilanzielle Abbildung von Teilen der eigenen Passiva der Bank unter IFRS die Fair Value-Option zur Anwendung kommt, führte dies im abgelaufenen Jahr zu einer negativen Ergebniswirkung in Höhe von –118 Mio. €.

Darüber hinaus konnte die Glattstellung des aus dem Kundengeschäft der Bank entstehenden Zinsänderungsrisikos nicht vollständig ergebnisneutral erfolgen. Insbesondere die für die Modellierung der zinsvariablen Einlagen verwendeten Geldmarktzinsen lösten bei Absicherung mit Zinsderivaten beziehungsweise bei der Verrechnung mit Tagesgeldzinsen Ergebniseffekte aus, die sich im Jahr 2012 auf –26 Mio. € beliefen.

Das Ergebnis vor Steuern unter Berücksichtigung von Restrukturierungsaufwendungen und Bankenabgabe im Segment **Sonstiges** betrug im Berichtszeitraum –242 Mio. € (31. Dezember 2011: –138 Mio. €).

Das Vorjahresergebnis war im Zinsüberschuss begünstigt durch die um 42 Mio. € niedrigere Bedienung der stillen Einlage. Durch die Auflösung diverser Rückstellungen beziehungsweise niedrigere Neubildung von Rückstellungen war das Geschäftsjahr 2011 zusätzlich entlastet (insgesamt rund 50 Mio. €). Zudem wurde im Vorjahr ein Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von 13 Mio. € ausgewiesen.

Im Segment Sonstiges werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen zusammengefasst. Die Leistungsbeziehungen der Marktfolgebereiche sowie der Zentralstäbe werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Im operativen Ergebnis des Segments verbleiben nach der Leistungsverrechnung im Wesentlichen die Overheadfunktionen, die betriebswirtschaftlich nicht anderen Segmenten zugeordnet werden können. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie die Barreserve, das Anlagevermögen und Steuerpositionen. Im Verwaltungsaufwand waren Abschreibungen in Höhe von 39 Mio. € (Vorjahr: 38 Mio. €) enthalten.

Im Segment **Konsolidierung** werden insbesondere die Leistungsbeziehungen ausgewiesen, die zwischen den einzelnen Konzernsegmenten stattgefunden haben.

Ergebnisse der Segmente

in Mio. €	Private Kunden		Firmenkunden		Immobilienfinanzierung	
	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011 ⁶⁾	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011 ⁶⁾
Zinsüberschuss	361	418	124	130	379	341
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	72	32	7	3	26	51
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	289	386	117	127	353	290
Provisionsüberschuss	190	190	37	43	19	33
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen					3	-2
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten					-21	-18
Ergebnis aus Finanzanlagen		5			-21	-12
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	-1	-7				
Sonstiges betriebliches Ergebnis	1	10		2	3	8
Verwaltungsaufwendungen	428	449	88	88	126	115
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung und Bankenabgabe	51	135	66	84	210	184
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen					-9	
Aufwand Bankenabgabe					8	9
Operatives Ergebnis nach Restrukturierung und Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern	51	135	66	84	193	175
Segmentvermögen ¹⁾	5.033	5.199	4.524	4.718	45.086	48.682
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital) ¹⁾	14.855	14.350	6.407	5.648	37.544	40.876
Eigenmittelanforderungen nach SolvV	373	375	196	233	991	1.060
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) ²⁾	417	336	190	217	657	786
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	2.126	2.193	269	267	419	439
Eigenkapitalrentabilität ³⁾	12,2 %	40,2 %	34,7 %	38,7 %	29,4 %	22,3 %
Cost-Income-Ratio ³⁾	77,7 %	72,9 %	54,7 %	50,3 %	34,8 %	32,9 %

¹⁾ Segmentvermögen / -verbindlichkeiten ohne Steuerpositionen

²⁾ Für den Konzern insgesamt wird branchenüblich das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital (ohne stille Einlage) und in den Segmenten das nach ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital ausgewiesen.

³⁾ gerechnet mit gerundeten Werten in Mio. €

⁴⁾ inklusive Aufwand für Vergütung der stillen Einlage (1.1. – 31.12.2012: 51 Mio. €; 1.1. – 31.12.2011: 9 Mio. €)

⁵⁾ inklusive Rundungsdifferenzen

⁶⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Kapitalmarktgeschäft		Refinanzierung und Zinsmanagement		Sonstiges ⁴⁾		Konsolidierung ⁵⁾		Konzern	
1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011 ⁶⁾	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011 ⁶⁾	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011
296	370	-239	-271	-74	-33	-2	-4	845	951
-5	-2	-1	1		-1		-1	99	83
301	372	-238	-272	-74	-32	-2	-3	746	868
26	13	-2	-2	3	-3	-3	-5	270	269
-14	-2	8	3				-1	-3	-2
165	-190	78	192			-1		221	-16
-30	-189	1	21		13	1	-1	-49	-163
1	-1			-24	-16	-1		-25	-24
-38	-1		36	165	195	-127	-129	4	121
161	157	7	10	318	295	-131	-132	997	982
250	-155	-160	-32	-248	-138	-2	-7	167	71
-20								-29	
13	14	6	7	-6				21	30
217	-169	-166	-39	-242	-138	-2	-7	117	41
55.236	61.910	12.571	14.304	2.026	2.671	-6.805	-7.012	117.671	130.472
42.073	52.071	19.894	20.715	1.415	2.010	-6.714	-6.945	115.474	128.725
581	855	39	95	111	98			2.291	2.716
1.023	957	680	681	-476	-308			2.491	2.669
463	449			2.525	2.583			5.802	5.931
21,2 %	neg.	neg.	neg.					4,7 %	1,5 %
39,7 %	>100 %	neg.	neg.					78,9 %	86,4 %

Methodische Grundlagen

Die Segmentberichterstattung nach IFRS 8 basiert auf dem „Management Approach“, das heißt, das interne Reporting bildet hinsichtlich Form und Inhalt die Grundlage für die externe Segmentberichterstattung. Die ausgewiesenen Segmente stellen die Organisationsstruktur des Konzerns dar, wie sie im internen Reporting abgebildet wird. Durch das interne Reporting erfolgt die regelmäßige Information des „Chief Operating Decision Maker“ über die Segmentergebnisse. „Chief Operating Decision Maker“ ist der Gesamtvorstand, der auf Grundlage dieser Informationen über die Zuordnung von Ressourcen zu den Segmenten entscheidet sowie die Performance der Segmente beurteilt.

Das interne Reporting basiert auf IFRS-Werten, daher entfällt die in IFRS 8.28 geforderte Überleitungsrechnung. Konsolidierungsbeträge aus Leistungsbeziehungen zwischen den Segmenten werden im Segment Konsolidierung ausgewiesen.

Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht den Segmenten zugewiesen. Um den externen Zinsüberschuss den Segmenten zuzuordnen, wird im Zinsbereich die Marktzinsmethode angewendet, ergänzt um Zinsergebnisse aus der Anwendung der dem Konzernabschluss zugrunde liegenden IFRS-Bilanzierungsmethoden. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt.

Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikoversorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Der Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (ohne Geschäfts- oder Firmenwert) zusammen. Die internen Leistungsbeziehungen werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Innerhalb des Personalaufwands wird der Aufzinsungseffekt bei der Dotierung der Pensionsrückstellungen dem Segment „Sonstiges“ zugerechnet, hier erfolgt auch die Anlage der Rückstellungen.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments. Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute, Finanzanlagen (Wertpapiere) sowie Handelsaktiva und positive Marktwerte aus Derivaten. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieft Verbindlichkeiten sowie Handelspassiva und negative Marktwerte aus Derivaten. Ertragsteueransprüche/-verpflichtungen sind in den Segmentvermögen/-verbindlichkeiten der Geschäftsfelder nicht enthalten.

Die LBB stattet die Segmente mit einem nach ökonomischen Verfahren erforderlichen Kapital aus und berechnet einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Die LBB wendet dabei einen Zinssatz an, der dem Ertrag einer risikofreien, rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspricht. Die durchschnittliche Eigenkapitalbindung wird je Segment ausgewiesen, diese bildet die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität – berechnet auf das Segmentergebnis vor Steuern.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (MAK; umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) zum Stichtag ausgewiesen.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Die Berechnung der Eigenkapitalrentabilität des Konzerns erfolgt auf Basis des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals. Der Aufwand für die Vergütung der stillen Einlage wird im Segment „Sonstiges“ ausgewiesen.

In der Segmentdarstellung für 2012 führten folgende Sachverhalte zu Anpassungen:

- Im vierten Quartal 2012 erfolgte im internen Reporting eine Umgliederung der Ergebnisse der LBS Nord vom Geschäftsfeld Private Kunden zu Corporate Center. Diese Umgliederung erfolgte aufgrund der einerseits geringen ergebnismäßigen Relevanz aus vermitteltem Bau-sparvolumen und andererseits der At-Equity-Bewertung im Rahmen der IFRS-Rechnungslegung, die außerhalb der risiko- und ergebnis-orientierten Steuerung des Geschäftsfeldes liegt. Die Vorjahreszahlen wurden angepasst.
- Im Segment Kapitalmarktgeschäft wurden in der Vergangenheit Bewertungsverluste aus Derivaten im Zusammenhang mit notleidenden Krediten ausgewiesen, die betriebswirtschaftlich als Refinanzierungsschaden auf diese Kredite schlagend wurden. Diese Ergebnisse wurden, sofern sie Risikoträger anderer Segmente betrafen, über eine Verrechnung dem Provisionsergebnis der betreffenden Segmente zugerechnet. Diese Portfolio Credit Value Adjustments werden jetzt unmittelbar den Risikoträgern zugewiesen. Die Vorjahreszahlen wurden angepasst.
- In Refinanzierung und Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs über verschiedene Portfolien abgebildet. Die Basis dafür bilden sowohl das zinstragende Kundengeschäft der Bank als auch die zur Liquiditätsversorgung begebenen Passiva. Um diesem Sachverhalt angemessen Rechnung zu tragen, wurde mit der Berichterstattung zum 31. März 2012 eine Anpassung der Segmentbezeichnung in Refinanzierung und Zinsmanagement vorgenommen ohne Auswirkung auf den Ergebnisausweis.

Angaben auf Unternehmensebene

Die geografische Aufteilung der Erträge des Konzerns ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Aufteilung orientiert sich wesentlich nach dem Standort der bilanzierenden Gesellschaft.

in Mio. €	Inland		Ausland		Konzern	
	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011
Erträge gesamt ¹⁾	1.084	1.015	80	38	1.164	1.053
Operatives Ergebnis nach Restrukturierung und Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern	66	29	51	12	117	41
Langfristige Vermögenswerte ²⁾	1.156	1.175	38	38	1.194	1.213

¹⁾ Summe aus Zinsüberschuss nach Risikovorsorge, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis

²⁾ Summe aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten

Informationen über Produkte und Dienstleistungen (IFRS 8.32) sind den Notes-Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen. Angaben über einzelne Kunden entfallen, da die Wesentlichkeitsgrenze des IFRS 8.34 nicht überschritten wird.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

7 Barreserve

Der Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken werden zum Nennwert ausgewiesen.

8 Finanzinstrumente

Der Konzern bilanziert Finanzinstrumente, zu denen finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen zählen, gemäß IAS 39. Die erstmalige Bewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt bei Zugang zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Transaktionskosten, die dem beizulegenden Zeitwert der hingeegebenen oder erhaltenen Gegenleistung entsprechen. Sowohl originäre finanzielle Vermögenswerte als auch originäre finanzielle Verpflichtungen werden im Rahmen der Folgebewertung entsprechend ihrer Kategorie mit fortgeführten Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich zum Fair Value bewertet. Die konkrete Folgebewertung richtet sich nach der Kategorisierung dieser Finanzinstrumente. Der Erstanfang von Finanzinstrumenten erfolgt grundsätzlich zum Handelstag (Trade Date Accounting).

Finanzinstrumente sind nach Klassen zu gliedern. Neben der Unterscheidung von Bilanzposten wird die Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten Anschaffungskosten als ein wesentliches klassenrelevantes Merkmal verstanden. Darüber hinaus wird eine weitergehende Aufgliederung vorgenommen.

8.1 Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen

Im Konzern werden finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in nachfolgend dargestellte (Bewertungs-)Kategorien eingeordnet. Der bilanzielle Ausweis finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen erfolgt jedoch abweichend, so dass sich Kategorien und Bilanzpositionen nicht unmittelbar entsprechen.

Loans and Receivables (LaR)

Dieser Kategorie werden Kredite zugeordnet, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht, beziehungsweise Forderungen, die unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden. Diese weist der Konzern unter Forderungen an Kreditinstitute sowie unter Forderungen an Kunden aus. Ferner werden in dieser Kategorie erworbene Kredite und Forderungen sowie Wertpapiere gezeigt, wenn sie nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden oder wurden. In diesem Fall erfolgt der Ausweis der Wertpapiere unter Finanzanlagen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien beziehungsweise Disagien werden über die Laufzeit verteilt und erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode im Zinsergebnis vereinnahmt. Im Fall der im Jahr 2008 umkategorisierten Finanzinstrumente, die zuvor als AfS ausgewiesen wurden, wird das bis zur Umkategorisierung in der Neubewertungsrücklage erfasste Bewertungsergebnis über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis berücksichtigt beziehungsweise bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts sofort erfolgswirksam aufgelöst.

Held to Maturity (HtM)

Dieser Kategorie werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zugeordnet, welche eine feste Laufzeit haben und bis zum Tag der Fälligkeit gehalten werden. Die Halteabsicht schließt auch die Fähigkeit ein, die Wertpapiere bis zur Fälligkeit halten zu können. Wertpapiere dieser Kategorie weist der Konzern ausschließlich unter Finanzanlagen aus.

Die Erstbewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert unter Einbeziehung von Transaktionskosten. Die weitere Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets and Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Handelsaktiva und -passiva (Held for Trading, HfT)

Dieser Unterkategorie werden alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zugeordnet, die zu Handelszwecken eingegangen wurden. Hierzu zählen zum einen originäre Finanzinstrumente – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Schuld-scheindarlehen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere – sowie Derivate des Handelsbuchs mit positivem Marktwert (Handelsaktiva) und zum anderen Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen sowie derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs mit negativem Marktwert (Handelspassiva). Zudem werden Derivate des Nichthandelsbuchs ebenfalls den Handelsaktiva oder -passiva zuge-rechnet. Derivative Finanzinstrumente, die gemäß IAS 39 als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accounting verwendet wurden, sind nicht Teil dieser Kategorie.

Handelsaktiva und -passiva einschließlich der Derivate des Nichthandelsbuchs werden bilanziell jeweils unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten beziehungsweise Verpflichtungen ausgewiesen. Sie werden zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value bewertet. Bei der Ermittlung von Marktwerten wird neben dem Marktpreisrisiko auch das Bonitätsrisiko der Kontrahenten berücksichtigt. Gewinne und Verluste aus dieser Bewertung, Effekte aus der Währungsumrechnung, laufende Zins- und Dividendenzahlungen sowie Maklercourtage werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten erfasst.

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen (Fair Value-Option, FVO)

Der Konzern wendet die sogenannte Fair Value-Option an und designiert ausgewählte finanzielle Vermögenswerte und Schulden zum Fair Value. Für Aktiva wird die Fair Value-Option auf Schuldverschreibungen angewendet, sofern diese auf Fair Value-Basis gesteuert werden, trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten oder um Bewertungsinkongruenzen aus wirtschaftlichen Sicherungszusammenhängen (Accounting Mismatch) zu vermeiden. Ferner wurde die Fair Value-Option für ausgewählte verbrieft Verbindlichkeiten und passivische Schuldscheindarlehen angewendet, sofern diese auf Fair Value-Basis gesteuert werden oder um ein Accounting Mismatch zu vermeiden.

Dieser Unterkategorie zugeordnete Finanzinstrumente werden im Rahmen der Zugangs- und Folgebewertung zum Fair Value bilanziert. Sie sind ebenfalls Teil der Bilanzpositionen für erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Finanzinstrumente. Gewinne und Verluste aus der Bewertung fließen unmittelbar erfolgswirksam in die korrespondierende Ergebnisposition ein. Laufende Zins- und Dividendenzahlungen beziehungsweise Provisionen aus diesen Finanzinstrumenten werden im Zins- beziehungsweise Provisionsüberschuss ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale, AfS)

Diese Kategorie umfasst nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Hierunter fallen im Wesentlichen verzinsliche Wertpapiere, Aktien sowie Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die nicht in die Konsolidierung einbezogen beziehungsweise nach der Equity-Methode bewertet werden. Der Ausweis erfolgt unter Finanzanlagen. Ferner wurden im Konzern auch Darlehen der Kategorie AfS zugeordnet, deren Wert sich aus am Markt beobachtbaren Parametern ableiten lässt. Sie werden unter Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise unter Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Die Erstbewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert unter Einbeziehung von Transaktionskosten. Die Folgebewertung wird zum Fair Value vorgenommen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und – wie auch Zins- und Dividendenzahlungen – im Zinsergebnis erfolgswirksam berücksichtigt. Wertveränderungen werden – sofern es sich nicht um ein Impairment handelt – in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage) als Teil des erfolgsneutralen Ergebnisses erfasst. Das in der Neubewertungsrücklage erfasste kumulierte Bewertungsergebnis wird bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts aufgelöst und im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Im Falle einer Wertminderung (Impairment) wird die Neubewertungsrücklage unmittelbar erfolgswirksam aufgelöst und der Abschreibungsbetrag im Finanzanlageergebnis berücksichtigt. Wertaufholungen werden für Fremdkapitaltitel bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam und für Eigenkapitaltitel generell erfolgsneutral vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen (Other Liabilities, OL)

In diese Kategorie fallen alle originären finanziellen Verpflichtungen, soweit sie nicht Handelspassiva oder zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen darstellen. Sie werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbrieft Verbindlichkeiten, sonstige Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital bilanziell ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

8.2 Forderungen

Forderungen werden in Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden unterschieden. Sie umfassen Hypothekendarlehen, Kommunalkredite, Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen und sonstige Darlehen – das Kreditgeschäft – sowie Forderungen aus Geldmarktgeschäften und gestellten Sicherheiten. Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden aufgrund der Gewährleistung dieser Kredite durch das Land Berlin den Kommunalkrediten zugeordnet. Die Bewertung erfolgt überwiegend zu fortgeführten Anschaffungskosten, also unter Fortschreibung eventueller Agien/Disagien. Erforderliche Wertberichtigungen werden unter dem Bilanzposten Risikovorsorge ausgewiesen. Eine kleine Gruppe von Forderungen sind Teil der Kategorie AfS und werden somit zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Ermittlung des Zeitwerts erfolgt durch eine Barwertermittlung der vertraglich vereinbarten Cashflows mit einem risikooptimierten Marktzinssatz, der abhängig von der Bonität des Schuldners ist. Für wertberichtigte Forderungen werden die erwarteten Cashflows (zum Beispiel Zins- und Tilgungszahlungen, Verwertung der Sicherheiten) herangezogen.

Ausgewählte Forderungen werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges verwendet. Die Buchwerte dieser Forderungen werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst; dies wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Agio- und Disagiobeträge werden grundsätzlich nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien/Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen.

Forderungen, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), werden unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

Bei Vorliegen finanzieller Schwierigkeiten von Kreditnehmern nimmt der Konzern eine individuelle Analyse und Bewertung der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der möglichen Handlungsoptionen vor. Auf Basis der Ergebnisse nutzt der Konzern auch die Möglichkeit, auf Grundlage der im Regelwerk definierten Kriterien, Vertragsanpassungen in Form außerordentlicher Zahlungsunterbrechungen zu gewähren. Dazu zählen Anpassungen der vertraglichen Zins- und Tilgungsvereinbarungen. Hierdurch ergeben sich je nach Ausgestaltung der Stundungsvereinbarungen Auswirkungen auf die Zeitpunkte sowie die Höhe der zu leistenden Zahlungen. Der Abschluss vorgenannter Vereinbarungen führt zu einer Verschlechterung der durch die internen Risikoklassifizierungsverfahren ermittelten kreditnehmerbezogenen Bonitätseinstufung.

Vor dem Hintergrund des Vorliegens von finanziellen Schwierigkeiten der Kreditnehmer hat der Konzern Regelungen und Prozesse implementiert, welche eine enge Begleitung der Kreditengagements gewährleisten. Durch diese zeitnahe und unterjährige Überwachung stellt der Konzern sicher, dass auftretende Verschlechterungen der wirtschaftlichen Verhältnisse frühzeitig identifiziert und bewertet werden. Die Untersuchung auf das Vorliegen einer notwendigen Einzelwertberichtigung basiert auf im Konzern definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise dem Status des Engagements abhängen. Bei Vorliegen entsprechender Hinweise erfolgt für die Kreditengagements eine individuelle Schätzung der zukünftig erwarteten Zahlungsströme, wobei sowohl der Zeitpunkt als auch die Höhe der Zahlungsströme geschätzt werden. Die im Rahmen der Bildung von Wertberichtigungen notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren sowie aktuellen beobachtbaren Daten.

Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder sich die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

Für Engagements, bei denen die Bildung einer Einzelwertberichtigung nicht erforderlich war, wird auf Portfolioebene eine Risikovorsorge gebildet.

Eine Erhebung der quantitativen Angaben kann für den Geschäftsbericht 2012 noch nicht erfolgen.

8.3 Wertberichtigung auf Forderungen

Der Konzern trägt den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (EWB), pauschalierten Einzelwertberichtigungen (pEWB), Portfoliowertberichtigungen (PoWB) und Länderwertberichtigungen (LWB) Rechnung.

Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Weitere Informationen finden sich im Risikobericht, der Teil des Lageberichts ist.

Einzelwertberichtigungen (EWB)

Signifikante Forderungen unterliegen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein Hinweis auf eine Wertminderung vor (Vertragsbruch, Zugeständnisse an den Kreditnehmer nur aufgrund finanzieller Schwierigkeiten, Insolvenz, sonstige Sanierungsmaßnahmen oder finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder Schuldners), wird eine Wertberichtigung unter Berücksichtigung des zu erwartenden Ausfalls vorgenommen. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder sich die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

Pauschalierte Einzelwertberichtigungen (pEWB)

Nicht signifikante Forderungen mit vorstehend genannten Hinweisen auf eine Wertminderung werden in eng abgegrenzten Portfolien zusammengeführt und als Forderungsgruppe nach einheitlicher Methodik bewertet.

Portfoliowertberichtigungen (PoWB)

Für Forderungsbestände, die keine Einzelwertberichtigung erfahren haben, werden Portfoliowertberichtigungen aufgrund allgemeiner Kreditrisiken (zum Beispiel allgemeines Konjunkturrisiko) gebildet. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich der Forderungen bereits einzelwertberichtigter Kreditnehmer. Auf Basis von Ratings und Scorings werden entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewandt.

Länderwertberichtigungen (LWB)

Länderwertberichtigungen werden zur Abschirmung von Transferrisiken gebildet. Diese Wertberichtigungen werden für sämtliche risikobehafteten Forderungen gegenüber allen Schuldnern in einem Land vorgenommen. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich des bereits einzelwertberichtigten Forderungsanteils.

8.4 Verbindlichkeiten

Finanzielle Verpflichtungen werden in finanzielle Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieft Verbindlichkeiten und Nachrangkapital unterschieden und entsprechend ausgewiesen. Zudem werden einige finanzielle Verbindlichkeiten als sonstige Passiva bilanziert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agio- und Disagiobeträge werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfolgswirksam vereinnahmt. Zinsabgrenzungen werden zusammen mit der jeweiligen Verbindlichkeit ausgewiesen. Beim Rückkauf eigener Emissionen werden die verbrieften Verbindlichkeiten in der Bilanz saldiert ausgewiesen. Eventuelle Gewinne oder Verluste zwischen Buchwert und Anschaffungskosten (Zeitwert) bei Rückkauf werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges designiert. Die Buchwerte dieser Verbindlichkeiten werden um den Buchgewinn oder -verlust angepasst, welcher dem abgesicherten Risiko zuzurechnen ist. Diese Wertänderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Mit Ausnahme eines Teilbetrags des Nachrangkapitals werden finanzielle Verpflichtungen, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), nicht im Rahmen der Verbindlichkeiten, sondern unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Verpflichtungen ausgewiesen.

8.5 Eingebettete Derivate

Eingebettete Derivate sind derivative finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen, die keine eigenständigen Instrumente darstellen, sondern Bestandteile strukturierter Finanzinstrumente sind. Unter bestimmten Bedingungen wird nach IAS 39 eine getrennte Bilanzierung des zugrunde liegenden Basisvertrags und des eingebetteten Derivats gefordert. In diesem Sinne trennungspflichtige strukturierte Finanzinstrumente ordnet die Bank ausnahmslos der Fair Value-Option zu. Folglich wird keine Trennung der Bestandteile vorgenommen, sondern das gesamte strukturierte Finanzinstrument zum Fair Value bewertet und entsprechend der Kategorie in der Bilanz ausgewiesen.

8.6 Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

Die Regeln von IAS 39 ermöglichen die bilanzielle Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge unter restriktiven Voraussetzungen. Im Konzern kommen das Mikro Fair Value-Hedging und das Makro Cashflow-Hedging zur Anwendung.

Mikro Fair Value Hedge Accounting

Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges sichert der Konzern den Fair Value von Finanzinstrumenten und außerbilanziellen Kreditzusagen gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns, festverzinsliche Wertpapierbestände sowie unwiderrufliche Kreditzusagen. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet.

Die Sicherungsderivate werden in der Bilanz unter positiven beziehungsweise negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen und zum Fair Value bewertet, wobei die Bewertungsänderungen vollständig erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst werden. Für die Grundgeschäfte der Kategorien LaR/OL wird der Buchwert in der Bilanz jeweils um die kumulierte, aus dem gesicherten (Zins-)Risiko resultierende Marktwertveränderung (Hedge Adjustment) angepasst. Diese Wertveränderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Für Grundgeschäfte der Kategorie AfS wird das Hedge Adjustment ebenfalls im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen, während die nicht abgesicherten Fair Value-Änderungen im erfolgsneutralen Ergebnis erfasst werden.

Da diese bilanzielle Behandlung von der Effektivität der Mikro Fair Value-Hedges abhängt, führt der Konzern prospektiv und retrospektiv Effektivitätstests durch. Für die retrospektive Effektivitätsmessung kommen die Dollar-Offset-Methode auf kumulativer Basis und die Regressionsanalyse zum Einsatz. Es erfolgt die Gegenüberstellung der Fair Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäft (Derivat) und Grundgeschäft über alle abgelaufenen Berichtsperioden seit Begründung der Hedgebeziehung. Im Rahmen des prospektiven Effektivitätstests werden Fair Values bis zum Ende der Laufzeit der Grund- und Sicherungsgeschäfte auf der Grundlage von Marktdatenszenarien (+100 Basispunkte-Shift) ermittelt oder ein sogenannter Critical Term Match durchgeführt.

Die Auflösung des Hedge Adjustments bei Ineffektivität oder Auflösung der Sicherungsbeziehung erfolgt linear. Bei Wegfall des Grundgeschäfts wird das Hedge Adjustment erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Makro Cashflow Hedge Accounting

Im Rahmen eines Makro Cashflow Hedges sichert der Konzern die Schwankung von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/Passivsteuerung mittels Zinsswaps. Im Berichtszeitraum waren Zahlungsströme mit Laufzeiten von 1 Monat bis zu 20 Jahren abgesichert.

Alle hierfür eingesetzten und designierten Zinsderivate werden als positive beziehungsweise negative Marktwerte aus Sicherungsinstrumenten ausgewiesen und zum Fair Value bilanziert. Deren kumulierte Wertänderungen werden im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage aus Cashflow Hedges erfasst. Sofern im Rahmen des Effektivitätsnachweises eine Ineffektivität ermittelt wird, wird diese erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Für die gesicherten Grundgeschäfte ändern sich die allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht.

Der Effektivitätsnachweis der Makro Cashflow Hedges erfolgt auf Basis der Change-in-Fair-Value-of-Cashflows-Methode. Beim prospektiven Test erfolgt die Gegenüberstellung der erwarteten Cashflows aus dem Sicherungsgeschäft und dem Grundgeschäft für die entsprechenden Laufzeitbänder. Retrospektiv wird die Einhaltung der 80 – 125 %-Bandbreite mittels der Hedge-Ratio aus den tatsächlichen Cashflows aus Sicherungs- und Grundgeschäften überprüft.

Der Konzern wendet kein Hedge Accounting auf zukünftige beziehungsweise geplante Transaktionen an.

8.7 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Finanzinstrumente

Diese Bilanzposition unterteilt sich zum einen in Finanzinstrumente der Handelskategorie (Held for Trading) – hierzu zählen die finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen, welche zu Handelszwecken im Bestand sind, sowie derivative Finanzinstrumente des Nichthandelsbuchs – und zum anderen in Finanzinstrumente, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option). Derivate beziehungsweise derivative Finanzinstrumente in dieser Kategorie mit positiven Marktwerten werden als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen, solche mit negativen Marktwerten als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen dargestellt.

Derivate, die im Rahmen des bilanziellen Hedge Accountings als Sicherungsgeschäfte eingesetzt werden, werden gesondert als positive und negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten ausgewiesen.

8.8 Finanzanlagen

Im Finanzanlagebestand werden alle nicht Handelszwecken dienenden beziehungsweise zum Fair Value designierten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an assoziierten Unternehmen (soweit nicht nach der Equity-Methode bewertet) sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen ausgewiesen. Diese sind grundsätzlich als AfS kategorisiert. Ferner enthalten die Finanzanlagen zum Bilanzstichtag beziehungsweise zum Umwidmungsstichtag nicht an einem aktiven Markt gehandelte Schuldverschreibungen und Asset-Backed-Securities (ABS-Papiere), die als LaR kategorisiert sind. Des Weiteren werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere als Finanzanlagen der Kategorie HtM ausgewiesen.

Die AfS-Bestände werden zum Fair Value bewertet. Die Erfassung der Wertänderungen bei nicht wertberichtigten AfS-Beständen erfolgt bis zur Veräußerung erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage. Sofern der Fair Value für Eigenkapitaltitel nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt. Schuldverschreibungen und ABS-Papiere werden – soweit als LaR oder HtM kategorisiert – zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Für alle enthaltenen Finanzinstrumente wird regelmäßig ein Impairmenttest zur Prüfung auf signifikante oder dauerhafte Wertminderungen durchgeführt. Für Eigenkapitaltitel der Kategorie AfS wird gemäß IAS 39.61 eine signifikante oder eine länger anhaltende Abnahme des beizulegenden Zeitwerts als objektiver Hinweis auf eine Wertminderung angesehen. Bei Fremdkapitaltiteln erfolgt neben einer qualitativen Untersuchung nach IAS 39.59 eine quantitative Untersuchung, ob eine signifikante oder eine länger anhaltende bonitätsinduzierte Abnahme des beizulegenden Zeitwerts vorliegt. Sofern eine entsprechende Wertminderung vorliegt, wird der Betrag der Wertminderung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bei Fremdkapitaltiteln wird eine Wertaufholung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ebenfalls im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Bei Eigenkapitaltiteln sind ergebniswirksame Wertaufholungen bei Wegfall des Abschreibungsgrundes nicht zulässig; sie werden stattdessen erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst und erst bei Veräußerung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst. Für Eigenkapitaltitel, die mit Anschaffungskosten bewertet werden, ist eine Wertaufholung generell unzulässig.

8.9 Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Der Konzern tätigt Transaktionen, bei denen finanzielle Vermögenswerte übertragen werden, diese jedoch weiterhin bilanziert, da alle wesentlichen mit diesem Vermögenswert verbundenen Chancen und Risiken zurückbehalten werden. Zu diesen Geschäften zählen echte Wertpapierpensionsgeschäfte sowie Wertpapierleihegeschäfte. Details hierzu werden in den sonstigen Erläuterungen (Note 61) ausgeführt.

8.10 Finanzgarantien

Finanzgarantien sind Verträge, bei denen die Bank als Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantienehmer für seinen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Zu den Finanzgarantien können Bankgarantien, Kreditbürgschaften und Akkreditive zählen.

Beim erstmaligen Ansatz werden die Finanzgarantien von der Bank mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Für Finanzgarantien, die im Rahmen einer marktgerechten Transaktion gegeben wurden, entspricht der beizulegende Zeitwert der Prämie für die Gewährung der Garantie (IAS 39.43 in Verbindung mit IAS 39.AG4(a)). Es wird die Nettomethode angewendet. Erfolgt die Prämienzahlung an den Garantiegeber verteilt über die Laufzeit der Finanzgarantie, wird diese mit null angesetzt und die jeweilige Prämienzahlung vereinnahmt. Bei Finanzgarantien gegen Einmalzahlung wird diese über die Gesamtlaufzeit der Finanzgarantie zeitanteilig abgegrenzt.

An den folgenden Stichtagen wird die Finanzgarantie mit dem höheren Wert aus der Bewertung gemäß IAS 37 und dem im Rahmen der Erstbewertung ermittelten Wert, der nach den Vorschriften von IAS 18 fortgeführt wurde, angesetzt.

9 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

Anteile, die nach der Equity-Methode bewertet werden, sind zunächst mit ihren Anschaffungskosten anzusetzen. Die Anschaffungskosten stellen damit den Buchwert bei Beteiligungszugang dar. In der Folge verändert sich der Buchwert entsprechend dem Anteil des Anteilseigners am Periodenergebnis des Beteiligungsunternehmens. Darüber hinaus verändern ergebnisneutrale Änderungen des Eigenkapitals des assoziierten beziehungsweise Gemeinschaftsunternehmens ergebnisneutral dessen Buchwert. Ausschüttungen des Beteiligungsunternehmens werden ergebnisneutral erfasst und verringern den Buchwert der Beteiligung.

Der Buchwert einer nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligung wird mindestens jährlich zum Ende eines Geschäftsjahres oder bei Vorliegen von Hinweisen auf eine Wertminderung einem Wertminderungstest unterzogen. Bei Vorliegen einer Wertminderung wird diese erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der Ausweis erfolgt im „Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen“ in einer separaten Zeile. Ebenso erfolgt dort der Ausweis von späteren Wertaufholungen.

Ergebnisse aus Transaktionen mit Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, werden anteilig eliminiert.

10 Immaterielle Vermögenswerte

Ein immaterieller Vermögenswert ist ein identifizierbarer, nicht monetärer Vermögenswert ohne physische Substanz, der für die Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke genutzt wird. Die immateriellen Vermögenswerte werden in erworbene und selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Zu den immateriellen Vermögenswerten zählen insbesondere Software, Rechte und Lizenzen sowie der Geschäfts- oder Firmenwert. Die Dauer der linearen Abschreibung für diese Vermögenswerte – mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte – beläuft sich auf 3 bis 5 Jahre.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren historischen Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt. Entfallen die Gründe für die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung, wird bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben. Zuschreibungen für Geschäfts- oder Firmenwerte werden nicht vorgenommen. Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden nur dann aktiviert, wenn die Bedingungen gemäß IAS 38.21 und IAS 38.57 kumulativ erfüllt sind.

11 Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt.

Die Bruttobuchwerte der Anschaffungskosten umfassen gemäß IAS 16.16 neben dem Anschaffungspreis insbesondere die Anschaffungsnebenkosten und Anschaffungspreisminderungen. Nachträgliche Anschaffungskosten werden gemäß IAS 16.12 ff. berücksichtigt.

Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Sachanlagen werden bis auf einen Erinnerungswert von 1 € linear abgeschrieben. Ergeben sich Anzeichen für über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehende Wertminderungen, werden Impairmenttests gemäß IAS 36 durchgeführt und erforderliche Wertminderungen ergebniswirksam erfasst. Entfallen die Gründe für die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung, wird bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Eigengenutzte Gebäude sowie sonstige Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume nach der Nutzungsart abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7 – 25 Jahre
Erworbene EDV-Anlagen	3 – 8 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags, wobei Restwerte berücksichtigt werden. Die Bank tritt dabei als Leasingnehmer auf.

Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Der Ausweis von Abschreibungen und Wertminderungen erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen.

12 Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- oder Firmenwert

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte einschließlich Geschäfts- oder Firmenwerten werden an jedem Bilanzstichtag einem Impairmenttest unterzogen, um festzustellen, ob eine Wertminderung (Impairment) vorliegt. Werden Anhaltspunkte für eine Wertminderung identifiziert, wird der erzielbare Betrag des Vermögenswerts ermittelt, um die Höhe des entsprechenden Wertminderungsaufwands zu bestimmen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und dem Nutzungswert eines Vermögenswerts.

Im Rahmen der Ermittlung der Wertminderung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten werden Schätzungen vorgenommen, die sich unter anderem auf Ursache, Zeitpunkt und Höhe der Wertminderung beziehen. Die Identifizierung von Anhaltspunkten, die auf eine Wertminderung hindeuten, die Schätzung von künftigen Cashflows sowie die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten (oder von Gruppen von Vermögenswerten) sind mit wesentlichen Einschätzungen verbunden, die das Management hinsichtlich der Identifizierung und Überprüfung von Anzeichen für eine Wertminderung, der erwarteten Cashflows, der zutreffenden Abzinsungssätze, der jeweiligen Nutzungsdauern sowie der Restwerte zu treffen hat.

Eine Wertminderung basiert auf einer Vielzahl von Faktoren. Grundsätzlich werden Änderungen der gegenwärtigen Wettbewerbsbedingungen, Erwartungen bezüglich des Wachstums, Erhöhungen der Kapitalkosten, Änderungen der künftigen Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln, technologische Veralterung, die Einstellung von Dienstleistungen, aktuelle Wiederbeschaffungskosten und sonstige das Umfeld betreffende Änderungen, die auf eine Wertminderung hindeuten, berücksichtigt. Der erzielbare Betrag und die beizulegenden Zeitwerte werden in der Regel unter Anwendung der Discounted Cashflow-Methode ermittelt, in die angemessene Annahmen von Marktteilnehmern einfließen.

Bilanzierte Geschäfts- oder Firmenwerte werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern auf vorliegende Wertminderungen untersucht (Impairmenttest). Ein Impairmenttest wird jährlich zum Bilanzstichtag durchgeführt und zusätzlich immer dann, wenn Anzeichen für Wertminderungen vorliegen.

Der Konzern steuert und bewertet die Geschäfts- oder Firmenwerte auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (strategische Geschäftsfelder). Im Rahmen des Impairmenttests wird untersucht, ob der jeweilige Buchwert den erzielbaren Betrag (höherer Betrag aus Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten) übersteigt. Bei der Berechnung des erzielbaren Betrags wird der Nutzungswert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit ermittelt. Die Berechnung des Nutzungswerts erfolgt anhand der jeweils für den Impairmenttest-Stichtag gültigen, vom Management verabschiedeten Planungsrechnung des Konzerns (Management Approach).

Liegt der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts unter dessen Buchwert, wird dieser auf den erzielbaren Betrag abgeschrieben. Der Wertminderungsaufwand wird sofort ergebniswirksam erfasst; der Ausweis bei immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen (ohne Geschäfts- oder Firmenwerte) erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen, bei Geschäfts- oder Firmenwerten hingegen im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Soweit nach einem erfolgten Impairment in einer Folgeperiode Anhaltspunkte bestehen, dass der Grund für die Wertminderung entfallen ist oder nicht mehr in vollem Umfang besteht, erfolgt eine Wertaufholung. Eine Zuschreibung ist jedoch höchstens bis zu dem Betrag zulässig, der sich als Buchwert ergeben würde, wenn zuvor kein Impairment gebildet worden wäre. Die Zuschreibung wird erfolgswirksam erfasst und im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Eine Zuschreibung für den Geschäfts- oder Firmenwert wird nicht vorgenommen.

13 Investment Properties

Gemäß IAS 40 werden solche Immobilien als Investment Properties behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Es ist nicht Ziel, diese Immobilien zum Erbringen von Dienstleistungen oder für eigene Verwaltungszwecke zu nutzen. Zur Abgrenzung von Immobilien, die als Investment Properties gehalten werden, und Immobilien, die vom Eigentümer selbst genutzt werden, sind folgende Merkmale festgelegt worden:

Investment Properties erzeugen Cashflows, die weitgehend unabhängig von den anderen vom Unternehmen gehaltenen Vermögenswerten anfallen.

Gemischt genutzte Immobilien, deren Eigennutzung mehr als 5 % der Gesamtfläche beträgt, wurden als eigengenutzte Sachanlagen gemäß IAS 16 klassifiziert und ausgewiesen.

Immobilien, die im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs verkauft werden sollen (IAS 2), sind im Konzern nicht vorhanden. Investment Properties werden – gemäß dem sogenannten Cost Model – mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten in der Bilanz angesetzt und als eigenständiger Posten ausgewiesen. Hiervon werden die planmäßigen Abschreibungen auf Basis der linearen Abschreibungsmethode abgesetzt; die Abschreibung erfolgt bis zu einem Erinnerungswert von 1 €. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Sofern vereinbart, werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Wertminderungen werden vorgenommen, sofern sie über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehen. Entfallen die Gründe für die vorgenommene Wertminderung, wird höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Nachträglich angefallene Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit diese dem Unternehmen künftig wirtschaftlich zusätzlichen Nutzen bringen.

Alle Erträge und Aufwendungen, die aus Investment Properties resultieren, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Investment Properties werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Es bestehen keine Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich Nutzbarkeit oder Veräußerbarkeit von Investment Properties.

Bei der Bestimmung des Fair Value von als Investment Properties gehaltenen Immobilien wird auf öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige mit entsprechender Berufserfahrung zurückgegriffen, soweit dieses zur Fair Value-Bestimmung notwendig ist. Die Bestimmung des Fair Value erfolgt regelmäßig im Rahmen von Ertragswertermittlungen. Hierbei werden Annahmen bezüglich Bodenwert, Liegenschaftszinssatz, Restnutzungsdauer des Gebäudes, nachhaltiger Vermietbarkeit von Gebäudeflächen sowie des nachhaltigen Mietzinses getroffen. Soweit Daten aktueller Markttransaktionen für in Lage und Ausstattung vergleichbare Liegenschaften bekannt sind, werden diese bei der Fair Value-Bestimmung mit berücksichtigt.

14 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Vermögenswerte und Abgangsgruppen werden als „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen“ klassifiziert, wenn die Veräußerung – und nicht die fortgeführte Nutzung – im Vordergrund steht. Diese Voraussetzung wird erfüllt, wenn es gemäß IFRS 5.8 höchstwahrscheinlich ist, dass eine Veräußerung erfolgt und der langfristige Vermögenswert beziehungsweise die Abgangsgruppe in seinem beziehungsweise ihrem aktuellen Zustand zur sofortigen Veräußerung verfügbar ist.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und zur Veräußerung gehaltene Gruppen von Vermögenswerten (Abgangsgruppen) werden zum niedrigeren Wert aus dem Buchwert und dem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt. Die Veräußerungskosten werden, sofern die Veräußerung nach mehr als zwölf Monaten erwartet wird, mit ihrem Barwert berücksichtigt.

Umgliederungen und Anpassungen für vorangegangene Perioden werden für langfristige Vermögenswerte und für Abgangsgruppen nicht vorgenommen.

Die zur Veräußerung verfügbaren langfristigen Vermögenswerte und die langfristigen Vermögenswerte, die eine Abgangsgruppe bilden, werden ab dem Zeitpunkt der Umklassifizierung nicht mehr planmäßig abgeschrieben. Wertminderungen werden für diese Vermögenswerte grundsätzlich nur dann erfasst, wenn der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unterhalb des Buchwerts liegt. Im Fall einer späteren Erhöhung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten ist die zuvor erfasste Wertminderung rückgängig zu machen. Die Zuschreibung ist auf die zuvor für die betreffenden Vermögenswerte erfassten Wertminderungen begrenzt. Die zugeordneten Verbindlichkeiten sind mit den dafür anzusetzenden Zahlungsverpflichtungen bewertet.

Wertminderungsaufwendungen beziehungsweise Erträge aus Zuschreibungen auf langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die als zur Veräußerung verfügbar gehalten klassifiziert werden, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

15 Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige Verpflichtung hat, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von wirtschaftlich nutzbaren Ressourcen führt und zuverlässig geschätzt werden kann. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betraglichen Höhe ungewiss. Aufgrund der mit der Beurteilung verbundenen Unsicherheiten können die tatsächlichen Verpflichtungen gegebenenfalls von den ursprünglichen Schätzungen und damit von dem Rückstellungsbetrag abweichen. Zudem ist die Ermittlung von Rückstellungen für Steuern und Rechtsrisiken mit Schätzungen verbunden.

Es werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach den Vorschriften des IAS 19 gebildet.

Sonstige Rückstellungen werden gemäß IAS 37 für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur dann gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist.

Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr werden bei Erfassung mit konzerneinheitlich vorgegebenen Zinssätzen abgezinst und in den Folgeperioden ergebniswirksam aufgezinst.

Ansatz und Bewertung der Rückstellungen im Zusammenhang mit anhängigen Rechtsstreitigkeiten sind in erheblichem Umfang mit Einschätzungen durch den Konzern verbunden. So beruht die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit, dass ein anhängiges Verfahren Erfolg hat oder eine Verbindlichkeit entsteht, beziehungsweise die Quantifizierung der möglichen Höhe der Zahlungsverpflichtung auf der Einschätzung der jeweiligen Situation. Es erfolgen keine Angaben zu Rückstellungen, die aus allgemeinen Rechtsstreitigkeiten mit anderen Parteien resultieren, da durch die Publikation dieser Informationen die Ausgangssituation des Konzerns gegenüber den anderen Parteien im laufenden Prozess geschwächt werden könnte.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsrückstellungen beruht auf dem in IAS 19 vorgeschriebenen Anwartschafts-Barwertverfahren (Projected Unit Credit-Methode – PUC) für leistungsorientierte Altersversorgungspläne unter Berücksichtigung bestimmter demografischer und ökonomischer Rechnungsannahmen. Die bestandsspezifischen Bewertungsparameter berücksichtigen dabei das frühestmögliche Pensionsalter nach dem RVAGAnpG, soweit arbeitsvertraglich keine andere Vereinbarung getroffen wurde, eine altersabhängige Fluktuation sowie die Sterbe- und Invaliditätswahrscheinlichkeiten unter Verwendung der „Heubeck-Richttafeln 2005G“. Bei der Festlegung der ökonomischen Parameter werden neben dem Rechnungszins weitere unternehmensspezifische Trendannahmen zur Entwicklung der Gehälter und Renten und sonstige gesetzliche Rechengrößen (zum Beispiel Beitragsbemessungsgrenze in der Deutschen Rentenversicherung) beachtet.

Die erwartete langfristige Entwicklung des vorhandenen Planvermögens wird in Abhängigkeit der Fondsstruktur unter Berücksichtigung historischer Erfahrungswerte festgelegt.

16 Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden dem Konzern überlassene Kapitalbeträge bilanziert, die aufgrund des Rückforderungsrechts des jeweiligen Kapitalgebers als finanzielle Verpflichtung zu qualifizieren sind und eine temporäre Haftungsfunktion haben.

Das Nachrangkapital setzt sich aus Einlagen stiller Gesellschafter (§ 10 Abs. 4 KWG) und nachrangigen Verpflichtungen (§ 10 Abs. 5a KWG) zusammen. Die Bilanzierung des Nachrangkapitals erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Ein Teilbetrag in Höhe von 150 Mio. € wird freiwillig zum Fair Value bewertet (Fair Value-Option). Nachrangkapital, das in das Hedge Accounting einbezogen ist, wird um den Buchgewinn oder -verlust (Hedge Adjustment) angepasst, welcher dem abgesicherten Risiko zuzurechnen ist.

17 Eigenkapital

Zusammensetzung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital der Landesbank Berlin Holding AG besteht aus gezeichnetem Kapital (Grundkapital) in Form von Inhaberaktien sowie diversen Rücklagen.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Landesbank Berlin Holding AG besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 2,56 € je Aktie. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf 2.555 Mio. €. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Landesbank Berlin Holding AG nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

Eigene Aktien

Der Konzern hatte während des Geschäftsjahres keine eigenen Aktien im Bestand.

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen. Außerdem sind hier die Beträge, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen für Wandlungs- und Optionsrechte zum Erwerb von Anteilen erzielt wurden, enthalten.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen untergliedern sich in die gesetzliche Rücklage und die anderen Rücklagen. In der gesetzlichen Rücklage sind nach nationalem Recht zwingend zu bildende Rücklagen erfasst; die hier eingestellten Beträge unterliegen im Einzelabschluss der Holding einem Ausschüttungsverbot. Der Gesamtbetrag der in der Bilanz ausgewiesenen Gewinnrücklagen setzt sich zu 46 Mio. € (Vorjahr: 39 Mio. €) aus gesetzlichen Rücklagen (Aktiengesetz), zu –188 Mio. € (Vorjahr: –47 Mio. €) aus Rücklagen für Bewertung der Pensionen und zu 111 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €) aus anderen Gewinnrücklagen zusammen.

Rücklage aus Währungsumrechnung

Die Rücklage aus Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung von Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen.

Neubewertungsrücklagen

In die Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der AfS-Finanzanlagen, die sich aus zinstragenden und dividendenorientierten Wertpapieren sowie Beteiligungen zusammensetzen, sowie vereinzelt Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden zum Fair Value eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt nur, wenn der Vermögenswert veräußert beziehungsweise abgeschrieben worden ist. In diesem Eigenkapitalposten sind zudem die Bewertungseffekte aus Sicherungsinstrumenten zur Absicherung des Cashflows aus wirksamer Makro-Absicherung ausgewiesen.

In der Neubewertungsrücklage werden ferner latente Steuern erfasst, die ergebnisneutral ausgewiesen werden (zum Beispiel solche auf AfS-Finanzinstrumente und Sicherungsderivate aus Cashflow-Hedges).

Mindestkapitalanforderungen

Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns LBB Holding wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert und beträgt per 31. Dezember 2012 3.482 Mio. €; die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel betragen nach Feststellung 4.200 Mio. € per 31. Dezember 2012.

Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft mit deren Gesellschaftern der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und dem DSGV ö.K. (Kommanditist) im Jahr 2007 gehört die LBB aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe.

Der Konzern gibt regelmäßig eine Meldung nach der Solvabilitätsverordnung (SolV) ab. Auf Ebene der RVG-Gruppe wurde zum Jahresende eine Gesamtkennziffer in Höhe von 15,46% und eine Kernkapitalquote in Höhe von 13,20% ermittelt. Beide regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten wurden sowohl auf Konzernebene als auch auf Ebene der Einzelinstitute stets eingehalten.

Kapitalmanagement

Das Kapitalmanagement-Komitee koordiniert konzernweit Maßnahmen, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig sicherstellen. Ausführliche Darstellungen zum Kapitalmanagement finden sich im Abschnitt „Gesamtrisikosteuerung“ des Risikoberichts.

Dividendenzahlung

Im Jahr 2012 wurde keine Dividende ausgeschüttet.

18 Leasinggeschäft

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing (Finance Lease) klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. Alle anderen Leasingverhältnisse werden als „Operating Lease“ klassifiziert. Die Klassifizierung wird zu Beginn des Leasingverhältnisses vorgenommen.

Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

Bei Konzerngesellschaften, die das Operating Lease-Geschäft betreiben, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter Sachanlagen sowie unter Investment Properties ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen oder aufgrund von Wertminderungen erforderlichen Wertminderungsaufwendungen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Das wirtschaftliche Eigentum an den im Rahmen eines Operating Lease-Vertrags geleasten Anlagegütern verbleibt beim Leasinggeber.

Die gezahlten Leasingraten aus Operating Lease-Verhältnissen werden in voller Höhe als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwandsrealisierung erfolgt linear über die Vertragslaufzeit. Die Leasingraten werden wie Mietzahlungen auf einer planmäßigen, dem Verlauf des Nutzens entsprechenden Grundlage ermittelt und in der Gewinn- und Verlustrechnung im Verwaltungsaufwand erfasst.

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Zum Bilanzstichtag waren keine Finance Lease-Verträge vorhanden, bei denen der Konzern als Leasinggeber auftritt.

Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Im Rahmen von Finance Lease gehaltene Vermögenswerte werden als Vermögenswerte des Konzerns mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder mit den Barwerten der Mindestleasingzahlungen, falls diese niedriger sind, zu Beginn des Leasingverhältnisses erfasst. In der Bilanz werden sowohl der Vermögenswert (Leasingobjekt) als auch die Verpflichtung (Barwert der Mindestleasingzahlungen) ausgewiesen.

Der Ausweis des Leasingobjekts erfolgt in der Bilanz entweder unter Sachanlagen oder Investment Properties. Die Leasingverpflichtung wird im Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gebucht.

Die vom Konzern zu zahlenden Leasingraten werden in einen ergebnisneutralen Tilgungs- und einen ergebniswirksamen Zinsaufwandsanteil aufgeteilt. Dabei werden die Leasingzahlungen so auf die Zinsaufwendungen und die Verminderung der Leasingverbindlichkeit aufgeteilt, dass eine konstante Verzinsung der verbleibenden Verbindlichkeit erzielt wird. Zinsaufwendungen werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der in den Leasingraten enthaltene Tilgungsanteil wird von den Leasingverbindlichkeiten abgesetzt.

Die als Vermögenswerte ausgewiesenen Leasingobjekte werden wie selbst erworbene Vermögenswerte abgeschrieben. Der Ausweis der Abschreibungen erfolgt entsprechend dem nicht geleaster Sachanlagen beziehungsweise Investment Properties.

19 Ertragsteuern

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen Wertansätzen nach IFRS und Steuerwerten gebildet (bilanzorientiertes Vorgehen). Daraus resultieren voraussichtliche zukünftige Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorräte und Überhänge der aktiven latenten Steuern wurden in der Höhe angesetzt, in der sie mit hinreichender Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Planungszeitraums von fünf Jahren unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung realisiert werden können. Diese ist gegeben, wenn zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen entsteht; zur Beurteilung wird auf die jeweils aktuelle steuerliche Planungsrechnung der Gesellschaft zurückgegriffen. Für die Berechnung der zukünftigen Steueransprüche beziehungsweise Steuerverpflichtungen werden die zum Bilanzstichtag gültigen beziehungsweise zukünftig anzuwendenden und beschlossenen Steuersätze verwendet.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Aufwendungen und Erträge aus latenten Steuern zusammen mit den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen in dem Posten „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ ausgewiesen. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgt – in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Tatsächliche Ertragsteueransprüche resultieren aus Steuervorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern, soweit sie den laufenden, vom jeweiligen Unternehmen berechneten Steueraufwand für das betreffende Veranlagungsjahr überschreiten, und aus Erstattungsansprüchen gemäß ergangenen Steuerbescheiden. Steuerrückstellungen sind für voraussichtliche Steuerverpflichtungen unter Berücksichtigung der geleisteten Vorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern anhand des ermittelten steuerlichen Ergebnisses der Unternehmen beziehungsweise für bestehende Betriebsprüfungsrisiken gebildet worden.

In der Bilanz werden tatsächliche und latente Steueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen jeweils in einem separaten Posten ausgewiesen.

20 Außerbilanzielles Geschäft

Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung zur Basis haben, werden nach IFRS nicht bilanziert, sondern stellen außerbilanzielles Geschäft dar. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

Eventualschulden

Bei Eventualschulden handelt es sich um mögliche Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des Konzerns stehen, erst noch bestätigt wird. Hierzu gehören im Bankgeschäft unter anderem Verbindlichkeiten aus Bürgschaften sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Weiterhin zählen hierzu gegenwärtige Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

Provisionszahlungen aus obigen Sachverhalten sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

21 Zinsüberschuss

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Zinserträge			
Zinserträge aus Termin- und Sichteinlagen	160	235	-32
Zinserträge aus sonstigen Darlehen	634	675	-6
Zinserträge aus Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	545	583	-7
Zinserträge aus Kommunalkrediten	240	296	-19
Zinserträge aus Finanzanlagen	578	835	-31
Zinserträge aus Hedge Accounting	1.500	1.543	-3
Sonstige Zinserträge	109	119	-8
Summe Zinserträge	3.766	4.286	-12
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Termin- und Sichteinlagen	239	523	-54
Zinsaufwendungen für Spareinlagen	65	68	-4
Zinsaufwendungen für begebene Wertpapiere	288	318	-9
Zinsaufwendungen für verbrieftete Verbindlichkeiten	628	716	-12
Zinsaufwendungen für Nachrangkapital	72	31	> 100
Zinsaufwendungen für Hedge Accounting	1.497	1.530	-2
Sonstige Zinsaufwendungen	132	149	-11
Summe Zinsaufwendungen	2.921	3.335	-12
Zinsüberschuss	845	951	-11

Die Darstellung des Zinsüberschusses wurde einschließlich der entsprechenden Vorjahreszahlen angepasst, um ein detaillierteres Bild über die Ertragslage des Konzerns zu vermitteln.

Im Zinsüberschuss sind Zinserträge in Höhe von 3.580 Mio. € (Vorjahr: 4.072 Mio. €) und Zinsaufwendungen in Höhe von 2.466 Mio. € (Vorjahr: 2.859 Mio. €) enthalten, die nicht aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten resultieren.

In den Zinserträgen sind ferner Erträge aus wertberichtigten Finanzinstrumenten (Unwinding-Effekte) in Höhe von 43 Mio. € (Vorjahr: 50 Mio. €) enthalten. Die Unwinding-Effekte ergeben sich aus der Fortschreibung der Barwerte zum Bilanzstichtag bei unveränderter Erwartung der zukünftigen Zahlungsströme. Für die Barwertermittlung wird der ursprüngliche effektive Zinssatz des jeweiligen Finanzinstruments zugrunde gelegt.

22 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns wie folgt dar:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	130	163	-20
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	229	246	-7
Gesamt	99	83	19

Die Risikovorsorge resultiert hauptsächlich aus Forderungen der Kategorie „Loans and Receivables“.

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird durch die Struktur und die Qualität der Kreditportfolien sowie die gesamtwirtschaftlichen Einflussfaktoren bestimmt.

23 Provisionsüberschuss

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Provisionserträge			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	100	114	-12
Zahlungsverkehr / Kontoführung	103	103	0
Kreditgeschäft	44	48	-8
Kartengeschäft	164	143	15
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	11	12	-8
Sonstige Provisionserträge	12	12	0
Summe Provisionserträge	434	432	0
Provisionsaufwendungen			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	43	53	-19
Zahlungsverkehr / Kontoführung	10	9	11
Kreditgeschäft	10	11	-9
Kartengeschäft	93	78	19
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	8	8	0
Sonstige Provisionsaufwendungen	0	4	-100
Summe Provisionsaufwendungen	164	163	1
Provisionsüberschuss	270	269	0

Im Provisionsüberschuss sind Provisionserträge in Höhe von 302 Mio. € (Vorjahr: 283 Mio. €) und -aufwendungen in Höhe von 116 Mio. € (Vorjahr: 101 Mio. €) enthalten, die nicht aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten resultieren.

Die verbleibenden Provisionserträge und -aufwendungen betreffen im Wesentlichen andere Dienstleistungen.

Die Provisionserträge aus Treuhandgeschäften betragen 0 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) und sind in den sonstigen Provisionserträgen enthalten. Provisionsaufwendungen aus Treuhandgeschäften sind weder 2012 noch 2011 angefallen.

24 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	118	12	> 100
Ergebnis aus als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivaten	-121	-14	< -100
Gesamt	-3	-2	-50

Bei dem Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen handelt es sich um eine Nettoposition von Bewertungsergebnissen aus Grund- und Sicherungsgeschäften in Mikro Fair Value-Hedges, soweit diese gemäß IAS 39 die Kriterien des Hedge Accounting erfüllen.

25 Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

Das Ergebnis aus der erfolgswirksamen Fair Value-Bewertung unterteilt sich in:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Ergebnis aus Finanzinstrumenten			
klassifiziert als Handel (Held for Trading)	360	91	> 100
designiert zum Fair Value (Fair Value-Option)	-139	-107	-30
Gesamt	221	-16	> 100

Die Teilergebnisse setzen sich aus folgenden Kategorien zusammen:

Ergebnis der Handelskategorie (HfT)

Das Ergebnis der Handelskategorie (HfT) setzt sich zusammen aus Ergebnisbeiträgen der Wertpapiere und Derivate des Handelsbuchs sowie der Derivate des Nichthandelsbuchs. Es enthält – neben Bewertungs- und Veräußerungseffekten – auch Zinserträge und -aufwendungen, Provisionserträge und -aufwendungen sowie Dividenderträge.

Aus Makro Cashflow-Hedges fiel wie im Vorjahr kein als ineffektiv zu bezeichnender Anteil an der Wertänderung der Sicherungsderivate an.

Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Bewertungsergebnis aus Aktiva	203	–29	> 100
Bewertungsergebnis aus Passiva	–342	–78	< –100
Gesamt	–139	–107	–30

Im Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) sind Bewertungs- und Veräußerungseffekte enthalten.

26 Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse des Finanzanlagebestands ausgewiesen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen			
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	21	78	–73
Aufwendungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	90	9	> 100
Summe Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen	–69	69	< –100
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen			
Erträge aus Zuschreibungen zu Finanzanlagen	35	1	> 100
Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen	15	233	–94
Summe Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen	20	–232	> 100
Gesamt	–49	–163	70

Vom Ergebnis aus Finanzanlagen entfallen 9 Mio. € (Vorjahr: 56 Mio. €) auf Finanzanlagen der Kategorie AfS und –58 Mio. € (Vorjahr: –219 Mio. €) auf solche der Kategorie LaR.

Von den Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen entfallen 11 Mio. € (Vorjahr: 230 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LaR), 4 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere fest- sowie einzelne unverzinsliche Wertpapiere (AfS).

Nettoergebnis nach Kategorien

Für Finanzinstrumente wird ein sogenanntes „Nettoergebnis“ je Kategorie ermittelt. Das Nettoergebnis umfasst zum einen Ergebniseffekte aus der Bewertung (also Wertberichtigungen – erfasst als Risikovorsorge – sowie Wertminderungen und -aufholungen) einschließlich Bewertungen aus Hedge Accounting und zum anderen Ergebniseffekte aus Veräußerungen. Die Ergebnisse stellen sich wie folgt dar:

Das Nettoergebnis der Kategorie LaR beläuft sich auf –2 Mio. € (Vorjahr: –90 Mio. €). Es umfasst den auf LaR-Instrumente entfallenden Teil des Ergebnisses aus Finanzanlagen, die gebildete (oder aufgelöste) Risikovorsorge, Bewertungseffekte von gesicherten LaR-Grundgeschäften im Rahmen des Hedge Accounting sowie einen Teil des Ergebnisses aus verkauften Forderungen, der im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten ist.

Das Nettoergebnis der Kategorie AfS setzt sich aus dem AfS-Anteil am Ergebnis aus Finanzanlagen und aus Bewertungseffekten von gesicherten AfS-Grundgeschäften zusammen und beträgt 300 Mio. € (Vorjahr: 394 Mio. €). Enthalten sind 9 Mio. € (Vorjahr: 56 Mio. €), die der Neubewertungsrücklage (AfS) entnommen und erfolgswirksam erfasst wurden. Ferner wurden 551 Mio. € (Vorjahr: –134 Mio. €) erfolgsneutral direkt in diese Rücklage eingestellt. Nach Berücksichtigung latenter Steuern ergibt sich ein Gesamteffekt auf die Neubewertungsrücklage von 402 Mio. € (ohne Anteile Dritter).

Das Nettoergebnis der Kategorie OL umfasst Ergebniseffekte aus dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe sowie Bewertungseffekte von gesicherten OL-Grundgeschäften und beläuft sich auf –329 Mio. € (Vorjahr: –493 Mio. €).

27 Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen

Dieser Posten setzt sich aus den Ergebnissen von assoziierten Unternehmen sowie Fonds, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Bewertungsergebnis	2	–9	> 100
Laufendes Ergebnis	0	2	–100
Wertminderung Beteiligungsansatz	–27	–17	–59
Gesamt	–25	–24	–4

28 Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	10	3	> 100
Ergebnis aus Investment Properties	4	17	–76
Ergebnis aus Schuldscheindarlehen	10	45	–78
Umsatzerlöse der Nicht-Kreditinstitute	16	14	14
IT-Erträge	2	2	0
Entkonsolidierungserfolge	–39	–1	< –100
Sonstige Steueraufwendungen	1	–4	> 100
Übriges sonstiges betriebliches Ergebnis	2	37	–95
Gesamt	4	121	–97

Das Ergebnis aus Schuldscheindarlehen enthält Ergebnisse aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen der Kategorie LaR und dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen.

Die Position sonstige Steueraufwendungen beinhaltet Substanz- und Verkehrssteuern.

Das übrige sonstige betriebliche Ergebnis umfasst Posten, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können.

Der Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

Im übrigen sonstigen betrieblichen Ergebnis sind Erträge aus Operating Lease-Verhältnissen enthalten. Die künftigen Mindestleasingzahlungen betreffen Mieteinnahmen aus Grundstücken und Gebäuden.

Der Bruttobuchwert der im Rahmen von Operating Lease zur Verfügung gestellten Gegenstände beträgt 30 Mio. € (Vorjahr: 29 Mio. €).

Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Restlaufzeiten			
bis ein Jahr	2	1	100
über ein Jahr bis fünf Jahre	2	2	0
Gesamt	4	3	33

29 Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich aus Personalaufwendungen, Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- oder Firmenwert) sowie anderen Verwaltungsaufwendungen zusammen. Die Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Personalaufwendungen	538	516	4
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	63	65	-3
Andere Verwaltungsaufwendungen	396	401	-1
Gesamt	997	982	2

Personalaufwendungen

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Löhne und Gehälter	405	381	6
Soziale Abgaben	60	60	0
Aufwendungen für Unterstützung und für Altersversorgung	73	75	-3
Gesamt	538	516	4

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- oder Firmenwert)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Abschreibungen auf Sachanlagen			
Planmäßige Abschreibungen	36	37	-3
Wertminderungen	1	2	-50
Summe Abschreibungen auf Sachanlagen	37	39	-5
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte			
Planmäßige Abschreibungen	26	26	0
Wertminderungen	0	0	0
Summe Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	26	26	0
Gesamt	63	65	-3

Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Gebäude- und Raumkosten	68	67	1
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4	4	0
IT-Aufwendungen	162	157	3
Werbung und Marketing	26	29	-10
Geschäftsbetriebskosten	67	67	0
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	53	59	-10
Personalabhängige Sachkosten	14	16	-13
Sonstige	2	2	0
Gesamt	396	401	-1

Das im Geschäftsjahr 2012 erfasste Abschlussprüferhonorar gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
für Abschlussprüfungsleistungen	3	3	0
für andere Bestätigungsleistungen	1	2	-50
für sonstige Leistungen	1	1	0
Gesamt	5	6	-17

Die Abschlussprüferhonorare wurden per 31. Dezember 2012 gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB dargestellt. Die Angaben umfassen die Darstellung der Abschlussprüferhonorare für alle in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen unter Ausübung des Wahlrechts gemäß § 285 Nr. 17 HGB. Aufgrund der nachträglich festgestellten Unterdotierung der Abgrenzungen für den Abschluss per 31. Dezember 2011 wurden im Berichtsjahr für die Abschlussprüfungsleistungen 0,2 Mio. € und für andere Beratungsleistungen 0,1 Mio. € Aufwendungen erfasst. Die Darstellung per 31. Dezember 2012 erfolgte jeweils ohne Berücksichtigung der Umsatzsteuer (IDW RS HFA 36).

Der Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Operating Lease-Verhältnisse betreffen im Wesentlichen Geschäftsfilialen sowie IT-Systeme. Ein Teil der Leasingzahlungen für Geschäftsfilialen wird in Abhängigkeit vom allgemeinen Mietindex gezahlt, für IT-Systeme in Abhängigkeit von der Nutzung. Ferner bestehen Verlängerungsoptionen für diese Mietverträge.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen, aufgrund von unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen, gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Restlaufzeiten			
bis ein Jahr	23	22	5
über ein Jahr bis fünf Jahre	52	53	-2
über fünf Jahre	14	15	-7
Gesamt	89	90	-1

Die Summe der erwarteten künftigen Mindestzahlungen aus unkündbaren Untermietverhältnissen beträgt 0 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €).

Die Mindestleasingzahlungen des Geschäftsjahres betragen 27 Mio. € (Vorjahr: 27 Mio. €), die bedingten Mietzahlungen betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €); aus Untermietverhältnissen fielen im Jahr 2012 und im Vorjahr keine Zahlungen an.

30 Saldo aus Restrukturierung

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Restrukturierungserträge	0	0	0
Restrukturierungsaufwendungen	29	0	x
Gesamt	-29	0	x

Im Zusammenhang mit dem Abbau von Risikoaktiva sowie für Aufwendungen für die Komplexitätsreduktion in den Niederlassungen London und Luxemburg sowie bei der Berlin Hyp wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 29 Mio. € zugeführt. Diese beinhalten insbesondere Personalkosten. Der Standort London soll bis zum September 2013 und der Standort Luxemburg bis Mitte 2014 geschlossen werden.

31 Aufwand aus Bankenabgabe

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Aufwand Bankenabgabe	21	30	-30
Gesamt	21	30	-30

Der Aufwand aus Bankenabgabe beinhaltet den am 30. September 2012 fällig gewordenen Jahresbeitrag zum Restrukturierungsfonds der beitragspflichtigen Unternehmen des Konzerns, für die Landesbank Berlin AG sowohl den Mindestbeitrag als auch einen Nacherhebungsbeitrag.

32 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Konzern Landesbank Berlin Holding besteht aus einem steuerlichen Organkreis sowie Unternehmen, die diesem Organkreis nicht angehören.

Unsere ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert. Die an die Landesbank Berlin AG fließenden Dividenden bleiben in Deutschland im Wesentlichen steuerfrei. Die Gewinne der ausländischen Niederlassungen sind in Deutschland vollständig steuerfrei.

Die Ertragsteueraufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	15	5	> 100
Latente Steuern	3	115	-97
Gesamt	18	120	-85

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem rechnerischen und dem ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern dar:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
Ergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS	117	41
Konzernertragsteuersatz	30,175 %	30,175 %
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	35	12
1. Steuerfreie Erträge	-6	-10
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	40	21
3. Abweichende Gewerbesteuerbemessungsgrundlage	3	2
4. Steuersatzabweichungen	-3	0
5. Aperiodische Effekte latente Steuern	-42	99
6. Nicht abzugsfähige Ertrag- oder Quellensteuer	1	1
7. Aperiodische Effekte tatsächliche Steuern	-10	-5
8. Sonstiges	0	0
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand / Steuerertrag (-)	18	120
Effektiver Steuersatz	15,4 %	292,7 %

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte Konzernertragsteuersatz in Höhe von 30,175 % setzt sich zusammen aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem Steuersatz für die Gewerbesteuer von 14,35 %. Da die Konzerngesellschaften im Wesentlichen ihren Sitz in Berlin haben, wurde für die Berechnung der Gewerbesteuer der Berliner Hebesatz zugrunde gelegt (410 %).

Für die Berechnung der latenten Steuern sind dagegen die Ertragsteuersätze der jeweiligen Gesellschaft zugrunde gelegt worden. Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren im Wesentlichen aus nach § 8b Abs. 1 und 2 KStG steuerfreien Erträgen.

Die Mehrbelastungen aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen umfassen wie im Vorjahr unter anderem die nicht abzugsfähigen Aufwendungen für die Bankenabgabe und für die Avalprovisionen, die aufgrund der mit der DetV übernommenen Risikoabschirmung zu leisten sind. Weitere Effekte ergeben sich aus nach § 8b Abs. 3 KStG nicht abzugsfähigen Aufwendungen.

Die Steuersätze der ausländischen Einheiten betragen zwischen 12 % und 30 %. Bei einer inländischen Konzerngesellschaft liegt die Soll-Steuerquote aufgrund höherer Gewerbesteuerhebesätze über dem Konzernsteuersatz von 30,175 %. Der Steuereffekt, der sich aufgrund der Unterschiede zum Konzernsteuersatz ergibt, wird in der Überleitungsrechnung unter Steuersatzabweichungen dargestellt.

Durch die Nutzung von Verlustvorträgen wurden insgesamt aktive latente Steuern in Höhe von 55 Mio. € (Vorjahr: 24 Mio. €) verbraucht. Davon entfielen 19 Mio. € auf Auslandsstandorte. In Höhe von 36 Mio. € wurde dieser Verbrauch durch Neubildung aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge in der LBBH und in der netbank kompensiert. Der entsprechende Betrag wird in der Position „Aperiodische Effekte latente Steuern“ ausgewiesen. Darüber hinaus zeigt dieser Posten Erträge aus der zusätzlichen Bildung aktiver latenter Steuern auf bisher nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge aufgrund der aktuellen Mittelfristplanung (7 Mio. €). Dem standen Auflösungen von aktiven latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge bei der Niederlassung London und der Niederlassung Luxemburg aufgrund ihrer geplanten Schließung gegenüber (insgesamt 10 Mio. €). Der restliche Betrag entfällt ganz überwiegend auf die Anpassung der aktiven latenten Steuern auf temporäre Differenzen (-9 Mio. €).

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 611 Mio. € (darunter ausländische Verlustvorträge von 1 Mio. €) (Vorjahr: 697 Mio. €, davon ausländische 112 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 668 Mio. € (Vorjahr: 648 Mio. €) wurden insgesamt 193 Mio. € an aktiven latenten Steuern (Vorjahr: 215 Mio. €) angesetzt.

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verluste in Höhe von 2.431 Mio. € (Vorjahr: 2.583 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 2.375 Mio. € (Vorjahr: 2.517 Mio. €) wurden keine latenten Steuern angesetzt. Die Verlustvorträge sind jeweils zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Die Prüfung der Ansatzfähigkeit und der Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge sowie abzugsfähige temporäre Differenzen erfolgt auf der Grundlage einer Planungsrechnung des künftig zu versteuernden Einkommens. Diese Planungsrechnung berücksichtigt außerbilanzielle steuerliche Kürzungs- und Hinzurechnungsvorschriften (insbesondere § 8b KStG, die Besteuerung der Betriebsstättenergebnisse allein in den Quellenstaaten und § 8 GewStG). Die im Konzern der Holding bilanzierten aktiven latenten Steuern sind dabei durch zukünftige positive steuerliche Ergebnisse gedeckt.

Der Bestand an latenten Steuern auf die Neubewertungsrücklage beträgt -31 Mio. € (Vorjahr: 106 Mio. €). Dieser entfällt mit -82 Mio. € (Vorjahr: 59 Mio. €) auf die AfS-Rücklage und mit 51 Mio. € (Vorjahr: 47 Mio. €) auf die Rücklage für Cashflow-Hedges.

Auf die Rücklage für Pensionen wurden erfolgsneutral aktive latente Steuern in Höhe von 81 Mio. € (Vorjahr: 20 Mio. €) gebildet. Die temporären Unterschiede gemäß IAS 12.81 (f), auf die keine latenten Steuerschulden bilanziert wurden, liegen wie im Vorjahr unter 1 Mio. €.

Das Körperschaftsteuerguthaben gemäß § 37 Abs. 2 KStG beträgt 1,7 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €). Im Zeitraum bis 2017 wird der Restbetrag in fünf gleichen Jahresbeträgen ausgezahlt werden.

Angaben zur Bilanz (Notes)

33 Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Kassenbestand	529	388	36
Guthaben bei Zentralnotenbanken	265	595	-55
Gesamt	794	983	-19

Alle Vermögenswerte sind wie im Vorjahr kurzfristig verfügbar.

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 265 Mio. € (Vorjahr: 589 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

34 Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	9.211	11.113	-17
täglich fällig	1.433	2.045	-30
bis drei Monate	2.379	3.876	-39
über drei Monate bis ein Jahr	5.399	5.189	4
über ein Jahr bis fünf Jahre	0	3	-100
Darlehen	3.913	2.997	31
bis drei Monate	392	372	5
über drei Monate bis ein Jahr	897	761	18
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.936	1.540	26
über fünf Jahre	688	324	>100
Schuldscheindarlehen	790	914	-14
bis drei Monate	30	12	>100
über drei Monate bis ein Jahr	51	191	-73
über ein Jahr bis fünf Jahre	609	611	0
über fünf Jahre	100	100	0
Kommunalkredite	865	1.401	-38
bis drei Monate	206	36	>100
über drei Monate bis ein Jahr	41	92	-55
über ein Jahr bis fünf Jahre	559	911	-39
über fünf Jahre	59	362	-84
Andere Forderungen	33	295	-89
täglich fällig	10	54	-81
bis drei Monate	1	213	-100
über drei Monate bis ein Jahr	3	3	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	19	17	12
über fünf Jahre	0	8	-100
Gesamt LaR	14.812	16.720	-11
Gesamt	14.812	16.720	-11

Hierin sind Forderungen an Kreditinstitute im Inland in Höhe von 14.444 Mio. € (Vorjahr: 16.455 Mio. €) und Forderungen an Kreditinstitute im Ausland in Höhe von 368 Mio. € (Vorjahr: 265 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz der Gesellschaften.

Für Forderungen an Kreditinstitute bestanden zum 31. Dezember 2012 Wertberichtigungen in Höhe von 15 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €).

35 Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	1.805	2.056	-12
täglich fällig	1.086	1.126	-4
bis drei Monate	260	320	-19
über drei Monate bis ein Jahr	436	588	-26
über ein Jahr bis fünf Jahre	19	18	6
über fünf Jahre	4	4	0
Darlehen	5.745	6.287	-9
bis drei Monate	466	438	6
über drei Monate bis ein Jahr	914	981	-7
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.512	2.718	-8
über fünf Jahre	1.853	2.150	-14
Schuldscheindarlehen	1.187	1.237	-4
bis drei Monate	8	39	-79
über drei Monate bis ein Jahr	113	82	38
über ein Jahr bis fünf Jahre	652	646	1
über fünf Jahre	414	470	-12
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	17.635	18.207	-3
bis drei Monate	1.877	2.444	-23
über drei Monate bis ein Jahr	2.385	2.018	18
über ein Jahr bis fünf Jahre	10.123	9.138	11
über fünf Jahre	3.250	4.607	-29
Grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen	5.979	5.911	1
bis drei Monate	378	267	42
über drei Monate bis ein Jahr	403	552	-27
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.184	1.903	15
über fünf Jahre	3.014	3.189	-5
Kommunalkredite	10.792	12.556	-14
bis drei Monate	1.541	1.406	10
über drei Monate bis ein Jahr	494	1.056	-53
über ein Jahr bis fünf Jahre	6.162	6.938	-11
über fünf Jahre	2.595	3.156	-18
Andere Forderungen	1.139	1.101	3
täglich fällig	928	787	18
bis drei Monate	9	114	-92
über drei Monate bis ein Jahr	102	21	>100
über ein Jahr bis fünf Jahre	70	147	-52
über fünf Jahre	30	32	-6
Gesamt LaR	44.282	47.355	-6
AfS			
Kommunalkredite	435	455	-4
bis drei Monate	125	14	>100
über drei Monate bis ein Jahr	13	6	>100
über ein Jahr bis fünf Jahre	222	332	-33
über fünf Jahre	75	103	-27
Gesamt AfS	435	455	-4
Gesamt	44.717	47.810	-6

Hierin sind Forderungen an Kunden im Inland in Höhe von 44.202 Mio. € (Vorjahr: 47.080 Mio. €) und Forderungen an Kunden im Ausland in Höhe von 515 Mio. € (Vorjahr: 730 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz der Gesellschaft.

Für Forderungen an Kunden bestanden zum 31. Dezember 2012 Wertberichtigungen in Höhe von 865 Mio. € (Vorjahr: 973 Mio. €).

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Forderungen gegenüber Kunden aus geschlossenen Leasingvereinbarungen, in denen der Konzern als Leasinggeber fungiert (Finance Lease), bestehen derzeit nicht.

36 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge wurde gebildet für folgende Forderungen (hauptsächlich in der Kategorie Loans and Receivables):

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	-15	-15	0
Forderungen an Kunden	-865	-973	11
Gesamt	-880	-988	11

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Risikovorsorge	-880	-988	11
zuzüglich Rückstellungen	-12	-15	20
Gesamt	-892	-1.003	11

Als Altkredite werden Kredite bezeichnet, die die LBB im Rahmen der Währungsunion übernommen hat. Die erforderliche Risikovorsorge für diese Kredite wurde im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 ermittelt und als Ausgleichsforderung zugeteilt. Die Verwaltung der Kredite erfolgt weiterhin durch die LBB. Da die Risikovorsorge nicht über die eigene Gewinn- und Verlustrechnung, sondern zulasten der Ausgleichsforderungen gebildet wird, stehen die Eingänge auf diese wertberechtigten Kredite nicht der LBB, sondern dem Bund (Ausgleichsfonds Währungsumstellung) zu und sind entsprechend abzuführen.

Im Geschäftsjahr haben sich der Bestand der aktivisch ausgewiesenen Risikovorsorge sowie der Bestand der Rückstellungen wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Einzelwertberichtigung				Pauschalierte Einzelwertberichtigung		Portfoliowertberichtigung	
	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		2012	2011	2012	2011
	2012	2011	2012	2011				
Stand 1.1. vor Konsolidierungskreisänderung	4	34	640	671	228	214	88	110
Konsolidierungskreisänderung								
Stand 1.1.	4	34	640	671	228	214	88	110
Zuführungen	1	1	118	171	68	31	4	
Abgänge								
Inanspruchnahmen		39	173	86	8	4		
Auflösungen		2	72	77	3	6		18
Unwinding			37	43	6	7		
Wechselkursänderungen / Umbuchungen		10	6	4				-4
Stand 31.12.	5	4	482	640	279	228	92	88
Stand 31.12. nach Forderungsarten:								
LaR								
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken			153	243				
Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen			9	37				
Kommunalkredite								
Sonstige	5	4	320	360				

Altkredite		Rückstellungen Kreditgeschäft		Länderrisiko		Gesamt		davon GuV-wirksam		
2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	
16	21	15	13	12	8	1.003	1.071			
						0	0			
16	21	15	13	12	8	1.003	1.071			
		4	6	3	7	198	216	198	216	
6	5	2	1			189	135			
		5	5	3	3	83	111	83	111	
						43	50	43	50	
			2			6	12			
10	16	12	15	12	12	892	1.003	72	55	
								Direktabschreibungen	31	30
								Eingang auf abgeschriebene Forderungen ¹⁾	47	52
								Summe	56	33
								davon		
								GuV-wirksam Risikovorsorge	99	83
								GuV-wirksam Zinsertrag (unwinding)	43	50

¹⁾ darin enthalten Zuschreibungen aus Wertaufholung in Höhe von 32 Mio. € (Vorjahr: 33 Mio. €)

37 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem positiven Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Positive Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	1.472	1.283	15
Positive Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	488	375	30
Gesamt	1.960	1.658	18

Von den positiven Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten sind 1.899 Mio. € langfristig (Vorjahr: 1.545 Mio. €).

38 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind Handelsaktiva und Derivate des Nichthandelsbuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO) enthalten.

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Handelsaktiva (Held for Trading)	13.212	12.857	3
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (Fair Value-Option)	4.844	5.380	-10
Gesamt	18.056	18.237	-1

Handelsaktiva (HfT)

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
HfT			
Finanzanlagen	376	885	-58
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	293	418	-30
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	83	467	-82
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	9.111	8.512	7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Nichthandelsbuchs	3.725	3.460	8
Gesamt	13.212	12.857	3

Gliederung der Handelsaktiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
HfT										
Finanzanlagen	1	35	7	141	151	187	217	522	376	885
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1	35	7	141	151	181	134	61	293	418
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	0	6	83	461	83	467
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	126	160	372	624	2.517	2.490	6.096	5.238	9.111	8.512
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Nichthandelsbuchs	166	104	158	112	2.086	1.761	1.315	1.483	3.725	3.460
Gesamt	293	299	537	877	4.754	4.438	7.628	7.243	13.212	12.857

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
FVO			
Forderungen an Kunden	45	46	-2
Schuldscheindarlehen	45	46	-2
Finanzanlagen	4.799	5.334	-10
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.763	5.300	-10
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	36	34	6
Gesamt	4.844	5.380	-10

Das maximale Ausfallrisiko der Forderungen an Kunden in der FVO zum 31. Dezember 2012 beträgt 45 Mio. € (Vorjahr: 46 Mio. €); Kreditderivate oder Ähnliches zu deren Absicherung bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Vermögenswerte (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
FVO										
Forderungen an Kunden	0	0	0	0	45	46	0	0	45	46
Schuldscheindarlehen	0	0	0	0	45	46	0	0	45	46
Finanzanlagen	146	147	511	483	3.662	4.028	480	676	4.799	5.334
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	146	147	511	483	3.658	4.025	448	645	4.763	5.300
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	4	3	32	31	36	34
Gesamt	146	147	511	483	3.707	4.074	480	676	4.844	5.380

Die auf eine Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die Forderungen an Kunden beläuft sich für das Jahr 2012 auf 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

Die kumulierten Wertänderungen betragen -1 Mio. € (Vorjahr: -2 Mio. €).

Für die Berechnung dieser Beträge wurden die Forderungen zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread, anschließend mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtags bewertet. Die Differenz dieser beiden Bewertungen entspricht der Zeitwertveränderung, die auf die Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist.

39 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
LaR	12.272	19.013	-35
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12.272	19.000	-35
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	13	-100
AfS	19.666	20.244	-3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	19.428	20.011	-3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	85	81	5
Beteiligungen	152	151	1
Verbundene Unternehmen	1	1	0
HTM	1.021	1.667	-39
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.021	1.667	-39
Gesamt	32.959	40.924	-19

Sie gliedern sich wie folgt nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
LaR										
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	774	2.033	1.070	3.442	7.171	9.274	3.257	4.251	12.272	19.000
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	13	0	0	0	0	0	0	0	13
AfS										
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.351	2.192	2.849	2.800	10.308	9.884	4.920	5.135	19.428	20.011
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	0	0	85	81	85	81
Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	152	151	152	151
Verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0	1	1	1	1
HTM										
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	90	333	115	315	336	523	480	496	1.021	1.667
Gesamt	2.215	4.571	4.034	6.557	17.815	19.681	8.895	10.115	32.959	40.924

Die Entwicklung der Beteiligungen und nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Beteiligungen		Verbundene Unternehmen	
	2012	2011	2012	2011
Buchwert 1.1.	151	99	1	1
Zugänge	2	66	0	0
Abgänge	1	14	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0
Buchwert 31.12.	152	151	1	1

Die Abgänge bei verbundenen Unternehmen beinhalten keine Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

Die nachfolgende Übersicht enthält zusammengefasste finanzielle Informationen der nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen und Joint Ventures:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	709	566	25
Summe der Verpflichtungen	681	547	24
Erträge	397	344	15
Jahresüberschuss /-fehlbetrag	6	7	-14

40 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Anteile an Kreditinstituten	271	233	16
Anteile an sonstigen Unternehmen	0	14	-100
Gesamt	271	247	10

In der nachfolgenden Tabelle werden finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen sowie Fonds, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	11.622	10.956	6
Summe der Verpflichtungen	10.730	10.190	5
Erträge	596	443	35
Jahresüberschuss /-fehlbetrag	23	-6	>100

41 Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Geschäfts- oder Firmenwerte	591	591	0
Sonstige selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	11	13	-15
Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte	75	81	-7
Gesamt	677	685	-1

Der Wert der aktivierten Entwicklungskosten beträgt 1 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €). Der nicht aktivierungsfähige Forschungsaufwand für selbst erstellte Software beträgt 2 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €).

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Geschäfts- oder Firmenwerte		Sonstige selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte		Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Buchwert 1.1.	591	591	13	12	81	78	685	681
Zugänge	0	0	1	4	17	26	18	30
Abgänge	0	0	0	0	0	0	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	3	3	23	23	26	26
Wertminderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Buchwert 31.12.	591	591	11	13	75	81	677	685

Der Bruttobuchwert der Geschäfts- oder Firmenwerte entspricht im Berichtsjahr und im Vorjahr jeweils dem Buchwert. Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Die sonstigen immateriellen Vermögenswerte beinhalten aktivierte Computersoftware, insbesondere im Rahmen von Systemanpassungen des Konzerns. Der Bruttobuchwert der sonstigen immateriellen Vermögenswerte beträgt 294 Mio. € (Vorjahr: 281 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 187 Mio. € und zum Ende der Periode auf 208 Mio. €.

Die aktivierten Geschäfts- oder Firmenwerte des Konzerns sind den folgenden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (strategische Geschäftsfelder) zugeordnet:

Geschäfts- und Firmenwerte	Zahlungsmittelgenerierende Einheiten				Gesamt
	Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft	
in Mio. €					
LBB Investment GmbH	0	0	0	23	23
Landesbank Berlin AG	377	70	100	0	547
netbank AG	21	0	0	0	21
Summe	398	70	100	23	591

Eine Änderung der oben dargestellten Zuordnung gegenüber dem Vorjahr ist nicht erfolgt.

Der Nutzungswert wurde auf Basis der diskontierten Zahlungsströme resultierend aus der fortgesetzten Nutzung der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten abgeleitet. Der Wertableitung unter Anwendung eines Dividend Discount Modells lagen insbesondere die folgenden Annahmen zugrunde:

- Die Zahlungsströme wurden auf Basis der aktuellen Ergebnisse und der 5-Jahres-Mittelfristplanung des Konzerns geplant.
- Für die Cashflows nach dem Ende des Planungszeitraums wird eine Wachstumsrate in Höhe von 1 % verwendet. Diese liegt deutlich unterhalb der bisherigen Wachstumsraten des deutschen Bruttoinlandsprodukts.
- Für die Bewertung je strategischem Geschäftsfeld wurde unterstellt, dass die Geschäftsfelder eine Thesaurierung oder Ausschüttung ihres Ergebnisses in der Höhe vornehmen, wie dies zum Erreichen des jeweils in der Mittelfristplanung vorgesehenen ökonomischen Kapitals je Segment erforderlich beziehungsweise möglich ist.
- Zur Bestimmung des Nutzungswerts eines jeden Geschäftsfelds wurden unterschiedliche Diskontierungszinssätze angewendet. Diese variieren aufgrund der Verwendung von geschäftsfeldspezifischen Peergroups. Der Anteil des (volatileren) Kapitalmarktgeschäfts ist geringer als bei den meisten börsennotierten Banken der verwendeten Peergroups. Der hohe Anteil an Privatkundengeschäft und Baufinanzierungen sowie der Fokus auf das Inland tragen zu einem stabilen und konservativen Geschäftsmodell bei. Aufgrund des Gesellschafterhintergrunds

und der Einbindung in die Sparkassenorganisation mit ihren Sicherungseinrichtungen (Institutssicherung) ist das Unternehmensrisiko der LBB geringer als bei den meisten börsennotierten Vergleichsunternehmen. Daher nehmen wir einen Korrekturabschlag in Höhe von jeweils 20 % vom jeweiligen geschäftsfeldspezifischen Beta vor. Daraus resultieren die folgenden differenzierten Abzinsungssätze:

- Private Kunden: 7,73 %
- Firmenkunden: 7,76 %
- Immobilienfinanzierung: 7,79 %
- Der Geschäfts- oder Firmenwert der LBB-INVEST wird auf Basis der aktuellen Ergebnisse und der 5-Jahres-Mittelfristplanung der Gesellschaft selbst einem Impairmenttest unterzogen. Der hier verwendete Diskontierungszinssatz beträgt 8,09 %; die Wachstumsrate für die Cashflows nach dem Ende des Planungszeitraums beträgt auch hier 1 %.
- Zur Ermittlung der oben genannten Diskontierungssätze wurde weiterhin die langfristige Zinsentwicklung eingearbeitet. Grundlage hierfür ist die nach der Svensson-Methode ermittelte Zinsstrukturkurve börsennotierter Bundeswertpapiere. Danach ergibt sich ein Basiszins in Höhe von 2,50 %.
- Für den Impairmenttest wird des Weiteren ein allgemeiner Risikozuschlag in Höhe von 5,5 % verwandt. Dieser wurde an die aktuelle Empfehlung des Fachausschusses für Unternehmensbewertung und Betriebswirtschaft (FAUB) angelehnt.

Die wesentlichen Bewertungsparameter stellen Einschätzungen des Managements hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen der Geschäftsfelder des Konzerns sowie des gesamtwirtschaftlichen Umfelds vor dem Hintergrund der Performance des Konzerns bis zum Bewertungszeitpunkt dar.

Sowohl der Diskontierungszinssatz als auch die langfristige Wachstumsrate wurden einem Sensitivitätstest unterzogen. Selbst bei einer Erhöhung des Kapitalisierungszinses um 200 Basispunkte bei gleichzeitiger Reduzierung der Wachstumsrate um 100 Basispunkte besteht kein Wertberichtigungsbedarf.

42 Sachanlagen

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Grundstücke und Gebäude	412	415	-1
Betriebs- und Geschäftsausstattung	105	113	-7
Gesamt	517	528	-2

Sachanlagen mit einem Nettobuchwert von 297 Mio. € (Vorjahr: 299 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Entwicklung der Sachanlagen stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Buchwert 1.1.	415	428	113	122	528	550
Zugänge	1	2	18	18	19	20
Abgänge	0	1	1	2	1	3
Umbuchungen	1	-1	-1	0	0	-1
Abschreibungen	12	12	24	25	36	37
Wertminderungen	1	2	0	0	1	2
Wertaufholungen	7	0	0	0	7	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	1	1	0	0	1	1
Buchwert 31.12.	412	415	105	113	517	528

Der Bruttobuchwert der selbst genutzten Grundstücke und Gebäude beträgt 641 Mio. € (Vorjahr: 620 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 206 Mio. € und zum Ende der Periode auf 229 Mio. €.

Der Bruttobuchwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 350 Mio. € (Vorjahr: 365 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 252 Mio. € und zum Ende der Periode auf 244 Mio. €.

43 Investment Properties

In dieser Position werden gemäß IAS 40 fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude ausgewiesen.

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Unbebaute Grundstücke	0	0	0
Bebaute Grundstücke und Gebäude	43	48	-10
Gesamt	43	48	-10

Investment Properties mit einem Nettobuchwert von 17 Mio. € (Vorjahr: 19 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Investment Properties haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Investment Properties	
	2012	2011
Buchwert 1.1.	48	59
Zugänge	0	0
Abgänge	1	0
Umbuchungen	-1	-17
Abschreibungen	2	2
Wertminderungen	1	0
Wertaufholungen	0	8
Buchwert 31.12.	43	48

Der Bruttobuchwert der Investment Properties beträgt 125 Mio. € (Vorjahr: 146 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 98 Mio. € und zum Ende der Periode auf 82 Mio. €.

Der Fair Value der in den Investment Properties enthaltenen Immobilien beträgt 44 Mio. € (Vorjahr: 48 Mio. €).

44 Ertragsteueransprüche

Die Ertragsteueransprüche gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	27	35	-23
Latente Steuern	600	668	-10
Gesamt	627	703	-11

Von den Ansprüchen auf tatsächliche Ertragsteuern sind 19 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €) langfristig.

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Außerdem werden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorräte angesetzt, sofern eine Realisierung hinreichend wahrscheinlich ist. Aktive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	130	21	> 100
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0
Finanzanlagen	4	76	-95
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	2	3	-33
Sonstige Aktiva	4	7	-43
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	135	43	> 100
Verbriefte Verbindlichkeiten	363	113	> 100
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	854	735	16
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten	592	744	-20
Rückstellungen	198	136	46
Nachrangkapital	41	99	-59
Sonstige Passiva	123	40	> 100
Verlustvorräte	193	215	-10
Zwischensumme	2.639	2.232	18
Saldierung mit passiven latenten Steuern	-2.039	-1.564	-30
Gesamt	600	668	-10

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

45 Sonstige Aktiva

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Forderungen aus gestellten Sicherheiten	3.484	3.482	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	38	40	-5
Rechnungsabgrenzung	7	13	-46
Sonstige Steuerforderungen (außer Ertragsteueransprüchen)	1	1	0
Übrige	215	84	> 100
Gesamt	3.745	3.620	3

Alle ausgewiesenen Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

46 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Grundstücke und Gebäude fremdgenutzt	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte	0	0	0
Abgangsgruppen	0	0	0
Gesamt	0	0	0

Im Jahr 2012 wurde ein fremdgenutztes Grundstück und Gebäude als zur Veräußerung gehalten klassifiziert und im Verlauf des Jahres verkauft; die Immobilie war dem Segment „Sonstiges“ zugeordnet. Darüber hinaus wurden 2012 keine weiteren Immobilien als veräußerbar klassifiziert.

Eine Beteiligung mit einem Buchwert von 1 €, die zum 31. Dezember 2011 zum Verkauf bestimmt war, wurde während des Jahres 2012 veräußert und war bis zu ihrer Veräußerung dem Segment „Sonstiges“ zugeordnet.

Die Veräußerung der entsprechend klassifizierten Vermögenswerte und Abgangsgruppen erfolgt aufgrund der von der Bank langfristig verfolgten Strategie, sich auf ihre Kerngeschäftsfelder zu konzentrieren.

Unter den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten bestand weder Abwertungs- noch Zuschreibungsbedarf.

47 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Termin- und Sichteinlagen	19.313	29.530	- 35
täglich fällig	400	1.357	- 71
bis drei Monate	16.951	26.321	- 36
über drei Monate bis ein Jahr	927	1.762	- 47
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.035	90	> 100
Begebene Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe	841	918	- 8
bis drei Monate	121	50	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	74	60	23
über ein Jahr bis fünf Jahre	333	423	- 21
über fünf Jahre	313	385	- 19
Begebene Schuldscheindarlehen	982	984	0
bis drei Monate	53	28	89
über drei Monate bis ein Jahr	67	50	34
über ein Jahr bis fünf Jahre	599	615	- 3
über fünf Jahre	263	291	- 10
Andere Verbindlichkeiten	1.099	1.154	- 5
täglich fällig	281	42	> 100
bis drei Monate	25	238	- 89
über drei Monate bis ein Jahr	205	65	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	239	421	- 43
über fünf Jahre	349	388	- 10
Gesamt	22.235	32.586	- 32

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Inland in Höhe von 21.410 Mio. € (Vorjahr: 31.511 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Ausland in Höhe von 825 Mio. € (Vorjahr: 1.075 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz der Gesellschaft.

Darüber hinaus sind 55 Mio. € (Vorjahr: 87 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

48 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Termin- und Sichteinlagen	20.620	20.116	3
täglich fällig	14.420	12.560	15
bis drei Monate	5.759	6.758	-15
über drei Monate bis ein Jahr	426	789	-46
über ein Jahr bis fünf Jahre	9	9	0
über fünf Jahre	6	0	x
Spareinlagen	5.792	5.836	-1
bis drei Monate	3.393	3.940	-14
über drei Monate bis ein Jahr	2.384	1.874	27
über ein Jahr bis fünf Jahre	12	18	-33
über fünf Jahre	3	4	-25
Begebene Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe	6.016	6.123	-2
bis drei Monate	188	261	-28
über drei Monate bis ein Jahr	306	114	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.305	1.264	3
über fünf Jahre	4.217	4.484	-6
Begebene Schuldscheindarlehen	3.583	3.970	-10
bis drei Monate	130	150	-13
über drei Monate bis ein Jahr	295	234	26
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.322	2.603	-11
über fünf Jahre	836	983	-15
Andere Verbindlichkeiten	1.172	1.182	-1
täglich fällig	565	563	0
bis drei Monate	4	4	0
über drei Monate bis ein Jahr	10	9	11
über ein Jahr bis fünf Jahre	77	67	15
über fünf Jahre	516	539	-4
Gesamt	37.183	37.227	0

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Inland in Höhe von 35.525 Mio. € (Vorjahr: 36.147 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Ausland in Höhe von 1.658 Mio. € (Vorjahr: 1.080 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz der Gesellschaft.

Insgesamt sind darin 204 Mio. € (Vorjahr: 236 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

Der Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Die Nettobuchwerte der gemieteten Vermögenswerte, die dem wirtschaftlichen Eigentum des Konzerns zuzurechnen sind, betragen 314 Mio. € (Vorjahr: 318 Mio. €).

Ausgewiesen werden hauptsächlich Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen (Laufzeiten bis einschließlich 2026) für Büro- und Geschäftsgebäude an den Standorten Alexanderplatz, Gustav-Meyer-Allee/Brunnenstraße, Prinzregentenstraße, Hardenbergstraße, Bismarck-/Wilmerdorfer Straße sowie Fasanenstraße.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz und Prinzregentenstraße (zentrale Gebäude) sowie Gustav-Meyer-Allee/Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für den Konzern ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 45 Mio. € (Vorjahr: 47 Mio. €).

Der Gesamtbestand der Verbindlichkeiten enthält Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 606 Mio. € (Vorjahr: 617 Mio. €).

Die künftigen Mindestleasingzahlungen lassen sich wie folgt darstellen:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
bis ein Jahr	61	61	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	262	256	2
über fünf Jahre	693	760	-9
Gesamt	1.016	1.077	-6

Die Abzinsungsbeträge stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
bis ein Jahr	49	50	-2
über ein Jahr bis fünf Jahre	184	190	-3
über fünf Jahre	176	220	-20
Gesamt	409	460	-11

Der Barwert der Mindestleasingzahlungen (Restlaufzeiten) gliedert sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
bis ein Jahr	12	11	9
über ein Jahr bis fünf Jahre	77	67	15
über fünf Jahre	516	539	-4
Gesamt	605	617	-2

Bedingte Mietzahlungen für das Geschäftsjahr lagen wie im Vorjahr nicht vor.

Dem stehen künftige Einnahmen aus unkündbaren Untermietverträgen in Höhe von 24 Mio. € (Vorjahr: 26 Mio. €) gegenüber.

49 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle teilt den Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten nach der Art der Finanzinstrumente auf.

Für jede Gruppe von verbrieften Verbindlichkeiten sind Informationen über den Buchwert angegeben.

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Begebene Schuldverschreibungen	18.996	22.111	-14
Hypothekendarlehen	8.263	8.786	-6
Öffentliche Pfandbriefe	3.799	5.898	-36
Sonstige Schuldverschreibungen	6.934	7.427	-7
Sonstige verbrieft verbundene Verbindlichkeiten	615	695	-12
Gesamt	19.611	22.806	-14

In den sonstigen verbrieften Verbindlichkeiten sind Geldmarktpapiere (zum Beispiel Commercial Papers, Certificates of Deposit und Euro-Notes) enthalten.

Vertragliche Restlaufzeiten der verbrieften Verbindlichkeiten:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
bis drei Monate	2.763	1.259	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	2.032	3.158	-36
über ein Jahr bis fünf Jahre	13.507	15.042	-10
über fünf Jahre	1.309	3.347	-61
Gesamt	19.611	22.806	-14

Wesentliche, im Geschäftsjahr 2012 begebene Emissionen, Rückzahlungen und Rückkäufe von Schuldverschreibungen und Eigenkapitaltiteln sind:

Gattung	Währung	Nominal (Mio. WE) 2012	2011	
Emissionen	Anleihen	EUR	701	540
	Hypothekendarlehen	EUR	1.000	2.400
	Anleihen	USD	1.874	799
	Anleihen	CHF	0	150
Rückzahlungen	Anleihen	EUR	1.313	3.405
	Hypothekendarlehen	EUR	2.532	4.000
	Anleihen	USD	2.124	979
	Anleihen	GBP	150	0
	Anleihen	CHF	0	150
Rückkäufe	Anleihen	EUR	0	145
	Hypothekendarlehen	EUR	924	0

Rückkäufe eigener Emissionen sind auch Teil des üblichen Handelsgeschäfts der Bank.

Weiterhin enthält der Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten abgegrenzte Zinsen in Höhe von 220 Mio. € (Vorjahr: 296 Mio. €).

Für eigene verbrieftete Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Sicherheiten gestellt.

50 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem negativen Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Negative Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	2.044	1.819	12
Negative Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	859	805	7
Gesamt	2.903	2.624	11

Von den negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten sind 2.776 Mio. € langfristig (Vorjahr: 2.496 Mio. €).

51 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind Handelspassiva und Derivate des Nichthandelsbuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO) enthalten.

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Handelspassiva (Held for Trading)	12.684	12.361	3
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (Fair Value-Option)	15.503	15.634	-1
Gesamt	28.187	27.995	1

Handelspassiva (HfT)

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
HfT			
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	61	534	-89
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	9.209	8.629	7
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Nichthandelsbuchs	3.414	3.198	7
Gesamt	12.684	12.361	3

Gliederung der Handelspassiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
HfT										
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	0	410	60	49	0	69	1	6	61	534
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	200	149	308	660	2.558	2.559	6.143	5.261	9.209	8.629
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Nichthandelsbuchs	125	69	155	150	1.908	1.411	1.226	1.568	3.414	3.198
Gesamt	325	628	523	859	4.466	4.039	7.370	6.835	12.684	12.361

Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
FVO			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	743	719	3
Begebene Schuldscheindarlehen	522	515	1
Andere Verbindlichkeiten	221	204	8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.109	1.088	2
Begebene Schuldscheindarlehen	403	423	-5
Andere Verbindlichkeiten	706	665	6
Verbrieftete Verbindlichkeiten	13.501	13.670	-1
Nachrangkapital / Hybridkapital	150	157	-4
Gesamt	15.503	15.634	-1

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Verpflichtungen (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
FVO										
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	52	22	80	41	459	487	152	169	743	719
Begebene Schuldscheindarlehen	49	19	46	32	358	383	69	81	522	515
Andere Verbindlichkeiten	3	3	34	9	101	104	83	88	221	204
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	21	35	24	84	427	376	637	593	1.109	1.088
Begebene Schuldscheindarlehen	6	25	10	75	208	191	179	132	403	423
Andere Verbindlichkeiten	15	10	14	9	219	185	458	461	706	665
Verbriefte Verbindlichkeiten	916	1.124	1.200	1.126	10.263	10.380	1.122	1.040	13.501	13.670
Nachrangkapital / Hybridkapital	0	0	30	0	0	34	120	123	150	157
Gesamt	989	1.181	1.334	1.251	11.149	11.277	2.031	1.925	15.503	15.634

Die auf eine Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2012 auf 153 Mio. € (Vorjahr: –41 Mio. €).

Die kumulierten Wertänderungen betragen 138 Mio. € (Vorjahr: –14 Mio. €).

Für die Berechnung der oben genannten Beträge wurden die Verbindlichkeiten zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread bewertet. Anschließend wurden die Verbindlichkeiten mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtags bewertet. Der Teil der Zeitwertveränderung, der auf die Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist, ergibt sich somit aus der Differenz dieser beiden Bewertungen.

Die Differenz zwischen dem Buchwert der finanziellen Verbindlichkeit und dem Betrag, den die Bank vertragsgemäß bei Fälligkeit zurückzahlen muss, beläuft sich auf –225 Mio. € (Vorjahr: –383 Mio. €). Darin enthalten ist ein Effekt aus Zerobonds und Zero-Schuldscheindarlehen von –948 Mio. € (Vorjahr: –879 Mio. €), der sich aufgrund der für Zerobonds beziehungsweise Zero-Schuldscheindarlehen typischen abgezinsten Auszahlung und der Rückzahlung zum Nennwert ergibt.

52 Rückstellungen

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Rückstellungen für Pensionen	1.218	988	23
Sonstige Rückstellungen	292	247	18
Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen	10	13	–23
Restrukturierungsrückstellungen	51	34	50
Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft	12	15	–20
Übrige Rückstellungen	219	185	18
Gesamt	1.510	1.235	22

Die Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen beziehen sich auf die im EU-Beihilfverfahren genehmigten Restrukturierungsbeihilfen. Restrukturierungsrückstellungen umfassen Personal- und Standortmaßnahmen. Im Zusammenhang mit dem Abbau von Risikoaktiva sowie für Aufwendungen für die Komplexitätsreduktion in den Niederlassungen London und Luxemburg sowie bei der Berlin Hyp wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 29 Mio. € zugeführt. Diese beinhalten insbesondere Personalkosten. Der Standort London soll darüber hinaus bis zum September 2013 geschlossen werden und der in Luxemburg bis Mitte 2014. Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft berücksichtigen die Kreditrisikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Kreditzusagen, Avale, Akkreditive, Wechselverbindlichkeiten). In den übrigen Rückstellungen sind Beträge für Personalmaßnahmen in Höhe von 80 Mio. € (Vorjahr: 60 Mio. €), für Prozesskosten in Höhe von 20 Mio. € (Vorjahr: 19 Mio. €), für Gewährleistungsverpflichtungen und Ausgleichsforderungen in Höhe von 5 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €), für andere Steuern in Höhe von 20 Mio. € (Vorjahr: 20 Mio. €) sowie für sonstige Rückstellungen in Höhe von 94 Mio. € (Vorjahr: 80 Mio. €) enthalten. Die Rückstellungen für Personalmaßnahmen beinhalten Aufwendungen für variable Vergütungsbestandteile, Altersteilzeit sowie für Vorruhestandsregelungen. Die Position „Sonstige Rückstellungen“ umfasst im Wesentlichen Rückbaukosten für zentrale und dezentrale Standorte.

Von den Rückstellungen sind 1.065 Mio. € langfristig (Vorjahr: 1.055 Mio. €).

52.1 Pensionsrückstellungen

Nachfolgend werden Detailangaben zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemacht.

Grundsätzliches

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding erwerben die Mitarbeiter Ansprüche und Anwartschaften aus unmittelbaren Versorgungszusagen. Für diese unmittelbaren Versorgungszusagen werden zur Erfüllung der Pensionsverpflichtung die erforderlichen Pensionsrückstellungen gebildet und entsprechend passiviert. Dies gilt gleichermaßen für Versorgungsanwartschaften, die im Rahmen eines Versorgungsausgleichs begründet wurden.

Bewertungsmethode und versicherungsmathematische Annahmen

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen wird jährlich durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC) gemäß IAS 19.64 (Methode der laufenden Einmalprämie) durchgeführt. Diese Methode geht davon aus, dass in jedem Dienstjahr ein zusätzlicher Teil des endgültigen Leistungsanspruchs erdient wird, und bewertet jeden dieser Leistungsbausteine separat, um so die endgültige Verpflichtung aufzubauen.

Vermögenswerte

Das Planvermögen wird mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt (IAS 19.102).

Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste

Zur Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste wird von der Möglichkeit der Verrechnung aller im Bilanzjahr anfallenden Gewinne und Verluste gegen das Eigenkapital Gebrauch gemacht (IAS 19.93A). Damit werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in voller Höhe im Eigenkapital berücksichtigt.

Die Auswirkungen im Eigenkapital betragen im Geschäftsjahr 2012 – 203 Mio. € (Vorjahr: –51 Mio. €).

Versorgungsverpflichtungen

a) Defined Contribution Plan (Beitragsorientierte Zusage)

Bei einem Kreis von Mitarbeitern wird die Versorgungszusage als mittelbare beitragsorientierte Zusage (Defined Contribution Plan) durchgeführt, bei der der Arbeitgeber einen festgelegten Beitrag zur Altersversorgung an externe Versorgungsträger (Pensionskassen und Unternehmen der Lebensversicherung) gegebenenfalls unter Beteiligung der Arbeitnehmer zahlt. Die Höhe der künftigen Versorgungsleistung wird hier durch die gezahlten Beiträge und – für den nicht garantierten Teil der Leistung – die daraus aufgelaufenen Vermögenserträge bestimmt. Die Klassifizierung dieser Versorgung führt dazu, dass die Beiträge an die externen Versorgungsträger als laufender Aufwand erfasst werden und somit keine Pensionsrückstellungen zu bilden sind.

Im Geschäftsjahr wurden 525 T€ als laufender Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Vorjahr: 532 T€).

b) Defined Benefit Plan (Leistungsdefinierte Zusage)

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding bestehen mehrere, in der Systemgestaltung unterschiedliche Versorgungsordnungen. Alle Zusagen basieren kollektivrechtlich auf entsprechenden Dienstvereinbarungen oder auf individuellen arbeitsvertraglichen Zusagen (Pensionsverträge). Die wesentlichen Versorgungsordnungen sind:

- Konzern-Ruhegeldordnung (Plan 100),
- Versorgungsordnungen für Mitarbeiter, die vor dem 1. Juli 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 200),
- Versorgungsordnung für Mitarbeiter, die nach dem 30. Juni 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 210),
- Individuelle Pensionsverträge (Plan 220/230),
- Versorgung nach den Satzungsbestimmungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder – VBL – (Plan 300),
- Versorgungsordnung der Landesbank Berlin (Plan 310),
- Versorgungsordnung vom 1. Januar 1984 (Berlin Hyp),
- Versorgungsordnung vom 30. Dezember 1993 (Berlin Hyp),
- Versorgungsordnung der ehem. Berliner Industriebank (Plan 520/521).

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um gehaltsabhängige Systeme (Rentenbausteine/Versorgungspunkte) sowie um Endgehalts- und Nominalbetragssysteme. In Abhängigkeit vom Eintritt des Versicherungsfalls in der gesetzlichen Rentenversicherung werden Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten gewährt. Geschlechts- oder altersspezifische Unterscheidungen bestehen nicht. Als Regelaltersgrenze gilt generell die Vollendung des 65. Lebensjahres, soweit in der Versorgungsordnung nicht auf die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung abgestellt wird. Die Betriebsrenten werden lebenslang gezahlt, Kapitalabfindungen sind in der Regel nicht vorgesehen. Die Anpassung der laufenden Leistungen erfolgt nach vereinbarten Kriterien (zum Beispiel Entwicklung Gehaltstarifvertrag) oder im Rahmen der Anpassungsprüfungspflicht des § 16 Betriebsrentengesetz (BetrAVG).

Zum 31. Dezember 1994 wurden sämtliche kollektivrechtlichen Versorgungswerke für Neueintritte geschlossen. Für versorgungsberechtigte Mitarbeiter, die in der Zeit ab 1. Januar 1995 eingetreten sind, richten sich die unmittelbaren Versorgungsansprüche nach den Regularien der „Konzern-Ruhegeldordnung“. Dieses Versorgungswerk wurde in allen konsolidierten Unternehmen zum 30. September 2012 geschlossen. Es ist beabsichtigt, den seit dem 1. Oktober 2012 eingetretenen Mitarbeitern eine Versorgungszusage zu erteilen. Über den Leistungsplan und Durchführungsweg wurde noch keine Entscheidung getroffen.

Für die Landesbank Berlin International S.A. (Luxemburg) und die Landesbank Berlin AG, Niederlassung Luxemburg, besteht ein Versorgungswerk für die betriebliche Altersversorgung. Die Verpflichtung wurde auf einen externen Versicherer ausgegliedert. Das Versorgungswerk sieht Leistungen im Alter, bei Invalidität und an Hinterbliebene vor. Die Finanzierung obliegt ausschließlich dem Arbeitgeber. Dabei werden die Jahresprämien nach handelsrechtlichen Bestimmungen berechnet. Es handelt sich hierbei gleichfalls um ein leistungsorientiertes System, da sich die Höhe der Leistung – unabhängig von den gezahlten Prämien – letztlich aus dem ruhegeldfähigen Jahresgehalt zum Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalls errechnet.

Im Geschäftsjahr wurde der Eckwert als eine der maßgeblichen Größen im Versorgungssystem Plan 210 erhöht. Aufgrund der Rentenformel wirkt sich diese Erhöhung auf die vorangegangenen versorgungsfähigen Dienstzeiten aus. Der nachzuerrechnende Dienstzeitaufwand (Past Service Cost) wurde ergebniswirksam erfasst (0,3 Mio. €).

Unterstützungskasse

Im Geschäftsjahr 2012 wurde beschlossen, den Auslandsstandort Luxemburg der Landesbank Berlin zu schließen. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen der Landesbank Berlin International S.A. sowie der Landesbank Berlin AG, Niederlassung Luxemburg, berücksichtigt das jeweilige Abgangsdatum eines jeden Mitarbeiters. Der Effekt aus der Auflösung der Pensionsrückstellungen beläuft sich bei der Landesbank Berlin International S.A. auf 236 T€ und bei der Landesbank Berlin AG, Niederlassung Luxemburg, auf 33 T€.

Bei der „Unterstützungskasse der Landesbank Berlin Holding AG e.V.“ handelt es sich um eine rechtlich selbstständige Versorgungseinrichtung in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Sie wurde 1952 gegründet und verfolgt ausschließlich den Zweck, ihren Mitgliedern Unterstützungsleistungen (Renten wegen Alter oder Erwerbsminderung beziehungsweise Renten an Hinterbliebene) zu gewähren. Die Finanzierung der Unterstützungskasse folgt den Grundsätzen des § 4d EStG, der den Umfang und die Zulässigkeit von Dotierungen/ freiwilligen Zuwendungen der Trägerunternehmen und die Höhe des steuerlich zulässigen Kassenvermögens bestimmt.

Zum 1. Juli 1999 wurde der Durchführungsweg der betrieblichen Altersversorgung im Konzern vereinheitlicht. Von diesem Zeitpunkt an werden laufende Betriebsrenten im Konzern ausschließlich aus den Pensionsrückstellungen der Unternehmen finanziert. Soweit Mitglieder bis dahin bereits laufende Leistungen aus der Unterstützungskasse erhielten, trat keine Änderung ein.

Zum 31. Dezember 2012 erhielten noch 736 Rentner aus der Unterstützungskasse eine monatliche Leistung. Das Kassenvermögen der Unterstützungskasse (alle Trägerunternehmen) betrug zum 31. Dezember 2012 rund 12 Mio. € (Vorjahr: rund 14 Mio. €).

Versicherungsmathematische Annahmen

Ökonomische Annahmen:

in %	31.12.2012	31.12.2011
Rechnungszins	3,90	5,00
Gehaltstrend	2,50 – 3,50	2,50 – 3,50
Rententrend (individuell nach Versorgungszusage)	1,00 – 2,50	1,00 – 2,10
Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der gesetzlichen Rentenversicherung (In- und Ausland)	2,00 – 3,00	2,00 – 3,00
Ertragsrate aus Vermögenswerten (nur Unterstützungskasse)	3,10	3,10
Fluktuation (gesamter aktiver Bestand)		
bis Alter 30	4,80	4,80
bis Alter 40	2,00	2,00
bis Alter 50	1,50	1,50
ab Alter 50	1,50	1,50

Demografische Annahmen:

- Pensionsalter: Frühestmöglicher Rentenbeginn in der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß RVAGAnpG
- Biometrische Risiken: „Richttafeln 2005 G“ (Heubeck), IGSS-Sterbetafeln (Luxemburg)

Zusammensetzung der Rückstellungen für Pensionen:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
Barwert fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DBO)	21	21
abzüglich Fair Value-Planvermögenswerte	-11	-14
	10	7
Barwert nicht fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DBO)	1.208	981
Gesamt	1.218	988

Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen:

in Mio. €	2012	2011
Rückstellungen für Pensionen zum 1.1.	988	907
Laufender Dienstaufwand	19	18
Nachzuverrechnender Dienstaufwand	0	3
Plankürzung	0	0
Zinsaufwand	49	49
Erwartete Erträge aus Planvermögen	0	-1
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-41	-38
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	-1
Versicherungsmathematischer Gewinn / Verlust	203	51
Rückstellungen für Pensionen zum 31.12.	1.218	988

Entwicklung der Pensionsverpflichtungen (DBO):

in Mio. €	2012	2011
Pensionsverpflichtungen zum 1.1.	1.002	923
Laufender Dienstzeitaufwand	19	18
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	0	3
Plankürzung	0	0
Zinsaufwand	49	49
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-44	-41
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	-1
Versicherungsmathematischer Gewinn / Verlust	203	51
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	1.229	1.002

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 1.218 Mio. € veränderten sich – unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste – im Konzern im Vergleich zum Vorjahr um 230 Mio. €.

Zusammensetzung des Planvermögens

Die dargestellte Struktur des Planvermögens bezieht sich nur auf die Unterstützungskasse.

in %	2012	2011
Schuldverschreibungen		
Festverzinslich	73,1	76,4
Nicht festverzinslich	17,3	15,3
Aktien, Investmentzertifikate, Optionen		
Inland	6,6	5,8
Ausland	2,8	2,1
Bankguthaben	0,2	0,4
Gesamt	100	100

Die erwarteten Ertragsraten des Planvermögens werden aus den aktuellen Renditen des Geschäftsjahres für die verschiedenen Anlagearten und unter Berücksichtigung ihrer Gewichtung am Gesamtvermögen abgeleitet.

Entwicklung des Planvermögens

Das Planvermögen setzt sich aus den Vermögenswerten der Unterstützungskasse (11 Mio. €), zwei Direktversicherungen (0,4 Mio. €) und einer Rückdeckungsversicherung (0,1 Mio. €) zusammen.

in Mio. €	2012	2011
Fair Value des Planvermögens zum 1.1.	14	16
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	0	1
Versicherungsmathematischer Gewinn / Verlust	0	0
Rentenzahlungen	-3	-3
Fair Value des Planvermögens zum 31.12.	11	14

Die tatsächlichen Erträge aus dem Planvermögen betragen 35 T€ (Vorjahr: 5 T€).

In den Vermögenswerten der Unterstützungskasse sind festverzinsliche Schuldverschreibungen von Tochterunternehmen in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €) enthalten, jedoch wie im Vorjahr keine nicht festverzinslichen Wertpapiere.

Darstellung der mit dem Eigenkapital verrechneten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste:

in Mio. €	2012	2011
Versicherungsmathematische Gewinne / Verluste Geschäftsjahr	-203	-51
Kumuliert Vorjahre	-67	-16
Gesamt	-270	-67

Zusammenfassung der in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Beträge:

in Mio. €	2012	2011
Laufender Dienstzeitaufwand	19	18
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	0	3
Zinsaufwand	49	49
Erwartete Erträge aus Planvermögen	0	-1
Gesamt	68	69

Die Beträge werden alle in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Übersicht über Eckdaten für das Geschäftsjahr und die vorherigen vier Jahre:

in Mio. €	2012	2011	2010	2009	2008
Pensionsverpflichtung (DBO)	1.229	1.002	923	925	864
Planvermögen	11	14	16	18	20
Überschuss des Plans	1.218	988	907	907	844
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	203	-51	31	-33	28
in %					
Erfahrungsbedingte Anpassungen an:					
DBO	16,5	6,5	7,2	5,4	2,0
Planvermögen	-3,1	-3,4	-0,5	0,3	-2,0

Darstellung der erwarteten zukünftigen Ein- und Auszahlungen:

in Mio. €	2013	2012
Einzahlungen in das Planvermögen (Unterstützungskasse)	0	0
Erwartete direkte Rentenzahlungen	-41	-40

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Verpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeitvereinbarungen, die gleichfalls nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelt wurden. Hierbei wurde zum 31. Dezember 2012 für Vorruhestandsregelungen ein Rechnungszins von 1,0 % und für Altersteilzeitvereinbarungen von 0,7 % bis 1,7 % berücksichtigt. Diese Verpflichtungen werden unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

52.2 Sonstige Rückstellungen

in Mio. €	2012	2011
Stand zum 1.1.	247	285
Zuführungen	84	39
Inanspruchnahmen	28	52
Auflösungen	18	31
Umbuchungen	3	0
Änderung Konsolidierungskreis	-1	0
Aufzinsungseffekte	5	6
Stand zum 31.12.	292	247

Davon: Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen

in Mio. €	2012	2011
Stand zum 1.1.	13	16
Zuführungen	0	0
Inanspruchnahmen	3	2
Auflösungen	0	1
Umbuchungen	0	0
Aufzinsungseffekte	0	0
Stand zum 31.12.	10	13

Davon: Restrukturierungsrückstellungen

in Mio. €	2012	2011
Stand zum 1.1.	34	44
Zuführungen	29	0
Inanspruchnahmen	3	4
Auflösungen	2	0
Umbuchungen	-8	-8
Aufzinsungseffekte	1	2
Stand zum 31.12.	51	34

Davon: Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft

in Mio. €	2012	2011
Stand zum 1.1.	15	13
Zuführungen	4	5
Inanspruchnahmen	2	1
Auflösungen	5	4
Umbuchungen	0	2
Aufzinsungseffekte	0	0
Stand zum 31.12.	12	15

Davon: Übrige Rückstellungen

in Mio. €	2012	2011
Stand zum 1.1.	185	212
Zuführungen	51	34
Inanspruchnahmen	20	45
Auflösungen	11	26
Umbuchungen	11	6
Änderung Konsolidierungskreis	-1	0
Aufzinsungseffekte	4	4
Stand zum 31.12.	219	185

53 Ertragsteuerverpflichtungen

Die Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	118	122	-3
Latente Steuern	23	10	> 100
Gesamt	141	132	7

Von den Verpflichtungen für tatsächliche Steuern sind 103 Mio. € (Vorjahr: 92 Mio. €) langfristig.

Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar. Passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	92	24	> 100
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsbeziehungen	591	500	18
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	869	691	26
Finanzanlagen	322	126	> 100
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	101	101	0
Sonstige Aktiva	51	0	x
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	0	74	-100
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	46	-100
Rückstellungen	4	3	33
Sonstige Passiva	32	9	> 100
Zwischensumme	2.062	1.574	31
Saldierungen mit aktiven latenten Steuern	-2.039	-1.564	-30
Gesamt	23	10	> 100

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

54 Sonstige Passiva

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten	1.508	1.711	-12
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	79	62	27
Rechnungsabgrenzung	13	20	-35
Sonstige Steuerverbindlichkeiten (außer Ertragsteuerverpflichtungen)	2	3	-33
Übrige	336	168	100
Gesamt	1.938	1.964	-1

Von den ausgewiesenen Verpflichtungen sind 1 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) langfristige.

55 Nachrangkapital

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.207	1.588	-24
bis drei Monate	21	218	-90
über drei Monate bis ein Jahr	0	192	-100
über ein Jahr bis fünf Jahre	92	67	37
über fünf Jahre	1.094	1.111	-2
Stille Einlagen	700	700	0
über fünf Jahre	700	700	0
Gesamt	1.907	2.288	-17

Gemäß § 10 Abs. 5a KWG zählen nachrangige Verbindlichkeiten zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- beziehungsweise Liquidationsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt. Für die stille Einlage ist im Zinsaufwand die der S-Erwerbsgesellschaft zustehende gewinnabhängige Verzinsung in Höhe von 51 Mio. € ausgewiesen (Vorjahr: 9 Mio. €).

56 Eigenkapital

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	0
Kapitalrücklagen	77	77	0
Gewinnrücklagen	-31	-1	< -100
Gesetzliche Rücklage	46	39	18
Andere Gewinnrücklagen	111	7	>100
Rücklagen für Pensionen aus Bewertung nach IFRS	-188	-47	<-100
Rücklage aus Währungsumrechnung	2	0	x
Neubewertungsrücklagen	68	-324	>100
Neubewertungsrücklage (AfS)	185	-216	>100
Neubewertungsrücklage (CFH)	-117	-108	-8
Anteile im Fremdbesitz	12	11	9
Gesamt	2.683	2.318	16

Sonstige Erläuterungen (Notes)

57 Treuhandgeschäfte

Die in der Bilanz nicht auszuweisenden Treuhandgeschäfte hatten am Bilanzstichtag folgenden Umfang:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	0	28	-100
Summe Treuhandkredite	0	28	-100
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	7	-100
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	21	-100
Summe Treuhandkredite	0	28	-100

58 Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen

Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen wurden nicht passiviert. Sie beschreiben gegenwärtige Verpflichtungen des Konzerns, bei denen ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist beziehungsweise Höhe und/oder Erfüllungszeitpunkt der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden können.

Quantifizierbar

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	439	843	-48
Kreditbürgschaften	77	435	-82
Akkreditive	30	83	-64
Sonstige Bürgschaften	332	325	2
Unwiderrufliche Kreditzusagen (Buchkredite, Avalkredite, Kommunal-/Hypothekendarlehen, Sonstige unwiderrufliche Kreditzusagen)	2.357	4.083	-42
Gesamt	2.796	4.926	-43

Einem möglichen Ausfall aus unwiderruflichen Kreditzusagen wurde durch die Bildung einer Portfoliowertberichtigung Rechnung getragen, die unter der Risikovorsorge (Note 36) ausgewiesen wird.

Haftungsverhältnisse aus Mietgarantien werden unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen.

In einigen Fällen erfolgt die Haftungsverteilung für die in der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vereinbarte gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften im Innenverhältnis durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004. Sie sieht eine teilweise Kostenerstattung vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an den haftungsverursachenden Gesellschaften, die im Jahr 2006 an das Land Berlin veräußert wurden, orientiert.

Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung erhält das Land Berlin vom Konzern LBB eine Avalprovision in Höhe von jährlich 15 Mio. €, welche am 30. Juni eines jeden Jahres für das betreffende Kalenderjahr zu zahlen ist (erstmalig für das Kalenderjahr 2002). Der Fixbetrag in Höhe von 15 Mio. € bezog sich zunächst auf die Kalenderjahre bis 2011. Das Land und der Konzern LBB haben im Jahr 2012 über die Höhe der für die Zeit ab dem Kalenderjahr 2012 geschuldeten Avalprovision neu verhandelt, ohne bislang eine Einigung zu erzielen. Ohne eine solche Einigung bleibt es bei dem Betrag von jährlich 15 Mio. €. Im Innenverhältnis zwischen den Teilbanken des ehemaligen BGB-Konzerns, der Landesbank Berlin AG, der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG und der Investitionsbank Berlin, wird die Avalprovision entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken aufgeteilt.

Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) und resultieren im Berichtsjahr vollständig aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH. Darüber hinaus bestehen für Beteiligungen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 5 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €).

Bei vier geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtungen betragen nominell (100 %) insgesamt 189 Mio. €. Die Rücknahmewerte können bis zu 115 % oder 217 Mio. € der nominellen Verpflichtungen betragen, sofern die Andienungsrechte erst im Jahre 2024 ausgeübt werden.

Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen bemessen. Daraus resultiert zum Jahresabschluss für die Landesbank Berlin AG bei Feststellung des Stützungsfalls durch den Haftungsverbund eine Nachschussverpflichtung in Höhe von bis zu 67 Mio. €, die dann sofort eingefordert werden kann.

In DV-Dienstleistungsverträgen mit der FinanzInformatik GmbH und der ATOS IT Solutions and Services Management GmbH hat die Bank die vereinbarten Mindestabnahmemengen erreicht.

Nicht quantifizierbar

Die Landesbank Berlin AG ist zum 31. Dezember 2012 zu 100 % an der Berlin-Hannoverschen Hypothekbank AG beteiligt. Diese ist gemäß Vertrag vom Dezember 2007 an die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Landesbank Berlin AG ist gemäß Erklärung vom 12. Dezember 2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen alle Aufwendungen einschließlich Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die nicht aus Mitteln des für die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

Gemäß Kooperationsvertrag vom 30. Juli 2010 zwischen der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG und der Landesbank Berlin AG unterliegen die eingebrachten Bestände der Übertragenden einer Bestandsgarantie. Das Volumen des von der LBB garantierten Kreditportfolios beträgt zum 31. Dezember 2012 noch 77 Mio. €.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Landesbank Berlin AG darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der netbank AG anfallen.

Eventualverbindlichkeiten, die sich auf Rechtsstreitigkeiten beziehungsweise Rechtsrisiken beziehen, sind im Wesentlichen:

- Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG,
- Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin.

Demgegenüber bestehen auch Eventualforderungen aus Rechtsstreitigkeiten. Deren Wert kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht verlässlich bestimmt werden. Die Angabe eines Wertes unterbleibt deshalb gemäß IAS 37.92.

Nähere Angaben zu den Rechtsrisiken sind im Risikobericht als Teil des Lageberichts aufgeführt.

59 Risikomanagement

Die Zielsetzung der Offenlegungsvorschriften der IFRS ist, den Bilanzadressaten einen umfassenden Einblick in die Risikolage des Konzerns zu geben, damit sie ein besseres Verständnis für die Auswirkungen von Finanzinstrumenten auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entwickeln können.

Angaben gemäß IFRS 7 zu Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, sowie zu deren Management finden sich im Risikobericht, der Teil des Lageberichts ist.

60 Angaben zu Finanzinstrumenten

60.1 Umkategorisierung von Finanzinstrumenten

Im vierten Quartal 2008 wurden Finanzanlagen, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS) sowie als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte (HfT) kategorisiert waren, in die Kategorie LaR umkategorisiert. Der Konzern hat die Absicht und die Fähigkeit, diese Wertpapiere auf absehbare Zeit oder bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Jahr 2012 wurden wie im Vorjahr keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Die Buchwerte zum Umkategorisierungstag sowie die Zeit- und Buchwerte zum Ende der nachfolgenden Geschäftsjahre stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	A. von Finanzanlagen AfS nach Finanzanlagen LaR	B. von Held for Trading nach Finanzanlagen LaR
Buchwert am Umkategorisierungstag (A = 1.10.2008 / B = 9.12.2008)	37.822	504
31.12.2009		
Buchwert	27.013	449
Zeitwert	26.936	451
31.12.2010		
Buchwert	19.458	401
Zeitwert	19.137	387
31.12.2011		
Buchwert	14.074	358
Zeitwert	13.639	340
31.12.2012		
Buchwert	8.387	97
Zeitwert	8.344	95

Ein Teil der Wertänderung ist darauf zurückzuführen, dass die Bestände zu A sich seit Umkategorisierung um 29.826 Mio. € und die Bestände zu B sich um 413 Mio. € aufgrund von Fälligkeiten reduziert haben. Gegenläufig wirkte hierbei der Effekt aus der Buchwertfortschreibung.

Zum Umkategorisierungstag lagen für Finanzinstrumente zu A die Effektivzinssätze zwischen 1,44 % und 15,33 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 43.888 Mio. €. Für Finanzinstrumente zu B lagen die Effektivzinssätze am Umkategorisierungstag zwischen 3,97 % und 9,89 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 615 Mio. €.

Im Berichtsjahr wurden für die umkategorisierten Finanzinstrumente folgende Effekte erfasst:

in Mio. €	Erfolgswirksame Erfassung		Erfolgsneutrale Erfassung im Eigenkapital
	Zinsamortisierungen	Aufwand für Impairments	Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS
31.12.2012	4	4	50
31.12.2011	10	184	92
31.12.2010	12	16	133
31.12.2009	3	38	207
31.12.2008	-7	16	58

Die Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS wurden durch die Fortschreibung des Buchwerts im Zinsüberschuss kompensiert und hatten daher keine wesentliche Ergebniswirkung.

Ohne erfolgte Umkategorisierung wären stattdessen folgende Effekte im Berichtsjahr erfasst worden:

in Mio. €	Erfolgswirksame Erfassung		Erfolgsneutrale Erfassung im Eigenkapital
	Bewertungsgewinn im Handelsergebnis	Aufwand für Impairments	Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS
31.12.2012	11	4	442
31.12.2011	1	178	-42
31.12.2010	-10	13	-139
31.12.2009	6	33	378
31.12.2008	3	16	-124

60.2 Methoden und Annahmen zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und voneinander unabhängige Geschäftspartner einen Vermögenswert tauschen oder eine Verpflichtung begleichen.

Im Rahmen der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wendet der Konzern die Regelungen des IAS 39 inklusive zusätzlicher Anwendungshinweise betreffend die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert auf inaktiven Märkten beziehungsweise bei Illiquidität an.

Unter Beachtung der Bewertungshierarchie wird zunächst auf Börsenkurse beziehungsweise andere Marktpreise zurückgegriffen. Sofern derartige Wertansätze nicht verfügbar sind, erfolgt die Fair Value-Bewertung unter Rückgriff auf marktübliche Bewertungsmodelle. Zur Anwendung kommen dabei finanzmathematische Verfahren wie die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Diese berücksichtigen gemäß IAS 39.AG82 beobachtbare Marktdaten und andere Faktoren, die dazu geeignet sind, den Fair Value eines Finanzinstruments zu beeinflussen.

Zum 31. Dezember 2012 standen für einen Großteil der Bestände an Schuldverschreibungen Markt- beziehungsweise Transaktionspreise zur Verfügung. Bei einem geringen Teil der Finanzinstrumente konnte jedoch zur Ermittlung des Fair Value nicht auf Transaktionspreise auf einem aktiven Markt zurückgegriffen werden (IAS 39.AG71-73).

In diesem Fall erfolgt die Ermittlung der Fair Values auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung Letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds und Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben. Die für die Bewertung verwendeten Credit Spreads, werden regelmäßig auf Marktgerechtigkeit überprüft und angepasst.

Finanzinstrumente der Kategorien HfT und FVO sowie Sicherungsderivate

Fair Values für Finanzinstrumente des Handelsbestands, Handelsbuchderivate und Derivate des Nichthandelsbuchs (zusammen HfT) sowie als Sicherungsderivate ausgewiesene Bestände werden – entsprechend der Bewertungshierarchie des IAS 39 – primär auf Basis von Börsen- oder Maklerkursen ermittelt. Bei Nichtexistenz derartiger Wertansätze erfolgt die Fair Value-Bewertung unter Rückgriff auf marktübliche Bewertungsmodelle (insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodelle), in die finanzinstrumentspezifische Marktparameter einfließen. Letzteres trifft auf alle OTC-Derivate zu.

Die im Rahmen der FVO bilanzierten Finanzinstrumente werden in der Regel anhand von Börsenkursen beziehungsweise Marktpreisen bewertet. Fair Values von Schuldscheindarlehen werden anhand von marktüblichen, anerkannten Bewertungsmodellen ermittelt.

Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie AfS

Nicht zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere, Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die als Finanzanlagen ausgewiesen werden, sowie ausgewählte Schuldscheindarlehen werden als AfS-Bestand kategorisiert. Deren Fair Value wird grundsätzlich auf Basis von Börsenkursen beziehungsweise Marktpreisen bestimmt.

Ist bei nicht zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren die Fair Value-Ermittlung nicht auf Grundlage von Börsenkursen oder Marktpreisen möglich, erfolgt die Bewertung auf Basis anerkannter marktüblicher Bewertungsmodelle.

Sofern der Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten. Dabei handelt es sich um nicht börsennotierte Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie LaR

Kredite und Forderungen, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht oder unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden, erworbene Kredite und Forderungen, Schuldverschreibungen sowie ABS-Wertpapiere, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden beziehungsweise wurden, bilanziert der Konzern – unter Berücksichtigung eventueller Wertminderungen – zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die hierfür angegebenen Fair Values werden grundsätzlich mit Hilfe anerkannter marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt.

Die Bewertung der Darlehensbestände erfolgt durch Diskontierung der Cashflows mit Diskontfaktoren, bestehend aus am Markt beobachtbaren Zinsen sowie der Credit Spreads. Diese werden aus den Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Basis des internen Ratings und der internen Sicherheitsniveaus abgeleitet. Kosten haben aus konzeptionellen Erwägungen keinen Eingang in die Bewertung gefunden.

Für Forderungen, die als wertgemindert gelten, werden jeweils auf Basis der anzusetzenden Sicherheiten und Verwertungszeiträume sowie der Erwartungen in Bezug auf die zukünftigen Zahlungen und Kosten Cashflow-Profile abgeleitet. Der erzielbare Betrag und somit der Fair Value ergibt sich durch Summierung der diskontierten Cashflows zum Bewertungsstichtag.

Finanzanlagen der Kategorie HtM

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie HtM werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Fair Values für diese Vermögenswerte werden sowohl aus verfügbaren Marktpreisen abgeleitet als auch anhand der dargestellten Bewertungsmodelle ermittelt.

Verbindlichkeiten, verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital (Kategorie OL)

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten, verbriefte Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Fair Values für Verbindlichkeiten und Nachrangkapital inklusive der stillen Einlage – sowie bei Nichtexistenz von Marktpreisen auch für verbriefte Verbindlichkeiten – werden anhand anerkannter marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt.

Außerbilanzielles Geschäft

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäft sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) wurden Fair Values nur modellhaft ermittelt.

Für Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen werden bei Abschluss marktgerechte Konditionen vereinbart, welche mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Treuhandgeschäfte haben lediglich Durchleitungscharakter.

Aufgrund der regelmäßigen Konditionsüberprüfung der Avale, der überwiegend kurzfristigen Laufzeit der unwiderruflichen Kreditzusagen (inklusive Akkreditiven) sowie des Durchleitungscharakters der Treuhandgeschäfte wurden keine signifikanten Ausprägungen der Geschäfte zur Entstehung eines Fair Value ungleich null identifiziert.

60.3 Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Nachstehend findet sich eine Gegenüberstellung der Fair Values und der Buchwerte für jede Klasse von Finanzinstrumenten, welche zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz angesetzt werden:

in Mio. €	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		Stille Reserven	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Aktiva						
LaR	72.873	83.472	70.486	82.100	2.387	1.372
Forderungen an Kreditinstitute	14.947	16.809	14.797	16.705	150	104
Forderungen an Kunden	45.852	48.363	43.417	46.382	2.435	1.981
Finanzanlagen	12.074	18.300	12.272	19.013	-198	-713
HtM	1.128	1.682	1.021	1.667	107	15
Finanzanlagen	1.128	1.682	1.021	1.667	107	15
Gesamt	74.001	85.154	71.507	83.767	2.494	1.387
Passiva						
OL						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22.395	32.705	22.235	32.586	-160	-119
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	37.888	37.744	37.183	37.227	-705	-517
Verbrieftete Verbindlichkeiten	20.000	23.015	19.611	22.806	-389	-209
Nachrangkapital inklusive stiller Einlagen	1.861	2.078	1.907	2.288	46	210
Gesamt	82.144	95.542	80.936	94.907	-1.208	-635

Für Finanzinstrumente der Fair Value-Kategorie (HfT, FVO und AfS), für Derivate in Sicherungsbeziehungen sowie für Forderungen aus gestellten Sicherheiten beziehungsweise Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten entsprechen sich Buchwerte und Fair Values; diese Geschäfte sind in der vorstehenden Tabelle daher nicht enthalten, sondern jeweils in der entsprechenden Note zu finden.

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäfte sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) ergeben sich über die erfassten Rückstellungen sowie die für das außerbilanzielle Geschäft gebildete Portfoliowertberichtigung hinaus keine signifikanten Ausprägungen der Geschäfte zur Entstehung eines Fair Value ungleich null. Die entsprechenden Nennbeträge sind nicht in der vorstehenden Tabelle, sondern in den jeweiligen Notes enthalten.

60.4 Angaben zur Fair Value-Bewertungshierarchie

Die Einteilung der zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumente in die Fair Value-Bewertungshierarchien wird folgendermaßen vorgenommen:

Level 1

Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten ist der aktuelle, an einem aktiven Markt ermittelte Marktpreis der beste Indikator. Als Maßstab für die Bewertung des Fair Value gelten die regelmäßig und rechtzeitig von einer Börse, einem Händler, einem Broker, einer Industriegruppe oder einer Preisagentur zur Verfügung gestellten Preise, vorausgesetzt der Preis spiegelt aktuelle und reguläre Markttransaktionen wider. Somit werden dieser Kategorie börsengehandelte Aktien, Fonds, Schuldverschreibungen und Derivate zugeordnet.

Level 2

Die Zuordnung von Finanzinstrumenten zur Kategorie Level 2 erfolgt, sofern für ein Finanzinstrument kein belastbarer Marktpreis verfügbar ist. In diesem Fall ist die Bewertung des Fair Value anhand anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden durchzuführen. Bei diesen Bewertungsmodellen basieren die entsprechenden Inputparameter auf beobachtbaren Marktdaten. Diese Kategorie enthält grundsätzlich die nicht an einer Börse gehandelten Derivate, Schuldverschreibungen sowie Schuldscheindarlehen.

Level 3

Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen in ihren Bewertungsmethoden Inputparameter auf, welche nicht direkt am Markt beobachtbar sind und bei denen ein signifikanter Einfluss auf den Fair Value des Finanzinstruments besteht. In diesem Fall werden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts realistische und auf Marktgegebenheiten basierende Annahmen zugrunde gelegt. Darunter fallen Nachrangverbindlichkeiten sowie Asset Backed Securities.

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente auf die Hierarchielevel stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2012				31.12.2011			
	Gesamt	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt	Level 1	Level 2	Level 3
Aktiva								
AfS	19.948	17.362	2.574	12	20.546	16.310	4.221	15
Forderungen an Kunden	435	0	435	0	455	0	455	0
Finanzanlagen	19.513	17.362	2.139	12	20.091	16.310	3.766	15
HfT	13.212	241	12.966	5	12.857	488	12.276	93
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	13.212	241	12.966	5	12.857	488	12.276	93
FVO	4.844	3.574	1.218	52	5.380	3.427	1.871	82
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte	4.844	3.574	1.218	52	5.380	3.427	1.871	82
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.960	0	1.960	0	1.658	0	1.658	0
Gesamt Aktiva	39.964	21.177	18.718	69	40.441	20.225	20.026	190
Passiva								
HfT	12.684	70	12.614	0	12.361	349	12.012	0
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	12.684	70	12.614	0	12.361	349	12.012	0
FVO	15.503	3.872	11.481	150	15.634	3.823	11.654	157
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen	15.503	3.872	11.481	150	15.634	3.823	11.654	157
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2.903	0	2.903	0	2.624	0	2.624	0
Gesamt Passiva	31.090	3.942	26.998	150	30.619	4.172	26.290	157

Aufgrund von zunehmenden Preisquotierungen an aktiven Märkten wurden im Geschäftsjahr 2012 Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 495 Mio. € auf der Aktivseite beziehungsweise 3 Mio. € auf der Passivseite von Level 2 nach Level 1 transferiert. Mit abnehmender Restlaufzeit von Finanzinstrumenten sinkt die Verfügbarkeit von Preisen an einem aktiven Markt. Daher wurden 901 Mio. € auf der Aktivseite von Level 1 nach Level 2 umgegliedert. Auf der Passivseite gab es keine Umgliederungen von Level 1 nach Level 2.

Nachstehend findet sich eine Überleitung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente im Hierarchielevel 3, welche sämtliche Bestandsveränderungen, Transfers aus Level 3 sowie Bewertungsänderungen für das Geschäftsjahr 2012 zeigt:

in Mio. €	1.1.2012	FV-Änderungen des Bestands		Bestandsveränderungen			31.12.2012
		erfolgs-wirksam	erfolgs-neutral	Käufe	Verkäufe	Fälligkeiten	
Aktiva							
AfS	15	-1	1	0	3	0	12
Finanzanlagen	15	-1	1	0	3	0	12
HfT	93	0	0	8	96	0	5
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	93	0	0	8	96	0	5
FVO	82	9	0	2	19	22	52
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte	82	9	0	2	19	22	52
Gesamt Aktiva	190	8	1	10	118	22	69
Passiva							
FVO	157	-7	0	0	0	0	150
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen	157	-7	0	0	0	0	150
Gesamt Passiva	157	-7	0	0	0	0	150

Die Summe der erfolgswirksam erfassten Fair Value-Änderungen ist im Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten beziehungsweise im Ergebnis aus Finanzanlagen enthalten. Auf die Bestände am Bilanzstichtag bezogen beträgt die Summe dieser Änderungen 3 Mio. €.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 gab es bei den zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten keine Transfers zwischen dem Hierarchielevel 3 und den Hierarchieleveln 1 und 2.

Für die in Level 3 bilanzierten Finanzinstrumente sind die Credit Spreads die einzigen nicht am Markt beobachtbaren Inputparameter. Für die Auswirkung einer Änderung dieses Parameters wurden marktübliche Bandbreiten unterstellt. Die Auswirkungen sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

in Mio. €	Änderung Fair Value-Ansatz bei unterer marktüblicher Grenze	Änderung Fair Value-Ansatz bei oberer marktüblicher Grenze
Aktiva		
AfS	0	0
Finanzanlagen	0	0
HfT	0	0
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	0	0
FVO	0	0
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte	0	0
Gesamt Aktiva	0	0
Passiva		
FVO	7	17
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen	7	17
Gesamt Passiva	7	17

Bei einem Ansatz am äußeren Ende dieser Bandbreiten hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um 17 Mio. € erhöht beziehungsweise um 7 Mio. € verringert.

61 Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern tätigt Transaktionen mit finanziellen Vermögenswerten wie Wertpapierpensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) und Wertpapierleihegeschäfte, bei denen wesentliche Chancen und Risiken zurückbehalten werden. Aus diesem Grund werden solche Vermögenswerte nicht ausgebucht.

Echte Wertpapierpensionsgeschäfte

Echte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) sind Kombinationen aus Kassa-Käufen oder Kassa-Verkäufen von Schuldverschreibungen mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten. Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkäufe) werden weiterhin in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand ausgewiesen und bewertet. Die aus dem Geschäft resultierenden Liquiditäten werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden bilanziert und vereinbarte Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen erfasst.

Im umgekehrten Fall von Reverse-Repo-Geschäften werden die in Pension genommenen Wertpapiere (Kassa-Käufe) im Konzern nicht bilanziert. Die Liquiditätsabflüsse werden als Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden bilanziert. Vereinbarte Zinszahlungen werden als Zinserträge erfasst.

Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapierleihegeschäfte werden mit Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die verliehenen Wertpapiere werden weiterhin als Wertpapierbestand ausgewiesen, während entliehene Wertpapiere nicht bilanziert und auch nicht bewertet werden. Gestellte Barsicherheiten für entliehene Wertpapiere werden als Forderungen ausgewiesen. Erhaltene Barsicherheiten für verliehene Wertpapiere werden als Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die aus Wertpapierleihegeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zinsergebnis berücksichtigt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte der übertragenen, aber nicht ausgebuchten Vermögenswerte sowie die Buchwerte der korrespondierenden Verbindlichkeiten:

in Mio. €	Buchwert	
	31.12.2012	31.12.2011
Vermögenswerte		
LaR	50	10
Finanzanlagen	50	10
AfS	3.046	2.002
Finanzanlagen	3.046	2.002
FVO	498	930
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte	498	930
HtM	120	175
Finanzanlagen	120	175
Gesamt	3.714	3.117
Korrespondierende Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.493	2.622
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	219	275
Gesamt	3.712	2.897

62 Sicherheiten

Finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheiten gestellt wurden, umfassen die folgenden Positionen (Buchwerte):

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	378	301	26
Forderungen an Kunden	5.635	5.673	-1
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögensgegenstände	2.836	3.423	-17
Finanzanlagen	18.362	24.207	-24
Sonstige Aktiva	3.484	3.482	0
Gesamt	30.695	37.086	-17

Die Sicherheiten für Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäfte wurden im Wege einer Vollrechtsübertragung im Rahmen von standardisierten Rahmenverträgen gestellt, welche im internationalen Bankgeschäft üblich sind. Die Sicherheiten für die Offenmarktgeschäfte wurden nach den Bedingungen der Bundesbank und die sonstigen Sicherheiten gemäß den Eurex Repo Bedingungen gestellt.

Der Konzern hat zum 31. Dezember 2012 Sicherheiten mit einem Zeitwert von 17.584 Mio. € (Vorjahr: 19.434 Mio. €) aus Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäften erhalten. Diese Geschäfte wurden gemäß den standardisierten Rahmenverträgen für Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäfte beziehungsweise den Eurex-Repo-Bedingungen ausgeführt. Sofern der Konzern bei Beendigung des jeweiligen Geschäfts gleichwertige Wertpapiere, die er als Sicherheit erhalten hat, zurückgibt, hat er als Sicherungsnehmer das Recht, die erhaltenen Sicherheiten zu veräußern oder weiter zu verpfänden. Zum 31. Dezember 2012 waren von diesen Sicherheiten 6.931 Mio. € (Vorjahr: 7.925 Mio. €) veräußert oder verpfändet.

63 Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die dem Konzern Landesbank Berlin Holding nahestehenden Unternehmen und Personen umfassen gemäß IAS 24 die Gruppen:

- Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) – Mehrheitsaktionärin der Holding sowie Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft) und – als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft – Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG),
- Tochterunternehmen der Holding, Gemeinschaftsunternehmen und Unternehmen, auf welche die Holding maßgeblichen Einfluss nehmen kann, und deren Tochterunternehmen sowie
- natürliche Personen in Schlüsselpositionen der LBB und Holding, zu denen insbesondere Vorstand und Aufsichtsrat gehören, sowie die Geschäftsführer des beherrschenden Mutterunternehmens.

Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen um den Mehrheitseigner

Zu den nahestehenden Unternehmen und Personen der Holding im Sinne des IAS 24 gehören auf Seiten des Mehrheitseigners die S-Erwerbsgesellschaft, die S-Beteiligungsgesellschaft, die RVG und die Geschäftsführer der RVG.

In der Landesbank Berlin AG besteht seit dem 1. Januar 2008 eine **stille Einlage** der S-Erwerbsgesellschaft in Höhe von 700 Mio. €. Die stille Einlage hat die S-Erwerbsgesellschaft im Rahmen des Erwerbsprozesses vom Land Berlin übernommen. Vertragsgemäß stehen dem stillen Gesellschafter ergebnisabhängig Gewinnbeteiligungen in Höhe von 7,22 % p.a. in Bezug auf den Einlagebetrag zu beziehungsweise er nimmt an dem Bilanzverlust beziehungsweise Jahresfehlbetrag teil, der ohne den Verlustausgleich entstehen würde, und zwar im Verhältnis des Einlagenennbetrags zum Gesamtnennwert der Haftkapitalanteile. Für die stille Einlage wurde im Geschäftsjahr 2012 für das Geschäftsjahr 2011 eine Vergütung in Höhe von 50,5 Mio. € an die S-Erwerbsgesellschaft gezahlt.

Im Jahr 2008 wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Landesbank Berlin AG und der RVG abgeschlossen, mit dem die Erstellung von IFRS-Konzernabschlüssen durch die Landesbank Berlin AG für die RVG und die damit verbundene Vergütung geregelt sind. Für die Erstellung des RVG Konzernabschlusses 2011 und die damit im Zusammenhang von der LBB erbrachten Leistungen wurden der RVG 78 T€ in Rechnung gestellt.

Im Dezember 2009 wurde eine Vereinbarung zur Übernahme der Geschäftsbesorgung im Hinblick auf bestimmte Anzeige- und Meldepflichten gemäß AktG, KWG und WpHG zwischen der LBB und der RVG, der S-Erwerbsgesellschaft und der S-Beteiligungsgesellschaft geschlossen. Die LBB erhält für die verabredeten Leistungen ein angemessenes jährliches Entgelt.

Mit der RVG, Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft, besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung, die bisher nur in geringem Umfang (4 T€) einlageseitig genutzt wird. Außerdem besteht ein Tagesgeldkonto in Höhe von 6 T€ zu Standardkonditionen. Weitere berichtspflichtige Geschäfte wurden im Berichtszeitraum nicht getätigt. Mit der S-Beteiligungsgesellschaft bestehen zum Stichtag keine bankgeschäftlichen Beziehungen.

Herr Dietrich Harms hat zum 30. September 2012 seine Tätigkeit als Geschäftsführer der RVG beendet. Mit Wirkung zum 1. Oktober 2012 wurde Herr Uwe Schumacher zum neuen Geschäftsführer der RVG bestellt. Herr Uwe Schumacher vertritt die RVG gemeinschaftlich mit einem anderen Geschäftsführer.

Mit zwei Geschäftsführern der RVG bestehen zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindungen auf Guthabenbasis. Ein Geschäftsführer der RVG verfügt außerdem über ein Tagesgeldkonto zu marktüblichen Bedingungen.

Die Mitglieder der Geschäftsführung der RVG und deren nahe Angehörige haben keine weiteren berichtspflichtigen Geschäfte getätigt.

Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nicht konsolidierten Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann

Die nahestehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes sind in der „Anteilsbesitzliste“ (Note 66) unter „Tochterunternehmen (IAS 27) vollkonsolidiert“ beziehungsweise „Tochterunternehmen (IAS 27) nicht vollkonsolidiert“ aufgeführt. Die Anteilsbesitzliste beinhaltet auch Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) und die Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann (Assoziierte Unternehmen).

Im abgelaufenen Geschäftsjahr bestanden Geschäftsbeziehungen zu den nahestehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes in folgendem Umfang:

Nicht konsolidierte Tochterunternehmen

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Aktiva			
Forderungen an Kunden	22	23	-4
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	0	19	-100
Sonstige Aktiva	14	9	56
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3	4	-25

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber den nicht konsolidierten Tochterunternehmen in Höhe von 0,2 Mio. € (31. Dezember 2011: 0,7 Mio. €).

Gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen bestehen unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 1,4 Mio. € (31. Dezember 2011: 2,3 Mio. €) sowie keine Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungen (31. Dezember 2011: 0,1 Mio. €).

Joint Ventures

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Aktiva			
Forderungen an Kunden	0	3	-100
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	1	-100

Es bestehen (wie zum 31. Dezember 2011) keine Wertberichtigungen, unwiderruflichen Kreditzusagen oder Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungen gegenüber Joint Ventures.

Zu Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, bestanden Geschäftsbeziehungen in folgendem Umfang:

Assoziierte Unternehmen

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Aktiva			
Forderungen an Kreditinstitute	2.460	1.855	33
Forderungen an Kunden	68	78	-13
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	0	14	-100
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	197	204	-3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17	14	21
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	33	32	3
Nachrangkapital	21	21	0

Es bestehen (wie zum 31. Dezember 2011) keine Wertberichtigungen gegenüber den assoziierten Unternehmen.

Gegenüber assoziierten Unternehmen bestehen unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 1,4 Mio. € (31. Dezember 2011: 4,0 Mio. €) sowie keine Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungen (31. Dezember 2011: 0,3 Mio. €).

Die an nicht konsolidierte Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, ausgegebenen Kredite wurden zu marktüblichen Konditionen gewährt. Im Zinsüberschuss des Konzerns sind die Zinsaufwendungen und die Erträge aus den Geschäftsbeziehungen als Zinsergebnis enthalten. Das Zinsergebnis des Konzerns wird aus den Geschäftsbeziehungen zu nicht konsolidierten Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, entsprechend den Volumina und der marktüblichen Verzinsung beeinflusst.

Angaben zu den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands der Holding und der LBB hat sich gegenüber dem im Geschäftsbericht zum 31. Dezember 2011 dargestellten Stand nicht verändert.

Im Berichtszeitraum erfolgten keine Änderungen der bestehenden dienstvertraglichen Regelungen (Vorstandsverträge). Letztmalig hatte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 10. Februar 2011 eine Anpassung der ruhegehaltstfähigen Festgehälter zum jeweiligen individuellen Überprüfungszeitpunkt beschlossen. Die nicht ruhegehaltstfähigen Festbezüge 2012 sind für die in den Jahren 2011 und 2012 in der LBB amtierenden Vorstandsmitglieder unverändert.

Der Aufsichtsrat der LBB hat in seiner Sitzung am 25. April 2012 über die variablen erfolgsabhängigen Vergütungen intensiv beraten und auf Basis der für die jeweiligen Jahre geltenden Regelungen entschieden. Für das Geschäftsjahr 2011 wurde die variable Vergütung für alle Vorstandsmitglieder der LBB auf null Euro festgesetzt. Für das Geschäftsjahr 2010 wurde mit einer Ausnahme den in diesem Geschäftsjahr amtierenden Vorstandsmitgliedern der erste Teilbetrag der variablen Vorbehaltsvergütung vollständig gewährt. Dies gilt entsprechend auch für den zweiten Teilbetrag der variablen Vorbehaltsvergütung für das Geschäftsjahr 2009. Die Einzelheiten des Vergütungssystems sind im Konzernlagebericht 2011 dargestellt.

Die personelle Zusammensetzung der Aufsichtsräte der Holding und der LBB hat sich gegenüber dem 31. Dezember 2011 wie folgt verändert: Herr Heinrich Haasis, bis Mitte Mai 2012 Präsident des DSGV, hat seine Mandate in den Aufsichtsräten der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG mit Ende seiner Amtszeit als DSGV-Präsident mit Ablauf des 4. Juni 2012 niedergelegt. Der neue Präsident des DSGV, Herr Georg Fahrenscho, wurde mit Wirkung zum 5. Juni 2012 in beide Aufsichtsräte bestellt und von diesen jeweils zum Vorsitzenden gewählt.

Herr Wolfgang Pansegrau hat sein Mandat im Aufsichtsrat der LBB mit Ablauf des 31. Dezember 2011 niedergelegt. Herr Gerhard Henschel ist als gewähltes Ersatzmitglied ab dem 1. Januar 2012 Mitglied dieses Aufsichtsrats.

Herr Friedrich Schubring-Giese hat sein Amt als Mitglied des Aufsichtsrats der Holding mit Wirkung zum Ende der Hauptversammlung am 31. August 2012 niedergelegt. Zu seinem Nachfolger wurde in der Hauptversammlung am 31. August 2012 Herr Dr. Rolf Gerlach gewählt. Eine Übersicht über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats der Holding befindet sich im Anhang.

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG beziehungsweise der Landesbank Berlin AG wurden im Berichtszeitraum folgende Vergütungen zuteil:

in T€	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011
Gesamtbezüge des Vorstands der LBB ¹⁾	5.068	5.053
(davon erfolgsabhängige variable Vergütung)	(210)	(333)
davon Gesamtbezüge des Vorstands der Holding ²⁾	1.781	1.824
(davon erfolgsabhängige variable Vergütung)	(135)	(186)
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der Holding ³⁾	620	620
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der LBB ³⁾	262	262
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt ⁴⁾	6.684	6.783
Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB	5.006	2.087
darin Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding	1.862	824
	31.12.2012	31.12.2011
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	102.556	90.330
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB zum Jahresende zurückgestellt	17.075	12.069
darin für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding zum Jahresende zurückgestellt	6.189	4.327

¹⁾ bestehend aus den Herren Dr. Evers, Bettink, Demolière, Kulartz, Müller, Tessmann

²⁾ bestehend aus den Herren Dr. Evers und Müller

³⁾ ohne Umsatzsteuer, Konzernangaben

⁴⁾ darin enthalten erfolgsabhängige (variable) Vergütungen an Herrn Dr. Veit im Jahr 2012 in Höhe von 86 T€ und im Jahr 2011 in Höhe von 116 T€ (jeweils für seine Tätigkeit in den Geschäftsjahren 2009 und 2010). Hierin nicht enthalten ist die vom Aufsichtsrat der Berlin Hyp in der Sitzung vom März 2012 für Herrn Bettink beschlossene und 2012 gezahlte erfolgsabhängige Vorbehaltsvergütung in Höhe von 81 T€ (Vorjahr: 115 T€) für die Geschäftsjahre 2009 und 2010.

Die „Gesamtbezüge“ sind „kurzfristig fällige Leistungen“ entsprechend dem Standard; „andere langfristig fällige Leistungen“ bestehen nicht.

Vergütungskomponenten mit sonstiger langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente oder Ähnliches) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Von der Landesbank Berlin AG gewährte Vorschüsse und Kredite an Gremienmitglieder:

in T€	31.12.2012	31.12.2011
an Mitglieder des Vorstands der LBB	4	19
davon an Mitglieder des Vorstands der Holding	4	6
an Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding	202	89
an Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB	179	81

Die Salden beinhalten zu Kundenkonditionen gewährte Annuitätendarlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten.

Von der LBB wurden Bruttoentgelte an die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Holding in Höhe von 669 T€ (Vorjahr: 681 T€) und an die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der LBB in Höhe von 598 T€ (Vorjahr: 589 T€) vergütet.

Geschäftsvorfälle wie Grundstücksverkäufe, geleistete und bezogene Dienstleistungen, Leasingverhältnisse, Kredit- und sonstige Geschäfte bei Personen in Schlüsselstellungen zu nicht marktkonformen Konditionen liegen nicht vor. Für einzelne Gremienmitglieder oder deren Familienmitglieder bestehen Konten bei nahestehenden Unternehmen des Konzerns.

Nahe Familienangehörige des Vorstands und des Aufsichtsrats haben keinen Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen.

Darstellung zu § 314 Abs.1 Nr. 6 a) Satz 5 HGB

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr **2012** folgende Vergütungen:

Mitglieder des Vorstands in T€	Jahresvergütung			Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	erfolgsunabhängige Vergütung 2012	erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2011 ¹⁾	erfolgsabhängige Vergütung für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 ¹⁾		
Dr. Johannes Evers (Holding, LBB)	860	0	87	55	1.002
davon nicht ruhegehaltstfähig	330				
Martin K. Müller (Holding, LBB)	683	0	48	48	779
davon nicht ruhegehaltstfähig	290				
Summe Organmitglieder Holding	1.543	0	135	103	1.781
Jan Bettink (LBB)	726	0	0	49	775
davon nicht ruhegehaltstfähig	360				
Serge Demolière (LBB)	1.025	0	12	32	1.069
davon nicht ruhegehaltstfähig ³⁾	653				
Hans Jürgen Kulartz (LBB)	659	0	49	71	779
davon nicht ruhegehaltstfähig	246				
Patrick Tessmann (LBB)	630	0	14	20	664
davon nicht ruhegehaltstfähig ³⁾	250				
Vergütung 2012 Gesamt (LBB)	4.583	0	210	275	5.068

¹⁾ Im April 2012 hat der Aufsichtsrat über die erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen für die abgelaufenen Geschäftsjahre entschieden, die entsprechend den bestehenden Vergütungsregelungen ausgezahlt und in die Vergütung 2012 einbezogen wurden.

²⁾ Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 162 T€ sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von saldiert 106 T€, daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt.

³⁾ ganz oder teilweise im Rahmen der monatlichen Bezüge gezahlt

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2011 folgende Vergütungen:

Mitglieder des Vorstands in T€	Jahresvergütung			Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	erfolgsunabhängige Vergütung 2011	erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2010 ¹⁾	erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 ¹⁾		
Dr. Johannes Evers (Holding, LBB)	855	78	43	56	1.032
davon nicht ruhegehaltstfähig	330				
Martin K. Müller ³⁾ (Holding, LBB)	683	40	25	44	792
davon nicht ruhegehaltstfähig	290				
Summe Organmitglieder Holding	1.538	118	68	100	1.824
Jan Bettink (LBB)	726	0	0	49	775
davon nicht ruhegehaltstfähig	360				
Serge Demolière (LBB)	1.022	30	22	-44	1.030
davon nicht ruhegehaltstfähig ⁴⁾	653				
Hans Jürgen Kulartz (LBB)	657	42	25	55	779
davon nicht ruhegehaltstfähig	246				
Patrick Tessmann (LBB)	598	28	0	19	645
davon nicht ruhegehaltstfähig ⁴⁾	250				
Vergütung 2011 Gesamt (LBB)	4.541	218	115	179	5.053

¹⁾ Im März 2011 hat der Aufsichtsrat über die erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen entschieden, die entsprechend den bestehenden Vergütungsregelungen ausgezahlt und in die Vergütung 2011 einbezogen wurden.

²⁾ Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 153 T€ sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von saldiert 19 T€ (Herr Demolière hat eine Rückvergütung die Vorjahre betreffend in Höhe von 77 T€ geleistet), daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt.

³⁾ Herr Müller wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2011 in den Vorstand der Holding bestellt.

⁴⁾ ganz oder teilweise im Rahmen der monatlichen Bezüge gezahlt

Angaben gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) Satz 6 bb HGB:

in T€	In 2012 aufgewandter oder zurückgestellter Betrag	Barwert Pensions- verpflichtungen (DB0)
Dr. Johannes Evers	1.148	4.026
Martin K. Müller	714	2.163
Summe Organ LBBH	1.862	6.189
Jan Bettink	811	3.032
Serge Demolière	893	3.185
Hans Jürgen Kulartz	1.052	3.809
Patrick Tessmann	388	860
Gesamt Organ LBB	5.006	17.075

in T€	In 2011 aufgewandter oder zurückgestellter Betrag	Barwert Pensions- verpflichtungen (DB0)
Dr. Johannes Evers	510	2.878
Martin K. Müller	314	1.449
Summe Organ LBBH	824	4.327
Jan Bettink	3	2.221
Serge Demolière	440	2.292
Hans Jürgen Kulartz	495	2.757
Patrick Tessmann	325	472
Gesamt Organ LBB	2.087	12.069

Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding für die Tätigkeit in Aufsichtsräten im Konzern der Holding:

Mitglieder des Aufsichtsrats in T€	Jahresvergütung Konzern LBB Holding	
	1.1. – 31.12. 2012	1.1. – 31.12. 2011
Georg Fahrenschon ¹⁾	46,3	–
Heinrich Haasis ²⁾	34,6	81,0
Bärbel Wulff	63,8	63,8
Hans Jörg Duppré	15,0	15,0
Michael Dutschke	15,0	15,0
Christina Förster	15,0	15,0
Dr. Rolf Gerlach ³⁾	5,0	–
Gerhard Grandke	31,5	31,5
Artur Grzesiek	33,5	33,5
Sascha Händler	15,0	15,0
Gerhard Henschel ⁴⁾	13,0	–
Gerald Herrmann	25,5	25,5
Claus Friedrich Holtmann	31,5	31,5
Michael Jänichen	47,5	47,5
Daniel Kasteel	15,0	15,0
Thomas Mang	41,5	41,5
Frank Meyse	15,0	15,0
Wolfgang Pansegrau ⁵⁾	12,5	25,5
Helmut Schleweis	35,5	35,5
Peter Schneider	25,5	25,5
Friedrich Schubring-Giese ⁶⁾	10,0	15,0
Dr. Harald Vogelsang	31,5	31,5
Frank Wolf	41,5	41,5
Summe	620,2	620,3
zuzüglich USt	94,4	96,8
Gesamtaufwand	714,6	717,1

¹⁾ Mitglied im AR der Holding und der LBB seit 5. Juni 2012

²⁾ Mitglied im AR der Holding und der LBB bis 4. Juni 2012

³⁾ Mitglied im AR der Holding seit 1. September 2012

⁴⁾ Mitglied im AR der LBB seit 1. Januar 2012

⁵⁾ Mitglied im AR der LBB bis 31. Dezember 2011

⁶⁾ Mitglied im AR der Holding bis 31. August 2012

64 Anzahl Arbeitnehmer

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer, getrennt nach Gruppen:

	2012	2011
Vollzeit	4.834	4.970
Teilzeit	1.533	1.489
Auszubildende	177	191
Gesamt	6.544	6.650

65 Ereignisse nach dem 31. Dezember 2012

Herr Martin K. Müller, Vorstandsmitglied der Holding und der LBB, wird – vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrats der LBB – die LBB mit Ablauf des 31. März 2013 verlassen und ab 1. April 2013 Vorstandsmitglied der DekaBank.

66 Anteilsbesitzliste

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2012 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
Tochterunternehmen (IAS 27) – vollkonsolidiert –						
Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin ³⁾⁵⁾	100,0	100,0	100,0	830.903	0	
Crown Court I LLC, Wilmington / Delaware	100,0	100,0	100,0	-63.596	50.871	
Crown Court Property London Ltd., London ⁵⁾¹³⁾	100,0	100,0	100,0	17.316	756	
GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin ³⁾⁵⁾	100,0	100,0	100,0	9.436	0	
Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde / Gardelegen GbR, Berlin	76,7	76,7	76,7	-27.562	-1.790	31.12.2011
Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin ⁵⁾	99,9	99,9	99,9	-3.980	-145	
Landesbank Berlin AG, Berlin ³⁾⁵⁾	100,0	0,0	100,0	2.861.243	0	
Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg ⁵⁾⁶⁾	100,0	100,0	100,0	189.957	22.361	
Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ³⁾⁵⁾	100,0	0,0	100,0	10.660	0	
LBB Finance (Ireland) plc, Dublin ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	1.319	-24	
LBB Grundstücksgesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin ³⁾⁵⁾	100,0	100,0	100,0	5.880	0	
LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ³⁾⁵⁾	100,0	100,0	100,0	1.405	302	
LBB Re Luxembourg S.A., Luxemburg ⁵⁾⁶⁾	100,0	100,0	100,0	3.200	0	
netbank Aktiengesellschaft, Hamburg ⁵⁾	75,0	75,0	75,0	24.664	2.069	
S-Servicepartner GmbH (bis 14.11.2012 BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin), Berlin ³⁾	100,0	100,0	100,0	2.699	0	
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ³⁾⁵⁾	100,0	100,0	100,0	1.036	0	
SIC-12-Gesellschaften (IAS 27 i. V. m. SIC 12) – vollkonsolidiert –						
RR II R-11056, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11057, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11063, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11064, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11066, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11077, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11085, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11087, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11140, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11157, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11163, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11189, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11262, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11285, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11290, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11292, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11302, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11303, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11308, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11804, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-846, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	-	-	

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2012 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
Spezialfonds (IAS 27 i. V. m. SIC 12) – vollkonsolidiert –						
AGI PIMCO Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main ^{11b)}	100,0	100,0	0,0	87.704	-21	31.12.2011
LBB-TBG-Fonds, Berlin ^{11b)}	100,0	100,0	0,0	99.300	4.296	30.11.2011
BG-Asset-Fonds, Berlin ^{11b)}	100,0	100,0	0,0	21.320	335	30.9.2012
DeAM EICO Fonds, Frankfurt am Main ^{11b)}	100,0	100,0	0,0	84.210	1.494	31.12.2011
DEKA - ABS Europe-Fonds, Frankfurt am Main ^{11b)}	100,0	100,0	0,0	62.808	-3.648	31.12.2010
GSAM Global Corporate Bond Fonds INKA, Düsseldorf ^{11b)}	100,0	100,0	0,0	92.783	-838	31.12.2011
LBB INKA Credit Plus, Düsseldorf ¹¹⁾	100,0	100,0	0,0	76.339	1.075	31.12.2010
LBB IPM Systematic UI, Frankfurt am Main	100,0	100,0	0,0	30.592	227	30.6.2012
LBB-nb 08-Fonds, Berlin ^{5) 11b)}	100,0	100,0	0,0	308.672	6.143	28.12.2012
LBB Prisma Unit Trust, Georgetown / Kaiman-Inseln ^{11c) 14)}	100,0	100,0	0,0	12.530	-5.512	30.6.2012
UNIQA Global ABS Income Fund, Bregenz, Austria ^{11b)}	100,0	100,0	0,0	23.374	601	31.12.2011
WAMCO INKA Global Corporate Bond Fonds, Düsseldorf ¹¹⁾	100,0	100,0	0,0	86.433	-1.036	31.12.2010
Tochterunternehmen (IAS 27)²⁾ – nicht vollkonsolidiert –						
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ³⁾	100,0	94,9	100,0	51	0	
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin ³⁾	100,0	100,0	100,0	26	0	31.12.2011
Beteiligungsgesellschaft B & E-Maßnahmen mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	9	-12	31.12.2011
B & E-Maßnahme Naumburg GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	-1.499	-1.424	31.12.2011
egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin	94,0	94,0	94,0	-844	988	31.12.2011
Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	571	22	31.12.2011
GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	110	10	31.12.2011
Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR – STADT UND LAND-Fonds 1 –, Berlin	60,6	60,6	60,6	-4.297	-154	31.12.2011
Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München	78,1	78,1	78,1	2	-37	31.12.2011
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ³⁾	100,0	100,0	100,0	26	0	
IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	19	0	31.12.2011
IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin	100,0	100,0	100,0	105	-7	31.12.2011
Linden Grundstücks GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	271	-42	31.12.2011
SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	160	58	31.12.2011
SDZ Rhein-Ruhr GmbH, Düsseldorf	100,0	100,0	100,0	43	18	31.12.2011
Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	750	18	31.12.2011
Joint Ventures (IAS 31)²⁾ – nicht nach der Equity-Methode einbezogen –						
CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin	50,0	50,0	50,0	160	-19	31.12.2011
NordEK Norddeutsche Einkaufskoordinationsgesellschaft der Landesbank Berlin AG und der Norddeutschen Landesbank Girozentrale Berlin und Hannover, Berlin / Hannover	0,0	0,0	50,0	397	34	31.12.2011
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – nach der Equity-Methode einbezogen –						
LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin / Hannover ⁷⁾	12,0	12,0	12,0	297.458	0	
PEB Capital B.V. in liquidation, Hilversum	42,4	42,4	42,4	90	-9	31.12.2011
S-Kreditpartner GmbH, Berlin	66,7	66,7	66,7	247.842	10.862	31.12.2011
Assoziierte Unternehmen (IAS 28)²⁾ – nicht nach der Equity-Methode einbezogen –						
Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland –, Berlin	47,5	47,5	47,5	30.367	1.978	31.12.2011
Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	30,0	30,0	30,0	88	5	31.12.2011
B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	25,1	25,1	25,1	20.776	3.351	30.9.2012

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2012 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin	21,8	21,8	21,8	8.747	153	31.12.2011
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin	49,0	49,0	49,0	-227	-15	31.12.2010
Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München	39,6	39,6	20,0	26	0	31.12.2011
Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin	0,0	0,0	40,0	0	0	31.12.2009
SDZ Südbayern GmbH, Schwabmünchen	30,0	30,0	30,0	589	51	31.12.2011
SDZ Westfalen-Lippe GmbH, Münster	30,0	30,0	30,0	418	133	31.12.2011
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München	49,0	49,0	36,3	-2.266	271	
Sonstige Beteiligungen von mindestens 20 v. H. ²⁾						
Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin ^{8) 9)}	100,0	100,0	100,0	-3.191	1	31.12.2011
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. L., Berlin ¹⁰⁾	49,0	49,0	49,0	3	0	31.12.2008
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. L., Berlin ¹⁰⁾	48,5	48,5	48,5	-2.987	-2.987	31.12.2009
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin ^{8) 9)}	100,0	100,0	100,0	-4	-1	31.12.2011
Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, München ^{8) 9)}	75,0	75,0	75,0	45	-1	31.12.2010
Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, München ^{8) 9)}	75,0	75,0	75,0	624	131	31.12.2010
Sonstige SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds von mindestens 20 v. H. ²⁾						
Magna Africa Fund, London ^{11a) 12)}	38,5	38,5	0,0	64.011	7.297	31.12.2010
OP Extra Bond Euro - hedged, Köln ^{11b) 12)}	22,8	22,8	0,0	213.076	46	30.12.2010

¹⁾ Angabe der Jahresabschlusssdaten nach HGB, wenn nicht anders gekennzeichnet

²⁾ Der Einbezug in den Konzernabschluss sowie die Bewertung erfolgen gemäß IAS 39 als Finanzinstrument.

³⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und/oder ein Ergebnisabführungsvertrag.

⁴⁾ Es handelt sich um die einzelnen Tranchen zum „Tender-Option-Bond-Programm“ der Crown Court I LLC; TOB gesamt per 31.12.2012: Eigenkapital 23.882 T€; Jahresüberschuss –83.074 T€.

⁵⁾ Zahlen aus aufgestelltem oder vorläufigem Jahresabschluss per 31.12.2012

⁶⁾ Zahlen aus Abschluss nach local GAAP (Lux)

⁷⁾ Assoziiertes Unternehmen wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung beziehungsweise durch Mitwirkung an Finanz- und Geschäftspolitik (IAS 28.7)

⁸⁾ Kein Tochterunternehmen wegen fehlender Beherrschung (Abschirmung durch Detailvereinbarung)

⁹⁾ Kein assoziiertes Unternehmen wegen fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine faktische Einflussnahme – Widerlegung IAS 28.7) beziehungsweise Vermittlung über nicht konsolidiertes TU

¹⁰⁾ Kein Tochter- oder assoziiertes Unternehmen, da Insolvenzverwalter bestellt

¹¹⁾ Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, das Ergebnis (Jahresüberschuss) entspricht dem Saldo aus Ertrag und Aufwand.

^{11a)} Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, das Ergebnis (Jahresüberschuss) entspricht dem ordentlichen Nettoertrag.

^{11b)} Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen.

^{11c)} Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, die Umrechnung erfolgt zum Kurs per 30.6.2012.

¹²⁾ Die aufliegende KAG gehört nicht zum Konzern und Beherrschung beziehungsweise maßgeblicher Einfluss wird nicht ausgeübt.

Kurse

¹³⁾ 1 EUR = 0,8161 GBP (zum 31.12.2012)

¹⁴⁾ 1 EUR = 1,2590 USD (zum 30.6.2012)

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin Holding AG

Gesellschaft	Organträger	Ergebnis vor Ergebnisabführung in T€	vom 31.12.2012 abweichender Jahresabschluss
Landesbank Berlin AG	Landesbank Berlin Holding AG	199.526	
Landesbank Berlin Investment GmbH	Landesbank Berlin Holding AG	15.380	

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den von der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Berlin, den 28. Februar 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt ppa. Mario Bauschke
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Der Konzern im Quartalsvergleich

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. €	IV / 2012	III / 2012	II / 2012	I / 2012	IV / 2011	III / 2011 ¹⁾	II / 2011	I / 2011 ¹⁾
Zinsüberschuss	181	207	222	235	288	227	221	215
Zinserträge	794	851	1.045	1.076	1.014	1.033	1.165	1.074
Zinsaufwendungen	613	644	823	841	726	806	944	859
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	43	39	6	11	34	26	24	-1
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	138	168	216	224	254	201	197	216
Provisionsüberschuss	74	72	58	66	71	71	63	64
Provisionserträge	117	112	100	105	114	110	106	102
Provisionsaufwendungen	43	40	42	39	43	39	43	38
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-1	4	-3	-3	-1	-11	2	8
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	65	47	41	68	47	-151	5	83
Ergebnis aus Finanzanlagen	-17	-13	-17	-2	-53	-39	-56	-15
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	-7	-8	-2	-8	-18	-11	2	3
Sonstiges betriebliches Ergebnis ²⁾	14	-2	0	-8	29	59	24	9
Verwaltungsaufwendungen	264	249	238	246	260	229	238	255
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung und Bankenabgabe	2	19	55	91	69	-110	-1	113
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	-1	3	-31	0	0	0	0	0
Aufwand Bankenabgabe	-1	8	7	7	0	15	8	7
Operatives Ergebnis nach Restrukturierung und Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern	2	14	17	84	69	-125	-9	106
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-7	0	8	17	120	-16	-5	21
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	9	14	9	67	-51	-109	-4	85
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne/Verluste	0	0	0	0	4	0	0	0
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	9	14	9	67	-55	-109	-4	85

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ einschließlich Restrukturierungsergebnis

Gesamtergebnis der Periode

in Mio. €	IV / 2012	III / 2012	II / 2012	I / 2012	IV / 2011	III / 2011 ¹⁾	II / 2011	I / 2011 ¹⁾
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern²⁾	9	14	9	67	-51	-109	-4	85
Veränderung der								
Rücklage aus der Bewertung von AFS-Finanzinstrumenten	82	215	-45	292	-61	-137	35	-28
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	0	-6	-2	-1	-7	-12	-36	-1
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	12	-16	-8	-1	-4	-59	16	35
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	6	5	6	5	5	5	6	5
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)	42	-79	-39	-127	-39	-41	2	27
Rücklage aus Währungsumrechnung	3	2	-4	2	-2	-2	0	3
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	-2	4	2	6	0	7	1	-3
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen								
Rücklage aus der Bewertung von AFS-Finanzinstrumenten	23	52	-9	75	-19	-27	5	-9
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	4	-5	-3	0	-2	-17	4	11
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)	13	-24	-12	-38	-11	-13	1	8
Rücklage aus Währungsumrechnung	1	1	-1	0	0	-1	0	1
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	0	0	0	0	0	0	0	0
Erfolgsneutrales Ergebnis²⁾	96	102	-69	135	-74	-174	44	23
Gesamtergebnis der Periode	105	116	-60	202	-125	-283	40	108
Konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Gesamtergebnis	-1	1	1	0	2	3	0	-2
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	0	0	0	0	4	0	0	0
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende erfolgsneutrale Erträge / Aufwendungen	-1	1	1	0	-2	3	0	-2
Gesamtergebnis der Anteilseigner des Mutterunternehmens	106	115	-61	202	-127	-286	40	110

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ einschließlich „Anteile im Fremdbesitz“, siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Berlin, den 28. Februar 2013
Der Vorstand

Dr. Johannes Evers

Martin K. Müller

Weitere Informationen

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG	187
Organe der Landesbank Berlin Holding AG	190
Wichtige Adressen	192
Abkürzungsverzeichnis	194

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2012 in sieben Plenumsitzungen – davon eine Telefonkonferenz – sowie in zehn Ausschusssitzungen – davon vier Telefonkonferenzen – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich wie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und ihrer Tochtergesellschaften befasst, die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem jeweiligen Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Bei identischen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der Holding und der Landesbank Berlin AG (LBB) wie auch die beiden Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschüsse jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

Schwerpunkte der Aufsichtsrats Tätigkeit

Gegenstand der Sitzungen war die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der strategischen Geschäftsfelder sowie über die aktuelle Lage der Holding und des Konzerns.

In der Sitzung vom 13. Februar 2012 berichtete der Vorstand über eine erste Indikation zur Geschäftsentwicklung per 31. Dezember 2011 nach HGB und erörterte mit dem Aufsichtsrat den Verlauf des abgelaufenen Geschäftsjahres. Ferner hat sich der Aufsichtsrat mit dem Abbau der risikogewichteten Aktiva und dem Komplexitätsabbau in der Landesbank Berlin, dem Fortgang des Projekts „Wege zum Kunden“ sowie mit der jährlichen Prüfung der Richtlinien des Aufsichtsrats für die Festsetzung und Auszahlung der variablen Vergütung auf ihre Angemessenheit befasst. Der Aufsichtsrat hat eine Kapitalerhöhung bei der S-Kreditpartner GmbH beschlossen sowie den aktuellen Stand des Übertragungsverlangens nach § 327a AktG („Squeeze out“) und die Terminplanung zur Kenntnis genommen. Zudem wurden die jährliche DCGK-Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG, der Corporate Governance-Bericht 2011, die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB sowie die Durchführung der Effizienzprüfung anhand der vorgelegten Checkliste beschlossen.

Zur Vorbereitung der Bilanzsitzung am 12. März 2012 wurden dem Aufsichtsrat die Berichte des Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, übermittelt. Im Rahmen dieser Bilanzsitzung erfolgten die Berichterstattungen des Vorstands über das Geschäftsjahr 2011 und die des Wirtschaftsprüfers, die Beratung und Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie des Lage- und Konzernlageberichts der Holding zum 31. Dezember 2011. Weitere Themen dieser Sitzung waren die Prüfung des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG, die Beschlussfassung über den Bericht des Aufsichtsrats, über das Squeeze-out-Verfahren sowie über Vorschläge zur Tagesordnung der außerordentlichen Hauptversammlung am 25. April 2012. Neben der Beschlussfassung zum Vergütungsbericht 2011 beschloss der Aufsichtsrat die Fortführung des im Bericht dargelegten Vergütungssystems für den Vorstand. Der Vorstand stellte den Ergebnisbericht zu Hinweisen und Prüfbitten aus dem Kreis des Aufsichtsrats und den Bericht über die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems (IKS) sowie den Jahresbericht über Spenden und Sponsoringmaßnahmen vor. Daneben hat der Vorstand über den aktuellen Stand der Arbeiten zur Erfüllung der Kapitalanforderungen berichtet.

An diese Berichterstattung wurde in der Sitzung am 25. April 2012, die im Anschluss an die außerordentliche Hauptversammlung der Holding stattfand, angeknüpft und aktuelle Maßnahmen sowie das weitere Vorgehen erörtert. Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat mit Vorstandsangelegenheiten befasst.

Am 4. Juni 2012 fasste der Aufsichtsrat Beschluss über die Einberufung und die Tagesordnung sowie die Vorschläge für die ordentliche Hauptversammlung der Holding, über die Beauftragung des Abschlussprüfers und über die Ausübung des Stimmrechts in der ordentlichen Hauptversammlung der LBB gemäß § 32 Abs. 1 MitbestG. Weitere Themen waren der Abbau der risikogewichteten Aktiva sowie die Auswertung der Ergebnisse der Effizienzprüfung der Aufsichtsrats Tätigkeit für das Jahr 2011. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Heinrich Haasis, legte mit Ablauf des 4. Juni 2012 seine Mandate im Aufsichtsrat der LBB und der Holding nieder. Mit Wirkung zum 5. Juni 2012 wurde die Wahl des Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie die Wahl eines Mitglieds des Aufsichtsrats in den Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss vorgenommen.

Am 3. September 2012 erörterte der Aufsichtsrat mit dem Vorstand neben den Maßnahmen zur Erfüllung der Kapitalanforderungen und zum Komplexitätsabbau die Umsetzung des Projekts „Wege zum Kunden“. Ferner fasste der Aufsichtsrat einen Vorratsbeschluss zu Organkrediten und beschloss die Prüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr 2012. Er nahm den Bericht des Vergütungsausschusses über die Angemessenheit der Ausgestaltung der Vergütungssysteme der LBB sowie den Bericht zu Sparkassen-Dienstleistungen zur Kenntnis. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den Sparkassenbericht 2011 sowie den Bericht über die Stiftung Berliner Sparkasse – von Bürgerinnen und Bürgern für Berlin zur Kenntnis genommen.

In der Sitzung des Aufsichtsrats am 16. November 2012 berichtete der Vorstand über die Ergebnisse zum 3. Quartal und stellte den Bericht zum Stand der Erfüllung der Kapitalanforderungen vor. Weitere Schwerpunkte der Aufsichtsratsstätigkeit bildeten die Erörterung der Mittelfristplanung, der Risikostrategie und des Strategiedokuments nach MaRisk. Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat über die Fortführung der D&O-Versicherung, über die Strategie der S-Servicepartner GmbH informieren lassen und dem Abschluss eines Gewinnabführungsvertrags zwischen der LBB und der S-Servicepartner GmbH zugestimmt.

Die letzte Sitzung des Aufsichtsrats im Berichtsjahr wurde als Telefonkonferenz am 5. Dezember 2012 abgehalten. Der Aufsichtsrat erörterte ausführlich die Empfehlungen der Vorstandsvorsteherkonferenz vom 3. Dezember 2012 zur zukünftigen Ausrichtung der LBB.

Außerhalb der Sitzungen wurde vom Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2012 ein Beschluss im Umlaufverfahren gefasst.

Mit Ausnahme eines Mitglieds nahmen alle Mitglieder des Aufsichtsrats im Jahr 2012 an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teil.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im Geschäftsjahr 2012 durch den aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildeten Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss (BPS-Ausschuss) unterstützt.

Außerhalb der Sitzungen wurde vom BPS-Ausschuss im Geschäftsjahr 2012 ein Beschluss im Umlaufverfahren gefasst.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss trat im Jahr 2012 nicht zusammen.

Der Aufsichtsrat hat sich im Plenum regelmäßig und umfassend über die Arbeit des BPS-Ausschusses berichten lassen.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat hat die Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) erörtert. Im Frühjahr 2012 hat der Aufsichtsrat seine Arbeit einer Effizienzprüfung unterzogen. Die Ergebnisse dieser Effizienzprüfung sind im Zusammenwirken mit dem Vorstand Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeit im Aufsichtsrat. Im Februar 2013 hat der Aufsichtsrat den weiteren Umgang mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex eingehend erörtert und beschlossen, dass die Publizitäten über die Befolgung des DCGK aufgrund des Wegfalls der Börsennotierung mit sofortiger Wirkung eingestellt werden. Dennoch werden bereits implementierte aus dem DCGK stammende Prozesse weiterhin berücksichtigt.

Personalia Vorstand

Im Berichtsjahr gab es keine personellen Veränderungen im Vorstand.

Personalia Aufsichtsrat

Mit Ablauf des 4. Juni 2012 legte Herr Heinrich Haasis sein Mandat im Aufsichtsrat der Holding nieder. Vom Amtsgericht Charlottenburg wurde Herr Georg Fahrenschon mit Wirkung vom 5. Juni 2012 zum Mitglied des Aufsichtsrats der Holding bestellt. In der Hauptversammlung am 31. August 2012 wurde Herr Georg Fahrenschon für die Dauer bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2014 zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt.

Mit Ablauf der Hauptversammlung am 31. August 2012 legte Herr Friedrich Schubring-Giese sein Mandat im Aufsichtsrat der Holding nieder. Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 31. August 2012 wurde Herr Dr. Rolf Gerlach zu seinem Nachfolger bestellt.

Mit Ablauf des 31. Oktober 2012 legte Herr Wolfgang Pansegrau sein Mandat im Aufsichtsrat der Holding nieder. Als gewähltes Ersatzmitglied für Herrn Pansegrau hat Herr Gerhard Henschel das Mandat ab 1. November 2012 übernommen.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern für ihr Engagement und die konstruktive Zusammenarbeit. Besonderer Dank gilt Herrn Heinrich Haasis, der den Aufsichtsrat als langjähriger Vorsitzender mit hoher Kompetenz und herausragendem Einsatz führte.

Der Aufsichtsrat hat in Anlehnung an Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex geprüft und festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört und die gesetzlichen Anforderungen gemäß § 100 Abs. 5 AktG an den Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung erfüllt sind.

Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Aufsichtsrat hat eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2012 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erteilte der Holding für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 den folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Gegen die Schlussklärung des Vorstands im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG erhebt der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen.

Jahresabschluss 2012

Der vorliegende Jahresabschluss der Holding mit dem Lagebericht sowie der Konzernabschluss der Holding mit dem Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2012 wurden durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das jeweils erteilte Testat zur Kenntnis genommen.

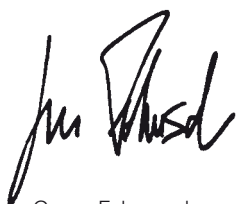
Vor und während der jeweiligen Prüfung informierte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats beim Abschlussprüfer über deren Ablauf und Inhalt. Der Jahresabschluss der Holding wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss der Holding nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht und dem Konzernlagebericht sowie den jeweiligen Prüfungsberichten des Wirtschaftsprüfers rechtzeitig vor den jeweiligen Bilanzsitzungen des BPS-Ausschusses und des Aufsichtsrats den Gremien zur eingehenden Prüfung vorgelegt.

An den Bilanzsitzungen des Plenums sowie des BPS-Ausschusses nahmen die den Jahres- und Konzernabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teil. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des Internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorlagen. In der gemeinsamen Erörterung beantwortete er die Fragen der Gremienmitglieder. Der Aufsichtsrat hat sich in Anlehnung an DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen die Prüfungsergebnisse ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der Holding und des Konzerns Holding zum 31. Dezember 2012 in seiner Sitzung vom 21. März 2013 gebilligt. Der Jahresabschluss der Holding gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt. Der Aufsichtsrat stimmte dem Vorschlag des Vorstands zu, den für das Geschäftsjahr 2012 ausgewiesenen Bilanzgewinn der Gesellschaft in Höhe von 100.800.718,40 € wie folgt zu verwenden: Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 99.932.787,00 € und Gewinnvortrag in Höhe von 867.931,40 €.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2012 erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2013
Der Aufsichtsrat



Georg Fahrenschoen
Vorsitzender

Organe der Landesbank Berlin Holding AG

Vorstand

Dr. Johannes Evers
Vorsitzender

Martin K. Müller

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis
Vorsitzender
bis 4. Juni 2012
Präsident des Weltinstituts
der Sparkassen

Georg Fahrenschon
Vorsitzender
ab 5. Juni 2012
Präsident des Deutschen
Sparkassen- und Giroverbands

Bärbel Wulff*
stellv. Vorsitzende
Vorsitzende des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG

Hans Jörg Duppré
Präsident des Deutschen Landkreistages

Michael Dutschke*
stellv. Vorsitzender des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG
Senior-Referent Organisationssteuerung
der Landesbank Berlin AG

Christina Förster*
Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Dr. Rolf Gerlach
ab 31. August 2012
Präsident des Sparkassenverbands
Westfalen-Lippe

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
des Sparkassen- und Giroverbands
Hessen-Thüringen

Artur Grzesiek
Vorstandsvorsitzender
der Sparkasse KölnBonn

Sascha Händler*
Spezialist / Teamkoordinator Internationales
Geschäft der Landesbank Berlin AG

Gerhard Henschel*
ab 1. November 2012
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Gerald Herrmann*
Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/
Bundesbank ver.di Bundesverwaltung Berlin

Claus Friedrich Holtmann
Geschäftsführender Präsident des
Ostdeutschen Sparkassenverbands

Michael Jänichen*
Bereichsleiter Firmenkunden der
Landesbank Berlin AG

Daniel Kasteel*
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG
Projektmitarbeiter im Bereich Organisations-
steuerung der Landesbank Berlin AG

Thomas Mang
Präsident des Sparkassenverbands
Niedersachsen

Frank Meysel*
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG
Mitarbeiter im Bereich Compliance
der Landesbank Berlin AG

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Wolfgang Pansegrau*

bis 31. Oktober 2012
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Helmut Schleweis

Vorsitzender des Vorstands der
Sparkasse Heidelberg

Peter Schneider

Präsident des Sparkassenverbands
Baden-Württemberg

Friedrich Schubring-Giese

bis 31. August 2012
ehem. Vorstandsvorsitzender der
Versicherungskammer Bayern

Dr. Harald Vogelsang

Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding
und der Hamburger Sparkasse AG

Frank Wolf*)

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss

Heinrich Haasis

Vorsitzender
bis 4. Juni 2012

Georg Fahrenschohn

Vorsitzender
ab 5. Juni 2012

Bärbel Wulff

stellv. Vorsitzende

Michael Jänichen

Thomas Mang

Helmut Schleweis

Frank Wolf

Vermittlungsausschuss

Georg Fahrenschohn

ab 5. Juni 2012

Christina Förster

Heinrich Haasis

bis 4. Juni 2012

Peter Schneider

Bärbel Wulff

* Arbeitnehmervertreter

Wichtige Adressen

Landesbank Berlin Holding AG

Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 500
Telefax: 030/869 830 74
www.lbb-holding.de

Landesbank Berlin AG

Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 801
Telefax: 030/869 830 74
www.lbb.de

Niederlassung London

LBB Landesbank Berlin London Branch
1 Crown Court, 66 Cheapside
GB-London EC2V 6 LR
Telefon: +44/20/757 262 00
Telefax: +44/20/757 262 99

Niederlassung Luxemburg

LBB Landesbank Berlin
30, Boulevard Royal
L-2449 Luxemburg
Telefon: +352/477 80
Telefax: +352/477 820 09

Landesbank Berlin Investment GmbH

Kurfürstendamm 201
10719 Berlin
Telefon: 030/245 645 00
Telefax: 030/245 645 45
www.lbb-invest.de

Berliner Sparkasse

Niederlassung der Landesbank Berlin AG
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 801
Telefax: 030/869 830 74
www.berliner-sparkasse.de

Eine aktuelle Aufstellung der Vertriebs-
standorte finden Sie im Internet unter
www.berliner-sparkasse.de/Standorte.

Privatkunden

Private Banking	Badensche Straße 41	10715 Berlin	030/869 840 55
Marktbereich Nord	Scharnweberstraße 14	13405 Berlin	030/869 747 860
Marktbereich Süd	Berliner Straße 40–41	10715 Berlin	030/869 747 610
Marktbereich Süd-Ost	Frankfurter Allee 147	10365 Berlin	030/869 742 691
Mobile Beratung	Badensche Straße 41	10715 Berlin	030/869 812 50

Firmenkunden

Zentrale Direktion Firmenkunden	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 843 89
Direktion Firmenkunden Nord	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 737 777
Direktion Firmenkunden Süd/ Direktion Brandenburg	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 747 671 030/869 747 683
Direktion Firmenkunden Zentrum	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 746 575
Direktion FirmenkundenCenter	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 830 23
Direktion BusinessLine	Brunnenstraße 111	13355 Berlin	030/245 830 16

Immobilienfinanzierung

Immobilienfinanzierung Inland	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 957 91
Berlin/Region Ost	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 955 90
Wohnungsunternehmen	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 955 86
Geschäftsstelle Düsseldorf	Königsallee 60	40212 Düsseldorf	0211/839 22 01
Geschäftsstelle Frankfurt am Main	Bockenheimer Anlage 2	60322 Frankfurt am Main	069/150 66 11
Geschäftsstelle Hamburg	Neuer Wall 19	20354 Hamburg	040/286 658 921
Geschäftsstelle München	Isartorplatz 8	80331 München	089/291 949 10
Immobilienfinanzierung Zentrale Betreuung	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 957 21
Repräsentanz Amsterdam	WTC Schiphol Schiphol Boulevard 263	NL-1118 BH Schiphol	+31/20/206 596 3
Repräsentanz Paris	40, Rue La Pérouse	F-75116 Paris	+33/1/730 425 21
Repräsentanz Warschau	Mokotowska Square Mokotowska 49	PL-00-542 Warschau	+48/22/376 512 1
Zentrale Betreuung Ausland	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 956 32
Verbund-/Konsortialgeschäft	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 955 81

Kapitalmarktgeschäft

Business Management	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 610 16
Relationship Management			030/245 929 03
Client Business Distribution	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/869 625 65
Client Business Production	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/869 612 43
Treasury und Trading	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 624 07 030/245 665 16
Internationales Geschäft	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 651 35

Abkürzungsverzeichnis

ABS	Asset-Backed-Securities	EAEG	Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e.V., München	EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde
AfS	Available for Sale	ECA	Export Credit Agency (Exportkreditversicherung)
AG	Aktiengesellschaft	EDV	Elektronische Datenverarbeitung
AktG	Aktiengesetz	ESM	Europäischer Stabilisierungsmechanismus
AMA	Advanced Measurement Approach	EstG	Einkommensteuergesetz
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	EU	Europäische Union
BankenService	BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin	EWB	Einzelwertberichtigung
BBG	Beitragsbemessungsgrenze	EZB	Europäische Zentralbank
BCIA	Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH, Berlin	FED	Federal Reserve System
Berlin Hyp	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin	FVO	Fair Value-Option
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung	GBV	Geschäftsbesorgungsvertrag
BGB	Bankgesellschaft Berlin	GewStG	Gewerbsteuergesetz
BP	Basispunkt	GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
BPS-Ausschuss	Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss des Aufsichtsrats	HFA	Hauptfachausschuss
CCE	Current Credit Exposure	HfT	Held for Trading
CDO	Collateralized Debt Obligation	HGB	Handelsgesetzbuch
CDS	Credit Default Swap	Holding	Landesbank Berlin Holding AG
CFH	Cashflow-Hedge	HtM	Held to Maturity
CMBS	Commercial Mortgage-Backed-Securities	IAS	International Accounting Standards
COBIT	Controlled Objectives for Information Technology	IASB	International Accounting Standards Board
CRD	Capital Requirements Directive	IBG	Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH
CreditVaR	Credit Value-at-Risk	IDL	Immobilien dienstleistungsgeschäft
CRR	Capital Requirements Regulation	IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
CSO	Chief Security Officer	IFRS	International Financial Reporting Standards
D&O-	Directors & Officers-Vermögensschaden-	IKK	Konzept des internen Konsolidierungskreises
Versicherung	versicherung	IKS	Internes Kontrollsystem
DakOR	Datenkonsortium OpRisk	IKS Lüs	Internes Kontrollsystem für Leistungsüberwachende Stellen
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen	InstitutsVergV	Institutsvergütungsverordnung
DBO	Defined Benefit Obligation	IRC	Incremental Risk Charge
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex	ISMS	Informationssicherheitsmanagementsystem
DetV	Detailvereinbarung	ISO	International Organization for Standardization
Deutsche	Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad	IT	Informationstechnologie
S-Leasing	Homburg v. d. Höhe	ITIL	IT Infrastructure Library
DISQ	Deutsches Institut für Service-Qualität GmbH & Co. KG, Hamburg	IWF	Internationaler Währungsfonds
DK	Die Deutsche Kreditwirtschaft	KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main
DRS	Deutsche Rechnungslegungs Standards	KG	Kommanditgesellschaft
DRSC	Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V., Berlin	KMG	Kapitalmarktgeschäft
DSGV	Deutscher Sparkassen- und Giroverband	KStG	Körperschaftsteuergesetz
		KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
		LaR	Loans and Receivables

LBB	Landesbank Berlin AG, Berlin
LBBH	Landesbank Berlin Holding AG, Berlin
LBB-INVEST	Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
LDA	Loss Distribution Approach
LWB	Länderwertberichtigung
MAK	Mitarbeiterkapazitäten
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MBS	Mortgage-Backed-Securities
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz
ÖffSchOR	Öffentliche Schadenfallsammlung
OL	Other Liabilities
OpRisk	Operationelles Risiko
OSPlus	OneSystem Plus
OTC	Over-The-Counter
P&L	Profit and Loss
pEWB	Pauschale Einzelwertberichtigung
PFE	Potential Future Exposure
PIIGS	Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien
PoWB	Portfoliowertberichtigung
PUC	Projected Unit Credit-Methode
RMBS	Residential Mortgage-Backed-Securities
RMS	Rechnungslegungsbezogenes internes Risikomanagementsystem
RS	Rundschreiben
RTF	Risikotragfähigkeit
RVAGAnpG	Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung
RVG	Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg
SA	Société Anonyme
S-Beteiligungs-gesellschaft	Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg
S-Erwerbs-gesellschaft	Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg
SIC	Standing Interpretations Committee
SITB	Sicherer IT-Betrieb
SIZ	Sparkassen Informatikzentrum
SKP	S-Kreditpartner GmbH, Berlin
SolvV	Solvabilitätsverordnung
VaR	Value-at-Risk
VorstAG	Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung
WE	Währungseinheit
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz



Impressum

Herausgeber

Landesbank Berlin Holding AG
Unternehmenskommunikation
Alexanderplatz 2
10178 Berlin

Konzeption und Gestaltung

HGB Hamburger Geschäftsberichte GmbH & Co. KG

Illustration

fotolia

Druck

Ruksaldruck GmbH und Co. KG



Landesbank Berlin Holding AG
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Postfach 11 08 01
10838 Berlin
Telefon: 030/869 500
Telefax: 030/869 830 74

Für Anfragen zum Geschäftsbericht
stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:

Investor Relations
Telefon: 030/869 663 89
Telefax: 030/869 694 163 1
E-Mail: ir@lbb.de

www.lbb.de

